
LUXEMBURG
2009 1
GESELLSCHAFTSANALYSE UND LINKE PRAXIS
IN DER KRISE
VIVE LA CRISE!
GIOVANNI ARRIGHI, WALDEN BELLO, NICOLA BULLARD, ANA ESTER CECEÑA, BILL DOMHOFF, RABEA EIPPERLE, GEORG FÜLBERTH, SUSAN GEORGE, GREGOR GYSI, DAVID HARVEY, CHANTAL MOUFFE, WOLFGANG SACHS, MARLENE STREERUWITZ, YASH TANDON, HILLARY WAINWRIGHT U. A.

INHALT

STRATEGISCHE ANTWORTEN

DEBATTE GREEN NEW DEAL

SUBJEKTE IN DER KRISE

EINE SOZIALISTISCHE ZEITSCHRIFT

FÜR DIALOG UND STRATEGISCHE INTERVENTON

HEINZ VIETZE

Es soll zusammenwachsen, was zusammengehört, so Willy Brandt am 10. November 1989, am Tag nach der Öffnung der Grenze und dem Mauerfall. Das Zusammenwachsen der deutschen Linken aber ist immer noch nicht abgeschlossen. Es waren die gemeinsamen Demonstrationen in Ost und West im Sommer 2004 gegen die Hartz-Gesetze, die einen Einschnitt markierten. Der gemeinsame Antritt von PDS und WASG bei den Bundestagswahlen 2005 und ihre Vereinigung 2007 zur Partei Die Linke waren weitere Schritte.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung wurde seitdem zu einer gesamtdeutschen linken Stiftung, sie wurde europäisch und global. In allen sechzehn Bundesländern und auf vier Kontinenten hat sie jetzt ihre Büros. Die Aufgabe der kritischen Bewahrung der sozialistischen Vision, wie sie zunächst im Vordergrund stand, ordnet sich nun ein in den Zweck der Beförderung einer radikalen Realpolitik im Sinne Rosa Luxemburgs durch politische Bildung, Gesellschaftsanalyse und den internationalen Dialog sowie die Studienförderung. Vor diesem Hintergrund einer neuen Vielfalt von Aufgaben hat die Mitgliederversammlung der RLS im Dezember 2008 beschlossen, die Autorenzeitschrift »Utopie kreativ« abzulösen durch eine neue Zeitschrift, deren erste Ausgabe jetzt vorliegt.

Die neue Zeitschrift der RLS beginnt ihre Arbeit in einer gesellschaftlichen Situation, in der Gesellschaftsanalysen und politische Strategien der Linken – Parteien, Gewerkschaften und Bewegungen – aufgrund der Krise des neoliberalen Kapitalismus überdacht werden müssen. Die Notwendigkeit einer stra-

tegischen Intervention wird gegenwärtig besonders deutlich. Es geht darum, in der Tradition des eingreifenden solidarischen Denkens die Handlungsfähigkeiten der Linken zu erweitern. Die Zeitschrift ist einem *pluralen* Projekt der gesellschaftlichen Linken und ihrer Strategie-Entwicklung verpflichtet – mit Blick auf *sozialistische Transformation* der Gesellschaft. Sie soll zu einer Plattform des Dialogs der »Mosaik-Linken« (Hans Jürgen Urban) werden und dazu beitragen, sie zu gemeinsamer Intervention zu befähigen.

Der Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung hat gemeinsam mit der Redaktion beschlossen, dass diese Zeitschrift sich den herausfordernden Titel »Luxemburg – Gesellschaftsanalyse und linke Praxis« gibt. Sie wird erst beweisen müssen, dass sie dieser großen Tradition und enormen Herausforderung gerecht wird. Dafür braucht sie jede Unterstützung – durch solidarische Kritik, Optimismus, eigene Beiträge, Nutzung ihrer Ergebnisse.

Ich möchte allen danken, die sich für dieses neue Zeitschriftenprojekt engagiert haben – der Redaktion, den schon jetzt gewonnenen Autorinnen und Autoren, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stiftung und nicht zuletzt dem VSA-Verlag und den Gestalterinnen der Zeitschrift. Und mit Luxemburg kann man dieser Zeitschrift nur eines mit auf den Weg geben: »Rücksichtsloseste revolutionäre Tatkraft und weitherzigste Menschlichkeit – dies allein ist der wahre Odem des Sozialismus.« Dazu gehört auch eine Schreibweise, die schärfste Analyse und lebendigste Darstellung vereint. Rosa Luxemburg selbst hat dazu in einem Brief an Leo Jogiches vermerkt: »Ich habe das Bedürfnis, so zu schreiben, dass ich auf die Menschen wie der Blitz wirke, sie am Schädel packe, selbstredend nicht durch Pathos, sondern durch die Weite der Sicht, die Macht der Überzeugung und die Kraft des Ausdrucks.« Dies wird ohne einen kulturvollen Streit nicht möglich sein – ganz im Sinne von Martin Luther: »Man lasse die Geister aufeinanderplatzen – aber die Faust haltet stille.«

Heinz Vietze
Vorsitzender des Vorstandes
der Rosa-Luxemburg-Stiftung
Berlin, den 31. Juli 2009

EDITORIAL

IN DER KRISE

Luxemburg ist neu. Von Rosa Luxemburg nimmt die Zeitschrift nicht nur den Namen. Sie orientiert sich an ihrer Haltung, dass optimistischer Wille sich mit intellektueller Skepsis verbinden muss. Sie bringt Gesellschaftsanalysen und linke Praxis zusammen und unternimmt die Analysen von einem engagierten Standpunkt aus, in dem das eigene Handeln, die Politik der Linken, immer schon Teil dessen ist, was zu analysieren ist. Und sie orientiert sich an dem Wissen, dass grundlegende gesellschaftliche Veränderungen und Kämpfe um konkrete Verbesserungen nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen. Sie müssen zusammen gedacht und erkämpft werden.

Die Zeitschrift nimmt ihre Arbeit in der Krise auf. Krisen erschüttern, überschreiten Grenzen, machen Angst – und lassen hoffen. Neue Zusammenhänge müssen begriffen werden, Vertrautheiten zerfallen. Krisen erzwingen Entscheidungen. Handlungen, Ideen und Visionen werden plötzlich dringend danach beurteilt, welche Zukunftsfähigkeit sie besitzen: Führen sie aus der Krise? Welche Sicherung vor Krisen bieten sie? Welche Welt wird dann sein? Welche Pfade sollen wir einschlagen? Beim Aufgreifen und Beantworten dieser Fragen geht es um strategische Politik.

Die Krise zeigt Grenzen und Endlichkeit der kapitalistischen Gesellschaft. Aber die Akkumulation des Kapitals läuft nicht einfach aus. Sie ist verbunden mit Macht- und Herrschaftsprojekten. Neue Akteure kommen hinzu, Öffnungen der Politik werden erzwungen. Bislang aber sind die Lösungsvorschläge und Praktiken zu ihrer Umsetzung, die Zielsetzungen und Verfahren von der

alten Macht geprägt. Es scheint also weiter die Zeit der Herrschenden, nicht der Beherrschten. Die Momente des Zerfalls sind Anlass für und Begleiterscheinungen von Neuordnungen und Machtstabilisierungen.
Der ganze politische Raum ändert sich. Die Herrschenden suchen nach neuen Politiken, Eingespieltes verliert seine Selbstverständlichkeit, alte Verhältnisse werden umgewälzt. Die kapitalistische Produktionsweise wird neu organisiert. Auch die gesellschaftliche Linke muss sich verändern, sich neu zusammensetzen. Sie muss strategisch denken und handeln: Wie jetzt auf die Krise reagiert wird, legt langfristig fest, wie und wohin es weitergeht. Eine tiefe Krise erfordert radikale Reaktionen – die alte neoliberale Macht führt es vor. Kein »Weiter so«, keine Bescheidenheit, keine betulichen Konzepte werden in der Krise weiterhelfen; ebenso wenig die aufgeregte Verkündigung, dass nun alles ganz anders ist. Die Linke muss zugleich die aktuelle Krise, ihre neoliberalen Ursachen, ihre langfristigen historischen Fundamente (Fossilismus, Konsumismus, Imperialismus und Militarismus) und ihre kapitalistische Natur ins Blickfeld nehmen. Sie benötigt kritische Gesellschaftsanalysen ebenso wie die Kunst der Strategie, Projekte der Verbindung von alltäglichen Kämpfen und gesellschaftlichen Alternativen. Sie muss neu sprechen und kämpfen lernen, sich mit gesellschaftlichen Akteuren verbinden und für ihre großen, traditionellen Visionen neue Anknüpfungspunkte finden, der Zukunft einen Ort im Hier und Jetzt einräumend.
Das Heft will *Zeit-Schrift* sein. Es will Diskussionen und Analysen der linken Debatten zusammenbringen und fruchtbar machen. Der Blick soll nicht eingeengt werden durch die üblichen Trennungen in Richtungen, Strömungen und Schulen, Theorie und Praxis, Analyse und Politik, Ökonomie und Kultur, das alltägliche Leben und die Logik der Systeme. Im Mittelpunkt stehen Diskussionen, Strategien und Kämpfe von unten, der sozialen Bewegungen, der Gewerkschaften, der Intellektuellen, der globalen Linken.

Die Redaktion

»Durchsichtig«, Shanghai 2009,
Foto: www.tranquillium.com




GIORGIO ARMANI
GIORGIO ARMANI

nnlichkeitskonstruktion ...

Rechts, das ist eine Männlichkeits-konstruktion

MARLENE STREERUWITZ

Rechts, das ist eine Mä

Rechts, das ist eine Männlichkeitskonstruktion, die ihre Überlegenheit aus einem wahnhaften, meist territorialen Gründungsmythos herleitet. Es ist die Abstammung, die Herkunft, die die Grundlage der so hergestellten Männlichkeit ist. Das Abstammen legt die Grundlage für die Organisation des Rechten in Form von Familienstrukturen. Der Vater als Führer und die Verbindung verschiedener Herkünfte über Brüderlichkeit zu einem größeren Verband des Rechten. Die Führungshierarchie formiert sich entlang der Vorstellung der Brüder des Vaters. Die Kommandokette kann dieser familialen Begründung entsprechend keinen bestimmten Kriterien folgen und sich jeweils auf Verdienst oder Laune des Führers berufen. Die Rotte der Söhne wird über Gewalt gebändigt und diszipliniert. Die Zuneigung des Führers, der auch eine Stellvertreterfigur sein kann, muss über Heldentaten verdient werden. Stammeskrieg wird gegen die Anderen geführt. Die Überfälle werden aus der eigenen Überlegenheit argumentiert. Sie dienen gleichzeitig zur weiteren Festigung dieser Überlegenheit. In der Form der Veteranenerzählung tradiert sich der Mythos der Überlegenheit wiederum aus Herkunft und Überlegenheit.

»Blood and Honour« nennt sich die Gruppe, aus deren Umgebung in Thüringen die Naziaufmärsche organisiert werden. Blut, das beschreibt den Abstammungsmythos. Ehre bezieht sich auf die Notwendigkeit, die Überlegenheit zu demonstrieren. Die Verwendung der englischen Sprache wird einerseits eine Tarnung sein, die sich das Deutsche »Blut und Ehre« der SS-Parole überzieht. Gleichzeitig kann sich die Gruppe so in die internationale rechte Szene einklinken. Sprachlich stellt sich diese rechte Männlichkeitskonstruktion in einem Zirkelschluss dar, der sich in eine Wiederholung rammt und darin seine Irrationalität beschreibt. Sprachlich geht das so.

Blut und Ehre, das kann nur Männer von da, von diesem Ort da, beschreiben, deshalb sind diese Männer von da im Besitz des Anspruchs auf Macht. Macht haben dann diese Männer, weil sie Männer von da sind. Männer von da sind also die Männer von da. Männer sind nur Männer, wenn sie die Männer von da sind.

Grammatikalisch ist das Subjekt »Männer« durch das Gleichsetzungsglied »Männer« beschrieben, wobei das »nur« den Bedingungssatz auslöst, der durch das Ortsadverb wieder

ündenfalltheorie…

die Bedingung für »Männer Sein« zu erkennen gibt. Das Subjekt und das Gleichsetzungsglied und das Subjekt des Bedingungssatzes addieren sich in der Repräsentanz eines einzigen Substantivs, Männer. Einschränkung und Emotionalität werden durch das »nur« eingeführt. Das Adverb schränkt auf einen einzigen Ort ein. Es ist ein grammatikalischer Vorgang, mit dem in diesem Ersten Hauptsatz des »Rechten« der Anspruch auf Vorherrschaft angemeldet wird. Das Ergebnis ist eine Aufhebung der Bedeutung durch das Einsetzen dieses einzigen Substantivs. Das bedeutet aber wiederum, dass die Sprache, so wie wir sie zur Kommunikation und damit zur Herstellung eines Gesellschaftlichen benutzen. Dass diese Sprache in sich implodiert wird. Es wird keine Bedeutung vermittelt, sondern reine Struktur. Der Herrschaftsanspruch wird in der Reduktion der Versprachlichung auf die Grammatik mit der Grammatik angemeldet. Wie die Bedeutungen formuliert werden, das behält sich diese Herrschaft vor. Diese Informationen sind im Besitz der Herrschaft und werden nur in den inneren Zirkeln der rechten Gruppen als Geheimwissen verkündet.

In diesen Bedeutungen offenbart sich der Rückgriff auf wahnhaft Esoterisches. Ob eine Ableitung aus dem Germanischen, dem Arischen, dem Britischen, dem Gallischen. Von einem Motorrad. Einer Marke. Einer Hautfarbe. Einer Religion. Einem Beruf. Einer Sprache. Einer Firma. Immer geht es darum, die eigene Seinsberechtigung aus dem Recht auf Herrschaft und Beherrschung abzuleiten. Die eigene Überhöhung und die Abwertung der anderen beziehen sich immer auf die eine Tatsache der Abstammung, aus der alle Folgemythen erfließen. Nun könnten wir uns darauf beschränken, diese Beschreibung auf obskure Gruppen anzuwenden. Derartige Gruppen illustrieren aber nur in krasser Form, was allgemeiner Konsens ist. Denn. Es ist doch so. Unsere Kulturen. Die deutsche und die österreichische beruhen auf einer kulturell vermittelten Christlichkeit. Der nunmehr ganz Deutschland umfassenden westlich hergeleiteten Kultur und der österreichischen liegt also der biblische Geschlechtergründungsmythos zugrunde, der in der griechischen Philosophie eine quasiwissenschaftliche Bestätigung über die Jahrtausende erhalten hat. Dieser Gründungsmythos ist nicht weniger irrational wie die Vorstellung ein arischer Mann sein zu wollen und daraus eine Überlegenheit abzuleiten. Beim Lesen diverser Rassentheorien stellt sich einer die Wahnhaftigkeit dieser Ableitung durchaus gleichrangig mit der Sündenfalltheorie des Weiblichen dar. Die kulturelle Realität führt uns aber in jedem Augenblick vor, wie sehr die Sündenfalltheorie und die griechisch-philosophische Konstruktion der Naturhaftigkeit des Weiblichen unseren Alltag prägen.

... gleichrangig mit der St

Es ist nicht so sehr weit von »Blood and Honour« entfernt, wenn Sie zum Beispiel die Bildzeitung hernehmen. In der Bildzeitung geht es um eine Balance der Angstbeschreibung (Du wirst alles verlieren und nichts wird dir bleiben, nicht einmal der Sex) mit der fiebrigen Beruhigung, die aus der Masturbationsphantasie des Bildgirls entsteht und aus der heraus die, durch die Bildzeitung mit jedem Text und Bild in Frage gestellte, von allen Seiten bedrohte deutsche und heterosexuelle Männlichkeit wieder positiv fixiert wird.
Es gibt das Gerücht, die Bildzeitungsautoren würden für besonders gelungene Schlagzeilen einen Bonus kassieren. Wie überhaupt anzunehmen ist, dass es sich um eine Art Autorenkollektiv handelt und bei den Texten die Stilbildung zum spezifischen Bildzeitungsstil die alles überschießende Absicht darstellt. Interdisziplinarität und Enthierarchisierung durch Konkurrenz aller gegen alle werden hier zum Instrument einer Stilbildung. Es wird also die postavantgardistische Gruppenkonstellation dazu verwendet, nun nicht mehr den Ausdruck des Besonderen zu suchen, sondern den Ausdruck des Allgemeinsten zu optimieren. Alle experimentellen Sprachmittel werden angewandt, dieses Allgemeinste über den Appell auszudrücken. Die Komprimierung der Sprache führt zur äußersten Glätte des Inhalts. Eine so hoch komprimierende Sprache lässt nicht die kleinste Differenzierung zu. Der allgemeinste Text entsteht, der nichts anderes als Undifferenziertes vermitteln will. Der Stil der Kürzung, des Ausrufs, des Befehls, der Klage und der Beschuldigung führt in ein übermächtiges Universum von Schlagzeilen.
In einer postmodernen Säkularisierung wird der christliche Gebotssatz »du sollst« seiner metaphysischen Verantwortung entkleidet. Der Satz »du wirst« trägt dem Verlust des religiös-symbolischen Rechnung in der Überführung der Paradiesvorstellung in ein materialistisches Jetzt. Diese verkürzende Episierung verliert aber nichts von der Drohung. Dafür sorgt das Bewusstsein, dass es sich um dieses Allgemeinste handelt, das alle Bildzeitungsleser einschließt. Es betrifft also sehr viele. Es betrifft ein dadurch erst hergestelltes Volk. Ebenfalls aus der christlichen Tradition der Sünde erklärt sich das Dunkle der Drohung. Das Ergebnis jeder Bildzeitungslektüre ist ein Gefühl von Beraubtheit. Etwas ist einem genommen oder wird einem genommen werden. Alles, was ein glückliches Leben bedeutet. Geld. Benzin. Familie. Liebe. Nahrung. Urlaub. Bier. Und Sex. In inneren Ableitungen wird in jeder Bildzeitung mit jeweils verschiedenen Schwerpunkten der Verlust der Befriedigung vorausgesagt. Aber. Um nicht ein endgültiges Gefühl von Verlust und damit ein Verlorensein zu provozieren, werden zwei Ebenen eingeführt.

..des Weiblichen.

Zum einen ist das Bildgirl immer da, auch dem beraubtesten Mann als Masturbationsvorlage zu dienen. So lange dieser Mann die Bildzeitung liest, wird er also immer in seinem Selbstentwurf ein Mann bleiben können.
Zum anderen werden ab der Seite 4 oder 5 Lebenshilfeangebote ausgebreitet. Immer sind es die allerbesten Experten, die aus Schuldenfallen, Gesundheitsproblemen, Konsumentenschwierigkeiten und Kaufentscheidungen heraus helfen. Es ist eine Bewegung des Handreichens und Herausziehens, die da angeboten wird. Als befände sich der Bildzeitungsleser immer in Sümpfen und müsste da herausgezogen werden. Naturmetaphern für Lebenszustände und Zusammenhänge. Und erinnern wir uns. Diese Naturmetaphern müssen durch die Masturbationsvorlage hindurch wahrgenommen werden. Der Bildzeitungsleser befindet sich immer in Not und die Gefahr des Masturbationsverbots schwebt über ihm. Aber die Bildzeitung lässt ihn über das Bildgirl am erlaubt Unerlaubten teilhaben. Zum Trost. Und dann die besten Experten. Mit denen ist der Bildzeitungsleser aber dann schon allein. Wie überhaupt das Zusammenschlagen der Bildzeitung das Verlassen eines durch Drohung und Belohnung ausbalancierten ansexualisierten Universums mit sich bringt. Eine Ermächtigung aber nur während des anschauenden Lesens.
Weil die Geschichte unserer Kulturen immer an die Sexualpolitik gebunden blieb, ist es notwendig, sich des Themas der Homosexualität anzunehmen. Wie frei meint die Bildzeitung es wirklich mit der Sexualität. Die Insistenz auf das Bildgirl, das durch keinen Bildboy ersetzbar wäre. Die Ausschließlichkeit auf die Busen. Nie wird ein Penis gesichtet. Scherze über Männer werden bei Sportlern gemacht. Aber bei Sportlern besonders wird Homosexualität abgelehnt. Das wird nicht direkt ausgedrückt. Aber wenn Daum sich gegen Homosexuelle in der deutschen Bundesliga ausspricht, dann wird ihm großer Raum gegeben. Die Kritik wiederum an solchen Aussagen ist dann nie in die Schlagzeile oder den fettgedruckten Teil des Textes gezogen.
Die Deutschheit, die in jedem Text mitkonstruiert wird, ist also männlich und heterosexuell. Die sexuelle Freiheit ist beschränkt. Hier auf den deutschen Mann. Diese Deutschheit braucht rassistische Abgrenzung gegen andere. Diese Abgrenzung erfolgt scherzhaft. In dem besonders widerlichen Ton, dass die verachtete Person bitte auch noch über die Verachtung mitlachen soll und so die Verachter vor sich selber freisprechen. Immer geht es in rechten Texten um den Reflexionsstopp. Was in der Bildzeitung das Bildgirl bewerkstelligen muss, das wird in den Texten der FPÖ zum EU-Wahlkampf etwa wiederum grammatikalisch erledigt.

Die Deutschheit ist als

Es ist da immer bedeutsam, wann die FPÖ im Text als handelndes Subjekt auftritt und wann die FPÖ das Objekt der Verfolgung und der Hetze ist.
In einem Artikel zum EU-Betritt der Türkei, der unter dem Titel »Gutmenschen hetzen gegen FPÖ: Israel soll kein Thema sein!« in einer Wahlkampfaussendung erschien, bezieht sich kein Satz grammatikalisch auf den vorhergehenden. Nicht einmal Konjunktionen stellen einen inneren Zusammenhang des Texts her. Jeder Satz bezieht sich ausschließlich auf sich selbst. Feststehend ist nur, dass die FPÖ immer als Satzsubjekt auftritt und damit immer auch das Prädikat bestimmt. Zu Beginn des Texts wird die FPÖ als angegriffene Partei vorgeführt, die daran gehindert werden soll, so zu sprechen, wie sie es sich vorstellt. Dabei wird impliziert, dass das, was die FPÖ zu sagen hat, die Wahrheit sei. Diese Vermutung wird mit Hilfe der Vokabel »hetzerisch« und »antisemitisch« hergestellt. Die Aussagen der FPÖ zum EU Beitritt von Israel werden nämlich als hetzerisch und antisemitisch »verunglimpft«. Es wird nicht gesagt, wer hier verunglimpft. Es bleibt dem Leser und der Leserin überlassen, die Gutmenschen des Titels dafür verantwortlich zu machen. Aber. Und darin ist dieser Text ist vollkommen ehrlich. Wenn der Satz lautet »Freiheitliche Inserate werden als hetzerisch und antisemitisch verunglimpft.« In der Klage über die Verunglimpfung können die Begriffe »Hetze« und »Antisemitismus« eingeführt und zur Bestätigung des Muts zur Wahrheit und zur harten Aussage eingesetzt werden. Gleichzeitig stehen die Begriffe zur Benutzung frei. In einer ironischen Volte können Gesinnungsgenossen im Wohlgefühl der Eingeweihtheit zu diesen Angriffen lächeln. Denn selbstverständlich sind diese Inserate hetzerisch und antisemitisch. Die Verunglimpfung durch die Gutmenschen wird im Einvernehmen des Subtexts zur Verunglimpfung der Gutmenschen gewendet. Die Bedrohung der Freiheitlichen Inserate setzt jenes identifizierende Lesen in Gang, in dem uns unsere Kultur so gut schult und setzt im Lesevorgang eines solchen Satzes ein winziges Einverständnis über die Benutzung der Grammatik selber her. Das Passivum wird hier zur Standarte, hinter die wir uns grammatikalisch angeleitet, automatisch versammeln. Es sind sehr basale Schichten, die da in uns angesprochen werden. Mit diesem Passivum im zweiten Satz des Artikels wird der Leser oder die Leserin über die Grammatik in den Text hineingezogen. Eigentlich müsste die Beschreibung lauten, unter den Text gezogen. Von diesem Satz an gibt es keinen Sinnzusammenhang, der eine Entscheidung nach sich ziehen könnte. Nach diesem Satz gibt es nur noch ein Übereinstimmungslesen. Da wir aber nun dazu angehalten sind, immer einen Sinn herzustellen, stellen wir ihn auch her. Im Fall dieses Texts ist das dann ein

d heterosexuell

terpolitik, die ...

Lesen ohne denken zu können. Die Zusammenhanglosigkeit lässt keinen Raum dafür. Die Information ist aber nicht inhaltlich fragmentiert. Die Information ist in ganze Sätze zerstückelt und simuliert so Sinnhaftigkeit. Affekte werden ausgelöst. Bedrohung und der Kampf gegen diese Bedrohung. Unbehagen macht das, aus der der letzte Satz befreit. Das Unbehagen wird hauptsächlich durch die Begriffe »hetzerisch« und »antisemitisch« hergestellt. Mühelos können so die ungeheuren Begriffsräume des Antisemitismus in Gebrauch genommen werden. Jeder Leser und jede Leserin muss im reinen Ablesen der Begriffe die jeweils spezifischen Bedeutungen dieser Worte durchlaufen. Das Ablesen im Kontext der Verunglimpfung verdreht diese Bedeutungen und die übliche Gerichtetheit. Der nächste Satz lässt keine Klärung der Richtung dieser Angriffe zu. Im nächsten Satz will die FPÖ wieder »nur« verhindern, dass Österreich in »den blutigen Nahostkonflikt hineingezogen wird«. Wieder eröffnet sich diese Oberflächenwahrhaftigkeit des Texts. Der Vorgang des Hineinziehens wird benannt. Wer noch nicht in den Text hineingeraten ist, der findet hier eine doppelte Leseanleitung. Österreich soll in einen Krieg hineingezogen werden. Im gedanklichen Abwehren eines solchen Vorgangs ist das Hineingezogen Werden in den Text unvermeidlich. Der blutige Nahostkonflikt. Antisemitisch. Diese Bedeutungen führen zu der, in Österreich medial vermittelten Einstellung, dass es doch seltsam wäre, dass ein Volk wie Israel, das so viel »durchgemacht« hätte, nun seinerseits die Palästinenser derart kaltblütig aggressiv behandle. Wir sind nach den ersten drei Sätzen dieses Wahlkampftexts mitten im tiefsten Antisemitismus angelangt, ohne dass es notwendig geworden wäre, das klar auszusprechen. Der Satz des Titels »Israel soll kein Thema sein!« kann leichthin eine Wörtlichkeit erreichen, die atemberaubend deutlich das Ziel des Antisemitismus offen legt, ohne das deklarieren zu müssen.

Bedeutungsfragmente mittels intakter Grammatik zu Bedeutungszusammenhängen verkitten und der so hergestellte Text löst den Reflexionsstopp aus, der notwendig ist, die Bedeutung des Texts rekonstruieren zu können. So wird Glaube fabriziert. In der österreichischen Kultur wird sich das auf eine kulturell vermittelte Katholizität beziehen. Erinnern wir uns. 1942 musste Baldur von Schirach nach Wien geschickt werden, um den Wienern die Kriegsmüdigkeit auszutreiben. In Wien hatten die Mittelaltermythen und Herleitungen aus den germanischen Femegesellschaften der Nazipropaganda keinen Erfolg. In Wien wurde dann durch Baldur von Schirach das Barock stilbildend für den nationalsozialistischen Allanspruch. In unzähligen Barockdramen auf breiten Freitreppen wurde die abendländische Sendung Österreichs dem Osten gegenüber beschworen. Und. Von den Wienern begeistert

...die Hierarchi

Es ist immer Geschlech

aufgenommen. Diese »abendländische Sendung« wurde in der Kultur Österreichs nach dem Jahr 1945 in die Musik verschoben und wird dort unverbrüchlich weiter vertreten.
Bei der offiziellen Konferenz »Sound of Europe« zur österreichischen EU-Präsidentschaft am 28. Jänner 2006 sagt der Dirigent Franz Welser-Möst in seinem Impulsreferat:
»Wenn wir unter Europa die abendländische Kultur verstehen, dann stellt sich uns die Frage, welchen Stellenwert Mozart in der abendländischen Kultur hat und weiter gefragt, was die abendländische Kultur ausmacht. Unter den Künsten ist die Musik die eigenständigste und höchst entwickelte, die von der abendländischen Kultur hervorgebracht wurde. Dichtung und Malerei – sie gibt es auf höchstem Niveau auch in anderen Kulturen.« Franz Welser Möst ist heute einer der Direktoren der Wiener Staatsoper. Solche Wortwahl und solche grammatisch stilistische Positionierung der Affirmierung der Überlegenheit des »Abendländischen« als Antwort auf die Frage, was denn die höchst entwickelte Kunst sein könnte. Ein solcher Gebrauch der Sprache bleibt uneingesprochen. Denn rechts. Das sind die Hooligans in den Wehrsportgruppen mit der Hakenkreuzbinde. Bei der Konferenz in Salzburg. Bei »Sound of Europe«. Es stand niemand auf und ging wenigstens weg. Ein Satz wie »Israel soll kein Thema sein!« kann sich auf solche Aussagen berufen und tut das auch. Subtextuell und im Wohlbehagen der affirmierenden Zuhörer. Der Zuhörer, die sich selbst nie als »Rechte« sehen würden, die aber, durch die Nicht Bearbeitung der eigenen unbewussten Auftragsstrukturen den Raum eines Rechten mitschaffen.
Rechts. Das beginnt also ab dem Punkt, ab dem sich eine Männlichkeitskonstruktion der Hegemonie bemächtigt. Das ist praktisch unsere gesamte Welt. Rechts. Das ist aber gerade durch die Funktion der Abwertung die Geschlechterlinie entlang nicht demokratisch und bildet das Modell für alle anderen Minderheitenabwertungen. Rechts. Das ist in dieser Funktion, das Hierarchische zu argumentieren, antidemokratisch.
Es ist immer Geschlechterpolitik, die die Hierarchien beschreibt. Wir leben in einer postantikommunistischen Geisteswelt, die sich ausführlich der Konstruktion der entsprechenden Hierarchien widmet. Die hegemoniale Männlichkeitskonstruktion greift da weiter auf eine irrational begründete Überlegenheit zurück und entwickelt darin eine tief verborgene Verbindung mit dem radikal Rechten.
Männlichkeitskonstruktionen, die sich nicht der Aufrechterhaltung des Rechten geben, werden ihrerseits als weiblich abqualifiziert. Der Mann des Austromarxismus wurde als jüdisch und darin schon weiblich, aber auch als einer, der der Frau Gleichberechtigung zugestehen

en beschreibt.

wollte, als den Frauen unterlegen, geschmäht. Ich denke, der in der DDR anders als christlich sozialisierte Mann stellt eine ähnliche Provokation dem westlich geprägten Bildzeitungsideal der deutschen heterosexuellen Männlichkeitskonstruktion gegenüber dar. Die Frage ist doch, wie wird die DDR und die andere Geschlechterpolitik da in Erinnerung behalten. Wie sieht die offizielle Geschichtsschreibung das heute. Ich könnte mir vorstellen, dass der Anpassungsdruck, der auf die ehemalige DDR ausgeübt wird, die Erinnerung an diese andere Handhabung der Geschlechterpolitik auslöscht. Eine demokratischere Männlichkeit ist unerwünscht, weil nicht westlich deutsch. Das löscht wiederum die Männlichkeitskompetenz vieler Vätergenerationen in der ehemaligen DDR. Die Söhne müssen auf die Großvätergenerationen zurückgreifen, sich eine männliche Identität zu verschaffen.
Hier kommt nun der dogmatische Antifaschismus zum Tragen, der die persönliche Aufarbeitung überdeckte. Das ist eine mir sehr verständliche Konstruktion. In Österreich wurde nach 1945 die Entnazifizierung in dem Augenblick abgeschlossen, als der Antikommunismus offizielle Politik wurde und der Krieg gegen Russland die politische Fantasie zu beherrschen begann. Das war spätestens 1948. Der in keiner Weise bearbeitete, kulturell über 100 Jahre vermittelte Antisemitismus des Österreichischen wurde in den Antikommunismus übergeführt. Dass die FPÖ offen antisemitisch auftreten kann, leitet sich aus dieser geschichtlichen Entwicklung her. Der Anspruch des FPÖ Vorsitzenden auf das Amt des Wiener Bürgermeisters ist ebenfalls aus der Tradition des Antisemtismus abgeleitet und bezieht sich auf die antisemitische Tradition eines Lueger oder Schönerers. Während also in dem winzigen Staat Österreich der Antisemitismus in Antikommunismus umgegossen wurde, passierte in der DDR das andersherum. Eine offene Konfrontation und ein Durcharbeiten der nationalsozialistischen Vergangenheit wurde in beiden Fällen vom Staat verhindert. Ja. Zunächst sogar verboten. Das jedenfalls in Österreich. Die Großväter konnten also in Ruhe ihre Veteranenmythen pflegen. Auf genau diese Veteranenmythen können wiederum die Enkel zurückgreifen. In den täglich in den Medien gepflegten Bedrohungsszenarien macht das in der so erhaltenen Irrationalität ja auch Sinn. Und in diesem Zusammenhang macht es auch Sinn, mit der Erinnerung an die DDR auch ihre Geschlechterpolitik zu verdrängen. Eine solche Geschlechterpolitik äußert sich in den nonverbalen Kommunikationen und wird von allen nach Hegemonie Strebenden verstanden. Und so viel Ehre hat sich kulturell erhalten, dass ein demokratischer Mann verstehen muss, wenn er, weil er das ist, abgewertet wird. Der Selbsterhalt von Macht ist immer ein Zirkelschluss und damit sind wir wieder am Anfang angelangt.

…neu zu entwic

Richtige Demokratie, d

WAS TUN?

Wenn ich höre, dass bei der Ausstellung »60 Jahre/60 Bilder« im Gropius Bau. Hier in Berlin. Wenn da bei einer Diskussion eine Frau aufsteht und fragt, warum keine Frauen ausgestellt sind. Wenn dann diese Frau erstens gebeten wird, beim Thema zu bleiben und das wäre »Die Kunst und Zeit« und nicht »Kunst und Frauen«. Und außerdem. Frauen wären in der bildenden Kunst eben nicht zu finden. – Wie gesagt. Macht kann sich nur in Zirkelschlüssen beschreiben. – Wenn sich in so einem Fall keine andere Person findet, die ein solches Begehren unterstützt und den Zirkelschluss über die Frauen in der bildenden Kunst nicht offen legt. Wenn die Frage nicht gestellt wird, warum keine Frauen in der in dieser Ausstellung repräsentativ vorgeführten Westkunst zu »finden« sind. Dann stellt sich doch ausführlich dar, dass die Sprache, die diese Zirkelschlüsse entlarvte. Dass diese Sprache nicht zur Hand ist. Dabei. Für die Offenlegung des Problems reichte der derzeitige Stand unserer Sprache durchaus. Es genügte das Verlassen der Gründungsmythen des Geschlechtlichen dafür. Dass in dieser Ausstellung keine Künstler oder Künstlerinnen aus der DDR ausgestellt worden sind, führt die Argumente der Ausgrenzung in eine zweite Ebene. Die DDR Kunst ist aber wie die Frauen behandelt worden. Fragen, die hinter den Machtgebrauch führen würden, wurden nicht gestellt. Und werden das nicht. Wie das Beispiel hier zeigt.

WAS TUN?

Für eine Welt, in der demokratische Geschlechterverhältnisse entwickelt werden. Und solche Verhältnisse müssten je weiter entwickelt werden. Richtige Demokratie ist ja ein je neu zu überlegender Zustand und kann immer nur provisorisch erreicht werden. Richtige Demokratie spiegelte ja das Leben als eine Fortsetzung von Augenblicken und begibt sich der autoritären Sicherheit eines alles überwölbenden Gründungsmythos. Richtige Demokratie benötigte eine je neue Sprache, die die je neuen Konstellationen reflektieren vermag. Aber. Eine solche Welt beruhte auf einer ganz neuen Sprache, von der wir nur wissen, dass sie möglich sein muss.

kelnder Zustand.

IM GESPRÄCH




ANA ESTHER CECEÑA


HILARY WAINWRIGHT


LUCIANA CASTELLINA


CHANTAL MOUFFE

Wie ist die Krise einzuschätzen? Und welche strategischen Orientierungen ergeben sich daraus für die Linke? Die Redaktion fragte feministische Intellektuelle:

GESELLSCHAFTLICHE GABELUNGEN

ANA ESTHER CECEÑA

Was ist der Charakter der gegenwärtigen Krise?

Die Krise ist keine zufällige Funktionsstörung, sondern entspricht der selbstzerstörerischen Natur des kapitalistischen Systems. Die Organisationsweise von Gesellschaft und Produktion sowie der Aneignung der Natur ist nicht nachhaltig und hat zu irreversiblen Schäden geführt – obwohl sie aus technischer Sicht sehr effizient erscheint. Das 20. Jahrhundert stand im Zeichen größten Fortschritts und schlimmster Verwüstung zugleich. Armut und Prekarität verbreiten sich parallel zur Konzentration des Reichtums. Die ökologischen Schäden haben gefährliche Kipppunkte erreicht. Dies ist auch keine »Finanzkrise« –

vielmehr eine systemische Krise. Die Ausdehnung von Privateigentum und Verwertung bis hin zu genetischen Codes, Nano-Strukturen und intellektueller Produktion hat ein enormes Potenzial zur Enteignung und Bereicherung. Die Mechanismen wirken ausschließend und sind undemokratisch verfasst. Sie werden ihre Widersprüche reproduzieren und die Krise vertiefen, so dass letztlich die geschichtlichen Grenzen des Systems berührt werden.

Wie sind die Reaktionen?

Es gibt generell zwei mögliche Formen: Gesellschaftliche Reorganisationsprozesse oder katastrophische Lösungsversuche. *Krisenmanagement und Stagnation*: Die Krise fördert die Konzentration des Kapitals. Sehr machtvolle Gruppen wollen die Bedingungen der Instabilität und Unordnung erhalten und haben die Fähigkeit, die Krise für ihre Zwecke zu nutzen und die Entscheidungen von Regierungen und internationalen Organisationen zu beeinflussen. Die Antikrisenmaßnahmen orientieren sich bereits einseitig an ihnen und werden die Krise tendenziell vertiefen. Sie könnten die Welt in katastrophische Situationen treiben. *Autoritarismus*: Das vorige Szenario ist aus sich heraus allerdings nicht langfristig tragfähig. Hinzutreten muss eine weitgehende gesellschaftliche Reorganisation mitsamt schärferer sozialer Kontrolle, um die Folgen von Exklusion einzudämmen und Unzufriedenheit nicht in Rebellion umschlagen zu lassen. Dazu sind eine Stärkung der Kräfte der Fragmentierung, die Zersetzung von Gemeinschaften, die Schaffung eines universellen Panoptikums, die Militarisierung von Polizei und Alltag nötig. Das Szenario wird bereits umgesetzt und ist die Basis einer kapitalistischen Reorganisation, die sich auf soziale Disziplinierung konzentriert. *Emanzipation*: Das dritte Szenario wird getragen von sozialen Bewegungen und Revolten, die eine explizit nichtkapitalistische Alternative als Lösung der Krise wollen, damit einen zivilisatorischen Scheideweg produzieren. Dieser Prozess schafft Autonomie und Freiräume jenseits des Kapitalismus – freilich auf allen Ebenen in fortwährendem Konflikt mit ihm. Die Rückgewinnung einer intersubjektiven Verbindung zur Natur, indem sie nicht länger nur als Objekt betrachtet und in Warenform gepresst wird, die Rekonstruktion von Gemeinschaften und ihrer Perspektiven, die Einführung dezentraler und direkter Demokratie sind grundlegende Elemente zur Entwicklung kreativer gesellschaftlicher Fähigkeiten, der Kern einer möglichen anderen Welt. Kurzfristig werden wohl die ersten beiden Szenarien dominieren. Letztlich werden ihre Grundlagen jedoch zerrüttet sein, sowohl durch innere Widersprüche wie durch die Aktivitäten der Unzufriedenen. Mittelfristig öffnen sich also Horizonte für das dritte Szenario.

Wie ist die Situation der Linken?

Die stärker institutionalisierte Linke hat ihre Kritik am Neoliberalismus verschärft, kommt darüber aber nicht wirklich hinaus. Sie favorisiert nostalgische Positionen, die auf eine Wiederherstellung des Wohlfahrtsstaates zielen, ohne die veränderten Bedingungen und Formen der Produktion, des Eigentums, der Arbeitsverhältnisse und der Machtausübung ernst zu nehmen. Beispielsweise ist der Arbeitsmarkt inzwischen mehrheitlich von informellen und prekären Arbeitern



Foto: Wolf Wetzel, http://wolfwetzel.wordpress.com

und Arbeiterinnen geprägt, ein signifikanter Anteil von Illegalisierten und Migranten unter ihnen – dies ist eine strukturelle Verschiebung. Die institutionelle Linke ist zudem vorwiegend auf Wahlen und kurzfristig umsetzbare Programme orientiert. Daher beschränkt sie sich auf keynesianische Strategien, um die Folgen der Krise zu mildern, ohne deren Tiefe und Komplexität anzugehen. Es existieren aber auch soziale Bewegungen, die gegen imperiale Projekte wie die panamerikanische Freihandelszone ALCA, die Aktivitäten transnationaler Konzerne und die Errichtung von Militärbasen mobilisieren, gegen Privatisierungen von Wasser oder Regenwäldern und gegen zunehmende Repression und Verschärfungen des Strafrechts. Sie gaben den Impuls für demokratische Prozesse, die zu den Siegen bei Präsidentschaftswahlen in Bolivien und Ecuador führten und das aktive Element in der Transformation Venezuelas bildeten. Dieser Teil der Linken zielt auf antikapitalistische, demokratische Transformation.

Was kann die Linke kurzfristig tun?

Sie muss geichzeitig zwei verschiedene Wege beschreiten: Transformationsprozesse sehen sich einer Macht gegenüber, die Mittel der Einschüchterung, der Repression, der Kontrolle einsetzt, während sie Räume für nicht-kapitalistische und nicht-durchmachtete Verhältnisse zunehmend einschränkt. Letzteres führte zur subjektiven Verinnerlichung der Verhältnisse und zur Ausbildung eines entsprechenden Bewusstseins: Der Kapitalismus steckt uns in den Knochen. Doch wir müssen uns eine Alternative vorstellen können, wenn wir etwas verändern wollen. Es gilt Freiräume innerhalb des Kapitalismus zu öffnen und zu verteidigen. Beispiele sind die Regierungsarbeit in Bolivien, die autonomen Erfahrungen der Zapatisten, die Besetzungen von Territorien durch den MST.

Die kurzfristige Perspektive ist der Moment des Auftauchens von Vorstellungen, die den alltäglichen Kämpfen einen Sinn und Kohärenz verleihen, auch wenn noch nicht viele Anzeichen des Wechsels wahrzunehmen sind. Es ist die Zeit des Säens, der Definition des Kurses, neuer Erfahrungen. Wir können die Transformation der inneren Strukturen, unseres Verhältnisses zur Natur, der Geschlechterverhältnisse, der Verhältnisse unterschiedlicher ›Ethnien‹ oder Kulturen nicht verschieben. Sie sind unverzichtbarer Teil eines praktischen, emanzipatorischen Prozesses – lokal, national, transnational. Bedingung der Transformation ist die Fähigkeit, alle Dimensionen des Lebens und des Raumes zugleich in die gesellschaftliche Neugründung einzubeziehen. Die Bildung neuer Subjektivitäten ist unerlässlich.

Was könnte eine langfristige – transformatorische – Perspektive sein?

Konkrete Utopien geben den unmittelbaren Handlungen und Kämpfen eine Richtung.

Begreifen wir die kapitalistische Produktions- und Lebensweise als nicht nachhaltig, also geschichtlich begrenzt, ohne ihre Fähigkeiten zur permanenten Erneuerung zu unterschätzen, führt uns die langfristige Perspektive zu einer systemischen Gabelung: Unter diesem Blickwinkel über Alternativen zu sprechen, heißt an einer vollständigen gesellschaftlichen Neugründung zu arbeiten. Auf dieser Ebene lässt sich die zapatistische Vorstellung verorten, eine Welt zu bauen, in die viele Welten passen, ebenso wie die konkrete Utopie eines guten Lebens *(buen vivir)* der andischen Indigenen in Bolvien oder Ecuador.

Es sind Neuverknüpfungen von Geschichte, Erfahrung und Utopie, die das gesellschaftliche Verhältnis zur Natur ins Zentrum und die kapitalistische Beherrschung der Natur durch den Menschen in Frage stellt. Konkurrenzverhältnisse sollen durch Solidarität ersetzt werden, indem das Politische als alltägliche Praxis der Vermittlung zurückgewonnen wird. Dezentralisierte und direkte Demokratie dient dazu, Partizipation, Diversität und den Abbau von Hierarchien voran zu treiben. Die Nutzung natürlicher Ressourcen dient zur Reproduktion des Lebens, nicht der Akkumulation.

Diese konkrete Utopie strahlt aus. Lateinamerika hat begonnen von einem guten Leben zu träumen, diese Vorstellung in der Praxis auszumalen, ihre Grundlagen zu schaffen – nicht ohne Widersprüche, Fehltritte, Hindernisse, doch mit dem Willen, dem Leben eine neue Hoffnung zu geben.

Aus dem Mexikanischen von Mario Candeias

DEMOKRATIE NEU DENKEN

HILARY WAINWRIGHT

Was ist der Charakter der gegenwärtigen Krise?
Es handelt sich um multiple Krisen. Im Zentrum des Sturms steht der Kollaps der Finanzmärkte. Doch darf nicht vergessen werden, es waren Regierungen, die ein politisches Projekt verfolgten – die Schwächung der Arbeiterbewegung, Senkung öffentlicher Ausgaben, Ausweitung von Niedriglöhnen etc. –, um über deregulierte Märkte Profite und Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Es handelt sich daher auch um eine Krise des globalen ideologischen Projekts und der mit ihm verbundenen politischen Institutionen. Der Neoliberalismus verliert schon seit langem an Legitimation. Die Krise demonstriert nun, dass er selbst gemessen an den eignen ungerechten Maßstäben schlecht funktioniert. Er war die kapitalistische Antwort auf die wachsenden demokratischen Bewegungen und die Krise der 1960er und 70er Jahre. Mit der gegenwärtigen Krise wird deutlich, dass die damals artikulierten – vorübergehend unterdrückten und verrückten – Ansprüche und Begehren noch immer unabgegolten sind, wieder eingeklagt werden. Schließlich ereignet sich diese Wirtschafts- und Finanzkrise in einer Situation, in der die kapitalistische Produktionsweise an ihre ökologischen Grenzen stößt, sie selbst die materiellen Bedingungen ihrer Reproduktion zerstört.

Wie sind die Reaktionen auf die Krise?
Was folgt auf die Krise?
Die Reaktionen variieren, abhängig von den Verhältnissen, Regierungen, dem Druck der

Bevölkerung. Die britische Regierung rettet Banken mit enormen Summen öffentlichen Geldes, ohne jede öffentliche Mitsprache, während die chinesische Regierung auch direkte Investitionen in den ärmsten Regionen tätigt, um den inneren Markt zu entwickeln und wachsende Spannungen zu zerstreuen (wie auch zu unterdrücken). Regierungen Lateinamerikas unternehmen in der Krise weitere Schritte, um ihre regionale Integration zu befördern, um ihre Autonomie und die Grundlagen für ein stärker solidarisches als marktgetriebenes Entwicklungsmodell zu stärken.

Die US-Regierung, die deutlicher bereit ist, in die Wirtschaft zu intervenieren, um Arbeitsplatzverluste zu begrenzen, als etwa die britische Regierung, zeigt genau wie diese keinerlei Bereitschaft, die Banken einer öffentlichen Kontrolle zu unterstellen. Es besteht angesichts der Konjunkturpolitik Chinas die Möglichkeit, dass die Achse Wall-Street/City-of-London bestehen bleibt, der Finanzsektor sich konsolidiert, mit weniger aber größeren Banken, ein vorsichtigeres, aber weitgehend unverändertes – strukturell instabiles – *business as usual* verfolgt wird. Nicht nur in Großbritannien wird die Krise zunehmend als Krise der öffentlichen Haushalte thematisiert – eine Verkehrung von Ursache und Wirkung. Nicht nur in Großbritannien ist allerdings auch das Bewusstsein für die negativen Folgen dieses Finanzkapitalismus gewachsen. Überall deuten Umfragen auf breite Mehrheiten für die stärkere Besteuerung der Vermögenden anstatt von Kürzungen der öffentlichen Ausgaben. Problematisch ist die Abwesenheit politischer Akteure, die willens und in der Lage sind, die Unzufriedenheit mit dem Gegebenen entsprechend aufzunehmen.

Wie ist die Situation der Linken? Wie agiert sie?

Die Linke hat eine seltene Gelegenheit. Es gibt breite Debatten über das Versagen dieses Kapitalismus und eine Offenheit für die Suche nach Alternativen, vor allem in der jüngeren Generation. Doch die Niederlagen der Vergangenheit haben ihre Spuren hinterlassen und die alte Linke hat ihre Grenzen. Diejenigen, die seit den 1970er Jahren aktiv geblieben sind, haben ihre innovative Fähigkeit angesichts veränderter gesellschaftlicher Realitäten verloren.

Die Netzwerke jüngerer Aktivisten aus den globalisierungskritischen Bewegungen müssen erst noch ihren Weg finden, ihre Organisationsformen in wirksame neue politische Institutionen zu transformieren. Denn die multiplen Krisen bringen die Frage nach der Rolle des Staates zurück in die Debatte. Eine Transformation und Demokratisierung öffentlicher Institutionen ist notwendig, in globaler, multipolarer und in einer Mehr-Ebenen-Perspektive. Die Aufgabe besteht darin, dafür effektive politische Organisationen zu entwickeln, die Wurzeln in sozialen Kämpfen haben und mit einer hörbaren Stimme in den politischen Institutionen verbinden. Die Linke hat vielfältige Forderungen und Konzepte entwickelt – das Problem besteht darin, die gesellschaftliche und politische Macht zu formen, um sie wirksam werden zu lassen.

Was kann die Linke kurzfristig tun?

Erstens gilt es den verstärkten Bedürfnissen nach Begreifen der Zusammenhänge der

Krise, des modernen Kapitalismus und der Rolle des Staates nachzukommen, Erklärungs- und Deutungsangebote zu unterbreiten.

Zweitens sind Ansätze und Kampagnen eines Übergangsprogramms zu entwickeln – beschränkt und ›reformistisch‹, aber mit dem Potenzial, Räume zu öffnen für radikalere, demokratische Bewegungen, für eine Reorientierung auf soziale Gerechtigkeit, Gleichheit, Solidarität und Kooperation statt auf diskreditierte Werte des ›Ich-zuerst‹, des Individualismus, der Konkurrenz und des privaten Reichtums. Es geht um radikale Umverteilung des Reichtums angesichts der popularen Zurückweisung der offensichtlich gewordenen Ungleichheiten. Es braucht erneuerte öffentliche Rentensysteme statt privater Eigenvorsorge, öffentlichen Wohnraum statt überschuldeter Hauseigentümer, ein Grundeinkommen statt Arbeitszwang und repressive Armutsverwaltung. Es geht um eine Vergesellschaftung des Mehrwerts, etwa durch Abschöpfung eines Teils der Unternehmensprofite zugunsten regionaler, demokratisch verwalteter Investitionsfonds (wie sie der radikale schwedische Sozialdemokrat Rudolf Meidner einst vorschlug). Es geht um eine Verteidigung des öffentlichen Sektors, die aus der Defensive kommt, seine partizipative Entwicklung und Demokratisierung betreibt, angetrieben von den öffentlichen Beschäftigten, Gewerkschaften und Organisationen der Nutzer – rein defensive Kampagnen ohne Perspektive haben wenig Chancen.

Drittens ist es notwendig, entlang dieser Linien von Übergangsforderungen Allianzen zu bilden, die über die traditionellen Gewerkschaften und linken Organisationen hinausgehen. Es geht um Einbeziehung der großen Zahl prekär Beschäftigter, der Migranten, der sozialen Bewegungen, die sich um Konsumentenrechte, kommunale Fragen, Nachbarschaftsinitiativen und ökologische Belange herum organisieren usw. Es geht darum, Verbindungen herzustellen zwischen lokalen Kampagnen auf nationaler und internationaler Ebene, Kooperationen mit Repräsentanten linker Organisationen zu etablieren und zugleich autonome Perspektiven, Bewegungen und Kämpfe zu entwickeln. Alle möglichen Antworten sind begrenzt und notwendig experimentell. Ihre Verbindung bedarf einer Kultur der Reflexion, Debatte, der fortwährenden gemeinsamen Analyse und dafür notwendiger Zeiten und Räume.

Was könnte eine langfristige – transformatorische – Perspektive sein?

Wir müssen die Organisationsfrage neu denken. Es gibt eine Mehrheit für weitgehende gesellschaftliche Veränderungen, aber sie findet in den gegebenen Institutionen und Organisationen keine Stimme. Wie können Akteure politischer Veränderung politische Repräsentationen schaffen, ohne von den zerfallenden politischen Institutionen, die immer noch die destruktive Kraft eine sterbenden Löwen haben, mitgerissen zu werden? Dies steht im Zusammenhang mit der weiteren Problematik einer ›Methodologie‹ der Entwicklung alternativer gesellschaftlicher Projekte. Ich spreche von Methoden, weil es sowohl um konkrete Utopien wie um unser Verständnis von Handeln und Handlungsfähigkeit geht, um die Anerkennung und Unterstützung

unterschiedlichen Wissens, unterschiedlicher Bewegungsformen und politischer Kulturen. Dies erfordert Vernetzung, Kooperation, Unterstützung, statt hierarchischer Formen der Organisation. Ansätze dazu sind in den sozialen Bewegungen entwickelt und erprobt, ihre Grenzen und Schwachstellen breit debattiert worden.

Die Perspektive ist Demokratisierung unserer eigenen Organisationsweise. Dies ist Grundlage für eine weitergehende Demokratisierung des Öffentlichen, die an sich zuspitzende Kämpfe gegen Privatisierung und Kürzungen öffentlicher Ausgaben anknüpfen kann. Demokratische Organisation kann den popularen Kampf für eine partizipative Erneuerung des Öffentlichen befördern, als Basis für eine wirkliche Vergesellschaftung der Ökonomie. Dafür ist u.a. wesentlich, die Banken in öffentliche Institutionen umzuwandeln.

Komplementär zur Demokratisierung und Ausweitung des Öffentlichen ist die Stärkung solidarischer Ökonomien. Auch hier steht die demokratische Partizipation im Zentrum, als Grundlage für eine aktive populare Unterstützung nicht-marktförmiger Beziehungen. Die Informationstechnologien beförderten bereits eine massive Ausweitung alltäglicher nicht-marktförmiger Beziehungen durch das Herunterladen und teilen *(sharing)* digitaler Güter und die Vermittlung des Tauschens stofflicher Produkte oder Dienste. Nicht nur hier entstehen Keime einer Kultur und Ethik reziproker, nicht-kapitalistischer Beziehungen.

Jenseits dieser Nischen oder mit Blick auf die lokalen solidarischen Ökonomien in Lateinamerika und anderenswo bedarf es weitergehender politischer Veränderungen auf nationaler und transnationaler Ebene, um überhaupt ihr transformatorisches Potenzial zu entfalten. Von besonderer strategischer Bedeutung sind regionale Integrationsprojekte, die ein Gegengewicht zu rein marktvermittelten und von den kapitalistischen Zentren dominierten globalen Handelsbeziehungen bilden, z.B. die lateinamerikanische ALBA (mit all ihren Begrenzungen und Schwierigkeiten). Hier eröffnet sich ein Experimentierfeld für das kombinierte Wirken von progressiven Regierungen und radikalen sozialen Bewegungen, das die notwendig autonome und kreative Kraft von Arbeiter- und sozialen Bewegungen für eine fundamentale Veränderung respektiert. Dafür bedarf es neuer demokratischer und kooperativer Institutionen, auch jenseits des Nationalstaates, mithin der Transformation aller politischen Institutionen selbst.

Aus dem Englischen von Mario Candeias

»Danube Projekt« 2007, Foto: Rolf Pilarsky



»MIR STEHT ETWAS MEHR PESSIMISMUS ZU«

LUCIANA CASTELLINA



Berlin 2008, Inzwischen ist hier ein Picaldi-Outlet. Foto: Oliver Powalla

1 Ich könnte antworten: Die Krise führt vor, dass der Kapitalismus nicht die beste Wahl für eine gesellschaftliche Entwicklung und anfällig für schwere Krankheiten ist. Ich könnte antworten, dass wir im Recht waren. Dies trifft alles zu, erklärt aber nicht den spezifischen Charakter der Krise. Letzteres kann ich wirklich nicht beantworten. Soweit ich weiß, kann es niemand. Die meisten Ökonomen erklären ihre Ratlosigkeit: jenseits der ›technischen‹ Zusammenhänge komplizierter Finanzprodukte und riskanter Bankgeschäfte, die den Crash beschleunigt und verbreitet haben, wissen sie nicht, welche Ursachen für diese tiefe Krise verantwortlich sind. Insofern wäre es nicht schlecht, wenn die Linke sich nicht ihrer Hoffnungen versichern würde, sondern das gegenwärtige System einer erneuten und erneuerten Analyse unterzöge, um seine ständigen Transformationen zu verstehen. Weder wird der Kapitalismus morgen absterben, noch für immer überdauern – beide Vorstellungen sind in der Linken weit verbreitet. (Der Titel eines neuen Buches des italienischen Ökonomen Giorgio Ruffolo heißt *Il capitalism ha i secoli contati*, sinngemäß: der Kapitalismus ist ›angezählt‹, aber bevor er untergeht, wird er noch einige Jahrhunderte überdauern.)

2 Die Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2009 haben gezeigt, dass – abgesehen von kleinen Minderheiten – die am stärksten von der Krise Betroffenen ihre Stimme nicht für jene abgegeben haben – uns –, die seit langem vor den Gefahren der fatalen Krise gewarnt haben, sondern für Parteien, die aggressiv nach Sündenböcken suchen – Migranten, Arme und Arbeitslose etc. –, die demokratische Verkehrsformen, Politik als solche angreifen – und damit die Ursachen der und die Verantwortlichen für die Misere verschleiern. Wenn sich dies so ereignen kann, heißt das, die Linke war unfähig, jenseits ihrer Ablehnung des Bestehenden eine Alternative anzubieten oder wenigstens anzudeuten. Die Linke leckt ihre Wunden. Es gibt keine Anzeichen, dass sie die Rolle, die sie einst im 20. Jahrhundert gespielt hat, wieder gewinnen wird. Es wäre heilsam, sich keinen Illusionen hinzugeben und ins Auge zu fassen, dass eine sehr langfristige theoretische und politische Arbeit ihres Wiederaufbaus nötig sein wird. Kurz: Die Fragen stellen sich für mich als zu schwer heraus. Ich kann sie nicht beantworten und befürchte, wir sind alle nicht in der Lage. Als sicherlich Älteste der Autorinnen müsst ihr mir aus Erfahrung etwas mehr Pessimismus zugestehen.

Aus dem Englischen von Mario Candeias

FÜR EIN LINKES EUROPÄISCHES PROJEKT

CHANTAL MOUFFE

Wie tief reicht die gegenwärtige Krise?

Wir sind nicht Zeugen der Krise des Kapitalismus, die sein bevorstehendes Ende anzeigen würde, sondern einer Krise innerhalb des Kapitalismus, einer bestimmten Form von Finanzkapitalismus, deren Ergebnis noch unentschieden ist. Sie könnte zu einer Neuordnung und Konsolidierung der Finanzmacht oder zu einer eher fortschrittlichen Umgestaltung der Machtbeziehungen führen. Dies wird von den Kräfteverhältnissen abhängen und davon, wie die Macht des Staates eingesetzt wird. Dies wird sich nicht allein auf nationaler Ebene entscheiden. Daher ist es ein entscheidender Moment für die Europäische Union – ein Moment wirklicher Gefahr wie großer Möglichkeiten. Wie werden die unterschiedlichen Mitgliedstaaten auf die Herausforderungen der Krise reagieren? Wird es gelingen, eine gemeinsame, fortschrittliche Strategie zu finden, um die Schwierigkeiten zu überwinden, mit denen alle, wenn auch in unterschiedlicher Weise, konfrontiert sind? Oder werden sie sich auf die verschiedenen Formen von Protektionismus zurückziehen, um individuelle Lösungen zu finden, ohne Rücksicht auf die Auswirkungen für ihre Partner? Die Zukunft der EU wird von der Antwort auf diese Fragen abhängen, und linke Parteien sollten eine entscheidende Rolle in diesem Prozess spielen. Es gibt keine Garantie, dass das erreichte Maß an Integration nicht auch zurückgenommen werden könnte.

Wie schätzen Sie die Folgen für die EU ein?

Es ist ein unglücklicher Umstand, dass, während die gegenwärtige Krise der EU die Möglichkeit bietet, ihre Nützlichkeit zu beweisen, die Ergebnisse der Europawahlen darauf hinweisen, dass sie bei den Menschen in Europa wenig Popularität genießt. Die Ablehnung des EU-Verfassungsvertrages durch Franzosen und Niederländer, das Votum der Iren gegen den Lissabonner Vertrag haben bereits gezeigt, dass, nach ihrer Meinung gefragt, die Menschen ihr Misstrauen gegenüber Europa deutlich machen. Oft stellen die negativen Stimmen zwar keine Ablehnung des europäischen Projektes als solches dar, sondern der neoliberalen Weise, in der es umgesetzt wird. In jedem Fall bestätigen die niedrige Wahlbeteiligung und das Wachstum von Anti-EU-Parteien, dass die vorherrschende Stimmung durch einen Mangel an Vertrauen gekennzeichnet ist. Dies wird wohl durch die ökonomische Rezession noch verstärkt, die bereits den Großteil der europäischen Staaten erfasst hat.

Was sind Gründe für die Krise der EU?

Vor einigen Jahrzehnten war das europäische Projekt durchaus in der Lage, Begeisterung hervorzurufen und den Wünschen und Zielen vieler Menschen Ausdruck zu verleihen. Was ist passiert? Verschiedenste Erklärungen wurden angeboten: die geopolitischen Transformationsprozessen im Zusammenhang mit dem Ende des Kalten Krieges, Widerstand gegen einen zu schnellen Erweiterungsprozess, der ohne die Mitsprache der Bevölkerungen von oben auferlegt wurde. Die häufigste Kritik ist,

dass die EU über zu wenig Legitimität verfüge und unter einem Demokratiedefizit leide. Das ist ein großes Problem. Aber ich denke, der Grund für die Ablehnung ist die Abwesenheit eines Projektes, das eine starke Identifikation unter den Bürgern Europas befördern und eine Perspektive für die Mobilisierung der politischen Leidenschaften in eine demokratische Richtung geben könnte.

Wie könnte dieses Projekt aussehen?

Ich beziehe mich hier nicht auf die Autoren, denen zufolge es an einer post-nationalen europäischen Identität mangelt, die die verschiedenen nationalen Identitäten ersetzt. Ich glaube weder an die Möglichkeit noch die Wünschbarkeit einer solchen post-nationalen Identität. Man sollte sich die Zukunft der EU auch nicht in den Begriffen eines föderalistischen supranationalen Staates vorstellen. Der Reichtum Europas liegt in der Verschiedenheit seiner Menschen und ihrer Kulturen, und das Ziel einer europäischen Integration sollte nicht sein, diese Verschiedenheiten zu überwinden. Die EU muss die Vielfalt und die Verschiedenheit der kollektiven Identitäten in ihrer Mitte anerkennen, auch deren »affektive Dimension«. Ziel ist die Schaffung eines den verschiedenen Nationen gemeinsamen Bandes bei gleichzeitigem Respekt vor ihren Differenzen. Die Herausforderung besteht in der Verbindung von Einheit und Verschiedenheit, in der Institutionalisierung einer Form von Gemeinsamkeit, die Raum für Heterogenität lässt.

Ich denke, dass eine solche Gemeinsamkeit, die um ein sozial-politisches Projekt herum etabliert werden könnte, in der Lage wäre, eine Alternative zur neoliberalen Hegemonie darzustellen, die in den letzten Jahrzehnten bestand. Das neoliberale Modell ist sicherlich durch die jüngsten Ereignisse erschüttert worden, aber ein alternatives Modell ist bisher nicht in Sicht.

Warum konnte die Linke bislang kein neues Projekt formen?

Die Linke ist momentan nicht in der Lage, Vorteil aus dieser Situation zu ziehen, weil sie zu lange an der Idee festgehalten hat, dass es keine Alternative zur neoliberalen Globalisierung gebe. In vielen Ländern haben Mitte-Links-Regierungen eine wichtige Rolle im Prozess der Deregulierung und Privatisierung gespielt, was die neoliberale Hegemonie befestigt hat. Ebenso tragen die europäischen Institutionen die Mitverantwortung für die gegenwärtige Krise.

Wie könnten Konturen für ein neues Projekt der Linken aussehen?

Wenn wir anerkennen, dass die neoliberale Wende die Ursache für die geringe Zustimmung zur EU ist, wird offensichtlich, dass eine Neudefinition des europäischen Projektes unter einem fortschrittlichen Vorzeichen zur Wiederherstellung seiner Legitimität beitragen könnte. Der erste Schritt muss sein, die Distanz zum angelsächsischen Modell von Kapitalismus offen zu markieren. Das würde ermöglichen, wieder an die sozialdemokratische Tradition anzuschließen, die seit dem Zweiten Weltkrieg den Kern der europäischen Politik ausmachte. Allerdings hat sich seitdem Vieles geändert, so dass man nicht einfach zur traditionellen Sozialdemokratie zurückkehren kann. Überdies war der Erfolg des Neoliberalismus zum Teil durch Unzulänglichkeiten der Sozialdemokratie

ermöglicht worden. So trug etwa die bürokratischen Umsetzung von Umverteilungsmaßnahmen dazu bei, jene Menschen der sozialdemokratischen Politik zu entfremden, die eigentlich von ihr profitierten, und sie so empfänglich für die neoliberale Rhetorik zu machen. Es geht um nicht weniger als die Ausarbeitung eines neuen Projektes, das die positiven Aspekte der Sozialdemokratie »zurückholt«, aber darüber hinausgehend jenen Punkt erreicht, an dem ökonomische mit sozialen, Umwelt- mit politischen Fragen zusammengeführt werden. Ein derartiges Projekt kann nicht allein auf nationaler, sondern nur auf europäischer Ebene formuliert werden. So könnte die EU zu einem Brennpunkt der Hoffnungen und Wünsche ihrer Menschen werden.

Wie wichtig ist die Eigentumsfrage?

Die Vorschläge zugunsten einer pluralen Ökonomie sind hier wichtig. Sie wird von drei Pfeilern getragen: Marktökonomie, öffentlichem Sektor und der »solidarischen Ökonomie«, die gekennzeichnet ist von der Entwicklung vielfältiger nicht-profitorientierter Aktivitäten, die mit den privaten und öffentlichen Ökonomien verbunden sind und durch die Zuwendung eines Bürgergeldes erhalten werden. Ziel ist, eine plurale Ökonomie anzuregen, in der der genossenschaftliche Sektor neben Markt und Staat eine wichtige Rolle spielt. Viele Aktivitäten, die großen sozialen Nutzen haben, jedoch der Logik des Marktes zum Opfer fielen, könnten durch öffentliche Finanzierung von solidarischer Ökonomie übernommen werden. Überdies wäre dieser dritte Sektor in der Lage, zur treibenden Kraft zu werden, wenn es um die Herausforderung der vorherrschenden Werte der »Konsumgesellschaft« und um Experimente mit emanzipatorischen, gesellschaftlichen Beziehungen geht. Ein solches plurales Modell, eine »post-sozialdemokratische« Alternative zum Neoliberalismus, könnte wichtige Leitlinien einer Antwort auf die gegenwärtige Krise bereitstellen, die über die Reparatur des Systems oder eine Rückkehr zu keynesianischen Politiken hinausginge. Auch Projekte in anderen Ländern können nützliche Einsichten beitragen. Es ist wünschenswert, dass es zu einer breiten Debatte über diese Fragen unter den verschiedenen linken Gruppen in unterschiedlichen Teilen Europas kommt.

Ich möchte vorschlagen, dass alle, die für eine Erneuerung der Linken kämpfen, ihre Energie nicht auf die Dämonisierung der EU verschwenden, die sie allzu oft mit ihrer gegenwärtigen neoliberalen Version in eins setzen, sondern diese Kräfte auf die Ausarbeitung eines linken europäischen Projektes richten. Man sollte nicht vor den europäischen Institutionen fliehen, sondern in ihnen den Kampf voran bringen. Er sollte verstanden werden als gegenhegemonialer Kampf um die Transformation der europäischen Institutionen von »innen«, als »Stellungskrieg«. Sein Ziel ist eine radikaldemokratische EU, die eine entscheidende Rolle in der rasant entstehenden multipolaren Welt spielen könnte. Dies ist, wie ich glaube, ein politisches Projekt, das Leidenschaften mobilisieren und ein gemeinsames Band schaffen könnte, das die verschiedenen Europäerinnen und Europäer über ihre Differenzen hinweg vereinigt.

Aus dem Englischen von Janek Niggemann

BISLANG …

… SCHLÄGT SICH DIE HERRSCHENDE KLASSE GAR NICHT SCHLECHT!

KEES VAN DER PIJL

Erklärungen, wonach die gegenwärtige Krise die schwerste seit den 1930er Jahren sei, übersehen in aller Regel, dass mindestens drei grundlegende Unterschiede einen solchen Vergleich problematisch machen.
Erstens gibt es keinen neuen Modus der Kapitalakkumulation, der (wie damals der Fordismus) an den Rändern des herrschenden Modus entstanden ist und den Platz der ausgedienten, alten Ordnung einnehmen könnte. Die Rolle des New Deal in den USA war die Verallgemeinerung jenes Klassenkompromisses, der mithilfe staatlicher Intervention von Ford in Detroit paradigmatisch durchgesetzt worden war. Auch wenn es eines Zweiten Weltkriegs und zahlreicher Anpassungen bis in die 1950er Jahre hinein bedurfte (wie die McCarthysche Jagd auf Kommunisten, die zugleich die Gewerkschaften zähmte), so war das im Großen und Ganzen das Ergebnis. Heute interveniert der Staat wieder, aber nur um den neoliberalen Akkumulationsmodus zu unterstützen – ein neuer ist nicht in Sicht.
Zweitens ist heute der Grad der Transnationalisierung des Kapitals (vor allem des produktiven, denn Handel und Finanzen waren immer relativ stark transnationalisiert) derart hoch entwickelt, dass nationale Lösungen nicht länger ins Auge gefasst werden können. Sogar der klassische New Deal musste mithilfe des Marshallplans nach Europa exportiert werden, damit der Fordismus in seinen verschiedenen Varianten in einem transatlantischen Kontext gegen den Sozialismus in Stellung gebracht werden konnte. Heute beginnen Produktlinien in Vietnam oder China oder Indonesien und werden durch eine



Reihe von Vermittlungen verknüpft, bevor sie die OECD-Ökonomien erreichen, wo die Endkonsumenten sitzen. Gleichgültig ob innerbetriebliche Warenflüsse oder zwischenbetrieblicher Handel – diese produktiven Netzwerke können nicht im nationalen Rahmen organisiert werden. Wenn sich Revolten in Madagaskar gegen den Verkauf von Land an ausländische Investoren wenden, sich in Thailand an horrender Ungleichheit entzünden oder anomische Formen annehmen wie die somalische Piraterie oder den Diebstahl von Öl im Nigerdelta, dann stehen sie weit außerhalb der neuen Klassenkompromisse, die von denen kontrolliert werden, die die globale Ökonomie beherrschen. Auf dieselbe Weise können die USA weder China noch Japan noch irgendeinen Staatsfonds veranlassen, einem Westen, der in der Krise steckt, zu Hilfe zu kommen. Parallele Flüsse von Rohmaterialien erhöhen nur noch die globale Interdependenz. Mit anderen Worten: die globale politische Ökonomie ist so organisiert, dass die Politik in Staaten eingeschlossen bleibt. Klassenbeziehungen sind Teil einer globalen Struktur; sie sind durch Nationen vermittelt und schließen so jeden effektiven Zusammenschluss von Interessen aus – die Interessen des transnationalen Kapitals ausgenommen.
Drittens geht es in der gegenwärtigen Krise keineswegs nur um einen geschichtlichen Modus der Kapitalakkumulation, sondern um die westliche Lebensweise selbst – um intensive Konsumption, die Überausbeutung von Gesellschaft und Natur nach dem Diktat der Gewinnmaximierung, um strukturelle Ungleichheit. Der Kapitalismus selbst ist jetzt mit seinen Grenzen konfrontiert und da sein geschichtliches Schicksal untrennbar mit dem transnationalen, Englisch sprechenden Westen verknüpft ist, in dem er entstand und von dem aus er sich ausbreitete, sind beide – der Westen und der Kapitalismus – aneinander gekettet, wenn es um ihren Niedergang geht. Es gibt keinen Trick, mit dem man den Kapitalismus in eine Schachtel stecken und ihn nach China oder anderswo mitnehmen kann, wo er sein Leben von neuem beginnt, ohne die Kultur von Liberalismus und Individualismus, die seinen Beginn überhaupt ermöglicht haben.
Zusammengenommen zeichnen diese drei qualitativen Unterschiede zur Großen Depression ein düsteres Bild von der Zukunft des Kapitalismus und des Westens. Und dennoch – die herrschenden Klassen in diesem Teil der Welt sind nicht wirklich durcheinander gebracht worden. Bush wurde rechtzeitig von einem jugendlichen, redegewandten und diplomatischen Obama abgelöst, der englischsprachige Westen bekam eine Atempause. Verschwunden ist die Idee, dass der neoliberale Kapitalismus eine angloamerikanische Strategie ge-

gen den fordistischen Kompromiss der Klassen und Staaten ist. Wer erinnert sich noch daran, wie der Westen Pinochet erlaubte, die chilenische Demokratie zu strangulieren? Wie die brutalsten Mittel angewandt wurden, um progressive Regierungen und Bewegungen in Zentralamerika und im südlichen Afrika zu zerstören? Gegenwärtig kann kein global agierender politischer Führer mit Obama's Charisma konkurrieren – und im aktuellen transnationalisierten Kontext spielt die Außenpolitik im Kampf der politischen Alternativen eine Schlüsselrolle. Das ermöglicht dem Westen, neue Wege zur Stabilisierung des allgemeinen Gleichgewichts der Klassen und international agierenden Kräfte einzuschlagen und zugleich mit den unmittelbaren Begleiterscheinungen der Krise, wie Massenarbeitslosigkeit und Bankrotten, umzugehen.

Es wird Anpassungen in der Struktur der kapitalistischen Klasse geben. Jene Kapitalfraktionen, die von der Thatcher-Reagan-Konterrevolution am meisten begünstigt wurden (also das Finanzkapital und die unregulierten Kapitalmärkte in denen es agierte und die das Zentrum des aktuellen Krisensturms bilden) sind in der Defensive. Bekanntlich hat Marx im dritten Band des »Kapital« vermerkt, dass die meisten Finanziers, die mit geborgtem Geld arbeiten und daher Profite scheinbar aus dem Nichts schaffen, dazu neigen, philosophisch zu werden. So werden wir noch einiges von den aggressiven Finanzspekulanten wie George Soros hören, der in den 1980ern das britische Pfund in die Knie zwang, zum Ruin der Wirtschaft Großbritanniens beitrug und nun kapitalistische Exzesse »kritisiert«, nachdem er seinen Reichtum gesichert und begonnen hat, Land in Argentinien und andernorts zu kaufen. Auch der Bankensektor, der nach der abschließenden Beseitigung der Reste der New-Deal-Gesetzgebung (die die Trennung von Investmentbanking und Geschäftsbanken festgeschrieben hatte) weitaus stärker im Kapitalmarkt aktiv geworden war und sich seit den späten 1990ern im Milieu der Hedgefonds getummelt hatte, hat deutlich an Einfluss verloren. Auch wenn einige seiner exponiertesten Manager wegen krasser Unfähigkeit entlassen wurden, wird doch der Bankensektor insgesamt auf Kosten der Öffentlichkeit saniert. Viele haben bereits die Erwartung geäußert, dass ein stärker regulierter, gebändigter Bankensektor das Ergebnis der aktuellen Staatsinterventionen sein wird.

Es gibt eine weitere zentrale Komponente der neoliberalen Konterrevolution der Thatcher-Reagan-Jahre, die unangetastet bleibt: der Militär-Industrie-Komplex des Westens. In diesem Licht muss die Entscheidung der Regierung Obama gesehen werden, den Krieg in Afghanistan zu intensivieren und Pakistan stärker in ihn zu verwickeln. In dieser Entscheidung klingt noch der von der Wall-





Alle: Chicago 2006
Foto: Ralf Hoffrogge, Berlin

street gestützte massive Umbau der US-Luftfahrtindustrie in der Zeit des sowjetischen Zusammenbruchs nach, der zur aggressiven Wende der US-Politik in der zweiten Amtszeit Clintons und unter Bush beitrug. Investmentbanker wie Richard Holbrooke sind damit befasst, diese Politik in die Praxis umzusetzen. Auch in Europa ist eine deutliche Militarisierung zu beobachten, wobei die USA bestrebt sind, die Autonomie Europas bei aller Unterstützung zu beschränken. Die Big-Brother-Regierungen in Frankreich und Italien sehen sich einer wachsenden Anzahl von Revolten gegenüber, die die europäische Politik in unvorhergesehene Richtungen drängen könnten. Griechenland und die Türkei sind gleichsam unbekannte Größen und im Laufe des letzten Jahrzehnts hat sich Lateinamerika ein Stück aus der Dominanz der Vereinigten Staaten freigemacht. Die Krisen der 1930er und 1970er Jahre haben gezeigt, dass die Manager-Eliten der kapitalistischen Gesellschaften nach vorne drängen, um die Übergänge zu organisieren. Zwar ist heute noch unklar, wohin diese Übergänge führen werden. Angesichts des Fehlens einer starken Linken und des Regiments von Marktdisziplin und intellektuellem Konformismus an den Hochschulen scheint es, dass die herrschenden Klassen des Westens dem Sturm standgehalten haben.

Aus dem Englischen von Rainer Rilling

DIE AMERIKANISCHE MACHTSTRUKTUR

G. WILLIAM DOMHOFF

Machtstrukturen können nicht leicht verändert werden. Gewöhnlich werden sie von einer kleinen Elite beherrscht, die die Spitzenplätze in einer Kombination der wichtigsten Organisationsnetze einnimmt, wie sie alle größeren Gesellschaften durchdringen – ideologische (vor allem religiöse), ökonomische, militärische und politische Netzwerke (Domhoff 1990; Mann 1986; Mann 1993). Während politische, militärische und ideologische Netzwerke in Europa oft großen Einfluss hatten und zuweilen die kapitalistische Klasse einschränkten oder sogar überwältigten, dominierte in den Vereinigten Staaten aus einer ganzen Reihe von Gründen immer das ökonomische Netzwerk. Zu diesen Gründen gehört, dass das ideologische Netzwerk immer in rivalisierende Glaubensrichtungen zerfiel, das politische Netzwerk (der Staat) bis in die jüngste Zeit klein und dezentralisiert und das militärische Netzwerk bis zum Zweiten Weltkrieg peripher war (Mills 1956). Zur

Dominanz des ökonomischen Netzwerks trug bei, dass die weißen Eliten des Südens nicht herausgefordert wurden, da ihre Arbeiter Sklaven waren, die keinen Widerstand leisten oder wählen konnten. Eine reiche Wirtschaftselite konnte somit von Beginn an die neue Nation dominieren, zunächst – im 18. und frühen 19. Jahrhundert – in Gestalt der Händler und Slavenbesitzer des Südens, gefolgt von den Industrie- und Finanzgiganten des Nordens in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Kurz: schon lange vor Big Government gab es die Big Corporations, wodurch eine große, in sich kohärente und klassenbewusste Unternehmenselite in den Stand versetzt wurde, mithilfe eines Netzwerks von Stiftungen, Think Tanks und Einrichtungen der Politikberatung die großen Veränderungen im amerikanischen Regierungssystem des 20. Jahrhundert zu bewerkstelligen (Domhoff 2009).

Machtstruktur bedeutet nicht, dass eine kleine Elite einer Restmasse gegenübersteht. Es handelt sich eher um eine Hackordnung oder Hühnerleiter. Jeder hat seine Nische und hält an ihr fest, weil es immer jemanden darunter gibt, dem es noch ein wenig schlechter geht. So sind Allianzen zwischen den Bewohnern der unteren Stufenleitern nicht leicht. Niemand möchte riskieren, das wenige zu verlieren, was er hat.

Aufgrund der Zähigkeit, mit der sich Menschen an ihren Machtpositionen festzuklammern versuchen (und das gilt besonders für die *top dogs*, die die meisten Ressourcen haben), bedarf es gewöhnlich einer starken Kraft, um Veränderungen herbeizuführen: Umwälzungen wie Kriege, Depressionen oder massive eruptive Bewegungen exkludierter Gruppen (wenn sie denn eine Lücke für Interventionen finden).

MACHTEPOCHEN

Diese Feststellung gilt für die vier großen Machtepochen in den Vereinigten Staaten zwischen 1776 und 2008. Die erste begann mit der delikaten Machtbalance zwischen den Reichen im Norden und den Plantagenbesitzern im Süden, die 1776 nach dem Revolutionskrieg in der US-Verfassung kodifiziert wurde. Es war ein Pakt der Eliten, der ihre Macht über die Handwerker und Bauern bekräftigte, die wegen ihrer Teilnahme am Kampf gegen die Briten zunächst eine erste Öffnung der Gesellschaft erreicht hatten (vgl. Piven 2006).

Dieses Arrangement wurde nach 71 Jahren durch die wachsende Konkurrenz zwischen den Segmenten der herrschenden Klasse im Norden und im Süden zerstört. Die durch die Agitation der Abolitionisten noch verschärfte Situation führte zu einem mörderischen Bürgerkrieg, in dem die zuvor aufsteigenden und sehr reichen Südstaatler innerhalb der Machtstruktur in Juniorpartner verwandelt wurden. Dank einer terroristischen Kampagne gegen die neu befreiten Sklaven und dank der Hilfe von Demokraten des Nordens (vor allem von der Wall Street mit ihren ökonomischen Beziehungen zum Süden) waren die Weißen des Südens (die *redeemers*, d.h. »Erlöser«) imstande, den *Kompromiss* von 1877 durchzusetzen, der es den Südstaatlern ermöglichte, ihre afroamerikanischen Arbeitskräfte erneut zu unterwerfen – dieses Mal als kleine Pächter

und Landarbeiter (Piven 2006; Schwartz 1976; Woodward 1966). Die weißen Eliten, die damals vollständig in der Partei der Demokraten organisiert waren und auf diese Weise die Kleinbauern aus dem Zweiparteiensystem verdrängten, bauten ihre Position im Kongress aus und holten Bundesmittel in ihre Region.

Dieses zweite Machtarrangement, das Anfang des 20. Jahrhunderts in beiden Parteien die wenigen Liberalen und traditionell Progressiven in marginale Figuren verwandelte, wurde durch die unerwartete und miserabel gemanagte Große Depression bis zu einem gewissen Grade erschüttert. Die ökonomische Krise erlaubte einer zeitweise geeinten Arbeiterklasse und ihren liberalen Verbündeten, als Teil der New Deal-Koalition in der Demokratischen Partei Fuß zu fassen – auch wenn diese Partei immer den Demokraten im Süden verpflichtet blieb.

Doch die neue Koalition zwischen den Liberalen und der Arbeiterbewegung wurde rasch marginalisiert, als die Republikaner in den Kongresswahlen von 1938 genügend Sitze erreichten – unter anderem aufgrund der kurzsichtigen Versuche Roosevelts, einen ausgeglichenen Haushalt zu schaffen und die Geldpolitik zu begrenzen. Die wieder erstarkten Republikaner schlossen sich dann mit den Southern Democrats zu einem konservativen Wahlblock zusammen, um jegliche liberale oder arbeitnehmerorientierte Gesetzgebung zu blockieren. Zwischen den Reichen des Nordens, die bei den Republikaner dominierten, den Reichen des Südens, die die demokratische Partei beherrschten und einem konservativen Wahlblock aus Republikanern des Nordens und Demokraten des Südens, der den Kongress in Klassenfragen kontrollierte, gab es in dieser *dritten* Machtkoalition 1938-1965 wenig Chancen, durch Wahlen soziale Gleichheit durchzusetzen.

Wer gegen Klassenherrschaft und rassistische Ausgrenzung opponierte und neue Rechte (einschließlich des Wahlrechts für bestimmte Gruppen) erreichen wollte, wandte sich daher sozialen Bewegungen zu, die außerhalb des Wahlsystems agierten.

Die größte, nachhaltigste und bekannteste dieser Bewegungen war die Bürgerrechtsbewegung der 1950er und 1960er Jahre, die nicht nur das Leben der Afroamerikaner im Süden veränderte und in der ganzen Nation das Wachstum einer schwarzen Mittelklasse möglich machte. Sie brachte auch die Machtarrangements in Bewegung, die seit dem New Deal geherrscht hatten und leitete so eine vierte Machtepoche ein. Die weißen Eliten des Süden liefen zu den Republikanern über, die dann mit Appellen an Rassenvorurteile, religiösem Fundamentalismus und Angriffen auf Big Goverment eine Mehrheit der Weißen im Süden an sich zogen und sie mit massiven Landwirtschaftssubventionen und Rüstungsaufträge belohnten.

Die Durchsetzung der Bürgerrechtsgesetze und der Exodus des südlichen Segments der Eigentümerklasse aus der Demokratischen Partei hätten die Chance eröffnet, diese Partei in eine Organisationsbasis für eine bundesweite Koalition zwischen (Links-)Liberalen und Arbeiterbewegung umzubauen, die sowohl Afroamerikaner als auch die neuen Immigranten aus Lateinamerika und Asien hätte

einschließen können. Doch stattdessen geschah etwas völlig anderes, das für die nächsten vierzig Jahre jede Aussicht auf eine fortschrittliche Veränderung der Ökonomie ausschloss. Diese *vierte* Machtepoche wurde von einer Koalition aus konservativen Kräften und Großindustrie mit nationaler Anziehungskraft dominiert. Denn es war nicht einfach der Rassenkonflikt im Süden, der jede Chance auf eine erweiterte Koalition zwischen (Links-)Liberalen und Arbeiterbewegung innerhalb der Demokratischen Partei zerstörte. Es gab auch Rassenkonflikte und zunehmende weiße Vorurteile im Norden. Die Argumente und Schlagworte, die später von den Ultrakonservativen in der Republikanischen Partei benutzt wurden, um die Weißen des Nordens anzusprechen, waren bereits Anfang der 60er Jahre von Funktionären der Gewerkschaften und der Demokratischen Partei geprägt worden, um gegen die neuen Forderungen nach einer größeren Integration im Norden anzugehen (Sugrue 2001; 2008). Natürlich gab es einige bemerkenswerte Ausnahmen: Viele Führer der Industriegewerkschaften unterstützten die Bürgerrechtsbewegung in den Parlamenten. Aber viele weiße Wähler aus den unteren und mittleren Einkommensgruppen wollten keine Integration im Wohnbereich, in der Bildung und in den Gewerkschaftsorganisationen. So gerieten die Demokraten sowohl im Norden als auch im Süden in die Defensive.

Es war auch nicht einfach ein Rassenkonflikt, der viele Weiße des Nordens gegen die Liberalen aller Schattierungen aufbrachte. Einige von ihnen waren gegen Feministinnen und Umweltaktivisten, die sie als Bedrohung ihrer Jobs oder ihres Status als stolze weiße Männer erschienen. Andere nahmen Stellung gegen das, was sie als den Antiamerikanismus der Antikriegsbewegung empfanden. Alle diese Faktoren führten zum Zerfall der Koalition von Liberalen und Arbeitern. So konnten Präsident Nixon und seine ultrakonservativen Bundesgenossen immer mehr weiße Wähler aus mittleren Einkommensgruppen (Arbeiter und Angestellte, gewerkschaftlich Organisierte oder Unorganisierte) für die Republikanische Partei gewinnen. Sie nutzten dabei dieselben sozialen, rassistischen und religiösen Themen, die noch 2008 von den Kandidaten der Republikaner ins Spiel gebracht wurden (Edsall 2006; Edsall/Edsall 1992).

Es gab also verschiedene Gründe, weshalb genug weiße Wähler zu den Republikanern überliefen und diese Partei der Koalition aus Großindustrie und Konservativen stabilisierten. Für eine erweiterte Koalition aus Liberalen und Arbeiterbewegung entstanden daraus neue Probleme. Die weißen Gewerkschaftler begriffen nicht wirklich, dass es nun um das Überleben ihrer Gewerkschaften ging. Sie begriffen nicht, dass die atemberaubend schnelle Verlagerung der Produktion ins Ausland die starken Gewerkschaften untergraben würde, die sie in den letzten 35 Jahren aufgebaut hatten. Ebenso wenig erkannten sie, dass die Republikaner, die um ihre Wählerstimmen gebuhlt hatten, zugleich die Attacken der Unternehmerseite unterstützen würden, indem sie beispielsweise antigewerkschaftlich eingestellte Personen in das *National Labor Relations Board* beriefen. Die bundesweite Hinwendung der Weißen zu den Republikanern

ermöglichte es auch den moderaten Konservativen, eine Wende nach rechts einzuschlagen, als sich in den 1970ern die Innenstädte beruhigt hatten und die Konzerne aufgrund der steigenden Ölpreise und der Inflation mit neuen Problemen zu kämpfen hatten. Das Ergebnis war ein »neuer Klassenkrieg«, der in den Kürzungen zahlreicher Sozialprogramme durch die Reagan-Administration kulminierte (Piven/Cloward 1982). Dieser erneuerte Klassenkrieg führte auch zur schrittweisen Deregulierung des Finanzsektors, der Basis für die Blasen des Aktien- und Immobilienmarktes, die die Wirtschaft in den Jahren zwischen 1997 und 2006 vornehmlich bestimmten (Baker 2007; 2009).

Anfang der 1990er wurde die zersplitterte Koalition aus Liberalen und Arbeiterbewegung langsam wieder aufgebaut. Frauen und Farbige konnten viele der erkämpften Bürgerrechte sichern und eine neue Generation jüngerer weißer Arbeiter akzeptierte diesen Wandel mittlerweile. Die Gewerkschaftsbewegung selbst wurde vielfältiger, sie nahm Frauen und Latinos auf – dennoch war sie weitaus kleiner und schwächer als in der Vergangenheit. Erschöpft von den zwölf Jahren ununterbrochener republikanischer Herrschaft war das Bündnis aus Liberalen und Arbeiterbewegung dankbar für die wenigen Erfolge, die sie der zentristischen Clinton-Regierung abtrotzen konnte. Doch sie erhielt keine Unterstützung bei der gewerkschaftlichen Organisationsarbeit und sie erlitt unter Clinton Niederlagen in der Sozialpolitik. Die Ausweitung des Handels mit Niedriglohnländern untergrub weiter die Position der Gewerkschaften. Und die Clinton-Regierung unterstützte weitere Deregulierungen des Finanzsektors, die im neuen Geschäftsklima der *New Economy* der 1990er notwendig seien.

Mit den Siegen von Bush und Cheney bei den Präsidentschaftswahlen 2000 und 2004 und der republikanischen Kontrolle des Kongresses schien es, als könne nichts mehr den langen Marsch nach rechts aufhalten. Die Gewerkschaften wurden schwächer. Die Antikriegsbewegung war gescheitert. Die Themen des Feminismus verschafften den Demokraten keine große Mehrheit unter den Frauen – trotz der sexistischen und offen abtreibungsfeindlichen Politik der Republikaner. Die Liberalen und die Arbeiterbewegung waren ebenso wie die Demokratische Partei insgesamt demoralisiert. Eine kohärente Linke, die hätte hoffen können, die amerikanische Bevölkerung zu erreichen, existierte nicht. Aber erneut waren es ein Krieg und *ein ökonomisches Erdbeben*, die die Machtstrukturen neu aufmischten.
Die amerikanische »Mitte« wandte sich 2006 angesichts der Opfer und Fehlschläge genauso gegen den Irakkrieg, wie sie sich zuvor gegen den Korea- und Vietnamkrieg gewandt hatte (Mueller 1973; 2005). Dank dieser unerwarteten Veränderung bekamen die Demokraten die Mehrheit im Kongress und stoppten so wenigstens zeitweilig den Trend nach rechts. Zentristen und Liberale schöpften wieder Hoffnung für die Wahl 2008. Aber es bedurfte noch eines weiteren Schocks, um einen deutlichen Sieg der Demokraten bei den Präsidentschaftswahlen zu sichern. Noch Anfang September 2008 lieferte sich Barack Obama mit Senator McCain ein Kopf-an-Kopf-Rennen.

Doch der Beinahe-Kollaps der Finanzmärkte Mitte September war ein unüberhörbarer Weckruf, ein Hinweis auf ökonomisches Chaos, das viele Amerikaner einschließlich der Arbeiter in den zentralen Industriestaaten der USA bedrohte, die bislang dazu tendierten, aus rassistischen Gründen gegen Obama zu stimmen. Plötzlich gab es Möglichkeiten für progressive Veränderungen, die zwei Monate zuvor undenkbar gewesen wären.

OBAMA: EINE FÜNFTE MACHTPERIODE?

Die Frage ist: sind die Vereinigten Staaten in eine fünfte Machtperiode eingetreten? Haben ihre außen- und wirtschaftspolitischen Desaster die Republikaner für die nächsten Wahlperioden marginalisiert?

Es gibt drei Faktoren, die entscheidend sind für die Richtung, die die Vereinigten Staaten in den nächsten Jahren einschlagen werden. Erstens wird ein Andauern der Fehlschläge in der Kriegführung (also ein Ausbleiben einer Vereinbarung mit dem Iran und eine weitere kriegerische Politik im Irak, in Afghanistan und Pakistan) das Land weiter destabilisieren und den Zusammenhalt innerhalb der Demokratischen Partei lockern. Zweitens: wenn die gegenwärtige Rezession anhalten oder sich sogar verschlimmern sollte und wenn die Regierung Obama nicht mehr anzubieten hat als ihre bisherige halbherzige Politik, werden sich den Liberalen und der Arbeiterbewegung links von Obama neue Möglichkeiten öffnen. (Anders als Roosevelts New Deal hat die Regierung Obama bislang kaum Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor geschaffen und bis Mai 2009 auch für die kleinen Hauseigentümer, die zwangsenteignet wurden, kaum etwas getan – eine bemerkenswert gefühlskalte Haltung angesichts der Tatsache, dass gerade Afroamerikaner und Hispanos entscheidend waren für den Wahlsieg der Demokraten und unter der Immobilienkrise am meisten gelitten haben). Der dritte Faktor ist die Richtung, die die amerikanischen politischen Aktivisten einschlagen werden. Wenn sie eine ökonomische Vision für eine signifikante Minderheit aus Arbeitern und Liberalen attraktiv mit einer guten Strategie verbinden, dann könnten sie an Einfluss gewinnen. Aber eine vernünftige Strategie ist keineswegs garantiert. Big Money ist zurück. Wenn uns die Vergangenheit in dieser Hinsicht etwas lehrt, dann sicherlich, dass die Interessen der Obama-Unterstützer aus der ökonomischen Elite nachhaltig Berücksichtigung finden werden, wenn es um Entscheidungen über politische Projekte der Liberalen oder der Arbeiterbewegung geht. Frühere US-Regierungen, ob demokratisch oder republikanisch, wurden von Mitgliedern dominiert, die aus der ökonomischen Elite kamen. Passt die Obama-Regierung in dieses Muster? Liberale und Linke waren von vielen Ernennungen Obamas enttäuscht, weil diese Personen oftmals ›Zentristen‹ aus den Elitenhochschulen des Ostens waren und zuweilen schon in sehr hohen Positionen unter Clinton gearbeitet hatten. Die Erleichterung, mit der viele Konservative die Ernennungen (darunter zwei Republikaner) begrüßten, passt in dieses Bild. Die gebremste Vielfalt nach ethnischer Zugehörigkeit und Geschlecht im Kabinett ist ebenfalls ein Beleg dafür.

Gleichwohl unterscheidet sich die Obama-Regierung in zweierlei Hinsicht von ihren Vorgängern (vgl. im Detail Domhoff 2009). Ihre Mitglieder haben erstens weitaus häufiger den größeren Teil ihrer Karriere im Staatsdienst statt in der Wirtschaft gemacht; zehn von ihnen waren gewählte Gouverneure, Senatoren oder Mitglieder des Repräsentantenhauses. Zweitens saßen sie zuvor weitaus seltener in Aufsichtsräten usw. als ihre Vorläufer. Beide Merkmale gelten auch für den Obamas Stab. Nimmt man beides zusammen, ist die größere Regierungserfahrung des Obama-Teams ebenso bemerkenswert wie die Abwesenheit von *big shots* aus Großbanken und Großkonzernen. Die Obama-Regierung repräsentiert also eher die politische als die ökonomische Elite, ganz im Unterschied zu den vorangegangenen Regierungen (einschließlich Clintons).
Unter diesem Gesichtspunkt könnte das Potenzial der Obama-Regierung für autonomes Handeln größer sein als das aller Regierungen seit dem New Deal. Freilich ist die alte Koalition aus (Links-)Liberalen und Arbeiterbewegung immer noch schwach und mehr oder weniger gelähmt. Eine tiefe, lang anhaltende Rezession könnte bewirken, dass diejenigen, die am meisten unter Arbeitsplatz- und Einkommensverlust leiden, die zwangsenteignet wurden und nicht krankenversichert sind, ihre Angelegenheiten in die eigenen Hände nehmen. Eine Regierung, die vom ersten afroamerikanischen Präsidenten angeführt wird (der zudem einst *community organizer* war) und in der Personen mit unterschiedlichstem ethnischen und religiösen Hintergrund zusammenarbeiten, könnte kaum repressiv dagegen vorgehen, vor allem wenn diese Aktionen von Farbigen getragen würden. Ob solche Bewegungen, die in der Vergangenheit das einzige effektive politische Instrument der Amerikaner waren, sich entwickeln werden, ist freilich eine völlig offene Frage.

Aus dem Amerikanischen von Rainer Rilling und Hans-Jürgen Krysmanski

LITERATUR

Baker, Dean, 2007: *The United States since 1980*, New York
Ders., 2009: *Plunder and blunder: The rise and fall of the bubble economy*, Sausalito
Domhoff, G. William, 1990: *The power elite and the state: How policy Is made in America*, Hawthorne
Ders., 2009: *Who rules America? Challenges to corporate and class dominance*, New York
Edsall, Thomas B., 2006: *Building red America: The new con servative coalition and the drive for permanent power*, New York
Ders. und Mary D. Edsall, 1992: *Chain reaction: The impact of race, rights, and taxes on American politics*, New York
Mann, Michael, 1986: *The sources of social power: A history of power from the beginning to A.D. 1760*, Bd. 1., New York
Ders., 1993: *The sources of social power: The rise of classes and nation-states, 1760–1914*, Bd. 2., New York
Mills, C. Wright, 1956: *The power elite*, New York
Mueller, John E., 1973: *War, presidents, and public opinion*, New York
Mueller, John E., 2005: *The Iraq Syndrome, in: Foreign Affairs*, 6, 44–54
Piven, Frances Fox, 2006: *Challenging authority: How ordinary people change America*, Lanham
Dies. und Richard A. Cloward, 1982: *The new class war: Reagan's attack on the welfare state and its consequences*, New York
Schwartz, Michael, 1976: *Radical protest and social structure: the Southern Farmers' Alliance and cotton tenancy*, 1880–1890, New York
Sugrue, Thomas, 2001: Breaking through: The troubled origins of affirmative action in the workplace, in: J. Skrentny (Hg.): *Color lines: Affirmative action, immigration, and civil rights options for America*, Chicago, 31–52
Ders., 2008: *Sweet land of liberty: The forgotten struggle for civil rights in the North*, New York
Woodward, C. Vann, 1966: *Reunion and reaction: The compromise of 1877 and the end of reconstruction*, Boston

DER GELDMACHT-KOMPLEX

HANS-JÜRGEN KRYSMANSKI

Im Gefolge des New Deal und des Zweiten Weltkriegs entstand in den USA eine neue Form der Elitenherrschaft: die *power elite*, wie C. Wright Mills sie in seinem 1956 erschienenen gleichnamigen Buch beschrieb. Sie kontrollierte den alten ›plutokratischen‹ Reichtum mittels Verwaltungseliten, Spitzenexperten, Großwissenschaftlern und Starintellektuellen, Gewerkschaftern, Konzernmanagern, politischen Generälen und vor allem ›politischen Direktoraten‹. Parallel erwuchs aus der Kriegswirtschaft des Zweiten Weltkriegs und als Folge der asymmetrischen Systemauseinandersetzung eine *permanent war economy*, ein Militär-Industrie-Komplex: der *Pentagon Capitalism* (Melman 1970). Er hat sich nach dem Ende des Kalten Krieges und unter dem Einfluss der neuen Informationstechnologien ausgeweitet und stabilisiert. Beide Elitenkonfigurationen sind Exportschlager geworden.

Nach dem Experten- und Technokratiekomplex der *power elite* und nach dem Militär-

Industrie-Komplex hat sich seit den 1970ern eine dritte Form der Elitenherrschaft herausgebildet, ein Geldmachtkomplex. Geldmacht und Geldkreditketten spielen im Kapitalismus seit jeher eine zentrale Rolle. Doch hat die jüngste Entwicklung des Kapitalismus die Rolle des organisierten, vernetzten Superreichtums und damit die Möglichkeiten der unkontrolliert ausgeübten Geldmacht gewaltig gefördert und erweitert.

Bis in die 1970er nahm in den USA – auch im Vergleich zu anderen *High-Tech*-Nationen wie Japan oder denen der EU – die Produktivität stetig zu. Durch technischen Fortschritt konnten die gleichen Produkte immer kostengünstiger hergestellt werden. Damit waren auch die Profite kontinuierlich gestiegen und die Einkommensentwicklung der abhängig Beschäftigten verlief parallel dazu. Mit den *Reaganomics* setzte sich die Steigerung der Produktivität fort – nun im Zeichen der sich entfaltenden informationstechnologischen Revolution. Die Profite, auch im Bereich des Militär-Industrie-Komplexes, stiegen.

Der prozentuale Anteil der US-Superreichen stieg – bis 2008 – auf das historische Spitzenniveau der Zeit vor dem New Deal. Die Realeinkommen der abhängig Beschäftigten aber stagnierten und sanken seit Ende der 1990er Jahre; ihre Verschuldung explodierte. Steigende Produktivität, steigende Profite und sinkende Arbeitseinkommen führten zu einem Schub der Kapitalakkumulation bei den privaten und institutionellen Geldvermögen. Die Spekulation auf den Kapitalmärkten verdrängte realwirtschaftliche Investitionen.

DER GELDMACHTKOMPLEX UND SEINE AKTEURE

Wie Macht und insbesondere Geldmacht ausgeübt werden, änderte sich von Grund auf. Die Eigentümer großer Geldmengen konnten mit Hilfe der neuen Informationstechnologien Geldmacht (dazu Verwertungs- und Verteilungsmacht) als eine neue Form globaler *Souveränität* realisieren, weltumspannend bis hin zur Möglichkeit eines *financial fascism* (Sennett 2004). Umgekehrt ist die kapitalistische Wissens- und Informationsgesellschaft nicht denkbar ohne dieses neue Gravitationszentrum eines Geldmachtkomplexes (Krysmanski 2004; 2009). In dessen Mitte finden wir eine historisch gewachsene, vernetzte ultra-reiche Klientel. Sie ist umgeben von Konzern- und Finanzeliten, die im Dienst und auf Rechnung dieser Klientel ständig neue Möglichkeiten der Kapitalakkumulation erkunden und erfinden – nicht ohne dabei in ständiger Konkurrenz untereinander an sich selbst zu denken. Ihnen wiederum zur Seite stehen politische Eliten bzw. politische Direktorate und Oligarchien, die gerade in der heutigen Situation mit neuen Umverteilungsmodellen experimentieren, die den gesellschaftlichen Reichtum weiterhin möglichst geräuschlos von unten nach oben transportieren, also ohne den sozialen Konsens allzu sehr zu gefährden. Das alles geht schließlich nicht ohne ein Heer untergeordneter Technokraten und Experten (versiert in analytischen, symbolischen und affektiven Spielarten des Wissens).

Gesellschaftliche Macht zwischen den Polen hoch technisierter militärischer Gewalt und hoch informatisierter pekuniärer Potenz

DER BAIL-OUT VON 2008 IM VERGLEICH ZU ANDEREN REGIERUNGSPROJEKTEN

BAIL-OUT 2008 (NOVEMBER)
$4616000000000

NASA (GESAMTBUDGET) $851000000000
VIETNAM-KRIEG $698000000000
IRAK-KRIEG $597000000000
NEW DEAL $500000000000
KOREA-KRIEG $454000000000
SPARKASSEN-KRISE $256000000000
MONDLANDUNG $237000000000
KAUF VON LOUISIANA $217000000000
MARSHALL PLAN $115000000000

GESAMTKOSTEN $ (INFLATIONSBEREINIGT)
$3925000000000

www.voltagecreative.com/blog

verdichtet sich also seit den 1990er Jahren zu einem Machtkern im Sinne einer neu strukturierten herrschenden Klasse, der die zentralen Konfigurationen des Militär-Industrie- und der Geldmachtkomplexes verbindet und vereinheitlicht. Ein solches Kraftfeld, das sich der allgemeinen Arbeitskraft, des Gesamts lebendiger gesellschaftlicher Produktivkräfte bemächtigt, muss hochgradig differenziert sein und Widersprüche und gegensätzliche Interessen in sich aufnehmen und austragen – und Orte finden, an denen das ohne allzu große öffentliche Wahrnehmung zu organisieren ist. Besonders heikel ist die Situation für die Funktionseliten geworden, seit sich der *innere* Kern der Machtelite in der bürgerlich-medialen Öffentlichkeit durch die Intellektualität und Diskurskompetenz der Funktionseliten repräsentieren lassen muss. Denn die Machtelite hat heute alle Hände voll zu tun, ihre eigene Integrität zu organisieren. Während sie sich an den Orten der Wertschöpfung und Wertverteilung nicht in die Karten sehen lassen darf, muss sie an den öffentlichen Orten der Herstellung und Sicherung eines gesellschaftlichen Gesamtkonsens mit Hilfe der Funktionseliten die Karten so mischen (lassen), dass die Abhängigkeit des Machtkerns vom gesellschaftlichen Gesamtarbeiter nicht zurückverfolgt werden kann. Im gesellschaftlichen Bewusstsein muss vielmehr der umgekehrte Eindruck der Abhängigkeit des Gesamtarbeiters von denjenigen erzeugt werden, die ›Arbeitsplätze schaffen‹ oder ›gute Taten tun‹. Die Funktionseliten sind in diesen Machtspielen *privat*, um ihrer sozialen Existenz willen, an die Machtelite gefesselt; *öffentlich* aber, als Teil der lebendigen Arbeitskraft, sind sie dem gesellschaftlichen Gesamtarbeiter verbunden.

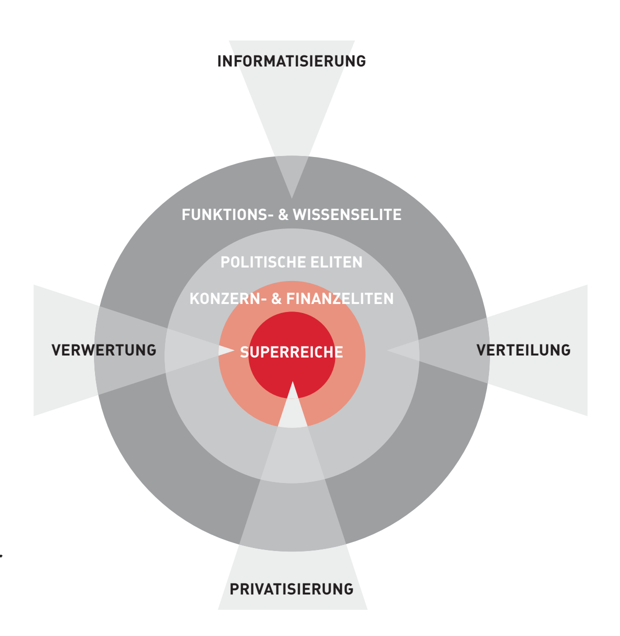
VERWERTUNGS- UND VERTEILUNGSELITEN

Konzerneliten und politische Eliten kämpfen also um ihren Ruf, sofern sie innerhalb des

Geldmachtkomplexes (oder in Bezug auf ihn) agieren und ihre Aufgaben der Kapitalakkumulation (Verwertungsmacht) und Konsensproduktion (Verteilungsmacht) wahrnehmen. Wie komplex das Machtgeflecht ist, in dem etwa die politische Elite dabei im unsicheren Bunde mit den anderen Eliten agieren muss, hat G. William Domhoff herausgearbeitet (2009a; 2009b). Präsident Obama schien in diesem Sinne für eine Verbindung dieser Aufgaben mit einer Restitution der Demokratie zu stehen und avancierte so zu einer Hoffnungsgestalt überall auf der Welt. Doch er »hat einen enormen Fehler gemacht. Statt die Serienplünderer und ihre Regulierer-Komplizen zur Rechenschaft zu ziehen, möchte er die Obligationen des Finanzsektors durch staatliche Garantien absichern und damit Verbindlichkeiten eingehen, die um ein mehrfaches größer sind als die US-Wirtschaft insgesamt. [...] Die Regierung bricht die Marktregeln des Kapitalismus, um die Rücksichtslosesten unter den Kapitalisten zu belohnen« (Klein 2009).

WISSENS- UND INFORMATISIERUNGSELITEN

Schließlich die vielschichtige, differenzierte Gruppe der Experten, Technokraten, Medienleute, Wohlfühlspezialisten: Sie wird künftig das Arsenal der *dirty tricks* ausbauen müssen, schreibt der *Wall Street Journal*-Autor Paul B. Farrell. Zunächst müsse auf Biegen und Brechen die Illusion eines neuen Aufschwungs erzeugt werden. Farrell spricht von rund 40 000 Washingtoner Lobbyisten, deren Einfluss den der 537 gewählten Abgeordneten und Senatoren bei weitem übertreffe. Deren Taktiken und Tricks konzentrieren sich zur



Zeit auf Blockade aller wirklichen Bewegung und Veränderung; Aufrechterhaltung der offiziellen Rolle der *rating agencies* um jeden Preis; Verhinderung bzw. Begrenzung aller Regulierungen den Derivatehandel betreffend; Erfindung neuer Schlupflöcher; Ausbau (statt Einschränkung) des Lobby-Systems; vor allem aber Fortsetzung des großen PR-Brainwashing unter der Überschrift: Der große Aufschwung steht kurz bevor (Farrell 2009)! Zugleich erhöhen sich bei dem Professionalisierungsgrad dieser Funktionseliten die Möglichkeiten demokratischer Planung sowie die Chancen der Befreiung einer von *Idioten der Macht* instrumentalisierten Technik und Wissenschaft – mit der etwa nach den Vorstellungen des *Council on Foreign Relations* und der Obama-Regierung zukünftige Klassenkämpfe in den Metropolen geführt und die Apparaturen der Macht befestigt werden sollen (Boot 2006; Norton-Taylor 2007). In diesem Sinne hat Obama jüngst das Zusammenspiel von

Militär-Industrie- und Geldmachtkomplex neu definiert und eine Behörde des Weißen Hauses für *Cyber Security* angekündigt. »Diese zivile Behörde ergänzt die Pläne des Pentagon, ein militärisches *Cyber Space*-Kommando zu schaffen. Von regierungsoffizieller Seite hieß es dazu, dass die Vorbereitungen für die offensive und defensive Computer-Kriegsführung beschleunigt würden. Die neue Behörde des Weißen Hauses ist sowohl dem *National Security Council* als auch dem *National Economic Council* berichtspflichtig. Sie wird ein milliardenschweres Programm koordinieren, dass den Zugang zu Regierungscomputern beschränkt, die Computernetzwerke der Börsen und des Bankensystems schützt und sich um die Kontrollsysteme der Luftfahrt und viele andere Funktionen kümmert, die modernes Leben erst möglich machen.« (Sanger 2009)

Nicht-öffentliche Machtnetzwerke und vordemokratische Geheimbünde und Intrigengewebe (einschließlich der dynastischen Komponente) haben immer eine wichtige Rolle gespielt. Im Informationszeitalter sind solche Netzwerke nicht einfach gestrickt, eröffnen aber den Superreichen Möglichkeiten des Mitmischens, wie wir sie seit den Zeiten des Hochfeudalismus nicht mehr kennen. Es ist dabei gerade der informelle – d.h. private – Charakter dieser Netzwerke, der Möglichkeiten der Koordination, Konzeptentwicklung und Planungskultur erschließt.

Aber auch die Gegenkräfte vernetzen sich – öffentlich, im Internet: In Blogs wird von einer *global collectivist society* geschwärmt. »Wir unterschätzen, wie sehr die Kraft unserer kybernetischen Werkzeuge unsere Köpfe umbaut. Haben wir wirklich einmal geglaubt, dass wir täglich im Kollektiv virtuelle Welten konstruieren und bewohnen könnten, ohne dass dies unsere Weltsicht verändert? Die Kraft des Online-Sozialismus wächst. Diese Dynamik verlässt die Welt der Elektronen – vielleicht in Richtung Wahlen.« (Kelly 2009) Besonders interessant ist die Initiative *Reimagining Society* (2009), die von Linken wie Walden Bello, Noam Chomsky, Barbara Ehrenreich, Susan George, Naomi Klein u.v.a. unterstützt wird. Vor diesem Hintergrund zeichnen sich Formen des elektronisch qualifizierten Klassenkampfs von unten ab, virulenter als Obamas Internet-Wahlspenden-Sammlungen, bis hin zu zarten Parteipflänzchen wie der Piraten-Partei.

BRÜCHIGKEIT DER MACHTKOMPLEXE

Entgegen allen Versuchen, die Krise des Geldmachtkomplexes und die damit einhergehende Krise des Militär-Industrie-Komplex durch PR wegzureden, steht eine Frage im globalen Raum: *Was whole economy a Ponzi scheme?* (»War die ganze Wirtschaft ein Pyramidenspiel«, Saft 2009). Derzeit braust die Entwicklung der Produktivkräfte über die fein gespannten Netze des GMK hinweg und lässt sie rechts liegen, (vgl. Paul Kennedy 2009). Damit stellt das kapitalistische ›System‹, entschleiert und historisiert, selbst die transkapitalistische Systemfrage. Und auch die Produktivkräfte im Militär-Industrie-Komplex nehmen inzwischen groteske Formen an.

In dieser Situation müssen Versuche ernst genommen werden, im publizistischen Tagesgeschäft die innere Vernunft des

(finanz-)kapitalistischen Systems doch noch zu retten. Damit ist zum Beispiel auf der konservativen Seite des Leitartikelwesens David Brooks beschäftigt. Er fragte, ob die Finanzkrise nicht durch eine Kombination von Gier und Dummheit der Beteiligten verursacht worden sei. Das Gier-Narrativ sieht in der US-Finanzkrise nur eine größere Version jener Krisen, welche *emerging-market*-Nationen seit Jahrzehnten immer wieder befallen haben: Eine Oligarchie übernimmt die Kontrolle. Die Oligarchen verlieren alle Maßstäbe und bauen ihr Imperium über einem gewaltigen Schuldenberg. Im Dummheits-Narrativ merken übermäßig selbstbewusste Banker nicht mehr, was sie eigentlich tun. »Das Gier-Narrativ legt den Schluss nahe, dass die Regierung den Finanzsektor rigoros restrukturieren sollte. Das Dummheits-Narrativ steht dieser Art von Radikalismus argwöhnisch gegenüber. Es folgt eher dem Gedanken, die wesentlichen Strukturen des Marktes zu erhalten, sie aber transparenter, verständlicher und geradliniger zu gestalten. Beide stimmen jedoch in einem überein: Die Banken sind zu groß geworden. Beide Narrative implizieren, dass wir in eine Zeit zurückkehren sollten, als Banken fokussierte Institutionen waren – eine Zeit, in der Sparkassen, Versicherungen, Maklerfirmen und Investmentbanken getrennte Leben führten.« (Brooks 2009)

Diese Vision einer Selbstheilung des Geldmachtkomplexes ist eine rückwärts gewandte Utopie. Wir beobachten in der Krise ganz im Gegenteil einen Konzentrations- und Verdichtungsprozess – und die Veränderungschance besteht zunächst allein darin, diese Prozesse zu analysieren und auf diese Weise zu begründeten, den historischen ›Gesetzmäßigkeiten‹ angepassten Aktionsvorschlägen zu kommen. Und an dieser Stelle taucht wieder der Militär-Industrie-Komplex auf, in sich schnell wandelnder Gestalt. Der US-amerikanische Militärapparat wird derzeit zu einer weltumspannenden High-Tech-Kampfmaschine umgebaut, die in die Lage versetzt werden soll, zu jeder Zeit und an jedem Ort zentrale Macht- und Herrschaftsstrukturen staatlicher und nichtstaatlicher Gegner ›chirurgisch‹ auszuschalten. In diesem Sinne war die Rumsfeldsche Strategie im Irak ein ›Erfolg‹. Diese unter Obama beschleunigt etablierten hochkomplexen und effektiven Kapazitäten sind auch den Freunden und Feinden des US-amerikanischen Geldmachtkomplexes vollkommen bewusst. Und es ist mit Händen zu greifen, dass man sich danach verhält – von Moskau bis Peking, von Caracas bis Teheran.

Dieses unerreichbare High-Tech-Drohpotenzial lagert über allen Regimes, die sich dem Empire verweigern. Das Drohpotenzial kann sich am besten gegen Macht- und Funktionseliten richten. Seymour Hersh beispielsweise, der unter anderem die Folterungen in Abu Ghraib aufgedeckt hat, deutete an, dass es verdeckte militärische Operationen gebe, die man als einen *elite assassination ring* bezeichnen kann: »Sie sind in bestimmte Länder gekommen, haben weder mit dem US-Botschafter noch mit dem örtlichen CIA-Chef Kontakt aufgenommen, haben bestimmte Leute, die auf ihrer Liste standen, aufgespürt, exekutiert und sind wieder verschwunden. Und das passiert in unser aller Namen.« (Black 2009) *Who are the Shadow Warriors?*, wird gefragt (Hallinan

2009). Und ein Oberst der US-Armee schlägt vor, im äußersten Falle auch Journalisten anzugreifen, die unautorisiert aus Kampfgebieten berichten (Scahill 2009).

Das New Yorker *Council on Foreign Relations* passt die angelsächsische Aufklärungstradition diesen Tendenzen auf pragmatische Weise an. Sein langjähriger Präsident Leslie Gelb definiert Macht als »die Fähigkeit, mittels unserer eigenen Ressourcen und Position andere Leute dazu zu bringen, durch Druck oder Zwang Dinge zu tun, die sie nicht tun wollen. [...] Globale Macht hat entschieden die Form einer Pyramide – mit den Vereinigten Staaten ganz oben allein an der Spitze, dann eine Stufe darunter eine Reihe von größeren Ländern (China, Japan, Russland, das Vereinigte Königreich, Frankreich, Deutschland und Brasilien) und dann abwärts weitere Stufen. Aber unter all diesen Nationen sind die USA die einzige wirklich globale Macht mit globaler Reichweite«. Gelb will von den neuen digitalen Machttechnologien nichts wissen. Er kann deshalb auch nichts anfangen mit dem Konzept einer *soft power* (Joseph Nye): »Überredungskunst, ein gutes Wertesystem und Führungsfähigkeit allein werden keinen fremden Machthaber veranlassen, Anweisungen zu folgen. Für mich ist *soft power* Vorspiel, nicht die Sache selbst.« (Gelb 2009, 23)

Aber diese Verschmelzung von Geldmacht- und Militär-Industrie-Komplex wird Geld kosten, zu viel Geld. Schon im November 2008 hatte der *bail-out* mehr als 4,6 Billionen Dollar verschlungen, mehr als alle anderen imperialen Projekte der USA zusammen (Ritholz 2008).

Eine längere Version des Artikels findet sich unter: *www.uni-muenster.de/PeaCon/ELITENundGMK-16-6-09.pdf*

LITERATUR

Black, Eric, 2009: Seymour Hersh: »Executive Assassination Ring« Answered to Cheney, Had No Congressional Oversight, in: *MinnPost.com*, 12.3., www.alternet.org/story/131153/

Boot, Max, 2006: *War Made New: Technology, Warfare and the Course of History – 1500 to Today*, New York

Brooks, David, 2009: Greed and Stupidity, in: *International Herald Tribune*, 3.4.

Domhoff, G. William, 2009a: *Who Rules America? Challenges to Corporate and Class Dominance*, 6. Aufl., Columbus

Ders., 2009b: Die amerikanische Machtstruktur, in: *luxemburg* 1

Farrell, Paul B., 2009: 10 Dirty Tricks Wall Street Con Artists Will Pull to Keep the Rip-offs Going, in: *Wall Street Journal*, 22.4., www.alternet.org/story/128241/

Gelb, Leslie H., 2009: *Power Rules. How Common Sense Can Rescue American Foreign Policy*, New York

Hallinan, Conn, 2009: Who Are the Shadow Warriors? Countries Are Getting Hit by Major Military Attacks, and No One Is Taking Credit, in: *Foreign Policy in Focus*, 28.5.2009, www.alternet.org/story/140289/

Kelly, Kevin, 2009: The New Socialism: Global Collectivist Society Is Coming Online, in: *Wired Magazine*, 22.5.

Kennedy, Paul, 2009: Karl Marx and the G20, in: *International Herald Tribune*, 3.4.

Klein, Jeffrey, 2009: Obama's Perilous Compromise with Wall Street Looters, in: *Huffington Post*, 5.1., www.alternet.org/story/117219/

Krysmanski, Hans-Jürgen, 2009: *Hirten und Wölfe. Wie Geld- und Machteliten sich die Welt aneignen*, Münster

Ders., 2008: Geldmachtapparat, unterbezahlte Politiker und Superreiche, in: *Linkslog.de*, 11.10.2008., www.linksnet.de/linkslog/index.php?itemid=689

Melman, Seymour, 1970: *Pentagon Capitalism: The Political Economy of War*, New York

Norton-Taylor, Richard, 2007: Revolution, Flashmobs, and Brain Chips. A Grim Vision of the Future, in: *The Guardian*, 9.4.

Reimagining Society Project, 2009: www.zcommunications.org/zparecon/reimaginingsociety.htm

Ritholz, Barry, 2008: Bailout costs, in: *Global Research*, 2.12.2008, www.globalresearch.ca/index.php?context=va&aid=11265

Saft, James, 2009: *Was Whole Economy a Ponzi Scheme?, in: International Herald Tribune*, 1.1.

Sanger, David E., und Thom Shanker, 2009: Obama Announces First Prong of U.S. Computer Security Effort, in: *International Herald Tribune*, 30–31.5.

Scahill, Jeremy, 2009: Neocon US Colonel Calls for Military Attacks on ›Partisan Media‹, in: *Rebel Reports*, 25.5., www.alternet.org/story/140223/

Sennett, Richard, 2004: The Age of Anxiety, in: *The Guardian*, 23.10.

PERSPEKTIVEN DER ÖKONOMISCHEN RESTRUKTURIERUNG

DAVID M. KOTZ

Die Finanzkrise, die 2007–08 in den USA ausgebrochen ist und sich schnell zu einer globalen Wirtschaftskrise entwickelt hat, ist mehr als »nur« eine Finanzkrise oder eine schwere Rezession. Es scheint sich um eine systemische Krise der neoliberalen Form des Kapitalismus zu handeln. Während der neoliberale Kapitalismus für die Mehrheit der Weltbevölkerung negative Auswirkungen gehabt hat, hat er über mehrere Jahrzehnte zu hohen Profiten und zu langen Perioden wirtschaftlicher Expansion geführt. Profitsteigerungen und Expansion beruhten auf einer Reihe längerfristiger Trends – auf der Zunahme sozialer Ungleichheit, auf einer Reihe immer größer werdender Anlageblasen, auf wachsender Verschuldung und zunehmenden Ungleichgewichten in der globalen Ökonomie – die das neoliberale System letztendlich zu Fall bringen mussten.[1]

Die Geschichte zeigt, dass der Kapitalismus periodisch systemische Krisen durchläuft. Die historisch-spezifische institutionelle Form des Kapitalismus, also die gesellschaftliche Struktur der Akkumulation, unterscheidet sich von Periode zu Periode. Wie effektiv auch immer eine spezifische institutionelle Form des Kapitalismus in der Lage ist, für eine bestimmte Zeit hohe Profite und wirtschaftliche Expansion zu produzieren, sie wird doch von den ihr inhärenten Widersprüchen unterminiert. Zum Beispiel verlor die staatlich regulierte Form des Kapitalismus, die die Jahrzehnte der Nachkriegszeit dominierte, in den 1970er Jahren erheblich an Leistungskraft und geriet in eine systemische Krise.[2]

Von einer »systemischen Krise« spricht man, wenn die Krise nur durch eine grundlegende Restrukturierung des gesamten Systems überwunden werden

kann. Das heißt in diesem Fall, dass der neoliberale Kapitalismus nicht einfach durch Staatsinterventionen wie öffentlichen Rettungspakete, die Einführung einiger neuer Regulationsmechanismen für den Finanzsektor oder die großen aber zeitlich beschränkten staatlichen Konjunkturprogramme gerettet werden kann. Stattdessen können wir davon ausgehen, dass der neoliberale Kapitalismus nach und nach von etwas Neuem abgelöst werden wird.

Historische und theoretische Überlegungen legen nahe, dass die Restrukturierung, die der systemischen Krise einer liberalen Form des Kapitalismus folgt, zu einer stärker regulierten Wirtschaft führen wird.[3] Allerdings lässt sich nicht vorhersagen, welche Art staatlich reguliertes Wirtschaftssystem sich entwickeln wird. Das Ergebnis hängt von den politischen Auseinandersetzungen zwischen unterschiedlichen Gruppen und Klassen ab. Zudem findet die ökonomische Restrukturierung gleichzeitig innerhalb der Staaten und auf globaler Ebene statt. Dabei erzeugt der Zusammenbruch der liberalen Form des Kapitalismus zwar überall einen ähnlichen Druck in Richtung einer stärkeren Rolle des Staates, doch ist es unwahrscheinlich, dass die darauf folgenden Transformationsprozesse in allen Staaten gleich verlaufen.

Es lassen sich drei mögliche Typen staatlich regulierter Systeme unterscheiden, die in den kommenden Jahren entstehen könnten. Ausgehend von ihrer historischen und aktuellen Situation wollen wir die Perspektiven dieser drei Typen für die USA diskutieren – sie treffen aber in unterschiedlichem Maße auch auf andere entwickelte kapitalistische Staaten zu.

Der *erste Typ* ist die korporatistische Form des Kapitalismus. Die zentralen Akteure, die gegenwärtig versuchen die Richtung der ökonomischen Restrukturierung zu kontrollieren, sind die großen Banken sowie Unternehmen außerhalb des Finanzsektors. Die sozialen Bewegungen sind dagegen nach 30 Jahren Neoliberalismus relativ schwach. Sollte sich dieser Trend fortsetzen, werden die Akteure des Big Business den Kurs der Restrukturierung bestimmen. In diesem Fall ist es wahrscheinlich, dass es zu einer korporatistischen Form des Kapitalismus kommen wird. Das würde bedeuten, dass die großen Kapitale die Wirtschaft durch den Staat regulieren, und zwar in einer Art und Weise, die die Stabilität und Profitabilität des Kapitalismus wieder herstellt und eine funktionierende Akkumulation für eine lange Periode sicherstellt. Eine korporatistische Form des Kapitalismus in den USA könnte folgende Charakteristika annehmen: Erstens würde eine erhebliche staatliche Regulierung des Finanzsektors geschaffen, um dessen Stabilität zu gewährleisten und ihn dazu zu bringen, die notwendige Funktionen bei der Unterstützung des realwirtschaftlichen

Sektors wieder aufzunehmen – eine Rolle, die er in der neoliberalen Ära nicht gespielt hat. Wie die Finanzstruktur im Einzelnen aussehen wird, hängt von der relativen Stärke der Kapitalinteressen auf dem Finanz- und realwirtschaftlichen Sektor ab. Zweitens würden die Institutionen, die das Verhältnis von Arbeit und Kapital regulieren, sich im Vergleich zum Neoliberalismus kaum ändern. Dies würde weiterhin hohe Profitraten gewährleisten. Das Kapital bliebe dominant gegenüber der Arbeiterklasse; die Reallöhne würden weiter stagnieren.[4]

Im neoliberalen Kapitalismus führten stagnierende Realeinkommen tendenziell zu einem Realisierungsproblem – also zum Sinken der aggregierten Nachfrage –, was durch Zunahme der Verschuldung gelöst wurde. Das Schuldenwachstum hing von großen Anlageblasen und einem spekulativen Finanzsektor ab (Kotz 2009). Um das Problem der Nachfrage zu lösen, das aus Unterdrückung des Lohnwachstums resultiert, würde drittens ein langfristig angelegtes staatliches Investitionsprogramm zur Ankurbelung privater Profite aufgelegt. Eine »fortschrittliche« Variante würde sich auf die Schaffung ziviler Infrastruktur in den Bereichen Transport, Kommunikation, Energie und Technologieentwicklung richten. Eine eher »reaktionäre« Version würde die Ausgaben für Militär und nationale Sicherheit erhöhen.[5] Ebenso wäre eine Kombination denkbar.

Eine solche korporatistische Restrukturierung könnte die Grundlage für eine neue kohärente gesellschaftliche Struktur der Akkumulation bilden. Niedrige Löhne würden zu einem hohen Profitanteil führen. Ein reguliertes Finanzsystem würde die finanzielle Stabilität sichern und Kredite für den realwirtschaftlichen Sektor bereitstellen. Durch die expandierenden Staatsausgaben würde der Staat das Nachfrageproblem lösen, das durch die schnell wachsenden Profite und stagnierenden Löhne entsteht.[6] Für die arbeitende Bevölkerung würde sich eine solche Form der Restrukturierung wenig positiv auswirken. Die Geschichte lehrt, dass Formen des Kapitalismus, die die Arbeiterklasse begünstigen, nur durch radikale soziale Bewegungen entstehen, die das Big Business zu Kompromissen zwingen. Solche Massenbewegungen spielten in den USA zum Beispiel bei der Entstehung des staatlich regulierten Nachkriegskapitalismus eine Schlüsselrolle. Seine Wurzeln hatte dieser im New Deal seit Mitte der 1930er.

Während eine neue Form des liberalen Kapitalismus relativ schnell entstehen könnte, würde die Durchsetzung eines neuen staatsregulierten Kapitalismus Zeit in Anspruch nehmen. Selbst wenn die Kapitalseite den Prozess anfänglich dominiert, dauert es Jahre, bis sich die unterschiedlichen Kapitalfraktionen einigen und ein kohärentes Programm entwickeln, in dessen Rahmen der Staat die Wirtschaft sowohl regulieren als auch stimulieren kann. Sollte sich

die gegenwärtige Krise als besonders schwer erweisen, könnte dies darüber hinaus zur Entstehung starker sozialer Protestbewegungen führen, was den Kurs der ökonomischen Restrukturierung erheblich beeinflussen würde.

Wenn sich starke soziale Bewegungen entwickeln, könnte dies zu einem *zweiten Typ* des staatlich regulierten Kapitalismus führen, der sich auf einen neuen sozialdemokratischen Kompromiss zwischen Kapital einerseits und Arbeit und anderen gesellschaftlichen Gruppen andererseits stützt. Dies würde Veränderungen innerhalb der Institutionen erfordern, die die Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital regulieren, damit es den Arbeitern möglich wird, Lohnsteigerungen durchsetzen, die sich tatsächlich am Produktivitätswachstum orientieren. Dazu wären zumindest stärkere Gewerkschaften notwendig, eine Bereitschaft der Großunternehmen mit der Arbeitnehmerseite zu verhandeln und eine Verschiebung in der Form der Konkurrenz zwischen den einzelnen Kapitalen. Letzteres würde dem starken Druck auf die Löhne entgegenwirken, der im Neoliberalismus unter den Bedingungen zügelloser Konkurrenz vorherrschte. Unter diesen Bedingungen wäre ein relativ ausgewogenes Wachstum der aggregierten Nachfrage möglich. Expandierende Staatsausgaben würden ebenfalls eine wichtige Rolle spielen und könnten sich unter anderem auf Ausgaben im Sozial- und Umweltbereich sowie auf die Schaffung von Infrastruktur konzentrieren. Der Finanzsektor würde, ähnlich wie in der korporatistischen Version, stark reguliert.

Wenn sich in den USA und anderen entwickelten kapitalistischen Staaten eine neue staatlich regulierte Form des Kapitalismus herausbilden sollte, würde dies auch auf globaler Ebene eine Restrukturierung der bestehenden Institutionen erfordern, um diese an die neuen nationalen Institutionen anzupassen. Hier kommt also eine Schwierigkeit hinzu, denn die Herausbildung neuer globaler Institutionen ist langwieriger und komplizierter als auf nationaler Ebene.

Die dritte Möglichkeit besteht in der Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus. Dies ist ein großes Thema und kann hier nur in einigen kurzen Kommentaren behandelt werden. Über etwa 30 Jahren hinweg hat der neoliberale Kapitalismus dazu geführt, dass sich die Arbeits- und Lebensbedingungen für die Bevölkerungsmehrheit stetig verschlechtern. In der gegenwärtigen Krise zeigt sich der Kapitalismus von seiner schlimmsten Seite: Das Motiv Profit zu erwirtschaften, kann die Bedürfnisse der Menschen nicht befriedigen – weder im Hinblick auf einen anständigen Lebensstandard einschließlich der Bereitstellung privater und öffentlicher Güter, noch was sinnvolle Arbeit, ökonomische Sicherheit oder eine umweltpolitisch nachhaltige Wirt-

schaft angeht. In einem Moment, in dem die Menschen dagegen kämpfen, ihre Wohnungen und Häuser zu verlieren und sich gegen Arbeitslosigkeit und Klimakatastrophe, gegen den Verlust ihrer Krankenversicherung und das Verschwinden ihrer Lebensersparnisse auf den Finanzmärkten wehren, könnten die Argumente für den Sozialismus möglicherweise für Millionen von Menschen wieder an Überzeugungskraft gewinnen.

Eine sozialistische Alternative zum Kapitalismus stellt in Aussicht, die menschlichen Bedürfnisse ohne die sozial schädlichen Mechanismen der Suche nach dem größten Profit zu befriedigen, und ohne den damit verbundenen endlosen Zwang zu akkumulieren, immer mehr Waren zu produzieren und die natürlichen Ressourcen immer weiter aufzubrauchen. Ein sozialistisches System, das auf einer demokratisch-partizipativen Wirtschaftsplanung basiert, würde es der gesamten Menschheit erlauben, gut, sicher und nachhaltig zu leben.[7] In Lateinamerika können wir bereits verschiedene Versuche beobachten, einen neuen Sozialismus zu schaffen. Schon in den nächsten Jahren könnte die sozialistische Bewegung auch in den USA und in anderen Teilen der Welt eine Wiedergeburt erleben und die Möglichkeit eröffnen, das Zeitalter des Kapitalismus ein für alle mal zu beenden.

Aus dem Amerikanischen von Henrik Lebuhn

LITERATUR

Albert, Michael, und Robin Hahnel, 1991: *The Political Economy of Participatory Economics*, Princeton

Devine, Pat, 2002: Participatory Planning Through Negotiated Coordination, in: *Science and Society 1*, 72–85

Kotz, David M., 2009: The Financial and Economic Crisis of 2008: A Systemic Crisis of Neoliberal Capitalism, in: *Review of Radical Political Economics*, 3 (i.E.)

Ders., Terrence McDonough und Micheal Reich (Hg.), 2009: *Contemporary Capitalism and its Crises: Social Structure of Accumulation Theory for the 21st Century*, Cambridge (i.E.)

Kristol, William, 2008: Small Isn't Beautiful, in: *The New York Times*, 8.12., A29

Polanyi, Karl, 1944: *The Great Transformation*, Boston 2001

1 Für eine ausführliche Analyse der Krise des neoliberalen Kapitalismus vgl. Kotz 2009.

2 Diese Analyse basiert auf der Theorie der sozialen Struktur der Akkumulation, vgl. McDonough/Reich/Kotz 2009.

3 Polanyi argumentiert als erster, dass sich liberale und staatlich regulierte Formen des Kapitalismus abwechseln.

4 Die konservativen Kommentare, man solle die öffentlichen Rettungspakete für die Automobilindustrie dazu nutzen, die United Auto Workers Union aufzureiben und die Löhne in dieser Branche zu drücken, sind daher konsistent mit dem Programm einer korporatistischen Restrukturierung.

5 Dies erklärt möglicherweise die Begeisterung konservativer Experten für die staatsinterventionistischen Investitionsprogramme der Regierung. So schlug der konservative Kommentator William Kristol vor, »einen ordentlichen Teil des (zu erwartenden großen öffentlichen) Pakets für nationale Sicherheit auszugeben« anstatt für zivile Infrastruktur (2008).

6 Eine komplette korporatistische Akkumulationsstruktur würde noch eine Reihe weiterer Institutionen beinhalten, die hier nicht diskutiert werden.

7 Für ein Modell demokratisch-partizipativer Planung vgl. Devine 2002 und Albert/Hahnel 1991.

WIEDER EINMAL EINE KRISE?

1873 UND 1929

GEORG FÜLBERTH

Die Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2007 wird häufig mit der Rezession 1929–1933 verglichen. Zuweilen gerät auch die Große Depression 1873–1896 in den Blick. Gemeinsam ist diesen drei Einbrüchen, dass sie letztlich Überakkumulationskrisen waren bzw. sind. 1873 und 1929 leiteten sie jeweils eine Transformation des Kapitalismus ein.

Diejenigen Volkswirtschaften, die aus der großen Depression von 1873ff als »organisierter Kapitalismus« hervorgingen, verallgemeinerten das Problem, das die Krise ausgelöst hatte: die Überakkumulation von Kapital. Sie suchte sich einen Ausweg in Hochrüstung, Imperialismus und schließlich im Ersten Weltkrieg. Allerdings sollte die Kausalität nicht überstrapaziert werden. Die monopolistische Organisierung des Kapitalismus – damals typisch für Deutschland und die USA – unterblieb in Großbritannien, dessen Imperialismus also nicht darauf zurückgeführt werden kann. Gemeinsam war den hoch entwickelten kapitalistischen Staaten die Tendenz zur Überakkumulation. Der Krieg war nur eine von mehreren Möglichkeiten, ihr zeitweilig auszuweichen.

In der 1929 von den USA ausgehenden nächsten lang dauernden Depression stellte dieses Problem sich neu. Diese zweite große Überakkumulationskrise wurde nach 1933 erst durch Forcierung von Rüstungswirtschaft und schließlich den Zweiten Weltkrieg überwunden. Die Jahrzehnte der »Wirtschaftswunder« 1945 bis 1973 gehören – scheinbar paradoxerweise – ebenfalls noch zu ihren Folgen (falls man bereit ist, auch den Krieg als eine Art »Bewältigung« dieser Krise zu verstehen). Beide, Krise und Krieg, führten zu einer

Sonderkonstellation, die der ungarische Theoretiker Jánossy 1966 als nachholende und in besonders steilen Wachstumskurven darstellbare Wiederaufnahme eines 1929 und mit dem Kriegsende 1945 unterbrochenen Akkumulationsprozesses interpretierte.
Folgt man dieser Argumentation, relativiert sich der Anteil des Keynesianismus an der Krisenbewältigung. Dessen Konzepte waren brauchbar unter den Voraussetzungen dynamischer Rekonstruktion insbesondere ab 1945 und offenbar ausschließlich an diese gebunden. Eine Wiederholung dieses Erfolgsmodells unter anderen Bedingungen ist deshalb unwahrscheinlich. Damit wird auch eine etwas einfache Interpretation der neueren Wirtschafts- und Sozialgeschichte in Frage gestellt, die darauf hinausläuft, es sei eine Art ökonomischer Schalter in den dreißiger und vierziger Jahren in die richtige, ab 1974/1975 aber in die falsche Richtung umgelegt worden und von einer Korrektur der letzteren Entscheidung sei Abhilfe in der jetzigen Situation zu erhoffen.

DIE DOPPELKRISE: 1974/1975 UND 2007 FF.

Die durch die Krise von 1929 bis 1933 und den Krieg 1939 bis 1945 verursachte Sonderkonstellation lief Anfang der 1970er Jahre aus. In ihrer Schlussphase war die Konfliktfähigkeit der Gewerkschaften sehr gestärkt worden. Für die Gegenoffensive der Unternehmer war der Arbeitskräfte sparende, forcierte Aufbau konstanten fixen Kapitals hilfreich (Katzenstein 1967; 1974). Die Verschärfung der Verteilungskämpfe während der Phase der Vollbeschäftigung legte für die Unternehmer den Ersatz von lebendiger Arbeitskraft durch Anlagenkapital während dieser Jahre in besonderem Maße nahe, zumal der Anstieg der Rohstoffpreise Ende 1973 zusätzlichen Anlass für Versuche gab, den Kostendruck durch Einsparungen bei den Löhnen zu parieren. Die technologischen Möglichkeiten hierfür waren jetzt vorhanden. Ihre Umsetzung setzte allerdings ein neues gesellschaftliches Arrangement voraus. Dies war der Übergang in den finanzmarktgetriebenen Kapitalismus nach dem Ende des Währungssystems von Bretton Woods und eine Wirtschaftspolitik, die der Geldwertstabilität den Vorrang vor der Beschäftigung gab (in der Bundesrepublik unter anderem durch die Geldmengensteuerung der Bundesbank ab 1974). Das erste realwirtschaftliche Datum dieser neuen Phase war die Weltwirtschaftskrise von 1974/1975.
Dass es schon 1974/1975 einen weltweiten Konjunktureinbruch gegeben hat, wird oft nicht genügend beachtet. Er beendete das »Goldene Zeitalter« des Nachkriegskapitalismus. Parallel zur Auflösung des bisherigen Kräfteverhält-

nisses zwischen Kapital und Arbeit entzog sich Kapital zunehmend der Produktion und wurde in wachsendem Maße in der Zirkulation, in der für einige Zeit höhere Renditen zu erwarten waren, angelegt. Dadurch ging die Nachfrage nach Arbeit zurück – die Löhne sanken, damit aber auch die Nachfrage und so die Gewinnchancen in der Warenproduktion. Der Einbruch konnte zunächst durch Spekulation in der Zirkulationssphäre, die Erschließung eines Massen-Konsumgütermarktes für IT-Produkte und die Förderung des Verbrauchs durch Ausweitung des Kredits überspielt werden. Blasen, die sich so bildeten, platzten 2000/2001 (IT-Branche), 2007 (Immobilienkredite).

Es zeigt sich, dass die Ursachen der aktuellen Krise über 30 Jahre zurück liegen. Sie ist die Wiederaufnahme ihrer Vorgängerkrise von 1974/1975. Ihre besondere Heftigkeit erklärt sich durch diese Verschleppung, war aber zumindest bisher – anders als 1929 und 1974/1975 – zunächst auf die Finanz- und Kapitalmärkte beschränkt, während der Arbeitsmarkt in weit größerem zeitlichem Abstand folgte als damals.

Fasst man die Jahrzehnte 1974/1975 bis 2007 als eine Einheit, drängt sich eine Veränderung bisheriger Vorstellungen über das Wesen von Krisen und Erholung auf. Sie waren bis dahin zutreffend, sind es aber nicht mehr.

Unter Krisen konnte man bis dahin einen allgemeinen Einbruch der Wirtschaftstätigkeit verstehen, in dem Kapital und Arbeit für einige Zeit gleichermaßen außer Tätigkeit gesetzt wurden. In der folgenden Erholung stieg die Nachfrage nach beiden gleichermaßen wieder. Kapitalvernichtung warf Anlagen und Arbeitskräfte aus dem Wirtschaftsprozess.

Das Ausweichen großer Kapitalmassen in die Zirkulation ab ungefähr 1974/1975 erzeugte im Aufschwung jenes Phänomen, das sonst in erster Linie der Krise zugeschrieben wird: Erübrigung von Arbeitskräften bei zunehmender Beschäftigung von Kapital und steigender Auslastung von Anlagen (*jobless growth*). Diese Abkoppelung des Arbeitsmarktes von der Ausweitung der Finanz-, Kapital- und Gütermärkte kannte zwar auch schon Keynes, wurde aber erst jetzt zu einem Langzeit-Phänomen. Die Krisen der Lohnabhängigen fanden also nicht nur 1974/1975 und 2008 statt, sondern auch in den dazwischen liegenden kürzeren Perioden relativer Prosperität.

Eine schon seit Hilferding bekannte Faustregel lautet: Nicht jeder Börsenkrach führt zu einer Rezession, aber jeder Rezession geht ein Börsenkrach voraus. Es gab also schon immer ein gewisses Maß an Trennung von Kapitalvernichtung in der Zirkulation einerseits, in der Produktion andererseits. Nunmehr nahm sie offenbar eine neue Qualität an. Der Börsenkrach 1987, die Wäh-

rungskrisen der neunziger Jahre und am Beginn des neuen Jahrtausends sowie in Japan nach 1989 der Absturz aus einem Spekulationsboom mit Aktien und Immobilien, worauf ein Jahrzehnt der Stagnation und Deflation folgte: sie hatten nicht den gleichen Arbeitsmarkteffekt wie 1929. Die »Depression« für die Jobs war nämlich in vielen OECD-Ländern schon vorher ein Produkt der gleichsam »normalen« Konjunkturentwicklung, nicht erst der Krise von 2007ff. Dass Kapitalismus immer auch Spekulation ist, galt nie nur für die Zirkulationssphäre, sondern auch für die Produktion: Investitionen erfolgen in der Erwartung, dass die durch mit ihrer Hilfe hergestellten Güter mit Gewinn abgesetzt werden können. Nach 1974/75 aber hat der Begriff des »Produkts« sich ausgeweitet: er bezeichnet in weit höherem Maße ausschließliche »Zirkulationsgüter« (Devisen, Wertpapiere und ihre vielfältigen Derivate). Werden sie an den Börsen »vernichtet«, muss dies nicht immer in gleichem Maße wie früher auch die Produktion treffen.

Da, wie gezeigt, die Depression auf dem Arbeitsmarkt als Dauerzustand schon lange vorher eingesetzt hatte, wirkte sich die Krise an den Finanzmärkten 2007ff zunächst weniger auf die Beschäftigung aus. Ihr Verlauf weicht somit von ihren Vorgängerinnen ab. Als Hypothekenkrise traf sie 2007 zunächst Banken, Fonds und in den USA eine breite untere Mittelschicht von abhängig und selbständig Beschäftigten, die ihr Eigentum verloren. Davon zu unterscheiden ist die Kreditkrise 2008, die die Refinanzierung auch von produzierenden Unternehmen in Frage stellte. Aber auch hier war der Verlauf – im historischen Vergleich – untypisch. Wenn die milliardenschweren Übernahmen der Dresdner Bank durch die Commerzbank, von Continental durch Schaeffler, von VW-Aktien durch Porsche nicht »refinanziert« werden können, dann ist dies von den Schwierigkeiten jener Unternehmen, die keine Kredite mehr für ihren laufenden Betrieb erhalten, zu unterscheiden. Die gab es denn auch und wurden 2009 zunehmend bedrohlich, zunächst aber ist das große Krisengeräusch durch die Spekulationsgewinner von einst und -verlierer von jetzt bestimmt gewesen. Sie haben offenbar einen besonders breiten, mitbetroffenen Tross. Wenn die Jahressynode der Evangelischen Kirche in Deutschland im November 2008 ihre Agenda auf die Finanzkrise umstellte und landauf, landab Gottesdienste über die Ethik in der Wirtschaft stattfanden, wenn Frank Schirrmacher in einem Leitartikel der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung für Deutschland« klagte, nichts werde mehr so sein wie bisher: dann werden eher luxurierende Probleme einer Oberschicht sichtbar, hinter denen allerdings inzwischen auch die Verluste privatisierter Alterssicherungen von Beziehern

mittlerer bis unterer Einkommen auftauchen. (Der Fast-Zusammenbruch von Opel und die Karstadt-Insolvenz 2009 sind jeweils die Fortsetzung früherer Schwächeanfälle: einige Jahre vorher hatten beide Unternehmen nur mit knapper Not gerettet werden können.)

Die Ober- und die Mittelschicht sind also deutlich früher tangiert worden als die Arbeiterklasse. Für die Reicheren unter ihren Mitgliedern könnten die Verluste sich vielleicht noch als lediglich virtuell herausstellen: wenn Unternehmen, an denen sie Anteile haben, nicht untergehen, sie keine Aktien verkaufen müssen und diese Papiere sich später wieder erholen sollten.

Dass diese Krise viel stärker als 1929 auch ein Problem des Bürgertums in einem recht breiten Sinne ist, zeigt sich im mittlerweile schon als inflationär zu bezeichnenden Umfang der Krisenliteratur. Die Depression der späten 1920er und frühen 30er brachte zwei große Werke hervor: Henryk Grossmanns »Akkumulations- und Zusammenbruchsgesetz des kapitalistischen Systems« und Keynes' »Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes« (1936). Seit 2007 ergießt sich eine Flut von Krisen-Paperbacks über das Publikum – Ausdruck der Tatsache, dass die Intelligenz (einschließlich ihrer sozialwissenschaftlichen Abteilungen) zu einer enorm angewachsenen angebotsfreudigen Massenschicht geworden ist.

Was die politischen und sozialen Auswirkungen betrifft, so handelte es sich zumindest 2007/2009 noch eher um eine *Drôle de crise* (Fülberth 2009). Von der Depression 1929 unterscheidet sie sich dadurch, dass der Abstieg von einem weit höheren Niveau der Konsummöglichkeiten und auch der sozialen Absicherung breiter Massen aus begann.

Ideologiepolitisch haben sich die Marktliberalen bisher sehr gut gehalten. Auf staatsinterventionistische Zugeständnisse antworten sie mit Kontern, bei denen sie mehr gewinnen als verlieren. Ihr bislang größter Erfolg in der Bundesrepublik ist die Verankerung eines Schulden-Verbots im Grundgesetz: eine Revolution im System der öffentlichen Haushalte, wie es sich seit etwa drei Jahrhunderten herausgebildet hat. Die FDP legt bei Wahlen und Umfragen zu, und der wirtschaftsliberale Minister Karl-Theodor zum Guttenberg ist ein Star.

Die Linke (im engeren und weiteren Sinne) antwortete bisher eher mit einer Art Tonnen-Keynesianismus, der zumindest in der Öffentlichkeit nicht den Eindruck zu vermeiden vermochte, als habe sie zwar 2005 gefordert, was die Regierung dann 2008/2009 selbst tat, sei anschließend aber nur noch in einen quantitativen Überbietungswettbewerb mit dieser getreten. Bündnis 90/

Die Grünen immerhin setzte mit dem Konzept des Green New Deal eigene qualitative Akzente.
Die Krisenbewältigung des alten Keynesianismus nach 1933 und nach 1945 war Beschäftigungspolitik im Umweg über die Ausweitung des konstanten fixen Kapitals. Wiederaufnahme dieses Kurses brächte auf Dauer zusätzliche Überakkumulation.
Ein neuer Ansatz könnte darin bestehen, nunmehr direkt ins variable Kapital zu investieren, die Arbeitenden. Die Forderung nach »mehr Bildung« allerdings ist eine Wortblase. Zu fragen ist: welche Bildung? Und die Antwort kann wohl besser unter Verwendung des englischen Begriffs *education*, der seinerseits von der deutschen »Erziehung« zu unterscheiden ist, gegeben werden. Ein großer Multiplikator-Effekt könnte in der Ausweitung des Vor- und Grundschulbereichs und mit einer qualitativen und finanziellen Aufwertung aller Sparten der Pflege erzielt werden. Das Gesamtkonzept ließe sich als *Pink-Grey-Red-Revolution* überschreiben – Pink in Anspielung auf die einstige (heute allerdings längst aufgegebene) Farbe von Babykleidung, Grey für die Alten und ihre Pflege, Red für die notwendige Lohnsteigerung. Um eine Revolution handelte es sich deshalb, weil all dies eine Umwälzung des Steuer- und Abgabensystems voraussetzt.

FAZIT

Die Analogie zu 1929ff kann sich als Sackgasse erweisen. Eine Form sterilen theoretischen Trotzes wäre es, wollte man in Reaktion darauf die Geschichte des Kapitalismus seit 1873 ausschließlich als sich wiederholende Abfolge von Überakkumulation, die in Krisen nur zeitweilig behoben wird, formulieren. Wichtiger ist, wie vorstehend versucht, die Herausarbeitung der Spezifik jeder einzelnen, insbesondere der gegenwärtigen Krise.

LITERATUR

Fülberth, Georg, 2009: Drôle de crise, in: *Junge Welt* Nr. 86. 14. April 2009, 10/11

Jánossy, Franz, 1966: *Das Ende der Wirtschaftswunder. Erscheinung und Wesen der wirtschaftlichen Entwicklung.* Unter Mitarbeit von Maria Holló, Frankfurt/M

Katzenstein, Robert, 1967: *Die Investitionen und ihre Bewegung im staatsmonopolistischen Kapitalismus. Zu einigen Fragen der Reproduktion des fixen Kapitals, der zyklischen Bewegung der Gesamtproduktion und des technischen Fortschritts in Westdeutschland nach dem Kriege*, Berlin

Ders., 1974: *Technischer Fortschritt – Kapitalbewegung – Kapitalfixierung. Einige Probleme der Ökonomie des fixen Kapitals unter den gegenwärtigen Bedingungen der Vergesellschaftung der Produktion im staatsmonopolistischen Kapitalismus*, Berlin



»no money in my pocket«
Foto: Claudia Mayhak

CHINA GLOBAL?

GIOVANNI ARRIGHI IM GESPRÄCH

STEFAN SCHMALZ

Schmalz: Dein Buch *Adam Smith in Beijing* ist der letzte Band einer Trilogie. Könntest du etwas über deine Forschungsagenda der letzten Jahre erzählen?

Arrighi: Eigentlich handelt es sich um die Forschungsagenda der letzten mindestens zehn, 15, wenn nicht 20 Jahre. *The Long 20th Century* wurde 1994 veröffentlicht, aber ich hatte bereits seit Mitte der 1980er Jahre daran gearbeitet. Darauf folgte *Chaos and Governance in the Modern World System* (zusammen mit Beverly Silver) im Jahr 1999. Allerdings war nicht geplant, eine Trilogie zu verfassen. Zunächst sollte *The Long 20th Century* lediglich die Zeitspanne umfassen, die ich unter dem langen 20. Jahrhundert verstehe: von der Großen Depression des späten 19. Jahrhunderts bis zum gegenwärtigen »langen Abschwung«. Ich bin zeitlich immer weiter zurückgegangen und erarbeitete eine Langzeitanalyse der kapitalistischen Entwicklung. Die Dynamik der globalen politischen Ökonomie nach der Veröffentlichung des Buches warf neue Fragen auf. In *Chaos and*

Governance diskutieren wir z.B. das Thema der hegemonialen Transitionen. Und *Adam Smith in Beijing* handelt davon, ob die aktuelle hegemoniale Transition, oder zugespitzt die Krise der US-Hegemonie, mit einer (Rück-)Verlagerung des Zentrums der Kapitalakkumulation nach Ostasien einhergeht. Meine Forschungsagenda ist also in weiten Teilen dadurch bestimmt, dass ich die Entwicklungen auf der Basis von *The Long 20th Century* in den Blick nahm. Das Ergebnis waren zwei weitere Bücher.

Schmalz: In den beiden früheren Büchern hast du theoretische Konzepte entwickelt, die du in *Adam Smith in Beijing* angewendet hast. »Hegemoniale Transitionen« hast du bereits angesprochen; auch das Konzept der »systemischen Akkumulationszyklen« hast du geprägt. Könntest du beide Begriffe erläutern?

Arrighi: Das Konzept stammt eigentlich von Fernand Braudel. Er spricht zwar nicht von systemischen Akkumulationszyklen, aber betont Umbrüche in der Struktur des Kapitalismus von materiellen zu finanziellen Expansionen. Ich habe mich bei Braudel bedient, um die »systemischen Akkumulationszyklen« zu entwerfen. Diese bestehen aus relativ kurzen Perioden der materiellen Expansion, auf die längere Zeiträume finanzieller Expansion folgen. Ich übernehme dabei Braudels Konzept eines primär vom Finanzkapital bestimmten Kapitalismus. Finanzielle Expansionen sind keine Neuheit des späten 19. oder frühen 20. Jahrhunderts, wie die meisten Marxisten vor hundert Jahren glaubten. Sie sind auch keine Neuheit des späten 20. oder des 21. Jahrhunderts, wie manche noch heute denken. Vielmehr handelt es sich um über die Jahrhunderte immer wiederkehrende Tendenzen. Folglich bestehen »systemische Akkumulationszyklen« aus längeren Zeiträumen der finanziellen Expansion, die zu materiellen Expansionen und zu Perioden neuer finanzieller Expansionen führen. Und sobald eine finanzielle Expansion stattfindet, dann kommt es zu einem Wechsel in den Kommandohöhen der Weltwirtschaft. Diese werden durch das Finanzkapital besetzt. Das geschah immer wieder in den letzten fünf-, sechs- oder siebenhundert Jahren.

Schmalz: Dein Kapitalismusbegriff unterscheidet sich also sowohl von dem von Marx als auch von Wallerstein?

Arrighi: Marx' Forschungsprogramm war von der Vorstellung geprägt, dass man in der »geräuschvollen Zirkulationssphäre« nicht wirklich nachvollziehen kann, wie sich das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit entwickelt. Und es wird nicht deutlich, wie die kapitalistische Produktionsweise funktioniert und dass ein kontinuierlicher Kampf zwischen Kapital und Arbeit existiert. Durch Marx' Konzept wird sichtbar, dass der Austausch von Warenäquivalenten de facto nicht »gleich«, sondern in eine Machtbeziehung in der Produktion eingebettet ist. Ich bestreite Marx' Vorstellung nicht, aber für eine Analyse der langfristigen Widersprüche der Kapitalakkumulation ist sie nicht sehr nützlich. Weiter setzt er alle Vorgänge, die in Verbindung zum Finanzkapital stehen, in Beziehung zur so genannten ursprünglichen Akkumulation. Das ist natürlich problematisch, denn es handelt sich nicht um eine Form von Akkumulation, die der eigentlichen Kapitalakkumulation vorangeht, sondern um eine, die regelmäßig wiederkehrt. An einigen Orten geht sie der Kapitalakkumulation voran, an anderen ist sie Endpunkt der Kapitalakkumulation. Das Finanz-

kapital und das internationale Kreditsystem sind Instrumente zur Aneignung von Überschusskapital von einem Ort zum anderen – zunächst die italienischen Stadtstaaten, dann Holland, dann Großbritannien und schließlich die Vereinigten Staaten. Sogar Marx sagt das implizit.

Schmalz: Und Wallerstein?

Arrighi: Wallerstein ist ebenfalls zu produktivistisch, aber auf eine andere Art. Wallerstein und Robert Brenner fokussieren beide auf die Entwicklung der kapitalistischen Landwirtschaft, wenn sie die Ursprünge der Kapitalakkumulation benennen wollen. Wallerstein sieht die Ursprünge der kapitalistischen Entwicklung in der Krise des Feudalismus. Das unterscheidet sich von Braudels Analyse, mit der ich weitgehend übereinstimme. Braudel erwähnt die Krise des Feudalismus nicht einmal. Aus Braudels Perspektive entwickelt sich das Weltsystem als ein System von Stadtstaaten. Und aus diesem System der Stadtstaaten entsteht ein System von Territorialstaaten, »Stadtstaaten« mit größeren territorialen Ressourcen. Wallerstein übergeht, dass die Entwicklung im Spätmittelalter eine Zwischenstation zur Herausbildung des Systems von Nationalstaaten ist. Obwohl die Nationalstaaten sich sehr viel später herausbilden, erben sie die Rolle der Stadtstaaten. Und diese Position wird von verschiedenen Historikern wie Braudel oder McNeil geteilt.

Schmalz: In *Adam Smith in Beijing* argumentierst du, dass die USA sich im Niedergang befinden. Welche Hinweise siehst du darauf?

Arrighi: Es gibt zwei Hinweise, einer ist finanzieller, der andere militärischer Natur. Zunächst gab es bereits früher eine »Signalkrise« der US-Hegemonie zum Zeitpunkt des Vietnamkriegs und der Krise der späten 1960er und 1970er Jahre. Der Vietnamkrieg hat gezeigt, dass die USA trotz ihrer militärischen Ressourcen militärischen Zwang nicht in Macht umsetzen konnten, um Gefolgschaft für ihre Pläne zu erreichen – wenn man Webers Definition von Macht folgt. Und aktuell wird die US-amerikanische Politik erneut vom Vietnamsyndrom heimgesucht. Der Irakkrieg ist verloren – obwohl auf einem sehr viel einfacheren Gelände gekämpft wurde und im Irak keine lange Tradition des Guerillakampfs existierte wie in Vietnam. Zusätzlich stiegen die US-amerikanischen Außenschulden massiv an. Die USA haben sich vom größten Kreditgeber im Zweiten Weltkrieg zur größten Schuldnernation gewandelt. Sowohl militärisch als auch finanziell ist die Macht der USA im Niedergang.

Schmalz: Die US-amerikanische Bevölkerung hat im November 2008 Barack Obama als Präsidenten gewählt. Wird die neue Regierung fähig sein, den US-amerikanischen Niedergang umzukehren?

Arrighi: Weder ist klar, was die US-Amerikaner wollten, als sie Obama gewählt haben, noch welche Pläne Obama für den Niedergang der USA hat. Ich denke, es gibt eine positive und eine negative Deutung, was Obamas Wahl für die US-Bevölkerung bedeutet. Die negative besagt, dass wir uns dem Niedergang weiter entgegenstellen sollten: Wir müssen ihn umkehren, und Obama ist die beste Chance, das zu erreichen. Die positive Interpretation ist, dass eines der Probleme der Regierung Bush und der Neokonservativen war, dass sie dem Niedergang widerstehen wollten und die Lage schlimmer und chaotischer gemacht haben. Viele Leute sind gestorben und das Ansehen der USA in der Welt hat sich verschlechtert. Deshalb brauchen wir jemanden, der den Niedergang



steuern kann. Wenn Obama den Niedergang umzukehren versucht, wird er wahrscheinlich nicht erfolgreich sein, denn die US-Hegemonie ist in ihrer »finalen Krise«. Aber er kann das politische Paradigma ändern. Ein Faktor, der Chaos produziert, ist dass die derzeitige Hegemonialmacht ihre militärische Macht nutzt, um den Niedergang zu verhindern. Der Niedergang könnte intelligent gelenkt werden. Und das ist das Beste, was Obama zur Zeit machen kann.

Schmalz: Demnach wäre Obama eine Art »Niedergangsmanager«?

Arrighi: Ja, ich glaube, einerseits ähnelt er Roosevelt, andererseits, unterscheidet er sich vollkommen. FDR und Obama sind ähnlich »charismatische« Anführer. Beide sind wahrscheinlich sehr intelligent. Aber der eine steht am Anfang und der andere am Ende der US-Hegemonie. Deswegen hat der erste den Aufstieg der USA gesteuert und die Grundlagen der US-Hegemonie etabliert, während Obama als bestmögliche Option den Niedergang so lenken kann, dass es zu nicht noch mehr Chaos und Leid, sondern zu einer Anpassung der Position der USA in der Weltwirtschaft kommt.

Schmalz: In *Adam Smith in Beijing* beschreibst du insbesondere China als neue aufsteigende Macht im Weltsystem.

Arrighi: Ich bin nicht sicher, aber China ist es gelungen, Vorteile aus dem Niedergang der US-amerikanischen Macht zu ziehen. Und die USA stecken im Irak fest. Die USA sind heute abhängiger vom Wohlwollen anderer Staaten, insbesondere Chinas. China hat wiederum seine Feinde so schnell zu Freunden gemacht und an finanziellem Handlungsspielraum gewonnen, wie die USA an beidem verloren haben. Das ist die Grundlage, warum ich denke, dass China eine zentrale Rolle im nächsten Akkumulationszyklus spielen wird – wie es bereits vor dem 19. Jahrhundert das Zentrum der Weltwirtschaft war. In welchem Umfang diese Rolle in China verstanden wird, und ob der Prozess steuerbar ist, ist schwer vorauszusagen.

Schmalz: Du reinterpretierst Adam Smiths Schriften, um zwischen zwei unterschiedlichen Entwicklungswegen zu unterscheiden.

Arrighi: Adam Smith spricht in *Der Wohlstand der Nationen* über zwei unterschiedliche Entwicklungspfade in der Marktwirtschaft. Einen bezeichnete er als »natürlich«. Und er denkt, dass China diesem »natürlichen« Pfad folgt. Er besteht darin, dass man mit dem beginnt, was man hat.

Zunächst beginnt man mit der Landwirtschaft, dann entwickelt man eine Arbeitsteilung in der Landwirtschaft und das führt zur Entstehung der verarbeitenden Industrie. Sobald sich in der verarbeitenden Industrie eine komplexere Arbeitsteilung entwickelt, generiert diese schließlich Grundzüge des Außenhandels. Sein Beispiel für einen »unnatürlichen« oder »rückständigen« Pfad ist Holland. Holland entwickelte sich nicht von der Landwirtschaft, sondern vom Frachthandel. Dies schuf die Bedingungen für die Etablierung der verarbeitenden Industrie und dann bildete die verarbeitende Industrie die Basis für den landwirtschaftlichen Fortschritt. Smiths erstes Modell lässt sich in der heutigen Zeit auf das Importsubstitutionsmodell beziehen; ein Modell, das zunächst den Binnenmarkt und anschließend den Fernhandel ausbildet. Das andere ist ein exportgeleitetes oder »Frachthandel-geleitetes« Entwicklungsmodell. Ob es richtig ist oder nicht, das erste Modell für China und das zweite für Holland anzuwenden, ist eine andere Frage. Doch China ist auf dem »natürlichen« Pfad geblieben, während sich in Europa immer mehr Länder »unnatürlich« entwickelten.

Schmalz: Und folgt China heute immer noch dem »natürlichen« Modell?

Arrighi: Nicht wirklich. Im gewissen Umfang ja, aber es ist immer noch unklar, inwieweit China nun einem exportgeleiteten Modell folgt. Es gibt einige Anzeichen dafür, dass dies das Ziel ist. Ob sie wirklich eine Ökonomie von dieser demographischen Größe in ein exportgeleitetes Modell umwandeln können, ist noch fragwürdiger.

Schmalz: Allerdings sind sich die meisten westlichen Wissenschaftler einig, dass China seit 1992 schrittweise kapitalistisch wurde?



»Shanghait«, Shanghai 2009, Alle Fotos: www.tranquillium.com

Arrighi: Auf dieses Thema gehe ich in *Adam Smith in Beijing* nicht ein. Die Frage ist nicht, ob China kapitalistisch ist oder nicht. Das vereinfacht das Thema. Die eigentliche Frage ist, ob China, kapitalistisch oder nicht-kapitalistisch, dem gleichen Weg folgen wird wie der Westen. Man sollte genauer sein, was die Implikationen sind, wenn China als kapitalistisch oder nicht-kapitalistisch bezeichnet wird. Bevölkerung und Territorium Chinas sind derartig groß, dass das westliche Modell nicht einfach umfassend umgesetzt werden kann. Selbst wenn die Chinesen – oder auch die Inder – das beabsichtigen. Ob kapitalistisch oder nicht, der Entwicklungspfad von China wird sehr unterschiedlich sein. Tatsächlich befinden wir uns in einem Zustand, den

Braudel als »Marktwirtschaft« bezeichnet. Der Wettbewerb drückt die Profitrate bis zu einem Punkt herunter, um die bloße Kapitalakkumulation befördern. Deswegen müssen die Hauptkräfte identifiziert werden: Geht die Tendenz in Richtung der Intensivierung des Wettbewerbs zwischen »Möchte-Gern-Kapitalisten« und wird so die Profitrate heruntergedrückt, was m.E. der Fall ist? Oder wird das westliche Muster wilder Kapitalakkumulationslogik übernommen? Oder haben wir eine vollkommen andere Beziehung?

Schmalz: Das bedeutet, dass wir zum einen mit Chinas unterschiedlichem Entwicklungsmodell und zum anderen mit einer hegemonialen Transition konfrontiert sind. Aber hegemoniale Transitionen wurden in der Geschichte oftmals von ernsthaften zwischenstaatlichen Konflikten, ja sogar Kriegen begleitet. Wird erneut eine Phase des aggressiven Imperialismus folgen? Eines der Kapitel in *Adam Smith in Beijing* ist mit »Die Herausforderung des ›friedlichen Aufstiegs‹« überschrieben. Wird China einen anderen außenpolitischen Ansatz verfolgen?

Arrighi: Das westliche Staatensystem hat eine andere Geschichte als das asiatische. Nach Braudels »langem sechzehnten Jahrhundert«, das übrigens weitgehend mit der Ming Periode in China übereinstimmt, haben sich beide Systeme sehr unterschiedlich entwickelt. Das China-zentrierte System basierte weitgehend auf Handel und Tribut. Das westliche System hat immer mächtigere Techniken der Kriegsführung entwickelt und ist geografisch expandiert. Das ostasiatische System war hingegen ein relativ friedliches System, da in ihm unausgeglichene Machtbeziehungen vorherrschten. Allerdings herrschte in Europa ein Gleichgewicht der Kräfte. Daher bewegte sich das europäische System kontinuierlich in Richtung Krieg. Selbst die hundertjährige Phase des Friedens resultiert daraus, dass die Europäer zeitweise das Gleichgewicht der Kräfte beherrschen. Dies geschah genau als die westlichen Staaten begannen, in gegenseitiger Konkurrenz die Welt zu erobern. Die zwei Traditionen sind äußerst unterschiedlich: Das ostasiatische war ein selbstzentriertes System, d.h. die Hauptquelle von Produktion und Handel lag im Inneren.
In Europa hing die Machtverteilung von der Kontrolle externer Ressourcen ab. Deshalb ist fraglich, ob sich das ostasiatische System in die Richtung des westlichen Systems entwickelt hat. Der westliche Rüstungswettlauf wurde vom ostasiatischen Staatensystem verinnerlicht, vor allem vom japanischen Imperialismus. Aber Japan wurde von China und den USA besiegt. Fakt ist, dass seit der Niederlage von Japan zwei Systeme mit unterschiedlichen Dynamiken existieren. Das wird heute in der Regel nicht einmal von den Protagonisten der Auseinandersetzung verstanden.

Schmalz: Aber der Westen ist militärisch sehr viel weiter entwickelt...

Arrighi: Das stimmt. Finanzielle und militärische Macht lagen in früheren hegemonialen Transitionen meist in einer Hand. Alle früheren Hegemonialmächte wurden sowohl auf militärischer als auch finanzieller Ebene herausgefordert. Heute haben wir eine Situation, in der niemand die USA militärisch herausfordert. Die USA bleiben zwar die große Militärmacht, aber gleichzeitig sind sie die größte Schuldnernation. Und die Kreditgeber Japan und China haben nur sehr geringe militärische Ressourcen. Das ist eine weltweite Zweiteilung. Wie sich die Sache entwickeln wird, bleibt offen: Ob die militärische Macht die

Oberhand über die Kapitalakkumulation haben wird oder umgekehrt, wissen wir bisher nicht.
Schmalz: Demnach könnte der Westen seine militärische Macht einsetzen?
Arrighi: Der Westen hat im Vietnam verloren, dann versuchte er, über das Vietnamsyndrom hinweg zu kommen, und nun hat er im Irak verloren. Dies führt zu der Frage zurück, ob der Westen und vor allem die USA mit Obama an der Spitze verstanden haben, dass wir in einer neuen Welt leben und dass das veränderte Kräfteverhältnis zwischen Ostasien und dem Westen justiert werden muss.
Schmalz: Und welche Rolle wird China nach diesem Wandel haben? Chinas Wirtschaft wächst sogar mitten in der globalen Krise. Es hält ungefähr zwei Bio. US-Dollar an Währungsreserven, die für eine weitere Phase der materiellen Expansion genutzt werden könnten. Wird China die USA als neuen Hegemon ersetzen?
Arrighi: Das ist bisher unklar. Die Chinesen sagen, dass sie nicht hegemonial sein wollen. Aber es gibt ein Problem bei der Übersetzung des Begriffs »Hegemonie«. Die Chinesen verstehen darunter, was wir unter »Vorherrschaft« verstehen. China wird definitiv nicht in der Form hegemonial sein, wie die westlichen Mächte es waren. Sie haben nur geringe militärische Macht, die zudem strikt defensiv ist. Das einzige Mal, dass die Chinesen in jüngerer Zeit ein anderes Land überfallen haben, war als sie 1979 Vietnam angegriffen haben, um die vietnamesische Invasion in Kambodscha zurückzuschlagen. Nachdem sie besiegt wurden, haben sie schnell daraus gelernt. Die ökonomische Macht ist der bessere Weg. Dies war über die Jahrhunderte hinweg ihre Tradition. China hat sich lange auf reine Marktmacht gestützt, um die Gefolgschaft anderer Staaten im ostasiatischen System zu erkaufen. Und China setzte auf die Politik, Grenzen zu schaffen, die verteidigt werden können. Es gab immer das Problem, wie die internen Rivalen daran gehindert werden können, sich den äußeren Feinden anzuschließen. Das war die chinesische *Governance*-Politik. China führte deshalb meist Krieg, um Grenzen zu schaffen und nicht um Übersee-Imperien aufzubauen. Die Chinesen waren an ihrer eigenen Peripherie gebunden.
Schmalz: Wenn China nicht im westlichen Sinne hegemonial sein wird, was ist die Alternative? Eine neue Art von Hegemonie mehrerer Staaten, oder sogar ein Weltstaat?
Arrighi: Ich denke, dass verschiedene Projekte existieren. Vielleicht ist eine Form von US-amerikanisch-europäischer Hegemonie der ernsthafteste Versuch, um das Projekt eines ›neuen amerikanischen Jahrhunderts‹ zu ersetzen. Grundsätzlich würde es sich um ein »Weltimperium«, eine Allianz der USA und der EU handeln, mit dem Überschusskapital von Ostasien abgezogen werden könnte. Eine Alternative wäre eine »Weltmarktgesellschaft«, ein eher ausbalanciertes Verhältnis zwischen den Zivilisationen wie Ostasien, Europa, Lateinamerika oder Afrika. Es wäre ein nicht-militärisches Verhältnis, das eher von Marktbeziehungen als vom Einsatz von Gewalt geprägt ist. Diese Option ist jetzt wesentlich wahrscheinlicher als vor der Zeit des *Project for a New American Century*. Die dritte Alternative ist Chaos. Wer über militärische Gewalt verfügt, versucht sie zu nutzen, um den Aufstieg Ostasiens einen Riegel vorzuschieben, und der Weltmarkt zerfällt. Alle drei Optionen sind möglich. Die Hauptintention von *Adam Smith in Beijing* ist nicht, die

Zukunft vorauszusehen, sondern die Situation zu überblicken: Was kann Obama, was können die Europäer, und was können die Chinesen tun? Und wenn sie es tun, was folgt daraus?

Schmalz: Du sagst, die gegenwärtigen Entwicklungen haben »die Verwirklichung von Smiths Vision einer Weltmarktgesellschaft auf der Grundlage größerer Gleichheit unter den Zivilisationen der Welt wahrscheinlicher gemacht [...] als je zuvor seit der Veröffentlichung von *Der Wohlstand der Nationen* vor fast 250 Jahren«. Wenn ich Dich richtig verstehe, hat das Auswirkungen auf den Globalen Süden, z.B. dass sich klassische Zentrum-Peripherie-Beziehungen in diesem Prozess auflösen?

Arrighi: Ich meine hier schlicht den Einsatz von Gewalt. Dass die USA im Vietnam- und Irakkrieg besiegt wurden, bedeutet nicht, dass ihre Niederlage irgendetwas an den ökonomischen Beziehungen zwischen den USA und Vietnam geändert hat. Es gibt eine relative Autonomie des Zentrum-Peripherie-Verhältnisses. Es geht um die globale Akkumulation von Reichtum. Deshalb ist der Aufstieg Chinas äußerst wichtig, da sich die globale Reichtumsverteilung so nicht mehr polarisiert – in Zentrum und Peripherie – verteilen würde. Das steht jedoch nur indirekt in Beziehung zu den Kräfteverhältnissen im System der Nationalstaaten. Wenn man mich fragt: Können China und Indien so reich werden wie die USA? Sicherlich nicht! Aber was erreicht werden kann, ist eine Senkung der weltweiten sozialen Spaltung. Es laufen zwei Prozesse ab: Die Kapazität des Westens militärische Macht auszuüben, um Zentrum-Peripherie-Verhältnisse zu festigen, nimmt ab. Aber ungeachtet des chinesischen Aufstiegs existieren die Zentrum-Peripherie-Verhältnisse weiter. Die Frage ist, wie beide Prozesse miteinander verbunden sind, und wie sie sich zukünftig entwickeln werden.

Schmalz: In Europa wird diskutiert, ob die EU ein neues unabhängiges Machtzentrum werden könnte. Du siehst die Möglichkeit einer transatlantischen Allianz, eine neue Form eines Imperialstaats. Welche Möglichkeiten existieren für die europäische Politik?

Arrighi: Es ist nicht klar, wie sich die Europäische Union verhalten wird und die EU ist teilweise von den USA abhängig. Die USA waren bei der Einleitung weiterer Schritte zur Integration der EU von zentraler Wichtigkeit. Anders ausgedrückt, wenn man analysiert, wie sich die EU ausgeweitet hat, sieht man den Einfluss der Vereinigten Staaten. Sie benutzen die schwächeren Mitglieder der EU zusammen mit einigen größeren Mitgliedsstaaten, z.B. Italien und Großbritannien, als trojanische Pferde. Daher ist nicht klar, ob die EU zu einem Machtzentrum werden kann. Mein Eindruck ist, dass Deutschland, Frankreich und eventuell Spanien am ehesten die Triebkraft hierfür sein könnten. Wenn sie sich auf ein gemeinsames europäisches Projekt einigen und die anderen Staaten auf dieser Basis einbinden, könnte die EU eine Chance haben, sich zu einem unabhängigen Machtzentrum zu entwickeln. Doch die weitere Integration ist auch von den USA abhängig. Man muss nicht mit der politischen Orientierung von Frankreich, Deutschland und Spanien übereinstimmen, aber die drei Staaten agieren am stärksten unabhängig. Das ist mein Eindruck.

Schmalz: Danke für das Gespräch.

Arrighi: Gern geschehen.

Aus dem Amerikanischen von Stefan Schmalz

EIN NACHRUF

GIOVANNI ARRIGHI (7. JULI 1937 – 18. JUNI 2009)

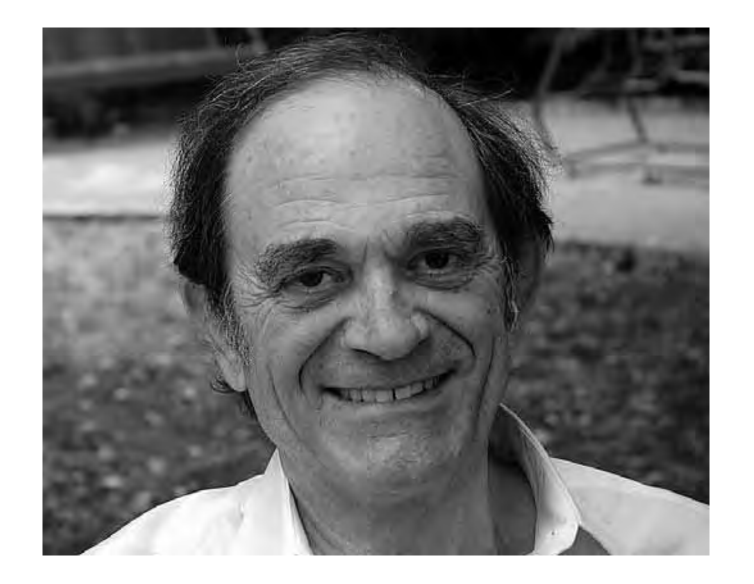
STEFAN SCHMALZ

Das Interview wurde am 14.12.2008 in Giovannis Haus in Baltimore geführt. Es stand am Ende eines Seminars, das er im Herbstsemester zusammen mit Beverly Silver an der Johns Hopkins University gehalten hatte. Giovanni hatte sich nach der Diagnose der tödlichen Krankheit entschieden, sein Lebenswerk mit seinen Doktoranden zu diskutieren. Dafür warfen er und Beverly kurzerhand ihre Pläne für das Semester um. Giovanni wollte die ihm verbleibende Zeit nutzen, um einige Grundlinien seines Werkes herauszuarbeiten und Missverständnisse bei dessen Rezeption auszuräumen. Dem Kurs wohnten zahlreiche Gäste aus aller Welt bei – teils alte Bekannte von Giovanni, teils Kollegen des Instituts für Soziologie. Giovanni, der keine Sitzung versäumte, auch wenn er an manchen Tagen sichtlich geschwächt war, war es besonders wichtig, auf Kontinuitäten und Brüche in seinem intellektuellen Werdegang hinzuweisen. Dabei verband er die theoretische Debatte mit biografischen Erzählungen aus der Entstehungszeit der Texte, wodurch seine persönliche wie theoretische Entwicklung lebendig wurde.

Giovanni studierte an der italienischen Universitá Bocconi Wirtschaftswissenschaften, mit der Zielsetzung, das Unternehmen seines Vaters zu übernehmen. Diese Universität war noch in den 1950er Jahren eine Hochburg neoklassischen Denkens. Es folgten zwei Jahre Arbeit im väterlichen Betrieb, wonach er 1960 seine Promotionsschrift *Determinants of efficiency in a mechanical industry* verfasste. Nach der Dissertation wuchsen seine Zweifel am neoklassischen Denken, dem er keinerlei praktischen Nutzen beimessen konnte. Er wechselte

zum University College of Rhodesia and Nyasaland (UCRN) im heutigen Harare (Simbabwe). Unter dem Einfluss der Sozialanthropologen Clyde Mitchell und Jaap van Velsen brach er dort endgültig mit den abstrakt-mathematischen Modellen der Neoklassik. Stattdessen begann er, »das wirtschaftliche Leben als ein in soziale Strukturen eingebettetes zu begreifen«, so seine Beschreibung seines damaligen Wandels. Dieser zeigt sich in seiner Schrift *The Political Economy of Rhodesia* (1967). Unter der Beschuldigung, er habe die simbabwische Unabhängigkeitsbewegung unterstützt, wurde er als Gegner der britischen Kolonialregierung festgenommen. Er wechselte daraufhin nach Daressalam. In seiner Zeit in Tansania schrieb er zusammen mit John S. Saul mehrere dependenztheoretisch inspirierte Aufsätze, darunter eine Kritik am tropischen Sozialismus: *Socialism and Economic Development in Tropical Africa* (1968).
Giovanni kehrte für einige Jahre nach Italien zurück, lehrte und forschte unter anderem an der Universitá' di Trento und der Universitá degli Studi della Calabria. In dieser Zeit arbeitete er sich insbesondere an einzelnen marxistischen Diskussionssträngen ab und schrieb eine weit reichende Kritik am Begriff des Imperialismus – *The Geometry of Imperialism: The Limits of Hobson's Paradigm* (1978) – und einen historischen Vergleich der großen Weltwirtschaftskrisen seit 1873 – *Towards a Theory of Capitalist Crisis* (1980). In dieser Periode näherte er sich der Weltsystemanalyse an. 1979 entschloss er sich, einen Ruf als Soziologieprofessor am Fernand Braudel Center an der State University of New York in Binghamton anzunehmen und dort den Weltsystemansatz zusammen mit Immanuel Wallerstein und Terence Hopkins weiter auszuarbeiten. Direktes Ergebnis waren zwei Bücher, die er mit Immanuel Wallerstein, Samir Amin und Andre Gunder Frank herausgab: In *Dynamics of Global Crisis* (1982) werden die unterschiedlichen weltsystemtheoretische Krisenanalysen miteinander kontrastiert; und *Transforming the Revolution: Social Movements and the World System* (1990). In der Diskussion mit Immanuel Wallerstein entwickelte Giovanni eine eigenständige Spielart der Weltsystemanalyse, die er in der umfangreichen Trilogie *The Long Twentieth Century* (1994), *Chaos and Governance in the Modern World System* (1999, zusammen mit Beverly Silver) und *Adam Smith in Beijing* (2007) ausarbeitete. Zusammen mit Beverly Silver baute er an der Johns Hopkins University in Baltimore seine eigene theoretische Schule auf. Giovanni hatte sich seit den 1990er Jahren vor allem dem Aufstieg Ostasiens gewidmet, den er als zentrale theoretische Herausforderung für die Weltsystemanalyse begriff. Nach *Adam Smith in Beijing* wollte er sich in seinen letzten Lebensjahren wieder dem Studium der Entwicklung Afrikas zuwenden. Als

Vorbereitung hatte er bereits 2007 eine Ehrengastprofessur an der Rhodes University in Grahamstown (Südafrika) angenommen. Die neue Fragestellung konnte er aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr bearbeiten.
In der Diskussion seines Lebenswerks stellte Giovanni vor allem drei Punkte heraus, in denen er sich in der Rezeption missverstanden fühlte. Zunächst betonte er die Eigenständigkeit der Weltsystemsoziologie gegenüber dem Marxismus. Diese Abgrenzung bezog sich auf einzelne Kategorien, etwa die »ursprüngliche Akkumulation« oder das »Finanzkapital«. Weiter lag ihm daran, die Unterschiede seiner Lesart des Weltsystems zu den Konzepten von Immanuel Wallerstein zu betonen und einer Vermischung der beiden Theoriestränge gegenzusteuern. So kritisierte er die einfache Ableitung gesellschaftlicher Prozesse aus der Stellung im Weltsystem. Schließlich betonte er die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus. Seine Krisentheorie erfasst große kapitalistische Krisen als die Krisen von Hegemoniekonstellationen im Weltsystem. Seit den 1990er Jahren machte Giovanni stark, dass die US-amerikanische Hegemonie durch einen ostasiatischen Herausforderer ersetzt werden könnte. Für diese These erntete er oftmals heftige Kritik. Letztlich wurde seine Krisentheorie jedoch durch die Ereignisse der heutigen Weltwirtschaftskrise in vielen Punkten bestätigt. Tragischerweise konnte er diesen Prozess nicht mehr in seine Arbeiten aufnehmen.
Giovanni Arrighis Werk umfasst 15 Bücher, die immer wieder für lebhafte Diskussionen in der kritischen Soziologie und Politikwissenschaft gesorgt haben. Sein Tod ist ein großer Verlust.



Giovanni Arrighi, Foto: Beverly Silver

DIE LINKE IN DER KRISE

STRATEGISCHE HERAUSFORDERUNGEN

INSTITUT FÜR

GESELLSCHAFTSANALYSE

»Nicht der Wind, sondern das Segel bestimmt die Richtung.«
Chinesisches Sprichwort

KEINE KRISE IN DER KRISE?

Der Kapitalismus ist in der Krise und doch werden die herrschenden Eliten weder abgewählt noch abgewickelt. Dabei kriselt der Kapitalismus nicht nur in Russland, Mexiko oder Indonesien, sondern global und in seinen Zentren. Wie 1929 wurde die Wall Street zum Epizentrum. Die größte Wirtschafts- und Finanzkrise verbindet sich mit einer Krise der Lebensgrundlagen der Menschheit – Ernährung, Klima, Wasser. Dem fossilen automobilen Kapitalismus gehen die Brennstoffe aus. Wieso können die herrschenden Eliten die Tagesordnung weiter bestimmen, und warum geht bisher von der Linken kein Aufbruch aus?

Die Krise ist bisher die Stunde der Herrschenden. Es sind ihre Projekte, die den Kern des Systems schützen und zugleich Angebote



an die Lohnabhängigen und die Mittelschichten machen – die Rettung von Bankeinlagen, Hauseigentum, Arbeitsplätzen und sogar der Kauf neuer Autos mit staatlicher Unterstützung, die Abwrackprämie. Wenn die Kanzlerin der Bundesrepublik kurzerhand die Absicherung von über einer Billion Euro Spareinlagen verspricht, demonstriert sie Herrschaftsfähigkeit. Die Interessen von Finanzoligarchien, transnationalen Konzernen, den Standorten des globalen Wettbewerbs und großer Teile der lohnabhängigen Bevölkerung sollen unter dem Primat des Erhalts eines modifizierten Finanzmarkt-Kapitalismus zusammengeschmiedet werden.

WIE STABIL IST DER NEOLIBERALE FINANZMARKT-KAPITALISMUS?

Der Finanzmarkt-Kapitalismus ist im Gefolge einer neoliberalen Gegenreform entstanden. Seine Entwicklungsweise ist paradox: Er kann seine Expansion nur vorantreiben, indem er seine eigenen Existenzbedingungen zerstört. Er muss deshalb in tiefe Akkumulations-, Reproduktions-, Integrations- und Sicherheitskrisen führen (Brie 2006). Sein Marktradikalismus mündet im Krisenkapitalismus (Klein 2008). Vom Neoliberalismus sind weder ein neuer Akkumulationsschub noch ein neuer gesellschaftlicher Konsens zu erwarten (Candeias 2009, 19). Ohne eine Überwindung des neoliberalen Kapitalismus wären die Desaster der Zukunft:

1 Die Akkumulation des neoliberalen Finanzmarkt-Kapitalismus wird vor allem durch die Anhäufung von Finanztiteln stimuliert. Eine globale Klasse von Vermögensbesitzern fordert ihren Tribut an der Wertschöpfung ein. Die »vermögensgetriebene Akkumulation« erhält das Primat gegenüber der realwirtschaftlichen Akkumulation (Bischoff 2006, 58). In einer gigantischen Blase wurden global fast 200 Billionen Dollar Finanzvermögen aufgehäuft, dem nur rund 55 Billionen Dollar jährliches globales Bruttosozialprodukt gegenüberstehen. Wie ein Alb lasten diese Finanzansprüche auf den Gesellschaften und wollen als Zinsen und Profite eingelöst werden. Wenn versucht wird, diesen Typ von Kapitalakkumulation zu retten und wieder in Gang zu setzen, ist dies nur um den Preis eines noch größeren Ungleichgewichts zwischen Real- und Finanzwirtschaft möglich. Damit würde der Keim einer neuen Finanzkrise gelegt.

2 Auch die langfristige Reproduktion der Gesellschaft ist in Gefahr geraten. Da in den 1970ern die Chance der Verbindung von Sozialstaat und ökologischem Umbau verpasst und auf eine weitere Ausdehnung des fossilen Kapitalismus gesetzt wurde, verschärfen sich die Ungleichgewichte im Verhältnis von Mensch und Natur, kippt das Klima global, sind in vielen Ländern die notwendigen Aufwendungen für die menschliche Entwicklung in Bildung, Gesundheit und Pflege unzureichend. Ein Zivilisationswandel ist überlebensnotwendig (Wuppertal Institut 2009).

3 Die Kurzfristigkeit von Arbeitsverhältnissen, die ständige Gefahr des Absinkens in Armut, die radikale Orientierung auf den beruflichen Erfolg zerstören den Zusammenhalt. Die neoliberalen Konkurrenzgesellschaften erschweren innergesellschaftliche Solidarität und arbeiten dem Rechtsextremismus zu.

4 Die sich zuspitzende Akkumulations-, Reproduktions- und Integrationskrise des Finanzmarkt-Kapitalismus führt dazu, dass die gesellschaftlichen Widersprüche zu unversöhnlichen Gegensätzen werden, als fundamentalistische Auseinandersetzung des Westens mit anderen Kulturen interpretiert und gewaltsam ausgefochten werden. Die Gefahr steigt, dass das 21. Jahrhundert zu einem Jahrhundert von Weltbürgerkriegen wird und die Situation vieler Megastädte, in denen das Gewaltmonopol des Staates längst nicht mehr existiert, allgemein wird. Das »planetare Arrangement« von Sicherheit ist ein umkämpftes Terrain verschiedener Alternativen (Rilling 2008, 146ff).

SZENARIEN DER ENTWICKLUNG: WEITER-SO ODER ALTERNATIVE WEICHENSTELLUNGEN?

Die weitgehende Stabilität der herrschenden Eliten in der Krise war möglich, weil gegensätzliche Maßnahmen zugleich ergriffen wurden. Dies hat zu einer momentanen Entspannung insbesondere der politischen Situation beigetragen. Die »realen Machtstrukturen des Finanzmarkt-Kapitalismus sind nicht wesentlich geschwächt« (Huffschmid 2009). Weder sei eine schnelle Erholung noch ein globaler Absturz in eine lang andauernden tiefen Depression zu erwarten. *Innerhalb* relativ stabiler Grundstrukturen wird mit neuen Elementen experimentiert. Dann würde es sich um die *embryonale Phase* einer neuen Formation handeln. Unklar ist, ob sie über den Kapitalismus hinausweisen würde (Grafik 1).

In einer solchen embryonalen Phase wachsen die Widersprüche im herrschenden Block, entstehen Risse zwischen den verschiedenen Elitegruppen und Fraktionen des Kapitals, die sich der Unterstützung in der Bevölkerung vergewissern müssen und jeweils andere Politikangebote machen. Um ihre Herrschaft zu sichern, suchen sie nach einer neuen Grundlage der Hegemonie. Versuche der Minderung der genannten vier Krisentendenzen durch Erschließung neuer Akkumulationsfelder, der Adressierung von Reproduktions- und Integrationsaufgaben sowie die Suche nach Formen gemeinsamer Sicherheit werden auf Strategien stoßen, die Vermögensaufhäufung weiter anzuheizen und die Politik des Neoliberalismus – auch mit Gewalt – durchzusetzen. Der neoliberale Washingtoner Konsensus wird aufgebrochen und einzelne Großregionen werden zumindest partiell eigene Wege gehen. Die Vorschläge Chinas und Russlands für eine neue Weltwährungsordnung markieren gemeinsam mit den Dokumenten der von der UN-Vollversammlung eingesetzten Stiglitz-Kommission Tendenzen der deutlichen Schwächung des US-Empires. In Abhängigkeit davon, welche Experimente erfolgen, was für Ergebnisse sie haben, wie sie verarbeitet werden und welche Bündnisse entstehen, kann die embryonale Phase einer neuen Formation sich schon jetzt oder im Laufe der nächsten Jahre in eine *organische Krise* des neoliberalen Finanzmarkt-Kapitalismus verwandeln, in der sich dann grundlegende Alternativen zukünftiger Entwicklung gegenüberstehen, zwischen denen die Entscheidung fällt.

Der Schein des *anything goes* wird sich bald verflüchtigen. Die kurzfristig eröffneten Reserven sind schnell aufgebraucht, und

PHASEN EINER KAPITALISTISCHEN FORMATION



mit hoher Wahrscheinlichkeit werden schon bald enorme zusätzliche Belastungen für die öffentlichen und privaten Haushalte entstehen. Ein einfaches »Durchwursteln« ist unmöglich. Das Nebeneinander gegensätzlicher Optionen wird nicht auf Dauer bestehen können. Die Ansätze eines wirklichen sozialökologischen Umbaus der gesamten Produktions- und Lebensweise sind nicht mit der Fortsetzung des Finanzmarkt-Kapitalismus vereinbar. Die Verarmung von wachsenden Teilen der Bevölkerung, der extrem kurze Zeithorizont von Verwertung, die Erzeugung immer größerer Spekulationsblasen, die Ausplünderung der öffentlichen Haushalte können nicht die notwendigen Ressourcen eines solchen Umbaus erzeugen.

Die Interessen der dominanten Gruppen dieses Kapitalismus stehen im direkten Gegensatz zu einem solchen Umbau. Länder und Regionen, die sich der Fortsetzung des neoliberalen Finanzmarkt-Kapitalismus mit anderen Mitteln verschreiben, werden deshalb langfristig zurückbleiben, während sich die globalen Probleme verschärfen.

FÜNF ECKPUNKTE LINKER POLITIK

Die folgenden Eckpunkte setzen am Widerstand gegen die Krisenbearbeitung der Herrschenden, an der Rückdrängung der Ursachen für die Finanz- und Wirtschaftskrise, an den Ursachen der langfristigen Strukturkrisen und zerstörerischen Prozesse an.

1 | EIN MITTE-UNTEN-BÜNDNIS

Der Neoliberalismus war Politik der herrschenden Klasse: »Wenn meine Klasse in Amerika Klassenkampf führt, gewinnt sie.« (Warren Buffet, CNN 19.6.2005) Er konzentrierte Macht, Eigentum und Einfluss in den global agierenden Eliten – wirtschaftlich, sozial, politisch und kulturell – und stützte sich dazu auf größere Teile der Mittelschichten. Er war ein Oben-Mitte-Projekt, in dem die Gruppe der finanzwirtschaftlichen Elite die Richtung angab.

Die neoliberale Politik hat die Klassenspaltung der Gesellschaft verschärft. Die obersten Gruppen wurden aus der Verantwortung für das Gemeinwohl und den sozialen Zusammenhalt entlassen, nicht zuletzt durch steuerli-

che Entlastungen. Die untersten Schichten wurden in die Misere und Würdelosigkeit von Arbeitslosigkeit, Niedriglohn, Arbeitshetze und repressive Kontrolle gejagt. Fast ein Viertel aller Vollzeitbeschäftigten sind im Niedriglohnsektor tätig. 80 Prozent davon haben eine abgeschlossene Berufsausbildung. Handel, Verkehr, viele Dienstleistungen werden zu Armutslöhnen erbracht, wovon die Besserverdienenden profitieren. Die Abwertung der Löhne der unteren Gruppen wertet die Marktmacht und Kaufkraft der Bessergestellten auf.

Der öffentliche Dienst und die Stammbelegschaften der Großkonzerne in Deutschland wurden durch Privatisierung, Rationalisierung und Auslagerung von Produktion massiv reduziert. Die Bastionen der »nivellierten Mittelstandsgesellschaft« (Helmut Schelsky) der alten Bundesrepublik kamen unter den Hammer von Standortwettbewerb und *shareholder value*. Unsicherheit, Prekarität und Proletarität prägen wieder die Gesellschaft. Woher aber sollen die Mehrheiten für eine andere Politik kommen?

Wie kann das notwendige Maß an Zustimmung zur Herrschaft gesichert werden, wenn die Spaltung der Gesellschaft derart aggressiv vorangetrieben wird? In der marxistisch inspirierten Tradition wurde lange Zeit unterstellt, dass große gesellschaftliche Gruppen (Klassen und Schichten) fixierte Interessen haben, die sie mehr oder minder adäquat zum Ausdruck bringen oder daran nur durch »falsches Bewusstsein« gehindert werden. Die reale Widersprüchlichkeit der sozialen Lage und die Möglichkeit, verschiedene Wege einschlagen zu können, führen aber dazu, dass ein und dieselben Gruppen gegensätzliche Strategien verfolgen können und erst dabei ihre Interessen bestimmen. Um nur zwei Beispiele zu nennen: Lohnarbeiter können durch nationale oder rassistisch artikulierte Abwehr von Migranten ihre Interessen zu verteidigen suchen (und deshalb in Italien die Lega Nord bzw. in Österreich die FPÖ und BZÖ wählen) oder durch den Ausbau eines solidarischen Sozialstaats. Frauen mit hoher Qualifikation können an einem Niedriglohnsektor interessiert sein, damit die Reproduktionsarbeit (Haushalt und Kinder) für sie kostengünstig übernommen wird, oder aber sich für hoch qualifizierte steuerfinanzierte öffentliche Dienstleistungen einsetzen.

Die Bevölkerungsmehrheit in der Bundesrepublik unterhalb der herrschenden Eliten kann vereinfacht in sechs größere Gruppen eingeteilt werden (vgl. Tabelle Seite 75). Sie unterscheiden sich nach ihrer Stellung im gesellschaftlichen Reproduktionsprozess (Grafik Seite 77: der von links unten nach rechts oben weisende diagonale Pfeil symbolisiert wachsende Verfügung über Eigentum, Vermögen und Macht). Ausgehend von ihrem Platz in diesem System beziehen sich die sozialen Gruppen stärker positiv auf den Sozialstaat bzw. sind für »freie Märkte« (horizontale Dimension) und setzen vor allem auf individuelle Selbstbestimmung (libertäre Werte) bzw. auf die Gemeinschaftlichkeit (vertikale Dimension). Die oberen Schichten mit einem höheren Maß an Verfügung über die Ressourcen sind gespalten, weil sie in zwei Sektoren tätig sind – entweder in der Privatwirtschaft oder aber im stärker öffentlich geprägtem

SOZIO-POLITISCHE MILIEUS IN DEUTSCHLAND (VEREINFACHT NACH NEUGEBAUER 2006)

marktwirtschaftlich orientierte Mittelschichten	etablierte oder aufsteigende qualifizierte und hochqualifizierte Kräfte mit mittlerer bis oberer Leitungsverantwortung vor allem in der privaten Industrie
sozial-libertäre Mittelschicht	Gruppen im Bereich der sozialen, kulturellen und humanorientierten Dienstleistungen sowie der Kulturwirtschaft mit höherer Bildung, verankert nicht zuletzt im öffentlichen oder öffentlich geförderten Sektor
zufriedene Aufsteiger	Personen mit mittlerer Qualifikation, die einen beträchtlichen Aufstieg geschafft haben und eine hohe Eigeninitiative ausüben können, oft in handwerklichen Berufen und als Selbständige
bedrohte Kernbelegschaften	die durch Umstrukturierung und Krise bedrohten Kerngruppen von industriellen und industrienahen Lohnabhängigen mit mittlerer Qualifikation
subproletarische Gruppen	die moderneren diskriminierten Gruppen (wie Arbeitslose, *working poor* etc.), das so genannte untere Prekariat
traditionale untere Gruppen	mit niedriger Qualifikation, in einfachen Tätigkeiten, oft Renterinnen oder Rentner

Raum des öffentlichen Dienstes, der sozialen, kulturellen und humanorientierten Dienstleistungen. Erstere vertreten marktwirtschaftliche und gemäßigt autoritäre Einstellungen. Wettbewerb und Weisung sind ihre Leitideen. Letztere dagegen haben eher libertäre und sozialstaatliche Werte. Sie wissen um die Bedeutung von Aushandlung und Ausgleich. Die von der Verfügung über Eigentum, Vermögen und Macht ausgeschlossen sind, wollen einen starken Sozialstaat und haben solidarisch-gemeinschaftliche oder autoritäre und rassistische Einstellungen. Diese Unterscheidungen werden durch weitere Faktoren wie Geschlecht oder Alter modifiziert; entsprechend verändert sich das politische Orientierungsverhalten.

Jede der genannten Gruppen kann in zwei der drei Bündnisse eingebunden werden und in ihnen ihre Interessenvertretung sehen: (1) ein Bündnis der Bessergestellten, die durch Qualifikation und Stellung über eine relativ sichere Position verfügen und überdurchschnittliche Einkommen realisieren können; (2) eine marktliberal-autoritäre Allianz und schließlich (3) ein solidarisches Mitte-Unten-Bündnis (vgl. Brie 2007). Keines dieser Bündnisse ist in der Lage, die Interessen, Werte und Ziele zu homogenisieren, sondern muss versuchen, sie jeweils anders miteinander zu verbinden. Sie sind deshalb instabil und umkämpft. Da die sozial-libertären Mittelschichten eher SPD, Grüne und partiell die Partei Die Linke wählen, und die marktwirtschaftlich orientierten Mittelschichten eher FDP und CDU, müssen SPD und CDU vor allem versuchen, auch die untere Mitte und die unteren sozialen Gruppen zu gewinnen, um Regierungspartei zu werden. Oder sie brauchen Partner, die dort starke Bastionen haben. Das Parteiensystem zwingt dazu, die soziale Frage nicht völlig zu vergessen.

Das *Bündnis der Bessergestellten* ist eine Klassenallianz der herrschenden marktzentrierten Eliten und der oberen Mittelschichten. Schröder und Fischer haben die rot-grüne Regierung auf eine Politik der Neuen Mitte ausgerichtet, die gering verdienende Lohnarbeiter und unteren Gruppen politisch abschrieb und die Interessen der Vermögenden und »Leistungsträger« zur Leitschnur nahm. Auch das Projekt eines Neuen Gesellschaftsvertrages im Rahmen des Green New Deal hat wesentliche Züge eines Bündnisses der Bessergestellten im Rahmen einer ökologischen Modernisierung.

Die *marktliberal-autoritäre Allianz* vereinigt unter der Vormacht derselben Eliten die privatmarktwirtschaftlichen Mittelschichten und bindet jene Gruppen der unteren Mitte und der Marginalisierten ein, die hoffen, durch Ausgrenzung anderer (Migranten, »Sozialschmarotzer« usw.) ihre eigene Stellung verbessern zu können und dabei staatliche Unterstützung erwarten. Der neue Konservatismus in Deutschland, Frankreich oder Italien ist bemüht, die bedrohten Gruppen der Lohnabhängigen und traditionellen unteren Schichten für eine marktliberal-autoritäre Allianz zu gewinnen, die den Wirtschaftsnationalismus und die Kern-EU zum Markenzeichen hat. Um die gleiche Gruppe kämpfen auch die Vertreter eines »völkischen Antikapitalismus« (vgl. Kaindl 2007).

Ein *solidarisches Mitte-Unten-Bündnis* würde sich vor allem auf die Interessen dreier Gruppen orientieren: (a) der Mittelschichten, die mehrheitlich im Bereich des Öffentlichen, aber auch selbständig tätig sind, (b) der von neoliberaler Politik bedrohten Erwerbstätigen und (c) die von der Deklassierung erfasst sind und nach solidarischen Lösungen suchen. Es wäre auf Partner in jenem Teil der politischen Eliten angewiesen, die durch ihre Verankerung im Staat Gemeinwohlinteressen aufnehmen wollen und würde die Interessen durch Einstiegsprojekte einer sozialökologischen Transformation zu verbinden suchen.

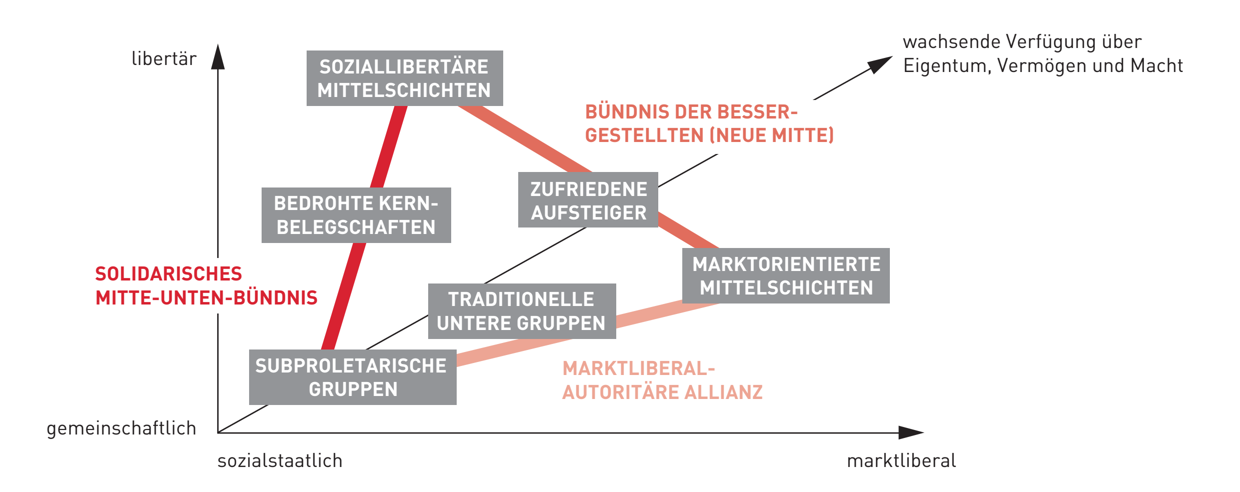
2 | LEITLINIEN FÜR SOLIDARISCHE EINSTIEGSPROJEKTE

Linke Politik sollte sich um zwei Zentren gruppieren: um gute Arbeit in sozialer Sicherheit (soziale Gleichheit und Gerechtigkeit) und um individuelle Freiheit in einer erneuerten Demokratie. Der Gebrauchswert der Linken ist ihr Wirken für die Durchsetzung konkreter Forderungen, die das Leben der Bürgerinnen und Bürger, besonders der schlechter Gestellten verbessert. Aber Programmatik, Strategie und Politik der Linken sind nicht reduzierbar auf eine Summe von Forderungen. Einzelne Projekte alternativer Kräfte können in Elemente der herrschenden Politik verwandelt werden, wenn sie nicht auf die Leitidee einer gerechten Gesellschaft individueller Freiheit, sozialer Gleichheit und Solidarität gerichtet werden, nicht auf alternative Hauptprojekte oder Grundrichtungen. Leitlinien solcher Hauptprojekte einer umfassenden sozialökologischen Transformation könnten sein:

1 eine neue *Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung*: eine sozialökologische Transformation der gesamten Gesellschaft, der Produktions- und Lebensweise;

2 *eine neue Form sozialer Sicherheit und Integration* auf der Basis einer armutsfesten bedarfs-

WERTORIENTIERUNGEN UND MÖGLICHE SOZIALE BÜNDNISSE



orientierten Grundsicherung, der Erneuerung des Öffentlichen und des Aufbaus eines solidarischen Sektors der Bildung, Gesundheitsvorsorge, Wissenschaft und Forschung, des Sports, der sozialen Dienste und Pflege sowie des Naturschutzes;
3 Erneuerung der Demokratie in Gesellschaft, Wirtschaft und Staat (vgl. dazu die Diskussion in Krause 2007 und Demirović 2007); dafür notwendige Veränderungen der Macht-, Eigentums- und Verfügungsverhältnisse; Wandel der Institutionen, so dass über Investitionen von strategischer Bedeutung unter demokratischer Beteiligung aller betroffenen gesellschaftlichen Gruppen entschieden werden kann (Sozialisierung der Investitionsfunktion, Zinn 2007);
4 *eine neue internationale Solidarität* durch gemeinsame Entwicklung und Sicherheit.
Viele wichtige linke Projekte (z.B. Mindestlohn. Bürgerversicherung, eine Umverteilung von oben nach unten und privat zu öffentlich, Bürgerhaushalte) gewinnen erst in diesen Zusammenhängen ihre alternative Wirkungskraft.

3 | DEMOKRATISIERUNG DER DEMOKRATIE

Ein solidarisches Mitte-Unten-Bündnis hat eine wesentliche Grundlage – die demokratischen Erfahrungen aus den Auseinandersetzungen in Betrieben und Kommunen.
Aus dem Handeln von Betroffenen, von Belegschaften, Bürgerinitiativen und Aktiven in Schulen und Universitäten können solidarische Emanzipationsbewegungen ihre Stärke gewinnen. Der Kampf um die Demokratisierung von Unternehmen und Betrieben, von öffentlichen wie privaten Einrichtungen ist nicht nur ein wesentliches Ziel, sondern auch ein Mittel linker Politik (Brangsch 2004). Erst daraus entsteht eine linke Politik nicht nur für, sondern vor allem durch Bürgerinnen und Bürger, Lohnabhängige selbst (vgl. IfG 2009).

4 | VON DER MOSAIK-LINKEN ZUM LINKEN POLITISCH-GESELLSCHAFTLICHEN BÜNDNIS

Die Linke in Europa war 1990 durch den Zusammenbruch des Staatssozialismus getroffen und hat dies zunächst nicht als Befreiung aus

den Mauern eines fehlgeschlagenen großen historischen Experiments begriffen (Crome 2006, 19ff). Sie war durch den neoliberalen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft und die Wende des rot-grünen Projekts zum Neoliberalismus geschwächt.

Gleichzeitig entstand Neues: die Bewegung der Sozialforen und der Gipfelproteste, eine Linkswende in Lateinamerika, offensive Strategien von Gewerkschaften, der Kampf gegen ein neoliberales Europa und die neuen Kriege, der Umbau linker Parteien (vgl. Daiber/Hildebrandt 2009). Immer wieder mit Niederlagen konfrontiert, von Spaltungen getroffen, gibt es global und in vielen Regionen und Ländern Ansätze einer Linken, die nicht den Trümmern des alten Wohlfahrtsstaats oder des sowjetischen Kommunismus nachtrauert, sondern das Erbe von Arbeiterbewegung, Antifaschismus, Feminismus, der Friedens- und Ökologiebewegung und des antikolonialen Kampfes in Auseinandersetzungen aufgreift, die über die neoliberale Globalisierung und den Finanzmarkt-Kapitalismus hinausweisen. In Deutschland haben die Gewerkschaften die Tendenzen ihres Machtverlusts gestoppt und sich neue gesellschaftliche Anerkennung erkämpft. Die Partei Die Linke konnte Lohnarbeiter und Arbeitslose gewinnen und als alternative Kraft wirksam und anerkannt werden. Sie ist aber selbst in der Situation, dass sie ohne Kooperationspartner die anderen Parteien nur unter Druck setzen kann, die soziale und Friedensfrage nicht völlig zu vergessen. Ihr Protest wirkt, aber seine Reichweite ist begrenzt.

Die europäische Linke ist in der Defensive. Sie führt wichtige Kämpfe, mobilisiert teilweise Millionen bei Demonstrationen, hat partielle Wahlerfolge, kann erfolgreiche Streiks führen. Sie ist nicht unwirksam, aber sie bestimmt nicht die Tagesordnung. Die Ursache dafür in Deutschland ist doppelt: Sie liegt im Fehlen eines umfassenderen transformatorischen realpolitischen Projekts sowie in der Fragmentierung der politischen Linken.

Der Neoliberalismus hat den integrierten Sozialstaat (mit seiner patriarchalen und nationalen Fixierung) zerstört. Dies hat die Interessenlage der Lohnabhängigen und großer Teile der Bevölkerung nachhaltig geprägt. Hochlohnsektoren stehen gegen Niedriglohnsektoren, männlich dominierte Industriezweige gegen weiblich geprägte Dienstleistungen, Kernbelegschaften gegen Zeitarbeiter, Vollerwerbstätige gegen Unterbeschäftigte und Arbeitslose, »deutsche« Erwerbstätige gegen Migrantinnen und Migranten. Die Verteidigung der jetzigen Unternehmensstruktur widerspricht dem Kampf für eine ökologische Wende. Die Standortsicherung steht im Widerspruch zu internationaler Solidarität.

Wenn die sozialen Kämpfe darauf zielen, *innerhalb* der durch den Neoliberalismus geschaffenen Strukturen die Interessen der Lohnabhängigen und Rentner, der bedrohten Mittelschichten zu vertreten, wirken sie als Artikulation von Partikularinteressen, als Lobbyismus auf Kosten der Allgemeinheit, als strukturkonservative Abwehr notwendiger Veränderung. Opel und Arcandor sind Symbole solcher Kämpfe.

Es gibt keine Alternative zu den Abwehrkämpfen. Sie müssen geführt werden, und doch geraten sie in Widerspruch zueinander.

Erst wenn es gelingt, sie als Kämpfe innerhalb eines noch zu schaffenden Projekts einer umfassenden gesellschaftlichen Transformation zu führen, können sie auch zu Kämpfen um ein neues Allgemeininteresse werden und die verschiedenen Bewegungen zusammenführen. Dafür fehlt aufgrund der Fragmentierung insbesondere der politischen Linken die machtpolitische Voraussetzung. Auch für die besten Ideen ist erst dann ihre Zeit gekommen, wenn sie ein glaubwürdiges Versprechen der Durchsetzbarkeit enthalten.

Für viele Forderungen der Linken gibt es in der Gesellschaft der Bundesrepublik Mehrheiten. Gewerkschaften und soziale Bewegungen wissen zu großen Teilen um die Notwendigkeit eines Zusammengehens. Ohne die Chance für eine linke politische Mehrheit stehen Gewerkschaften wie soziale Bewegungen vor dem Zwang, den Kompromiss mit den Projekten der herrschenden Eliten zu suchen und sich diesen zu unterwerfen – um möglichst das Beste herauszuholen. Das soziale und das politische Bündnis der Linken bedingen sich wechselseitig; sie werden nicht nacheinander entstehen.

SPD und Grüne sind unter diesen Bedingungen zur Subalternität in einem konservativ-neoliberal dominierten Parteiensystem verdammt, obwohl andere Mehrheiten möglich wären. Und auch die Partei Die Linke ist – wenn auch als Protestpartei mit klarem linken Profil – eingebunden in dieses System. Ohne breitere linke Bündnisse verliert sie ihren Kontakt zu den sozial-libertären Mittelschichten und wird gegen ihren Willen in die Rolle einer strukturkonservativen Vertreterin von Interessen der Lohnabhängigen, Rentner und Erwerbslosen abgedrängt und hegemonieunfähig.

Die Krise hat alle Parteien und ihre konzeptionelle Ausrichtung in Bewegung gebracht. Doch für die Kräfte jenseits des rechten, bürgerlichen Lagers reicht dies nicht aus, die Konstellation der parteipolitischen Subalternität zu überwinden. Das Wirken für eine linke Mehrheit in Gesellschaft und Politik ist wichtig, andernfalls bleibt die Linke von Entscheidungen über künftige Entwicklungen ausgeschlossen. Dabei kann an das Projekt eines Green New Deal angeknüpft werden, um es über sich hinauszutreiben (Dellheim/Wolf 2009) und zum Kampf für eine solidarische Gesellschaft werden zu lassen.

5 | DIE PERSPEKTIVE EINER SOLIDARISCHEN GESELLSCHAFT UND DES DEMOKRATISCHEN SOZIALISMUS

Die Anhänger des Neoliberalismus sind zu einer Relativierung ihrer Dogmen gezwungen. Der neoliberale Kapitalismus hat sich als wirtschaftlich katastrophal, sozial destruktiv, ökologisch desaströs und sicherheitspolitisch gefährlich erwiesen. Nun steht möglicherweise der grüne Kapitalismus, teils mit sozialen Akzenten, vor einer Konjunktur.

Doch Kapitalismus bedeutet immer Profitdominanz, immer Primat der Kapitalverwertung über die anderen gesellschaftlichen Interessen. Jetzt wird wieder über die Relativierung dieser Profitdominanz gesprochen. Das ermöglicht, eine Systemalternative auf die Tagesordnung zu setzen – ohne eine solche Perspektive kann der Richtungswechsel von links nicht

hinreichend klar benannt werden. Solidarische Lösungen sind unmöglich, ohne die Profitdominanz zurückzudrängen und schließlich zu überwinden. Kampf für eine solidarische Gesellschaft und Einsatz für einen demokratischen Sozialismus gehören deshalb zusammen. Eine Gesellschaft, in der Jede und Jeder den gleichen Zugang zu den Gütern eines freien Lebens hat (demokratische Partizipation, Bildung und Kultur, gute Arbeit, Umweltgerechtigkeit in einer befriedeten Welt), und das Primat der Gemeinwohlorientierung über die private Verfügung an den Produktionsmitteln gehören zusammen.

***

Krisen bergen in sich das Moment der Entscheidung, des strategischen Eingriffs, der Verwandlung der Gefahr oder Bedrohung in eine Chance. Max Frisch schrieb: »Krise ist ein produktiver Zustand. Man muss ihr nur den Beigeschmack der Katastrophe nehmen.« Dieses »nur« ist Krisenkunst. Aus den vielen Versuchen der Vielen kann ein linkes strategisches Projekt entstehen, das die Hegemonie des Neoliberalismus bricht, ihn endgültig in seine organische Krise stürzt, den politischen und gesellschaftlichen Richtungswechsel ermöglicht. Es ist Zeit, dafür die Segel zu setzen. Die von Friedrich Engels gerne zitierte britische Weisheit gilt auch jetzt: *The proof of the pudding is in the eating.*

Dem Beitrag liegen Materialien des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung zugrunde: IfG-I 2009 und IfG-II 2009. An Erarbeitung und Diskussion haben mitgewirkt: Effi Böhlke, Lutz Brangsch, Michael Brie, Mario Candeias, Erhard Crome, Judith Dellheim, Alex Demirović, Conny Hildebrandt, Christina Kaindl, Dieter Klein, Günter Krause und Rainer Rilling.

LITERATUR

Bischoff, Joachim, 2006: *Zukunft des Finanzmarkt-Kapitalismus. Strukturen, Widersprüche, Alternativen,* Hamburg

Brangsch, Lutz, 2009: »Der Unterschied liegt nicht im Was, wohl aber in dem Wie.« Einstiegsprojekte als Problem von Zielen und Mitteln im Handeln linker Bewegungen, in: Michael Brie (Hg.): *Radikale Realpolitik. Plädoyer für eine andere Politik*, Berlin, 39–52

Ders., 2004: Soziale Reform und Revolution – Demokratisierung als Achse der Transformation, in: *Reforma ou Revolucao*, Sao Paulo

Brie, Michael, 2006: Die Linke – was kann sie wollen. Politik unter den Bedingungen des Finanzmarkt-Kapitalismus, *Supplement zur Zeitschrift Sozialismus*, Heft 3/2006

Ders., 2007: Der Kampf um gesellschaftliche Mehrheiten. In: Michael Brie, Cornelia Hildebrandt, Meinhard Meuche-Mäker: *Die LINKE. Wohin verändert sie die Republik?*, Berlin, 13–45

Candeias, Mario, 2009: *Neoliberalismus, Hochtechnologie, Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise.* Eine Kritik. 2. überarb. Aufl., Berlin-Hamburg

Crome, Erhard, 2006: *Sozialismus im 21. Jahrhundert,* Berlin

Daiber, Birgit, und Cornelia Hildebrandt 2009: Die Linke in Europa. Analysen linker Parteien und Parteiallianzen, RLS Papers

Dellheim, Judith, und Frieder Otto Wolf, 2009: Die Green New Deals – Positionen von links. RLS-Standpunkte 11/2009

Demirović, Alex, 2007: *Demokratie in der Wirtschaft. Positionen – Probleme – Perspektiven*. Münster

Huffschmid, Jörg, 2009: Das Ende des Finanzmarktkapitalismus? In: *Junge Welt*, 22. Mai

Institut für Gesellschaftsanalyse, 2009: *Die Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus – Herausforderung für die Linke*. Reihe Kontrovers 01/2009 der Rosa-Luxemburg-Stiftung. März; IfG-I

Dass., 2009: *Die gesellschaftliche Linke in den gegenwärtigen Krisen*. Reihe Kontrovers 02/2009 der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Juli, IfG-II

Kaindl, Christina, 2007: Antikapitalismus von rechts, in: *Das Argument 269*, 49. Jg. H.1/2007, 60–72

Klein, Dieter, 2008: *Krisenkapitalismus. Wohin es geht, wenn es so weitergeht,* Berlin

Krause, Günter (Hg.), 2007: *Keynes als Alternative(r)? Argumente für eine gerechte Wirtschaft*, Berlin

Neugebauer, Gero, 2007: *Politische Milieus in Deutschland.* Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

Rilling, Rainer, 2008: *Risse im Empire*, Berlin

Zinn, Karl Georg, 2007: Mit Keynes zu einer »anderen Wirtschaft«. Zur Langfristperspektive keynesianischer Ökonomie, in: Krause 2007, aaO., 39–42

Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, 2009: *Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte*. Studie, Frankfurt/M

DIE LINKE ALS AKTEUR IM UMBRUCH

CHRISTOPH SPEHR

Schwarz-Gelb ist in Deutschland eine ungeliebte Option. Es fehlt jedoch, so die Sicht der Wähler, an einer Alternative. Von 2004 bis 2008 hat der Wähler die SPD unter Druck gesetzt, die unsoziale Politik der Regierung Schröder zu korrigieren bzw. endlich wieder sozialdemokratisch zu werden, und gleichzeitig eine Alleinregierung des bürgerlichen Lagers verhindert. Im Jahr 2008, unter dem Eindruck der Krise, setzt die Wählerschaft nicht mehr isoliert die SPD, sondern gemeinsam SPD, Grüne und Die Linke unter Druck, doch bitte mit einer überzeugenden Systemalternative rüberzukommen – einer Alternative zum Neoliberalismus.

WAS IST EIGENTLICH EIN SYSTEM?

Nicht zum Kapitalismus? Nein. Der Sozialismus entsteht aus dem Kapitalismus, wie der Kapitalismus aus dem Feudalismus entstand: ohne festes Datum. In einer Abfolge von Systemveränderungen, die grundlegende

Regeln der gesellschaftlichen Ordnung ändern und dabei jeweils ein neues, bedingt auf Zeit stabiles System schaffen, das erneut von Widersprüchen bestimmt ist, aber bestimmte Probleme löst (und neue schafft). In tiefen Umbrüchen etabliert sich ein verändertes sozio-ökonomisches und politisches System, dessen grundlegende Regeln im vorherigen System schlicht illegal gewesen wären. Die Krise ist dann eine gesellschaftliche Entscheidung über den weiteren Weg, die in sozialen und politischen Kämpfen ausgetragen wird.

Jede Gesellschaft muss die Anforderungen der Produktionsweise, die sich verändernde Natur der gesellschaftlichen Arbeit und die sich bildenden Ansprüche der Individuen immer wieder neu zur Deckung bringen. Die Vermittlung der gesellschaftlichen Anforderungen geschieht durch ein »System«, ein Set von Regeln, das grundsätzlicher und stabiler ist als die täglichen Anpassungsleistungen und operativen Entscheidungen. Die Wahl von Systemen ist interessengeleitet, verschiedene soziale Gruppen verwirklichen darüber in unterschiedlicher Weise ihre Interessen an Macht und Aneignung und kämpfen die Entscheidungen über ein eine System – eine halbwegs stabile und leistungsfähige Form der Vermittlung aus.

Diese »Systemalternativen«, die »kleiner« sind als »Kapitalismus« oder »Sozialismus«, stehen dann für je eigene »Entwicklungspfade«, also eine Abfolge bedingt stabiler, auf Zeit leistungsfähiger Formen, durch die Gesellschaft sich in Stand setzt, ihre Entwicklung im Abgleich mit äußeren und inneren Anforderungen der Produktions-, Arbeits- und Lebensweise einer historischen Formation zu organisieren. Ein Entwicklungsmodell muss zur historischen Formation »passen«, wenn es aussichtsreich sein soll, und ist gleichzeitig die Form, in der sich die Gesellschaft hin zur nächsten Formation entwickelt.

FORMATIONEN UND ENTWICKLUNGSMODELLE

Konkret fand der Wechsel von Entwicklungsmodellen meistens nach ökonomischen und gesellschaftlichen Krisen statt. So kam das Modell des weitgehend ungeregelten Manchester-Kapitalismus im Verlauf des 19. Jahrhunderts an seine Grenzen und wurde nach der weltweiten Finanzkrise von 1873 vom organisierten Kapitalismus bzw. Imperialismus abgelöst. Die typische Form der gesellschaftlichen Produktion war das Nebeneinander von großindustrieller Fertigung und noch weitgehender Eigenbedarfswirtschaft. Die Organisation der Arbeit wurde bestimmt durch den Taylorismus, während die Reproduktionsarbeit weitgehend privatisiert wurde. Institutionell drückte sich der organisierte Kapitalismus der imperialistischen Zeit in der voll entwickelten Klassengesellschaft, der Rechtlosigkeit von Frauen und Kolonien und in der Aktiengesellschaft als Form der Kapitalbeschaffung und Investitionslenkung aus. Die Lebensweise war durch stabile Milieus, erste Sozialgesetzgebungen und eine geringe Partizipation der Arbeiterklasse am gesellschaftlichen Reichtum gekennzeichnet. Technisch waren Kohle und Stahl die Pfeiler der Produktionsweise.
In den fordistischen Entwicklungsmodellen nach der Weltwirtschaftskrise von 1929 war die neue Form der gesellschaftlichen Produktion die standardisierte Massenproduktion

vor allem auch von Massenkonsumgütern, verbunden mit einer Maschinisierung und »Hausfrauisierung« der Reproduktionsarbeit und einer marktförmigen Organisation des Konsums. Leitbilder der Arbeitsorganisation waren das Fließband und die große Fabrik, in der komplette Endprodukte durch vertikale Integration hergestellt wurden. Die Ausbeutung fossil produzierter Energievorräte (Öl und Gas), Autoindustrie, Elektroindustrie und Chemie waren die Leitsektoren. Institutionell waren der ökonomisch aktive Nationalstaat, starke Gewerkschaften, eine demokratisierte Massengesellschaft mit formal gleichen Rechten, sowie supranationale Strukturen zur Regelung (ungleicher) Handelsbeziehungen prägend. Die Lebensweise gruppierte sich um die patriarchale Kleinfamilie, die räumlich getrennte Organisation von Arbeiten, Wohnen, Freizeit, sowie eine starke Homogenisierung und Normierung von Orientierungen und biographischen Phasen, die auch Basis und Rahmen des entwickelten Sozialstaates war. Verschiedene fordistische Entwicklungsmodelle waren die Planwirtschaft sowjetischer Prägung, der kapitalistische »Wohlfahrtsstaat«, die »Entwicklungsdiktaturen« in vielen Ländern der Dritten Welt, ebenso wie die faschistischen Varianten.

VERLORENE WEICHENSTELLUNG: NEOLIBERALISMUS ODER MARKTSOZIALISMUS

Häufig beschrieben ist der Wechsel zu postfordistischen Entwicklungsmodellen nach der Krise Mitte der 1970er Jahre. Die veränderte Form der Produktion war die neue globale Netzwerkproduktion, die den Produktionsprozess als international zerlegte Wertschöpfungskette organisierte. Technisch stützte sie sich auf die Informatisierung und die damit verbundene Revolution der Logistik. Im Zentrum der Arbeitsorganisation standen die Automation, die flexible Produktionsanlagen ermöglichte, und die Steuerungszentren, die weltweit ausgelagerte Teilproduktionen takten und zu flexiblen Produktionsketten integrieren konnten. Institutionell wurden Transnationale Konzerne, internationale »Vertragsorganisationen« (IWF, WTO u.a.) und NGOs zu den bestimmenden Playern, Investmentfonds dominierten die institutionellen Formen der Kapitalbeschaffung und Investitionslenkung. Die Lebensweise war von einem enormen Individualisierungsschub gekennzeichnet, einer neuen globalen Vernetzung, Arbeitsmigration, einem Arbeitsmarkt für Reproduktionsleistungen und einer Internationalisierung von Klassen, Reichtums- und Armutslagen. Die finanzmarktgetriebene Realisierung von weltweiten komparativen Kostenvorteilen und Rationalisierungspotenzialen steuerte die Entwicklung.

An der Schwelle zur postfordistischen Phase wurde die Weichenstellung zwischen möglichen Entwicklungsmodellen offensiv umkämpft und der Neoliberalismus siegte nahezu weltweit. Das neoliberale Entwicklungsmodell synchronisierte die Anforderungen der Produktion, der Arbeitsweise und der Ansprüche durch Ökonomisierung, Privatisierung, soziale Spaltung, Prekarisierung und umfassende Konkurrenz. Zugleich trieb er die Globalisierung der Produktion voran, zerstörte nationale Privilegien, und während er die Ar-

beiterklasse in ihrer Partizipation zurückwarf, eröffnete er weltweit Räume der Zivilgesellschaft und beförderte die formale Gleichstellung von Lebensentwürfen, Geschlechtern und ethnischen Gruppen.

Die Alternative zum Neoliberalismus war das auf eine stärkere Partizipation der Arbeiterklasse und ein höheres Maß an sozialer Gleichheit zielende Entwicklungsmodell eines demokratischen Marktsozialismus. Die Anforderung, ein stärker »sozialistisches« Entwicklungsmodell offensiv mit den Elementen der Individualisierung, Heterogenität und Zivilgesellschaft zu verbinden, wurde sowohl von Gewerkschaften als auch der sozialdemokratischen Linken und der Linken in den Ländern mit planwirtschaftlichen Entwicklungsmodellen als ausgesprochen drängend empfunden. Die Auseinandersetzung um die gesellschaftliche Weichenstellung wurde jedoch überall verloren.

DIE HEUTIGE WEICHENSTELLUNG: ÖKOIMPERIALISMUS …

Die derzeitige Finanz- und Wirtschaftskrise läutet nun wiederum einen Wechsel des Entwicklungsmodells ein. Die grundlegenden Anforderungen der veränderten Formation sind benennbar, die rivalisierenden Entwicklungsmodelle sind noch etwas undeutlich. Die neue Form der Produktion ist bestimmt von einer integrierten Produktion, die gesellschaftlichen Wert weniger als materielle Produkte, sondern als Strukturinnovationen und Dienstleistungen hervorbringt, und dadurch die unabweisbaren ökologischen Anpassungsleistungen erbringt. Diese »Immaterialisierung« der Produktion stützt sich auf die neuen weltweiten Wissensarchitekturen, soziale Netzwerkarchitekturen und auf flexible Steuerungstechnologien, die fixe Hardware mit vielfältiger immaterieller Software füllen. Die Organisation der Arbeit ist bestimmt von der »Subjektivierung« der Arbeit: Kooperation, Kreativität, soziale Fähigkeiten, sowie das Einbringen der »gesamten Person« mit ihrer individuellen Bildung sind die Bedingung von Innovation und flexibler Problemlösung. Der Staat tritt erneut stark in die Aufgabe der Kapitalbeschaffung und Investitionslenkung ein. Die Bildung »sozialen Kapitals«, d.h. funktionsfähiger Alltagsvernetzungen und lebensweltlicher Kooperationsbeziehungen, wird zu einer Bedingung gesellschaftlicher Reproduktion und produktiver Innovation. Ansprüche an Individualisierung und freie Wahl von Lebensentwürfen lassen sich nicht frontal zurückdrängen, sondern müssen aufgegriffen, jedoch hinsichtlich ihrer stofflichen Qualität (Konsum) mit den ökologischen Möglichkeiten synchronisiert werden. Der über die Erwerbsarbeit »hinauswuchernde« Charakter der gesellschaftlichen Arbeit muss institutionell neu gefasst werden.

Es zeichnen sich vor allem zwei mögliche Entwicklungsmodelle ab, die in der derzeitigen Weichenstellung darum ringen, die Zeit nach der Krise zu gestalten: Ökoimperialismus oder solidarische Ökonomie. Das Entwicklungsmodell des Ökoimperialismus setzt auf »Brückentechnologien«, um den ökologischen Anforderungen gerecht zu werden, und auf energetische Substitution. Zentral ist hier die CO_2-Speicherung: Die Senkung der CO_2-Emis-

sionen würde wesentlich durch die riskante unterirdische Speicherung der Emissionsgase erreicht. Eine begleitende Rolle spielt die Atomkraft. Öl und Gas werden ersetzt durch alternative Energien, die jedoch in ein ähnliches Raster von zentraler Produktion und Vermarktung gepresst werden und das alte koloniale Muster der Energiewirtschaft reproduzieren – Solarenergie aus der Sahara, Biomasse aus Agrarflächen des Südens, Staudämme. Der industrielle Strukturwandel von den »fossilen« Industrien (Autoindustrie, Stahl, Häfen) zu den »immateriellen« Industrien (Ökotechnologie, Software, Logistik, *creative industries*), wird nach einer kurzen Phase der staatlichen Subventionierung weitgehend über Rationalisierung, lohninduzierte »Vertreibung« von Arbeitskräften und/oder Insolvenz betrieben.

Die Subjektivierung der Arbeit, die individuellen Gestaltungsansprüche und die Synchronisation von Konsum und Ressourcen werden auf dem Weg der sozialen Spaltung erfüllt: gute Arbeit, Mitgestaltung und Konsum für Wenige, sinnentleerte Arbeit, Kommandostrukturen und Existenzminimum für Viele; durch Reformen des Bildungssystems und interkulturelle Öffnung sind soziale Aufstiege wieder möglich zu machen. Die »Vergesellschaftung« der Arbeit wird beantwortet mit Ehrenamtlichkeit und Formen von Grundsicherung, die mit sozialer Arbeit verbunden sind. Das Akkumulationsregime ist geprägt vom »Renteneinkommen« der industrialisierten Nationen aus der Patentierung und Privatisierung von Wissen und Information. Dieses finanziert, zusammen mit dem Aufkommen aus »Bremssteuern«



»Stellenmarkt«, Shanghai 2009, Foto: www.tranquillium.com

auf internationale Transaktionen internationale Entwicklungskooperationen, die einen rudimentären globalen Sozialstaat darstellen, reguliert von supranationalen, korporatistischen Strukturen – also nur höchst indirekt demokratisch kontrolliert.

… ODER SOLIDARISCHE ÖKONOMIE

Die Alternative dazu ist das Entwicklungsmodell der solidarischen Ökonomie. Die notwendige CO_2-Reduktion setzt an den Hauptquellen an: Stromerzeugung aus fossilen Energieträgern, Individualverkehr, Heizung – also: Dezentrale alternative Energieproduktion, billiger oder kostenfreier ÖPNV, Verkehrs-Verlagerung auf die Schiene, Investitionsprogramme für Wärmedämmung, Passivhäuser, Nutzung von Produktionswärme für Heizung. Die Energiewende geht mit einer Verringerung des Stoffdurchsatzes einher (Kreislaufwirtschaft, Reparaturwesen, langlebige und vielseitige Güter, dezentrale und weniger intensive Landwirtschaft, Umstellung von betrieblichem Individualverkehr auf elektronische Kommunikationsarchitekturen). Der industrielle Strukturwandel wird organisiert durch Konversionsprogramme und gesteuert durch Mengen- und Verbrauchsvorgaben wie qualitäts- und nicht primär preisorientierte kompetitive Verfahren.

Soziale Sicherheit und betriebliches Co-Management werden als Bedingungen produktiver Innovation begriffen und gefördert. Die Synchronisation von Arbeitsweise und Gesellschaft wird massiv staatlich gesteuert durch radikale Arbeitszeitverkürzung, Mindestlöhne, Anerkennung gesellschaftlicher Tätigkeit, Zeitsouveränität, Mitbestimmung, Arbeitsrechte, Förderung kooperativer Arbeitsbeziehungen. Die »Vergesellschaftung« der Arbeit wird auch beantwortet durch Förderung und Ausbau des »Dritten Sektors«, d.h. der *non-profit*-Ökonomie, und einer bedingungslosen Grundsicherung, die individuelle Lebensentscheidungen fördert.

Das Akkumulationsregime ist geprägt von *commons*: Die Freiheit von Information und Wissensarchitekturen, billige oder kostenfreie öffentliche Daseinsvorsorge sowie die gezielte Förderung sozialer Infrastrukturen befördern eine gesellschaftliche Produktivität in Formen freier Kooperation, deren Rückfluss in gemeinschaftlich freie Nutzung garantiert ist. Renteneinkommen auf Wissen entfallen. Die Regulationsweise ist demokratisiert: Supranationale Strukturen werden direkt gewählt bzw. von direkt gewählten gemeinsamen Parlamenten ernannt, gezielte Kontroll-, Veto- und Mitbestimmungsrechte sowohl in der Produktion als auch in der internationalen Kooperation werden vergesellschaftet. Das Entwicklungsmodell der solidarischen Ökonomie setzt erhebliche Lern- und Aneignungsprozesse voraus. Egalitäre Bildungsreform, Mitbestimmung und Belegschaftsbeteiligung am Produktivvermögen, erweiterte lokale Selbstverwaltung auch im Stadtteil und globale Selbstverwaltung im Rahmen von sozialen Netzwerkarchitekturen, die mit politischen Gestaltungsrechten versehen werden, sind notwendige Elemente dieses Entwicklungsmodells. Gleichstellung, soziale Kompetenz und interkulturelle Öffnung erfordern öffentliche Programme und die Unterstützung »kulturrevolutionärer« Umwälzungen.

TRANSFORMATION

Wie kämpfen gesellschaftliche Koalitionen darum, dass das von ihnen favorisierte Entwicklungsmodell durchgesetzt wird? Indem sie es gemeinsam propagieren, Widersprüche und Interessenskonflikte untereinander austragen und bereinigen, und möglichst viele gesellschaftliche Akteure und Individuen in seine weitere Ausgestaltung einbeziehen. Und indem sie alles verhindern, was zum gegnerischen Entwicklungsmodell hinführt und alles befördern, was Elemente des eigenen Entwicklungsmodells anbahnt oder vorwegnimmt.

Die Auseinandersetzungen haben längst begonnen. Das bürgerliche Lager rüstet sich für ein Programm des Einstiegs in den Ökoimperialismus. Ausstieg aus dem Atomkonsens, Einstieg in die CO_2-Speicherung, Mehrwertsteuererhöhung als Konsumverteuerung, Strukturwandel durch »Schlüsselinsolvenzen«, Arbeitszeitverlängerung und Steuersenkungen als Instrumente der sozialen Spaltung, perspektivisch die Regionalisierung von Sozialleistungen als verfestigte Ungleichheit, Schuldenbremse als Motor der Privatisierung von Lebenschancen, Restitution der Privatbanken bei gleichzeitiger Sozialisierung der Krisenkosten, Steuerung der Finanzmärkte durch »korporatistische Selbststeuerung« unter Führung der Großbanken: Hier zeichnen sich Umrisse einer reaktionären Transformation deutlich ab. Was noch fehlt, ist die zündende Verkaufsidee für ein ökoimperialistisches Entwicklungsmodell. Umgekehrt spüren diejenigen Kräfte, die sich zu einer fortschrittlichen gesellschaftlichen Koalition finden könnten, dass man diesen Weg in das ökoimperialistische Modell an all diesen Punkten abschneiden muss. So entsteht eine paradoxe Lage. Während sich die Gesellschaft im Wahlkampf und damit einer klassischen Wettbewerbssituation befindet, besteht ein allgemeines Bedürfnis nach Dialog, Konzeption, Antworten über den Tag hinaus. Die sich abzeichnenden sozialen Koalitionen sind noch nicht in der Lage, wirklich für konkurrierende Entwicklungsmodelle zu werben, soziale Kämpfe dafür zu organisieren und strittige Punkte innerhalb der Lager auszugleichen – während gleichzeitig die Entscheidungssituation, wer nun die Kosten der Krise tragen soll, unmittelbar bevorsteht.

Die Linke muss mit dieser Situation umgehen. Sie muss versuchen Schwarz-Gelb zu verhindern, während gleichzeitig für Rot-Rot-Grün noch keine politische Grundlage vorhanden ist. Sie muss Widerstand gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf Beschäftigte und Bevölkerung organisieren, gleichzeitig aber einen gesellschaftlichen Dialog eröffnen über die Grundlagen und Perspektiven eines solidarischen Entwicklungsmodells. Sie darf keine Illusionen über die derzeitigen Mehrheitsverhältnisse in der SPD hegen, muss aber einen neuen Crossover-Prozess zwischen linken Sozialdemokraten, linken Grünen, aufgeschlossenen Gewerkschaftern und der Partei Die Linke vorantreiben. Sie muss 100-Tage-Programme formulieren und gleichzeitig Widersprüche zulassen und möglichst viele Interessierte zu Wort kommen und mitgestalten lassen. Das fällt der Linken oft schwer. Aber genau diese Veränderung wird ihr abverlangt.

NACH DEM CRASH

NICHTS WIRD SO BLEIBEN

GREGOR GYSI

Regierungen antworten auf die Krise im wesentlichen damit, dass die private Überschuldung der Finanzindustrie mit noch größerer Verschuldung der Staatshaushalte aufgefangen wird . Weltweit wurden für die Banken und Finanzinstitute rund 7,5 Billionen Dollar bereitgestellt – das ist fast ein Fünftel des weltweiten Sozialprodukts. Immer neue Brandherde kommen heraus, die mit öffentlichen Geldern gelöscht werden sollen. Es wird suggeriert, dass dadurch der vorherige Zustand wieder hergestellt werden könne. Tatsächlich können die Billionen Steuergelder zur Rekapitalisierung maroder Banken und die Bürgschaften die Krise nicht wirksam bekämpfen – ein Licht am Ende des Tunnels ist nicht in Sicht. Nach Schätzungen des IWF besteht ein weltweiter Abschreibungsbedarf von bis zu 23,2 Billionen Dollar. Insbesondere die Entwicklungsländer sind von der weltweiten Kreditklemme betroffen, aber auch die Realwirtschaften in den kapitalistischen Industrieländern.

Es bestehen *vier Lösungsmöglichkeiten:*

Entweder kommt es zu einer Entwertung der Schulden und somit der Vermögen, etwa über höhere Inflationsraten, die die Bevölkerungen durch Preissteigerungen träfen. Diese Möglichkeit kann derzeit als eher gering eingeschätzt werden, da in der Krise mit mangelnder Nachfrage deflationäre Tendenzen überwiegen. Die USA könnten mit ihrer Weltwährung außerdem zum Mittel der Dollar-Abwertung greifen, was jedoch riskant ist, denn schließlich bleiben die USA auf massive Kapitalimporte, vor allem aus China und Japan, Saudi-Arabien und anderen Ländern, angewiesen.

Die *zweite Option* wäre die klassische und aus Sicht der Bundesregierung bewährte Sozialisierung der Verluste über eine Kombination aus Steuererhöhungen und weiterer Kürzung sozialer Leistungen. Um den Anschein sozialer Gerechtigkeit zu wahren, könnte zeitlich befristet der Spitzensteuersatz erhöht oder die Vermögenssteuer wieder eingeführt werden. In jedem Fall würden die Menschen zur Kasse gebeten.

Oder die Staaten entschließen sich *drittens* zu einer koordinierten Entschuldung der Anleihen, wie das die linke US-Soziologin Saskia Sassen fordert. Auch Harvard-Ökonom Niall Ferguson und Willem Buiter von der London School of Economics brachten eine Streichung der Bankschulden zu Lasten der Gläubiger ins Spiel. Eine Entschuldung hätte den Vorteil, dass weniger die Steuerzahler, sondern die Vermögensbesitzer die Verluste zu tragen hätten. Sie wäre politisch leichter durchsetzbar als der Weg der Entwertung der Verbindlichkeiten, die zu Lasten der Bevölkerungsmehrheiten ginge. Auch das enorme Missverhältnis von Finanzindustrie und Realwirtschaft könnte so schrittweise korrigiert und die Dominanz des finanzgetriebenen Kapitalismus überwunden werden. Die Entschuldung oder Schuldenstreichung, die als Mittel bei der Bekämpfung der Schuldenkrise der so genannten Entwicklungsländer angewandt wird (wenn auch bei weitem nicht ausreichend), ließe sich in mehreren Schritten vollziehen – zumal nicht das ganze Ausmaß des Umfangs von toxischen Wertpapieren bekannt ist. Gläubiger mit Anlagevermögen von über einer Million Euro, die jahrzehntelang von hohen Renditen profitiert haben, könnten herangezogen werden. Ausgenommen werden sollten die Beschäftigten (und Erwerbslosen), die ihre Beiträge in Rentenfonds einzahlen. Ihre Einlagen sollten sicher sein. In den USA und in Großbritannien ist man, wenn auch zaghaft, zur schrittweisen Entschuldung übergegangen, indem die Rettungsmaßnahmen nicht mehr aus dem Haushalt, sondern von Anleihebesitzern finanziert werden, deren Forderungen gegenüber den Banken beschnitten werden. Das Bundesfinanzministerium betrachtet diese Entwicklungen mit »großer Sorge«, schreibt das *Handelsblatt*. Eine solche Entschuldung würde nicht nur auf massive Widerstände der Bankengläubiger stoßen. Die meisten Großgläubiger sind neben Pensionsfonds die Banken selbst. Deshalb wird der Vorschlag so nicht zu realisieren sein. Wir bräuchten genauere Informationen über die Struktur der Großgläubiger, um eine Beurteilung vornehmen zu können.

Es gibt noch den *vierten*, von uns favorisierten Weg einer Verstaatlichung (oder besser Vergesellschaftung) der maroden

Banken, um den Umfang der Verluste und faulen Wertpapiere zu ermitteln, die Bank mit normalen Kreditgeschäften in die Gewinnzone zu bringen und – wenn überhaupt – nur unter der Bedingung zu reprivatisieren, dass aus den künftigen Gewinnen und der Reprivatisierung die Steuerzahlungen einschließlich der üblichen Zinsen zurückgeführt werden können. Die entstandenen Verluste sollten durch eine Vermögensabgabe, also eine Art Lastenausgleich, abgetragen werden. Die Bundesregierung scheint jedoch alles dafür zu tun, die Verluste zu sozialisieren.

Zur Bekämpfung der weltweiten Finanzkrise und in deren Gefolge der schwersten Rezession nach 1945 wäre in der Tat ein »New Deal« notwendig. Diesen wird es aller Voraussicht nach nicht geben. Vor allem Deutschland und Frankreich sperren sich gegen eine deutliche Ausweitung der Konjunkturprogramme, für die sich die USA einsetzen, damit durch eine Nachfragebelebung auch die Geldzirkulation wieder in Gang kommt. Demgegenüber setzt sich die Bundesregierung für eine strengere Aufsicht und Kontrolle der Finanzmärkte ein, was nicht glaubwürdig ist. Die Union blockiert erfolgreich einen Gesetzentwurf zur Trockenlegung der Steueroasen. Allerdings ist auch die SPD bei weitem nicht zu durchgreifenden Maßnahmen bereit. Zwei Beispiele: *Rating*-Agenturen sollen der Aufsicht unterliegen. Aber was nützt es, wenn sich die Standards der Bonitäts- oder Risikobewertungen von Unternehmen und Staaten nicht ändern; wenn also immer noch Staaten positive Noten erhalten, weil sie Sozialleistungen kürzen, die öffentliche Daseinsvorsorge privatisieren usw.? Stattdessen wären die Quartalsberichte der Kapitalgesellschaften wieder durch die früher üblichen Jahresbilanzen zu ersetzen, um kurzfristige Aktienspekulationen und Ausrichtung der Unternehmen am kurzfristigen Erfolg ihrer Aktienkurse zu unterbinden, so dass sich wieder der *stakeholder value* gegenüber dem *shareholder value* durchsetzen kann. Auch die G20-Staaten sind nicht zu Kapitalverkehrskontrollen oder einem System regulierter Wechselkurse bereit, obwohl ihr Fehlen die Entwicklungsländer und EU-Länder wie Ungarn, Rumänien und Lettland zu Währungsabwertungen und hohen Zinszahlungen bei Kreditaufnahmen zwingen. Der Neoliberalismus ist also noch stark, und die Bundesregierung unternimmt alles, ihn zu stützen.

Die Finanzkrise wird zu zwei Ergebnissen führen: Erstens wird es zu einer gewaltigen Marktbereinigung und einer hohen Bankenkonzentration kommen. Kleinere Institute werden die Krise nicht überleben oder sie werden von Großbanken übernommen. In den USA sind die fünf größten Investmentbanken vom Markt verschwunden. Zweitens wird sich entscheiden, wer die enormen Verluste zu tragen hat: die Verursacher der Krise oder die Bevölkerungen. Das wird Gegenstand sozialer Auseinandersetzungen sein. In Deutschland wird dieses Problem erst nach den Wahlen diskutiert werden. Vorher werden die anderen Parteien es nicht wagen, den Bürgerinnen und Bürgern schlechte Botschaften zu übermitteln.

China versucht mit einem keynesianischen Konjunktur- und Investitionsprogramm in Höhe von 480 Mrd. Euro die Krise als Chance zu nutzen. Die USA setzen knapp 800



»What floats your boat«, 2007, Foto: Rolf Pilarsky

Mrd. Dollar oder 5,6 Prozent ihres Sozialprodukts ein. Deutschland gibt gerade einmal 50 Mrd. Euro für 2008 und 2009 aus, also nur ein Prozent des Bruttosozialprodukts pro Jahr. Überhaupt halten sich die Europäer deutlich zurück, was zu Konflikten mit den USA geführt hat. Paul Krugman ist zuzustimmen, wenn er der Bundesregierung vorgeworfen hat, das Ausmaß und die Tiefe der Krise noch immer nicht begriffen zu haben.

Die Linke fordert einen »Schutzschirm für Menschen« im Umfang von 50 Mrd. Euro pro Jahr, das wäre mit zwei Prozent des Sozialprodukts bei weitem noch nicht USA-Niveau. Die Mittel sollten zur Unterstützung der Unternehmen, für Investitionen in Bildung, Infrastruktur, Verkehr und eine Energiewende verwendet werden, ebenso wie zur Stärkung der Binnennachfrage durch eine Rentenerhöhung, eine Anhebung der Hartz IV-Regelsätze und die Einführung eines gesetzlich garantierten Mindestlohns. Darüber hinaus fordert die Linke einen staatlichen Zukunftsfonds in Höhe von 100 Mrd. Euro für Unternehmen, auch kleine und mittelständische, die mit Bürgschaften, Krediten und Beteiligungen bei der Umstellung und Entwicklung neuer Produkte und Produktionsverfahren unterstützt und gefördert werden sollen. Die Beteiligungen sollten in Form von Belegschaftsbeteiligungen mit Einfluss auf die Geschäftspolitik erfolgen und an die Bedingung einer Beschäftigungssicherung geknüpft sein.

Die Bundesregierung hat einen »Wirtschaftsfonds« in gleichem Umfang von 100

Mrd. Euro beschlossen. Allerdings ist er nicht an Auflagen zur Beschäftigungssicherung, Belegschaftsbeteiligung oder Investitionen in zukunftsfähige Produkte und Produktionsverfahren gebunden. Als Beispiele seien hier nur Energie und Rohstoff sparende Herstellungsverfahren, die Umwelttechnologien, regenerative Energien und Kraftstoff sparende Motoren genannt. Die Linke will Mittel für Not leidende Unternehmen an eine Demokratisierung der Wirtschaft knüpfen, in dem die Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte der Belegschaften erweitert und gestärkt werden.

Wir wollen die notwendigen Investitionen in Bereiche lenken, die sozial und ökologisch nachhaltig sind. Die Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge wie Bildung, Gesundheit, Rente, Energieversorgung, Verkehr, z.T. Wohnungen, Kultur, Wasserversorgung, Müllentsorgung usw. dürfen nicht privatisiert werden. Der öffentliche Sektor muss als eigenständiger und wichtiger Bereich in der Wirtschaft betrachtet werden. Hier haben wir einen erheblichen Nachholbedarf. In der Bildung ist Deutschland im OECD-Vergleich um rund 25 Mrd. Euro pro Jahr unterfinanziert; die Beschäftigung im öffentlichen Dienst ist extrem niedrig. In Dänemark und Schweden arbeiten 155 Beschäftigte auf 1 000 Einwohner im öffentlichen Dienst – in Deutschland nur 68. Im Bereich der Kinderbetreuung geben wir 1,9 Prozent des Bruttoinlandprodukts aus, Frankreich dagegen 2,7 Prozent, ganz zu schweigen von Schweden mit 7,4 Prozent. Weitere Bereiche nehmen aufgrund der demografischen Entwicklung an Bedeutung zu, etwa die Betreuung älterer Menschen, die Altenpflege usw. Öffentliche Investitionen müssen überwiegend für zukunftsfähige Produkte genutzt werden – angefangen von der Förderung regenerativer Energien, dem Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs, moderner, Energie sparender Antriebsmotoren bis hin zu Rohstoff und Energie sparenden Produktionsverfahren.

Für die Durchsetzung derartiger Forderungen haben sich die Bedingungen infolge der Krise verbessert, weil der Neoliberalismus diskreditiert ist und seine destruktiven, zerstörerischen Potenziale gezeigt hat. Das Scheitern des Marktes verschafft der Stärkung des öffentlichen Sektors und öffentlicher Aufgaben größere Akzeptanz. Aus den beiden voraus gegangenen Weltwirtschaftskrisen – der Großen Depression von 1873 bis 1896 und der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1932 – ging jeweils ein anderer Kapitalismus hervor. Am Ende des 19. Jahrhunderts erstarkte die Arbeiterbewegung und setzte soziale Rechte durch. Auf die Krise vor 80 Jahren folgten ein fürchterlicher Weltkrieg und das so genannte fordistische Zeitalter – angefangen vom New Deal in den USA bis zum sozialstaatlichen Kompromiss in Europa nach dem Krieg.

Die neoliberalen Eliten und die Konservativen hier zu Lande betrachten die derzeitige Krise als einen bösen Spuk. Doch nichts wird so bleiben. Hier hat die Linke eine große gesellschaftliche Verantwortung, sich einzumischen.

Der Beitrag beruht auf einer Rede anlässlich der internationalen Konferenz *»Linke Auswege aus der Krise – ökonomische und soziale Perspektiven«*, ausgerichtet von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Fraktion Die Linke im Bundestag, Berlin, 21. März 2008.

WIDERSPRÜCHE DER MOSAIK-LINKEN

PERSPEKTIVEN DER KRISENPROTESTE

FLORIAN BECKER

UND CHRISTINA KAINDL

Ausgeschlossen kann werden, dass die unmittelbaren Wirtschaftskrisen von sich aus fundamentale Ereignisse hervorbringen; sie können nur einen günstigeren Boden für die Verbreitung bestimmter Weisen bereiten, die für die ganze weitere Entwicklung des staatlichen Lebens entscheidenden Fragen zu denken, zu stellen und zu lösen.
Antonio Gramsci, Gef., 13.Heft, § 17

Als die Wirtschaftskrise mit dem Zusammenbruch einiger Großbanken im Herbst 2008 in die öffentliche Wahrnehmung trat, dauerte es eine Weile, bis von Seiten der Linken und der sozialen Bewegungen die Herausforderung aufgegriffen wurde, entscheidende Fragen zu stellen, um »die weitere Entwicklung des staatlichen Lebens« zu verschieben (Gramsci). Die Legitimation des Neoliberalismus war untergraben, doch die Frage, ob damit der Kapitalismus selbst in eine Krise geraten sei, wurde eher im bürgerlichen Feuilleton als in wegweisenden Strategiepapieren der linken und sozialen Bewegungen diskutiert. Die Linke

war vom Ausmaß der ›Krise‹ überrascht und das anfängliche Schweigen zeugt davon, dass Analysen und Politik kaum so gedacht worden waren, dass die eigenen Konzepte einmal wirklich (relevant) werden könnten.

Linke Kritik war stark, wo sie Kosten und Krisenerscheinungen neoliberaler Politik- und Vergesellschaftungsmodelle aufgenommen, sich auf die Seite der Ausgegrenzten und Überflüssigen gestellt hat. Aber es ist nur partiell gelungen, diese Akteure in Bündnissen zusammenzubringen, wie etwa in den Auseinandersetzungen um die Agenda 2010 und den G8-Gipfel in Heiligendamm. Ein – prekärer – anti-neoliberaler Block konnte sich formieren, in dem linke Teile der Gewerkschaften, Anti-Hartz-Proteste, globalisierungskritische Bewegung, kritische Intellektuelle und die Partei Die Linke – bei allen Differenzen – eine in gemeinsame Richtung wirkende Kritik formulierten.

Andere Auseinandersetzungen wurden isoliert geführt, etwa die Abwehrkämpfe gegen die Rente mit 67. Diskussionen um gesellschaftliche Alternativen (bedingungsloses Grundeinkommen, globale Soziale Rechte oder Solidarische Ökonomie) fanden jeweils in beschränkten Öffentlichkeiten statt und führten kaum zu gemeinsamen Konzepten. Hinzu kommt die fehlende Ausarbeitung alternativer politischer Regulationen der hochtechnologischen Produktionsweise. Diese relative Schwäche der alternativen Konzeptionen ist nicht zuletzt Teil des »passiven Konsenses zur Hegemonie« des Neoliberalismus, auch wenn diese brüchiger geworden ist. Die Ausweitung des anti-neoliberalen Blocks hängt davon ab, ob diese Schwäche überwunden werden kann. Noch ist umkämpft, ob die Krise zu weiterer Delegitimierung des Neoliberalismus als organisierender Ideologie und weiterer Erosion des neoliberalen Blocks führen oder ob er sich reformieren und stabilisieren kann. Die linken und sozialen Bewegungen müssen diese Zeit der Neustrukturierung nutzen, ihre fragmentierten Kritiken reorganisieren und prüfen, welche Kräfte für ein alternatives Projekt gewonnen werden können. Wenn es nicht gelingt, wirksame Alternativen einzubringen und durch Strukturreformen eine Regulationsweise jenseits eines reformierten Finanzkapitalismus durchzusetzen, wird die Krise nicht zu einer Stärkung der Linken führen, sondern die Kräfteverhältnisse zu ihren Ungunsten verschieben. Keiner der Akteure der gesellschaftlichen Linken kann gegenwärtig dieses Projekt glaubwürdig allein vertreten, eine gemeinsame Grammatik der Kämpfe muss erst noch entwickelt werden. Die Herausforderung der Bündnisbildung und der Auseinandersetzungen um ein Projekt der pluralen gesellschaftlichen Linken fallen zusammen.

Zum Jahreswechsel bildeten sich in Frankfurt/M und Berlin fast parallel Bündnisse aus Gewerkschaftslinken, der Partei Die Linke, sowie kapitalismuskritischen und antikapitalistischen Gruppen und Organisationen einschließlich Attac. Den Einladungen folgen in beiden Städten um die 100 Personen, Vertreter von Gruppen und Organisationen.

Auch beim 9. Weltsozialforum in Belém, Brasilien, im Januar war »Krise« Thema: Das Ineinandergreifen von Finanz- und Wirtschaftskrise, Hunger- und Ernährungskrise sowie der drohenden ökologischen Katastrophe. In Belém setzte sich daher der Begriff des »Zivilisations-

krise« durch, der den systemischen Charakter einer auf grenzenlosem Wachstum und Ausbeutung beruhenden Krise betonen soll.

Neue Bündnisoptionen, eine Erneuerung eines linken Bündnisprojektes scheinen möglich: Gewerkschafter, Vertreter von (linken) Parteien, Aktivisten der undogmatischen Linken, aus NGOs und sozialen Bewegungen kamen zusammen. Mit dem Motto »We won't Pay for your Crisis« – »Wir zahlen nicht für eure Krise« und der Festlegung einer ersten gemeinsamen Aktionswoche Treffen der G20 in London wurde versucht, einen gemeinsamen, internationalen Nenner zu formulieren. In den Bündnissen gibt es keine Illusionen darüber, dass nicht bereits gezahlt wird, der Prozess der Sozialisierung der Verluste in vollem Gang ist. Das Motto ist ein Versuch, in der allgemeinen Reklamation ›gemeinsamer Verantwortung‹ für die Rettung der Banken unterschiedliche Interessen sowie politisch Verantwortliche und ökonomische Profiteure zu benennen. Die Besteuerung großer Vermögen, die Einhegung der Finanzmärkte, Trockenlegung der Steueroasen, Rücknahme der Agenda 2010 und der Rente mit 67 und dass die Krise nicht auf Kosten des Globalen Süden bearbeitet werden darf, sind u.a. Positionen, auf die man sich einigen kann.

Schwierig wird es bei längerfristigen Perspektiven und konkreteren Forderungen. Das Berliner Bündnis einigt sich auf eine Konzeption von konkreten Sofortforderungen, mittelfristiger Transformation entlang von Ausweitung der Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft, Forderungen nach Vergesellschaftung von Banken und Konzernen, einen Ausbau der sozialen Infrastruktur, sozialökologischen Wandel in der Perspektive von globaler sozialer Gerechtigkeit. Damit sollte ein Versuch gemacht werden, der einseitigen Deutung der Krise als Finanz- (und Wirtschafts)krise entgegen zu treten. Klima- und Ernährungskrise sowie die Gefahr gewaltsamer Krisenbearbeitungen von oben werden thematisiert. Solidarische Lösungen sollen sich nicht in nationalen Grenzen bewegen oder in der nur lokalen Verteidigung von Arbeitsplätzen enden. Damit verbindet sich die Hoffnung, Gruppen und Organisationen, die zu diesen Themen arbeiten, zu gewinnen.

Der Versuch, Transformationsperspektiven mit konkreten Forderungen zu verbinden, war im bundesweiten Bündnis nicht konsensfähig. Einige konkrete Forderungen – wie etwa aus dem Spektrum der Sozialproteste und der Gewerkschaftslinken die nach 500 Euro ALG2-Regelsatz sofort, 30 Stundenwoche mit vollem Lohn- und Personalausgleich sowie zehn Euro Mindestlohn – widersprechen Beschlüssen der Vorstände von Ver.di und (damals noch) der Partei Die Linke oder treffen nicht die Interessen und Mobilisierungspunkte anderer Gruppen, etwa der Kernbelegschaften. Viele Beschäftigte in der Automobilzuliefererbranche z.B. wissen, dass Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich auf der einzelbetrieblichen Ebene zu schnelleren Konkursen und zu Arbeitslosigkeit führen würde, und stehen dieser Forderung ablehnend gegenüber. Hier wäre es notwendig, Formen gesellschaftlicher oder staatlicher Vermittlung wie Umverteilung der Arbeit, staatliche Ausgleichfonds in die Forderungen aufzunehmen und radikale Arbeitszeitverkürzung als gesamtgesellschaftliches Konzept offensiv aufzugreifen.

Die Forderungen »500-30-10« sind aber Ergebnis von Kämpfen der – letztlich schwach gebliebenen – Bewegung gegen die Hartz-Reformen. In ihnen drückt sich eine Einigung zwischen Erwerbslosen- und Sozialprotestinitiativen und Teilen der Gewerkschaftslinken aus, die sich gegen die Spaltungen von Erwerbslosen und Beschäftigten durch die neoliberale Niedriglohn- und *workfare*-Politik richtet. Das Anliegen ist in der Krise hochaktuell; in den defensiven Formen tragen sie jedoch die Spuren vergangener verlorener Kämpfe.

Nur begrenzt werden die eigenen Positionen mit den Perspektiven anderer Spektren verbunden, deren Bedenken als sachliche wahrgenommen, sondern meist als Ausüben von Institutionsmacht verstanden. Je konkreter die Forderungen formuliert werden, desto größer scheint die Gefahr, dass sich die Spektren an ihnen auseinander dividieren. Gleichzeitig ist auch der Rückzug von konkreten Positionen ein möglicher Bruchpunkt, wenn etwa von Sozialprotestinitiativen mit den konkreten Forderungen die Wahrnehmung ›ihrer‹ Lebensrealität verbunden wird. Aus den Kämpfen um die Agenda 2010 ist die Erfahrung geblieben, dass abstrakte Forderungen keine Aussichten auf Realisierungen und konkrete Verbesserungen haben – und das von ›größeren‹ Akteuren wie den Gewerkschaften bewusst in Kauf genommen werde. Das Misstrauen gegenüber der Partei Die Linke und Gewerkschaften sitzt tief. Der Umstand etwa, dass die Partei die Forderungen noch vor der Demonstration als eigene Position übernimmt, wird kaum als Erfolg der Bewegung gesehen. Darin werden Widersprüche der Kräfteverhältnisse deutlich: Die Dynamik der Bündnisformierung sind (noch) nicht von starken sozialen Kämpfen mit ›lebendigen‹ Forderungen geprägt, die Prozesse der Verständigung über ein gemeinsames Projekt antreiben und inspirieren. Als Resultat von relativer Marginalität einzelner Bewegungskräfte (wie der Erwerbslosenbewegung) drohen auch die entscheidenden strategischen Fragen, die sich in der Organisierung von Erwerbslosen und ›Armen‹ stellen, aus dem Blickfeld zu geraten: Wie sind die Spaltungen zwischen den verschiedenen Gruppen des ›Prekariats‹ zu überwinden? Wie sind solidarische Bündnisse zwischen Prekarisierten und abstiegsbedrohten Mittelschichten möglich? Diese Sackgassen konnten im Rahmen allgemeiner Formulierungen im Aufruf und der Mobilisierungsfreiheit, in der alle Gruppen und Organisationen eigene Akzente setzen, zunächst nur umschifft, nicht überwunden werden.

Die Mobilisierung zu den Demonstrationen am 28. März hat dennoch an Fahrt gewonnen. Mit insgesamt etwa 50 000 Teilnehmern in Berlin und Frankfurt/M waren die Mobilisierungen erfolgreich und erhielten als erste linke Positionierung in der Krise viel öffentliche Aufmerksamkeit. Zwar waren die Gewerkschaftsführungen auf Distanz gegangen und mobilisierten zu einem eigenen Demonstrationstag am 16. Mai 2009; aber es beteiligten sich zahlreiche Orts- und einige Landesverbände, und es konnten Redner aus den Gewerkschaftsführungen gewonnen werden. Die Demonstrationen am europäischen Gewerkschaftstag waren auch als Nachwirkung des 28.3. an der Basis deutlich durch linke Äußerungen geprägt, die Gewerkschaften zu einer intensiveren Mobili-

sierung gedrängt. Der Bildungsstreik im Juni erlangte große öffentliche Aufmerksamkeit. Von vielen Organisatoren und Beteiligten war er in den Zusammenhang der Kritik an Krisenbearbeitung und neoliberaler (Bildungs-)Politik gestellt worden – wenn auch reale Kooperationen verschiedener Spektren kaum zustande kamen. In der »Aktion Banküberfall« wurden in großen Gruppen Banken aufgesucht, Verbindungslinien zwischen dem *bail-out* der Banken und der Finanzialisierung des Studiums und der Bildung gezogen.

Trotz der erfolgreichen Mobilisierungen wird deutlich: Unterschiedliche strategische Einschätzungen blockieren die Entwicklung weitergehender gemeinsamer Handlungsfähigkeit. Dass nach den Demonstrationen im März und Mai keine Massenproteste folgten, nährte bei einigen Aktivisten die Resignation. Z.T. werden soziale Unruhen, Protest und Bewegung erwartet, »wenn die Krise bei den Menschen ankommt«. Die Erwartung, dass »es dann losgeht«, ist wenig mit politischen und kulturellen Kräfteverhältnissen vermittelt und dieser Adventismus führt zu Politikabstinenz. Im günstigen Fall führt diese Haltung zum Engagement zur Stärkung lokaler Bündnisse und zum Aufbau von Kooperationen, die »im Ernstfall« aktiv werden können.

Die Gewerkschaften treten kaum als tragende und mobilisierungsfähige Akteure *in den Bündnissen* auf (ausgenommen die Landes- und Ortsverbände, die der Gewerkschaftslinken näher stehen). In der Krise setzen sie bisher vor allem auf korporatistische Lösungen. In den zumeist betrieblichen Versuchen, durch Zugeständnisse zu »retten, was zu retten ist«, entsteht keine gesellschaftspolitische Offensive und auch Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen lassen sich so mittelfristig nicht sichern (vgl. Urban 2009, 72f; Riexinger 2009). Erneuerungsbemühungen, Bündnisse mit sozialen Bewegungen und Orientierung auf offensive Tarifkämpfe, die den Reallohnverlust der letzten Jahre kompensieren könnten, drohen in den Hintergrund gedrängt zu werden.

Die Gewerkschaften orientieren sich in Teilen verstärkt auf die SPD, um für den Fall einer großen Koalition Zugeständnisse zu verhandeln. Dem kommt die Einbindung ins Krisenmanagement entgegen: »Abwrackprämie«, Konjunkturpakete und Kurzarbeitsregelungen sind Teil eines »standortkorporatistischen Krisenmanagements«, mit dem die Regierung die soziale Stabilität zu erhalten sucht.

Auseinandersetzungen um die Demonstrationen am 28.3. und 16.5.2009 haben gezeigt, dass diese Orientierungen innerhalb der Gewerkschaften umkämpft sind. Mit dem Projekt eines *new public deal*, einer Zurückdrängung von Privatisierung und Markt durch einer Ausweitung des öffentlichen Sektors und sozialer Infrastruktur sind gemeinsame Perspektiven von Ver.di, sozialen Bewegungen und anderen Teilen der gesellschaftlichen Linken vorstellbar (Riexinger 2009). Ein anderes Einstiegsprojekt einer pluralen ›Mosaik-Linken‹ in offensive Strategien der Krisenbearbeitung könnte die Verbindung der Diskussionen um Arbeitsplatzsicherung durch Arbeitszeitverkürzung, ökologische Konversion, kostenlose Mobilitätsinfrastruktur, Überführung von Schlüsselsektoren in öffentliches Eigentum und neue Formen der Wirtschafsdemokratie sein (Urban 2009).

Attac hat früh die Krise als »Chance« betrachtet, mit dem erwarteten Ende oder der Defensive des Neoliberalismus neue Bündnisse zu schmieden. Sie orientieren darin auf ein Mitte-Links-Projekt mit Wohlfahrtsverbänden, NGOs und den Grünen. Inhaltlich steht die Re-Regulierung der Finanzmärkte im Mittelpunkt. Grundlegende gesellschaftliche Alternativen, die über den neoliberalen Finanzkapitalismus hinausweisen könnten, werden – zumindest von den bekannten Sprechern – wenig artikuliert und so können ökologische Konversion und Re-Regulierung kaum mit einem transformatorischen Projekt verbunden werden.

Damit sich diese verschiedenen Versatzstücke der Protestbewegungen zu einem »Mosaik« zusammenfinden können, bedarf es eines Verständigungsprozesses über gemeinsame Ziele, zumindest eine gemeinsame strategische Perspektive. Um dem liberalen – und rechten – Populismus in der Debatte etwas entgegensetzen zu können, ist eine Verbindung von populardemokratischen Positionen in Verbindung mit Kapitalismuskritik und egalitär-solidarischen Formen, die auch globale Dimensionen einbeziehen, notwendig. Der Bezug auf Rosa Luxemburgs Konzept der »revolutionären Realpolitik« – angesichts der sehr anderen gesellschaftlichen Situation heutiger Politik ggf. eher als »radikale Realpolitik« zu fassen – könnte ein Verständigungsfeld für eine Verbindung unterschiedlicher Ansätze von strategischen Mitte-Links-Bündnissen bis zu sozialistischen Einstiegsprojekten sein.

Das Bündnis »Wir zahlen nicht für eure Krise« hat Ende Juni auf einer Aktionskonferenz einen bundesweiten Aktionstag für den 17. September 2009 beschlossen. Zu diesem Anlass sollen lokale Bündnisse gegründet oder wiederbelebt werden. Sie sollen ermöglichen, mehr Menschen in neue Formen von Kommunikation und Partizipation einzubeziehen und Aushandlungsprozesse über die Frage, »wie wollen wir eigentlich leben« mit politischen Zielen und Forderungen zu verbinden. Kundgebungen vor Jobcentern, Banken, Arbeitgeberverbänden, Ausländerbehörden und anderen Orten, an denen politisch und ökonomisch Verantwortlichkeiten verdeutlicht werden können, sind ebenso geplant wie Kundgebungen vor Betrieben, Straßenblockaden und »Banküberfälle«. Die Form könnte der Idee einer »Mosaik-Linken« entgegen kommen, in der die jeweilige »organisationskulturelle Autonomie der Kooperierenden« (Urban 2009, 78) erhalten bleibt. Fraglich ist, ob die »Bewegungs- und Organisationskulturen die Schlüsselressource eines solchen Bündnisses darstellen« (ebd.). Ob es nicht eines politischen, zumindest strategischen Projektes der gesellschaftlichen Linken bedarf, um die Autonomien zu einem gemeinsamen Ausdruck zu bringen und in dem Mosaik das Bild einer neuen Gesellschaft erahnen zu lassen, wird sich noch erweisen müssen. Hier ist kollektive theoretische und strategische Anstrengung gefragt.

LITERATUR

Riexinger, Bernd, 2009: Perspektiven des Protestes. Wie weiter nach den Demonstrationen in Frankfurt und Berlin?, in: *Sozialismus*, H. 7

Urban, Hans-Jürgen, 2009: Die Mosaik-Linke. Vom Aufbruch der Gewerkschaften zur Erneuerung der Bewegung, in: *Blätter f. dt. u. intern. Politik*, H. 5, 71–8

»Davor und dahinter«, Shanghai 2009,
Foto: www.tranquillium.com


兰蔻智能密钥臻白精
全新上市
LANCÔM
PARIS

WAS TUN? UND WER ZUM TEUFEL TUT ES?

DAVID HARVEY

Diese beiden Fragen neigen dazu, sich gegenseitig zu blockieren: Es ist schwer zu sagen, was zu tun ist, ohne eine Vorstellung davon zu haben, wer es tun soll. Umgekehrt ist es genauso schwierig herauszufinden, wer etwas tun könnte, ohne zu wissen, was es ist. Es lassen sich großartige Vorstellungen entwickeln, was wir tun sollten. Aber dann schaut man sich um und fragt sich: »Wer zum Teufel soll das tun?« Und wenn man fragt, was die tatsächlichen Menschen voraussichtlich tun werden oder getan sehen möchten, ist man schnell verschreckt.

Einerseits geht es darum, diese Blockade aufzubrechen und sie in eine stärker dialektische Bewegung zu bringen: Wir müssen mehr Menschen mit der Vorstellung vertraut machen, dass etwas getan werden muss, indem wir deutlich machen, was zu tun ist. Gleichzeitig wird in dem Maße, wie mehr Menschen einbezogen werden, auch die Frage, was zu tun ist, neu gefasst werden müssen.

KLASSENVERHÄLTNISSE UND ›KLASSENEREIGNISSE‹

Ich sehe uns nicht in einer revolutionären Situation – es wäre mir sehr lieb, wenn wir es wären, aber wir sind es nicht. Wir stehen vor der Frage, wie unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen in politische Aktivitäten und Kämpfe einbezogen werden können, um der Frage, »wer zum Teufel tut es« näher zu kommen. Traditionell wurde die Frage nach dem Akteur mit dem Proletariat beantwortet. In letzter Zeit wird dieses durch das Prekariat ergänzt oder ersetzt. Ich bin mir nicht im Klaren, was das Prekariat ist, genauso wenig wie



ich jemals sicher sagen konnte, was das Proletariat war. M.E. sollte dies alles neu gedacht werden. Ich bin aus verschiedenen Gründen mit unserer hergebrachten Definition von *Klasse* nicht glücklich. Das Problem liegt m.E. in der Tendenz, Klasse lediglich über die Abläufe in der Produktion zu definieren, über die Mehrwertproduktion, die Arbeiterklasse. Das typische Bild des Arbeiters ist der Fabrikarbeiter.

Seit langem beschäftige ich mich mit Prozessen der Urbanisierung. Ich frage, wer die Stadt produziert, wer Urbanisierung produziert. Mit Henry Lefebvre und seiner begrifflichen Verschiebung vom Urbanen zur Produktion des Raumes lässt sich noch etwas weiter gehen. Die Frage, wer den Raum produziert, lenkt den Blick auf all die Menschen, die Kanäle und Straßen bauen, Bahnschienen verlegen usw. Bei der Frage, wer die Arbeiterklasse ist, geraten diese Leute schnell aus dem Blick.

Statt einer engen, auf die Fabrikarbeiter konzentrierten Definition von Klasse, sollten wir einen breiteren Zugang wählen. Viele, die die Städte produziert haben, das Urbane und den Raum hervorbringen, waren nie regulär beschäftigt. Oft waren es umherziehende Wanderarbeiter. In dieser Perspektive auf die Produktion von Urbanisierung gibt es das Prekariat schon sehr lange. Und es hat in der Geschichte oft eine bedeutsame Rolle gespielt, auch politisch. In der Pariser Kommune hatten Steinmetze und ihre politischen Organisationen eine wichtige Stellung, aber sie waren anders organisiert als die Fabrikarbeiter. Im London des 19. Jahrrunderts gehörte der Großteil der arbeitenden Menschen zum Prekariat und ihre Arbeitsbedingungen waren ganz andere als zum Beispiel in den Fabriken von Manchester. Es ist wichtig zur Kenntnis zu nehmen, dass im Konzept der Klasse immer auch Ausschlüsse mitgedacht werden und auch die marxsche Konzeption scheint mir hier eher unbefriedigend. Es ist nicht klar, warum Klasse immer vom Standpunkt der Produktion aus gedacht wurde. Die Reproduktion der Klassen findet statt in der Nachbarschaft, dem Zuhause, der Stadt und vielen anderen Orten. Die Aufrechterhaltung und Reproduktion der Klassenverhältnisse sind daher ein urbanes Phänomen. Es geht darum, das Verhältnis der Individuen zwischen ihrer Stellung in der Produktion und Reproduktion zu analysieren, denn der Standpunkt in der Reproduktion ist unter dem Aspekt der Reproduktion von Klassenverhältnissen gleichermaßen entscheidend. Wenn man sich ansieht, wie Städte funktionieren und damit Klassendistinktion, Marginalisierung und Ausschlüsse reproduzieren, erkennt man ihre entscheidende Bedeutung

für die Art und Weise, wie Gesellschaft organisiert ist. Die Abläufe im Lebensraum sind darüber hinaus von enormer Bedeutung für die Erzeugung und Verteilung des Mehrwerts.
Was macht ein ›Klassen-Ereignis‹ aus? Im Januar 2008 wurden an der Wall Street 32 Milliarden Dollar an Boni ausgeschüttet, nur zwei Prozent weniger als im Jahr davor. Die Wall-Street-Manager haben also 32 Milliarden Dollar dafür bekommen, dass sie das Weltfinanzsystem in den Zusammenbruch geführt haben. Ich halte das für eine ausgesprochen gute Rendite, mir würde niemand einen solchen Betrag für totales Versagen bezahlen.
Zur gleichen Zeit haben ungefähr zwei Millionen Haushalte in den Vereinigten Staaten ihre Häuser durch Zwangsvollstreckungen verloren. Dabei gibt es auffällige Korrelationen: In Baltimore zum Beispiel waren die Auswirkungen für die afroamerikanische Bevölkerung besonders gravierend. Besonders unverhältnismäßig sind Frauen und Ein-Personen-Haushalte aus der afroamerikanischen Community betroffen. Der marginalisierte Teil der afroamerikanischen Bevölkerung erlebt den bislang größten Vermögensverlust.
Auf der einen Seite sammeln sich 32 Mrd. Dollar an, auf der anderen verlieren über zwei Millionen Menschen ihre Häuser. Wenn wir über die Verbindung zwischen diesen zwei Ereignissen nachdenken, ließe sich sagen, dass einem Teil der Bevölkerung Werte gestohlen werden, die sich bei einem anderen Teil ansammeln. Für mich handelt es sich hier um einen klassischen Fall von »Akkumulation durch Enteignung«. Zu ihrer allgemeinen Dynamik gehören massive Verluste bei den gefährdeten Teilen der Bevölkerung. Diese Verluste stehen in einem auffälligen Verhältnis zur Häufung des Reichtums am anderen Ende der Klassenhierarchie. Es wird deutlich, dass Klassenhandeln auch jenseits der Produktion Wirkung entfaltet. Deshalb spreche ich von einem ›Klassen-Ereignis‹ und diese andere Dynamik der Ausbeutung muss ins Verständnis der Klassenverhältnisse einbezogen werden. Im Kommunistischen Manifest wird das in wenigen Zeilen angesprochen: Die Ausbeutung in der Produktion wird beschrieben und dann in einem erneuten Blick festgestellt, dass noch ganz andere Menschen darauf warten, den Arbeiter ausbeuten zu können, wie etwa der Vermieter usw.
Vom Standpunkt der Reproduktion richtet sich die Aufmerksamkeit auf das Verhältnis von Händlern (kommerzielles Kapital), Grundeigentümern und anderen sozialen Klassen. Ihren Reichtum entziehen sie den Arbeitern durch ausbeuterische Praxen im Lebensraum. Mir scheint, dass eine unserer Schwierigkeiten darin liegt, diese beiden Formen der Ausbeutung zusam-

menzubringen und sie als Einheit zu betrachten. Solange wir diese Einheit, wie auch die Differenzen zwischen beiden Formen nicht verstehen, werden wir keine klare Vorstellung davon bekommen, von wem Alternativen auf den Weg gebracht werden können und was dafür getan werden muss. Es betrifft also die Frage des »Wer«. Die Art, wie über das Prekariat gesprochen wird, scheint bisweilen wie der Versuch, Sympathie für das ›Lumpenproletariat‹ zu entwickeln, von dem Marx oftmals abfällig gesprochen hat.
Um aber unsere Politik weiter zu entwickeln, müssen wir unser Verständnis von Klasse – und auf dieser Grundlage Klassenkampf – neu und weiter fassen. Klassenkämpfe in der und um die Stadt sind ebenso wichtig wie Klassenkämpfe in der und um die Fabrik. Auch wenn die Kämpfe an unterschiedlichen Orten stattfinden und unterschiedlichen Dynamiken folgen, besteht die Notwendigkeit, sie zusammenzuführen. Mich erstaunt zunehmend, wie schwierig es für die Linke zu sein scheint, diese Einheit innerhalb der Differenzen zur Kenntnis zu nehmen.

KRISENZYKLEN

Nun zur Frage, was zu tun ist. Die Krise ruft bereits bestimmte Antworten hervor. Zunächst bedarf es einer wirklichen Analyse der Ursachen der Krise und ihrer Entwicklung. Der Kapitalismus überkommt seine Krisenneigung niemals, sondern verschiebt sie nur. Auf eine Krise folgt mit der Zeit eine andere. In vielerlei Hinsicht reichen die Wurzeln bis zur Krise von 1970 und der daraus erwachsenen Krisenbewältigung zurück. Der Weg aus der Krise der 1970er Jahre lag in zwei Elementen, die hier nur knapp beleuchtet werden sollen. Einerseits wurde das Problem der Lohnarbeit gelöst, indem die Macht der organisierten Arbeiterbewegung zerschlagen, Beschäftigungsstrukturen flexibilisiert wurden usw. Das wurde mit einer Politik erreicht, die am treffendsten als Lohndrückerei beschrieben wird. Seit den 1970er Jahren ist die Wirtschaft von stagnierenden, z.T. fallenden Reallöhnen gekennzeichnet. Das wurde teils durch Globalisierung, teils mittels repressiver Formen erreicht, mit denen neue Segmente der Bevölkerung in prekäre und Teilzeitarbeit gedrängt wurden. In den 1970ern war die Arbeiterbewegung ein zentrales Problem des Kapitals beim Erhalt der Klassengesellschaft. Mitte der 1980er Jahre war das Problem im Großen und Ganzen gelöst; zu Beginn des 21. Jahrhunderts kann keine Rede von einer übermäßigen Macht der Arbeiterklasse sein. Die aktuelle Krise kann also nicht darauf zurückgeführt werden, dass die Profite des Kapitals von der Übermacht der Arbeiterbewegung

geschmälert werden. Das zweite Problem war Ende der 1960er Jahre eine übermäßige Monopolisierung. Dagegen wandte sich der Versuch, die Welt dem Wettbewerb zu öffnen und die Ökonomie stärker über Konkurrenz zu organisieren. Dies wurde teilweise durch Globalisierung, Finanzialisierung und Reorganisation der Kapitalakkumulation erreicht. Dadurch entstand eine Situation beschleunigter und intensivierter Konkurrenz. Im Ergebnis gehen die Profitraten Mitte der 1980er Jahre zurück.

Die niedrigen Löhne und Profitraten kündigen die nächste Krise an. In den 1980er wird es für die kapitalistische Klasse schwierig, ihr Geld gewinnbringend zu investieren. Wenn die Ertragsraten in der Produktion niedrig sind, müssen andere Möglichkeiten gefunden werden. Von den 1980er Jahren an wurde in großem Maßstab in Kapitalrenditen statt in die Produktion investiert. Anlagevermögen kann verschiedene Formen annehmen: Anteile, Aktien, Warenterminhandel und verschiedene Finanzinstrumente. Investitionen können auf dem Kunstmarkt oder dem Immobilienmarkt getätigt werden. Das Interessante am Anlagenmarkt ist, dass er im Unterschied zum gewöhnlichen Waren-Markt wie ein Pyramidenspiel funktioniert: Je mehr Menschen investieren, umso stärker steigen z.B. die Immobilienpreise. Je stärker die Immobilienpreise steigen, umso attraktiver erscheint es, in Wohneigentum zu investieren. Je höher die Aktien steigen, umso attraktiver erscheint es, das Geld in diese Aktien zu investieren. Die kapitalistische Klasse hat also im Allgemeinen den neu gefundenen Reichtum nicht im produktiven Bereich, sondern auf dem Anlagenmarkt investiert. Daraus entstand von den 1980er Jahren an eine Reihe von Investitionsblasen, die New-Economy-Blase der 1990er, die Aktienmarktblase in wandelnden Formen, eine Reihe von Immobilienmarkt-Blasen. Die gegenwärtige Krise ist nicht die erste, die sich um Immobilien entwickelt. Vielmehr gab es 1987, 88 und 89 große Einbrüche in den Immobilienmärkten der USA und Großbritanniens. 1982 gingen die schwedischen Banken wegen ihrer exzessiven Immobilienspekulationen bankrott, 1990 endete der japanische Boom mit einem Zusammenbruch des Grundstücks- und Aktienmarktes; seitdem fallen die Grundstückspreise in Japan. In den letzten 30 Jahren konnten zunehmend kleine Finanzkrisen und das Platzen von Investitions-Blasen beobachtet werden – neu ist allerdings die globale Dimension.

Die arbeitende Bevölkerung kann in diese Welt nur eingeführt werden, wenn man den Umstand, dass ihre Löhne nicht steigen, dadurch bearbeitet, dass ein Großteil der Bevölkerung ermuntert wird, sich zu verschulden, um so eine effektive Nachfrage auf dem Markt zu erzeugen. Der Graben zwischen

dem, was mit den Löhnen gekauft werden konnte, und was die Arbeiter tatsächlich kauften, wurde durch die zunehmende Verschuldung der Bevölkerung überbrückt. Die Verschuldung der Haushalte in Großbritannien und den Vereinigten Staaten hat sich über die letzten 30 Jahre ungefähr verdreifacht. Diese besondere Konstellation hat uns jetzt eingeholt – nicht als übermäßige Macht der Arbeiterklasse, sondern eher wie in den 1930er Jahren: ein Unterkonsumptionsproblem und ein Mangel an effektiver Nachfrage auf dem Markt. Die Kapitalisten befinden sich in einer Ökonomie der niedrigen Löhne und niedrigen Profite. Im Verhältnis zur effektiven Nachfragesituation auf dem Markt produzieren sie zu viele Waren. Darin liegt der Kern der aktuellen Krise.

NEOLIBERALER VERSUS SOZIALISTISCHER KEYNESIANISMUS

Was gibt es für Auswege? Die klassische Antwort der 1930er Jahre war natürlich der Keynesianismus. Und wir befinden uns tatsächlich in einem keynesianischen Moment, ob es uns gefällt oder nicht. Die neoliberale Praxis hat sich in einigen Punkten deutlich von den eigenen Lehren unterschieden. Das betrifft z.B. das Dogma vom ausgeglichenen Staatshaushalt. Tatsächlich war die gesamte neoliberale Ära von keynesianischen Episoden gekennzeichnet. Die erste war die Staatsverschuldung, mit der Ronald Reagan die immense Ausweitung des Verteidigungs-Etats finanzierte – eine Form des Kriegs-Keynesianismus. Unter der letzten Bush-Regierung kam es zu einer Kombination aus Kriegs-Keynesianismus und einer Staatsverschuldung: eine Art umgekehrter Klassen-Keynesianismus, der sich in der Steuerpolitik zu Gunsten der oberen Klassen realisierte. Dies betrifft den Kern des Neoliberalismus: Konsolidierung und Machterweiterung der kapitalistischen Klasse. Alles andere sind Taktiken und Rhetoriken, die diesem Ziel dienen.

Ein Schlüsselelement zur Erweiterung der kapitalistischen Klassenherrschaft funktionierte über die Finanzialisierung. Seit 1982 wurde in den USA strikt an der Vorstellung festgehalten, dass im Falle eines Konfliktes zwischen dem Wohlergehen der Finanzinstitutionen und dem der Menschen, dem Wohlergehen der ersten der Vorrang zu geben sei. Dies wurde auch in den Politiken des Internationalen Währungsfonds verankert und seit dem IWF-Rettungspaket für Mexiko im Jahr 1982 verfolgt. Unser keynesianischer Moment ist also eine Fortführung neoliberaler Praktiken, die im krassen Gegensatz zu den Selbstversicherungen des Neoliberalismus stehen. Der *bail-out*, der in den USA und Großbritannien etabliert worden ist, ist eine Fortsetzung dieser Praktiken: Die Finanzinstitutionen und die Finanziers werden gerettet. Wer zahlt?

Die Bevölkerung. Wer stört sich daran? Nun. Bislang finden die Menschen keinen Rahmen, in dem die erlittenen Verletzungen gedeutet werden können. Wir müssen hier eine Artikulationsmöglichkeit schaffen, die deutlich macht, was verändert werden muss. Wenn wir in einem keynesianischen Moment leben, gibt es dann eine linke Version des Keynesianismus?
Marxistisches und keynesianisches Denken liegen vielfach im Widerstreit – »das ist keynesianisch« gilt oft als Synonym für »falsch«. Wir müssen überlegen, wie wir den keynesianischen Moment nutzen und politischen Gewinn daraus ziehen können. Und mit Blick auf welches Ziel? Keynes' Auffassung war, dass die Wiederherstellung einer effektiven Nachfrage davon abhinge, dass die Arbeiterklasse auf dem Markt – nicht politisch – gestärkt würde. Das bedeutete Vollbeschäftigung, die wiederum über Arbeitszeitverkürzung erreicht werden sollte. Im Moment wird in den Medien viel über Keynesianismus diskutiert, aber darüber spricht niemand. Wenn wir aber diesen Aspekt von Keynes betonen, könnten wir sagen: Wir leiten eine großen Teil der Staatsausgaben so um, dass nicht die Banken und die Finanzinstitutionen gesichert werden, sondern nutzen es, um den Mindestlohn zu erhöhen, die Rechte der Arbeiter durch gesetzliche Verkürzung des Arbeitstages und der Wochenarbeitszeit zu erweitern. Wenn wir in all diesen Bereichen Keynesianismus voranbringen würden, könnte es gelingen, den Grund für eine andere Politik zu legen. Dafür müssen wir uns damit befassen, was derzeit die größten Schwierigkeiten zu bereiten scheint: Margret Thatcher sagte, dass sie nicht einfach die Ökonomie, sondern die Seele der Menschen verändern will. Und damit war sie verdammt erfolgreich. Die meisten von uns denken neoliberal. Am deutlichsten zeigt sich das in den Zwangsvollstreckungen: Auf die Fragen, wer für ihre Situation verantwortlich sei, was schief gelaufen sei, wer Schuld trägt, antworten Viele in den Umfragen: sie selbst. »Das war mein Fehler«, »ich hatte einen Unfall«, »ich habe meine Arbeit verloren, bin krank geworden«. Es findet sich in den bisher eingesehenen Interviews (und das ist erst ein Teil, möglicherweise müssen diese Aussagen relativiert werden) kein Hinweis darauf, dass die Menschen die Zwangsvollstreckungen als systemisches Problem denken, das auch systematisch, also durch eine Reform des Kapitalismus bearbeitet werden müsste. Das erklärt, warum die zwei, inzwischen vielleicht drei oder vier Millionen Menschen, die von Zwangsvollstreckung betroffen sind, keine politische Bewegung bilden. Sie sind einfach verschwunden. Es gibt neuerdings Organisierungsversuche, die sich als schwierig erweisen. Aber wenn diese Menschen – anders, als sie selbst es sehen – Opfer eines Klassen-Ereignisses sind, muss ein Anfang gemacht werden, um den

Verlauf der Geschichte zu ändern. Politisch kommen wir hier zurück zur Frage nach dem »Wer«. Könnten die vier Millionen Menschen, die ihre Häuser verloren haben, eine politische Kraft für einen Systemwandel bilden? Es wäre denkbar, aber sie tun es nicht. Aber wir müssen beginnen, von diesem Punkt aus das Problem öffentlich zu deuten. Anfänge sind bereits zu beobachten: kleine Bewegungen für die Besetzung verlassener Häuser und das Recht der Rückkehr der vertriebenen Familien, was enteignet worden ist. Aber solange diese kleinen Bewegungen nicht wachsen, werden wir kein »Wer« haben – und werden so auch nicht benennen können, was zu tun ist.

DIKTATUR DES STAAT-FINANZ-NEXUS

Wenn wir die Situation als keynesianischen Moment fassen, wird deutlich, dass er so genutzt werden sollte, dass die Mehrheit der Menschen davon zu profitieren beginnt, statt wie bisher die Macht der kapitalistischen Klasse zu zentralisieren. Vor fünf Jahren haben die führenden Hedge-Fond-Manager in New York Vergütungen in Höhe von 250 Millionen in nur einem Jahr erhalten – jeder von ihnen. Im letzten Jahr haben vier Hedge-Fond-Manager jeweils über drei Milliarden Dollar erhalten. Wer also denkt, die kapitalistische Klasse sei in Schwierigkeiten, möge noch einmal nachdenken. Sie verliert nicht ihre Macht, sondern diese ist stärker denn je zentralisiert. Tatsächlich sind die verbliebenen Banken und Finanzinstitutionen mächtiger als zuvor; wir erleben eine Machterweiterung dieses Wirtschaftssegments. Marx und Engels sprachen sich im Kommunistischen Manifest dafür aus, die Kreditmittel in staatlicher Hand zu konzentrieren. Allerdings waren sie davon ausgegangen, dass das in eine Diktatur des Proletariats führen würde.

Tatsächlich bewegen wir uns mit der ganzen Ökonomie auf eine Diktatur der Welt-Zentralbanken zu. Innerhalb des Staatsapparates existiert ein »Staat-Finanz-Nexus«, wie ich das nennen möchte, so dass nicht wirklich unterschieden werden kann, ob man es mit dem Staat oder der Finanzwirtschaft zu tun hat. Marx hat diese Verbindung bereits im 16. und 17. Jahrhundert ausgemacht, als sich Machthaber und Bankenfürsten über Staatsschulden untrennbar verbanden. Ich war fasziniert, wie an jenem Tag im September 2008, acht Männer in einen Raum gingen, ein paar Stunden später mit drei beschriebenen Seiten zurückkehrten und praktisch von der Regierung und der Bevölkerung der Vereinigten Staaten forderten: »Gebt uns 700 Milliarden Dollar oder die Wirtschaft wird zusammenbrechen.« Das war eine Art *coup d'état*, ein finanzieller Staatsstreich gegen Regierung und Bevölkerung der Vereinigten Staaten. Es gab viel

Streit, der Kongress war ein wenig empört, und wir erlebten einige spannungsreiche Verhandlungen. Im Grunde aber tat der Kongress nichts anderes, als die drei durch etwa 58 Seiten zu ersetzen. Die 700 Milliarden wurden überstellt.
Es bildet sich eine neue Klassenkonstellation heraus, die über enorme Macht verfügt. Es lässt sich nur schwer vorstellen, wie dieser Macht begegnet werden könnte. An jenem Tag im September verschwanden interessanterweise der Präsident und der Vize-Präsident der USA, fast alle Regierungspolitiker verschwanden von der Bühne und versteckten sich. Es waren der Finanzminister und der Vorsitzende der US-Notenbank, die das Heft übernahmen und sagten: »Wir regieren, Folgendes ist zu tun.« Das ist eine Diktatur des Staat-Finanz-Nexus, eine Diktatur des Finanzministeriums und der Zentralbank. Wir sind in der unglücklichen Situation, dass dieselben Stellen auch diesen unglaublichen keynesianischen Moment in der Art und Weise regeln, wie sie es tun – und sie haben beträchtlichen Rückhalt in den USA.
Mark Twain hat Ende des 19. Jahrhunderts gesagt, der Kongress sei immer der beste, den es für Geld zu kaufen gibt. Und es gibt tatsächlich etwas, was ich die Partei der Wallstreet nenne, die den politischen Apparat in Washington kontrolliert. Diese Wallstreet-Partei findet sich sowohl in der Demokratischen wie auch der Republikanischen Partei. Ein rechter Flügel bei den Republikanern stellt sich gegen sie, wie auch ein linker Flügel bei den Demokraten. Aber die Wallstreet-Partei regiert. Insofern haben wir eine Situation, in der die wichtigen Banker, das Finanzministerium und die Wallstreet-Partei mit der Wiederherstellung und Weiterführung der kapitalistischen Klassenherrschaft betraut sind, und sie halten dabei alle Trümpfe in der Hand.
Die Ansätze von Mobilisierungen dagegen sind populistisch und nicht klassenbezogen. Auch hier stellt sich die Frage, was wir tun. Wenden wir uns ab, weil die Bewegung nicht genug in der Klasse verankert ist oder versuchen wir, die sich aufbauende populare Wut über die Bevorzugung der Banken zu stützen und in eine stärker klassenbezogene Richtung zu lenken? M.E. befinden wir uns weltweit nicht in einer revolutionären Situation – vielleicht mit einigen Ausnahmen in Lateinamerika, und wer weiß, was in China vor sich geht –, was also ist zu tun? In welche Richtung drängen wir den Keynesianismus, diesen opportunistischen, Klassen-Keyenesianismus, der im Moment vorherrscht? Muss Keynesianismus insgesamt zurückgewiesen werden oder können wir nicht einzig fragen, welcher Keynesianismus es denn sein wird? Und zu wessen Gunsten wird er vorangetrieben? Gelingt es uns – wie es Keynes selbst gelang –, Argumente zu liefern, dass der Kapitalismus nur so zu retten ist? Es wäre nicht das

erste Mal, dass die Linke den Kapitalismus rettet. Es mag uns nicht gefallen, aber es zeigt sich, dass ein Verzicht auf diese Rettung horrende Kosten hat.
Die kapitalistische Klasse mag getroffen sein, Warren Buffet hat ein Drittel seines Vermögens verloren, aber er hat immer noch 30 Milliarden Dollar. Diejenigen, die wirklich leiden, sind die Menschen an den Rändern. Wie in Haiti: Von dort erreichen uns Nachrichten, dass die Unterernährung zunimmt, dass Menschen verhungern, weil die Rücküberweisungen aus den USA zurückgehen. Angenommen, es wurden zuvor 100 Dollar im Monat von einem Hausmädchen in New York City überwiesen, diese 100 Dollar machen einen Unterschied von Leben und Tod. Jetzt werden nur 25 Dollar im Monat überwiesen, denn die Person in New York hat ihre Stelle verloren – es sind in diesem Fall fast ausschließlich Frauen. Vor diesem Hintergrund ist nichts Gutes daran zu sehen, »das System zusammenbrechen zu lassen«. Denn die Reichen haben ihre Arche gebaut und sie können allzu leicht auf der Flutwelle treiben. Ertrinken würden diejenigen, die schon jetzt an die Ränder gedrängt sind. Es stimmt nicht, dass die Menschen in der informellen Ökonomie, in Mumbai, Haiti oder wo immer, nichts zu verlieren haben. Sie sind verletzlich. Wir müssen eine Politik entwickeln, die diesen Zustand anerkennt.
Die Frage nach dem »Was tun?« scheint mir bei weitem nicht so tiefgreifend zu sein, wie ich es in meinen revolutionären, eher theoretischeren Momenten, gerne hätte. Wenn wir nach den potenziellen Akteuren fragen, fällt auf, dass ihnen bislang eine Vision fehlt, wie Keynesianismus in eine sozialistischere Richtung zu treiben und mit einer Klassenperspektive zu verbinden wäre. Das wäre eine andere Richtung als die Bisherige, die von Partei der Wallstreet, von den Welt-Zentralbanken und der globalen Kapitalistenklasse vorangetrieben wird. Die kapitalistische Klasse ist darauf vorbereitet, das System zusammenbrechen zu lassen, um ihre Macht zu erhalten. Darauf müssen wir kollektiv antworten. Wir sollten uns nicht einbilden, dass eine Avantgarde des Proletariats oder eine besondere gesellschaftliche Gruppe existiert, die uns aus diesem Schlamassel herausführen. Die Antworten müssen wir erst entwickeln, indem wir Koalitionen und Bündnisse aufbauen, am Arbeitsplatz, im Lebensraum. Bündnisse, die sich über die vielen Differenzen spannen und die in der Lage sind, die mögliche Einheit innerhalb dieser Differenzen zu verstehen. Darauf sollten wir m.E. alle hinarbeiten. Wenn uns das nicht gelingt, wird dieser keynesianische Moment für andere Klasseninteressen genutzt werden.

Aus dem Englischen von Jan Latza

ALTERNATIVEN ZUM FINANZGETRIEBENEN KAPITALISMUS

SUSAN GEORGE

Instabile Finanzmärkte
verhalten sich nicht rational;
sie können Verlierer
in einer Größenordnung produzieren,
die die 1930er Jahre wie einen
unbedeutenden Ausrutscher
wirken lassen …
Susan George, *The Lugano Report,* 1999

Wir befinden uns heute am Scheideweg einer multiplen Krise, in deren Zentrum ein großer *crash* stattgefunden hat. Eine der sich überschneidenden Achsen ist die Krise der sozialen Ungleichheit, die sich über Jahrzehnte hinweg entwickelt hat. Seit der Machtübernahme durch die neoliberalen Regierungen von Ronald Reagan und Margaret Thatcher ist insbesondere der Anteil des Kapitals am Gesamtreichtum im Verhältnis zur Arbeit angestiegen. Arbeit machte früher fast drei Viertel des so genannten »Mehrwerts« aus; ihr Anteil ist heute auf 60 Prozent gesunken,

mit einem entsprechenden Anstieg auf Seiten des Kapitals von einem Drittel auf 40 Prozent. Das bedeutet nicht nur, dass die Reichen immer reicher werden, sondern auch, dass die Nachfrage nach ökonomischen Gütern und Dienstleistungen unter Druck gerät, da weniger Reichtum in den kollektiven Geldbeuteln der Arbeit ist.

Der unerbittliche Druck der Globalisierung auf die Gehälter der arbeitenden Bevölkerungsteile ist ein weltweites Phänomen und war ein zentraler Faktor in diesem Prozess. Er führte dazu, dass Ungleichheit überall – sowohl innerhalb der einzelnen Staaten als auch zwischen ärmeren und reicheren Ländern – rapide angestiegen ist und ein Bestandteil der durch den neoliberalen Kapitalismus hervorgerufenen systemischen Krise ist.

Eine andere Achse auf dem Weg zum *crash* ist die Ernährungskrise. Diese ist durch die ansteigende Ungleichheit verstärkt worden und erreichte ihren Höhepunkt im Herbst 2008, als sie mehrere zehn Millionen Menschen in Hunger und Armut stürzte. Die zwei Hauptgründe der Ernährungskrise waren die massive Umstellung auf biologische Treibstoffe, *Agrofuels,* sowie Finanzspekulationen; wobei der Anstieg des Ölpreises hier noch die Spekulation beförderte. Agrofuels nehmen in den USA mittlerweile ein Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche für die Nahrungsmittelproduktion ein. Die Entscheidung der EU-Kommission, sich ebenfalls in diesem Sektor bewegen zu wollen, wird ähnliche, aber weniger einschneidende Folgen haben. Das *International Food Policy Research* Institut, eigentlich eine konservative Organisation, stellt fest, dass die Nutzung von Agrofuels die Kosten für Grundnahrungsmittel um 30 Prozent erhöht hat.

Zweitens waren Finanzspekulatoren nach dem Platzen der *subprime*-Blase auf der Suche nach Investitionsmöglichkeiten, aus denen sie einen schnellen Profit zielen konnten; sie flüchteten sich in die vollständig deregulierten Warenmärkte. Als Folge davon war das Volumen dieser Märkte 20 mal höher als noch fünf Jahre zuvor. So stieg der Preis von Weizen an einem einzigen Tag um 31 Prozent. Gleichzeitig verdoppelte oder verdreifachte sich weltweit der Preis für Grundnahrungsmittel, so dass arme Menschen, die bereits mindestens 80 Prozent ihrer geringen Einkommen für Essen ausgaben, dem nicht Stand halten konnten. Aufstände in mehr als 30 Ländern waren die Folge.

Die Finanzkrise selbst ist die dritte Achse, die zur Schnittstelle der Krise führt, aber aus meiner Sicht ist die vierte Achse die gefährlichste: die ökologische Krise des Klimawandels und der Verlust an Biodiversität. Warum sollten wir diese am meisten fürchten? Weil wir uns hinsichtlich Finanzen, Ernährung und selbst bei sozialer Ungleichheit unter großen politischen Anstrengungen besinnen und noch mal von vorne anfangen, unsere Fehler korrigieren und eine erneut auftretende Krise verhindern können. Dies gilt nicht für die Umwelt: in dem Moment, in dem sich die Erderwärmung durchsetzt, ist das Spiel vorbei. Wir befinden uns an der Schwelle zu einem solchen extremen Moment, eventuell sind wir bereits darüber hinaus. Da wir es jedoch nicht genau wissen, sollten wir uns so verhalten, als hätten wir noch die Zeit, jetzt einen radikalen Versuch zu

unternehmen, die Bürde zu reduzieren, die wir unserem unglückseligen Planeten auferlegen.

Ich möchte im Folgenden dafür eintreten, dass der beste Weg, die Krisen der Ungleichheit, der Ernährung und der Finanzen zu überkommen, der ist, sich auf die ökologische Krise zu konzentrieren, weil uns diese die größte Hoffnung bietet, der gegenwärtigen Situation durch ein ökologisches Transformationsprogramm zu entkommen. Mein Traum wäre, die Welt einen von reichen Ländern angeführten Wandel zu einer fossil- und treibstoffarmen Ökonomie durchlaufen zu sehen, der vergleichbar ist mit der Transformation, die die USA in den frühen 1940er Jahren durchlaufen hat, als sie sich verändert hat, um den zweiten Weltkrieg zu gewinnen.

Bei einem solchen *crash*-Programm könnte es hilfreich sein, die Banken zu zwingen, diese Aufgabe zu finanzieren, aber selbst wenn das erfolgreich wäre, wäre es nicht genug. Wir benötigen zusätzlich massive *öffentliche* Ausgaben und wissen bereits im Vorhinein, dass unsere gegenwärtigen Regierungen sofort antworten werden, dass sie nicht über ausreichend Geld verfügen, um solch ein Vorhaben anzugehen. Die Linken haben hierzu einige Antworten gegeben. Über Jahre hinweg haben wir diese immer wieder vorgestellt und rein technisch gesehen könnten sie umgesetzt werden. Ohne in die Details gehen zu können, aber unstrittig ist, dass es keinerlei technischen Probleme gibt – hinsichtlich umweltfreundlicher Lösungen oder finanzieller Modelle –, die nicht bezahlt werden könnten. Wir befinden uns nicht in einer Utopie sondern in einem gut vermessenen Terrain. Sicherlich, manche ökologische Lösungsmodelle sind ein wenig kostenintensiver als fossile Treibstoffe – insbesondere bei dem heutigen niedrigen Ölpreis – aber die Preise für gesellschaftliche Alternativen können deutlich gesenkt werden, wenn diese massenhaft produziert würden und die Forschung in den relevanten Wissenschafts- und Technologiezweigen angemessen unterstützt würde. In der Zwischenzeit sollten öffentliche Subventionen die Differenzen ausgleichen, so dass alternative Modelle auch ökonomisch attraktive Optionen werden. Auf diese Weise können viele neue Arbeitsplätze geschaffen, der Wohlstand erhöht und Umweltverschmutzung reduziert werden. Diese finanziellen Krisenlösungsmodelle bedürfen ebenfalls keiner neuen Überlegungen, sondern lediglich einiger Softwarecodes und eines großen politischen Willens. Was sollte jenseits einer Kontrolle der Banken auf der öffentlichen Agenda stehen?

Einige Anregungen:

Besteuert die höheren Einkommen. Die meisten Regierungen, die dem neoliberalen Credo folgen, haben kontinuierlich die Besteuerung ihrer vermögendsten Bevölkerungsteile reduziert, unter dem Vorwand, dass diese Menschen die primären Erzeuger von Wohlstand und Wachstumsmotoren seien. Dies ist eine Lüge – die Reichsten haben bereits fast alles, was sie brauchen, so dass sie ihr Geld in verschiedene Märkte einlegen oder es mit der Hoffnung auf große Rückflüsse Leuten wie Bernard Madoff geben können. Es ist an der Zeit, die abgestufte Einkommenssteuer wieder aufzugreifen und die Erbschaftssteuer wieder einzuführen. Dies ist eine Maßnahme



Cancun nach dem Hurrikan,
Foto: Harry Thomaß

auf nationalstaatlicher Ebene, deren Wiedereinführung einfacher umzusetzen ist als die internationalen Maßnahmen, die nun folgen. Besteuert internationale finanzielle Transaktionen inklusive Währungstransaktionen. Besonders ATTAC hat seit der Gründung vor zehn Jahren immer wieder internationale Besteuerungssysteme eingefordert. Die von 14 Staaten übernommene Steuer auf Flugtickets ist hier zwar nur ein Tropfen auf den heißen Stein, aber sie zeigt, dass internationale Besteuerungen grundsätzlich möglich sind. Eine Steuer von einem Basispunkt oder von einem Tausendstels würde niemandem wehtun. Abhängig vom Umfang der Transaktionen – im Währungshandel betrugen diese vor der Krise mehr als drei Milliarden Dollar pro Tag – könnten sie mehrere zehn Milliarden Dollar einbringen. Diese könnten in öffentliche Vermögensfonds zu Unterstützung ökologischen Transformation eingelegt werden. Erlasst die Schulden des Südens. Die G7 beraten über diese Angelegenheit seit über zehn Jahren, sind aber nie über einen 20-prozentigen Schuldenerlass für die ärmsten Länder hinausgegangen. Es ist nun an der Zeit zu handeln; wobei darauf hingewirkt werden sollte, dass sich die Länder, die einen Schuldenerlass erhalten, im Umweltschutz engagieren, an den Maßnahmen zur Wiederaufforstung, zum Schutz der Biodiversität sowie anderen Umweltprogrammen beteiligen. Die afrikanischen Eliten der Länder der Subsahara haben sich zwischen Mitte der 1970er Jahre und 2004 über 420 Milliarden Dollar angeeignet und diese in Steueroasen des Nordens angelegt. Daher sollte der Schuldenerlass von externen, unabhängigen Prüfern begleitet

werden. Wünschenswert wäre auch, dass die Regierungen verpflichtet werden, Wahlen abzuhalten, so dass sich die Bevölkerungen an einem nationalen Rat beteiligen können, dessen Ziel es wäre, Geldströme nachzuverfolgen und dabei sicher zu stellen, dass das Geld in einem angemessenen Sinne verwendet wird.

Schließt Steueroasen. Viele namhafte Menschen haben das bereits empfohlen, während sich der Vatikan stark dagegen ausgesprochen hat. Meine britischen Freunde sagen, dass Gordon Brown eventuell sogar akzeptieren würde, dass einige Offshore-Oasen geschlossen werden, sicherlich betrifft dies aber nicht die vielen britischen Oasen wie Jersey. Doch der Druck hat sich erhöht. Mindestens die Hälfte des Welthandels läuft über eine oder mehrere Steueroasen; wir wissen, dass reiche Einzelpersonen und transnationale Unternehmen Steuerzahlungen von mindestens 250 Milliarden Dollar umgangen haben. Das wird so bleiben, solange sie von nationalstaatlichem Recht unangetastet bleiben.

Kontrolliert transnationale Unternehmen. Neben ihren Anstrengungen, Steueroasen maximal auszunutzen, sind transnationale Unternehmen aktiv in der Transferpreissetzung, um die von ihnen bezahlten Steuern auf einem absoluten Minimum zu halten. Die Herstellung eines Handys schließt – ob in Wirklichkeit oder nur fiktiv – mehr als zwei Dutzend Länder ein. Jede Transaktion, sei sie materiell (wie der Ankauf der einzelnen Komponenten) oder immateriell (wie Kauf der Werbung oder Bankdienstleistungen), eröffnet die Möglichkeit, Preise und dadurch auch Steuerzahlungen zu manipulieren. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst and Young, die darauf zielt, bei diesen Manipulationen zu helfen, schreibt: »Die Transferpreissetzung betrifft fast jeden Aspekt eines transnationalen Unternehmens und kann seine weltweiten Steuerpflichten grundlegend beeinflussen. Unsere […] Angestellten unterstützen transnationale Unternehmen dabei, Transferpreisstrategien, Lösungen für effektive Steuersätze und kontroverse Managementansätze zu entwickeln, die am besten zu ihren Unternehmenszielen passen.« Wir sollten eine Debatte darüber eröffnen, wie diese Unternehmen betrügen, und beleuchten, wie Ernst and Young und ihre Kunden ihre Managementmethoden anwenden, um uns zu begegnen. Diesbezüglich ist es wichtig zu wissen, dass in der linken Ökonomiediskussion eine »einheitliche Profitsteuer« für transnationale Unternehmen vorgeschlagen wird, die diesem Missbrauch ein Ende setzen könnte. Diese Steuer erfordert, dass transnationale Unternehmen ihre Verkaufszahlen, Profite, Angestelltenzahlen und in jeder Verwaltungseinheit bezahlten Steuern veröffentlichen. Sie würde auf einen Blick zeigen, wenn die Unternehmen betrügen.

Emission von europäischen Staatsanleihen für öffentliche Aufgaben, besonders öffentlichen Transport. Erstaunlicherweise weigert sich die europäische Zentralbank (EZB) im Unterschied zu allen anderen Zentralbanken, Staatsanleihen für die Verbesserung der europäischen Infrastruktur auszugeben. Solche *Eurobonds* würden mit höchster Bonität (AAA-Investments) gehandelt werden und uns in die Lage versetzen, umweltfreundliche Schienen- und Wassertransportnetzwerke

sowie europaweite Programme zur Begünstigung alternativer Energien zu entwickeln. Die Unabhängigkeit der EZB ist daher ein zentrales Hindernis für die ökologische Transformation in Europa.

Und was ist mit den Bretton-Woods-Institutionen und der WTO, deren glorreiche Zeiten die G20 Staaten wieder hergestellt sehen möchten? Die Welt braucht internationale Institutionen, aber nicht die, die wir jetzt haben. Hier schlage ich vor, zu Keynes zurückzugehen. Sein Vorschlag einer internationalen Handelsorganisation – die nach seinem Tod in die Havana Charta von 1947 eingegangen ist – wäre ein sehr viel besserer Ansatzpunkt für das internationale Handelsrecht gewesen als es die WTO war, in der nicht ein Wort über Arbeitsrechte oder die Umwelt verloren wird. Die von Keynes entwickelte internationale Währung Bancor hätte die abgrundtiefen Schulden und astronomisch hohen Handelsüberschüsse verhindern können, die wir heute erleben. Diese Währung hätte auch die Schuldenkrise der Dritten Welt vermeiden können, so dass der internationale Weltwährungsfonds (IMF) und die Weltbank kein Einfallstor für ihre tödlichen Politiken gehabt hätten. Nach 65 Jahre müssen aber auch Keynes' Ideen entstaubt und für die gegenwärtige Lage aktualisiert werden. Wir brauchen dringend ein neues internationales System, das die Vereinten Nationen leider nicht bereitstellen können.

Jetzt, kurz vor dem Schluss, ahne ich den Einwand: »Sie hat uns noch nicht gesagt, wie wir den Kapitalismus überwinden sollen, und der Kapitalismus ist doch das eigentliche Problem.«

Sie haben auf beiden Ebene Recht – er *ist* das eigentliche Problem und ich *weiß keinen* Königsweg, um ihn zu überwinden.

Ich glaube, dass die Zukunft an verschiedenen Orten unterschiedlich sein wird und sein soll, und wenn nur auf Grund von geographischen, kulturellen und einer Reihe anderer Faktoren, die jeder Gesellschaft eigen sind. Der zentrale Punkt ist für mich jedoch, dass der Prozess dahin – unabhängig vom Ergebnis – ein demokratischer sein muss. In anderen Worten: Demokratie sollte sowohl das Mittel als auch das Ziel sein.

Zum jetzigen Zeitpunkt würde ich mich mit ein bisschen weniger Selbstgefälligkeit und ein bisschen mehr Mut zufrieden geben. Der Großteil der gegenwärtigen Politik wirkt auf mich gleichzeitig betäubt und betäubend, ist viel zu technisch, zu unverständlich und daher für viele unattraktiv, manchmal sogar Angst machend, selbst bei Obama. Wir brauchen einen neuen »Mythos«, eine neue große Erzählung, einen weltweiten Aufschrei, in dem mitschwingt »Yes, we can« – »Ja, die Menschheit kann das schaffen«, alle brauchen diesen Planeten. Ja, wir können und wollen an diesem Punkt der Geschichte handeln, auch wenn uns die Geschichte das schwierigste Blatt in der langen Entwicklung der Menschheit in die Hand gegeben hat. Wir haben keine andere Wahl, als dieses Blatt zu spielen.

Aus dem Englischen von Lars Bretthauer

Der Beitrag beruht auf der Auftaktrede, die anlässlich der internationalen Konferenz *»Linke Auswege aus der Krise – ökonomische und soziale Perspektiven«*, ausgerichtet von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Fraktion Die Linke im Bundestag, am 20. März 2008 in Berlin gehalten wurde.

GLOBALE SOZIALDEMOKRATIE

GRENZEN

EINER KAPITALISTISCHEN

ANTWORT

WALDEN BELLO

Der Zusammenbruch der Globalisierung und außer Rand und Band geratene deregulierte Märkte haben die den modernen Kapitalismus stützende neoliberale Metaphysik gründlich diskreditiert – wiewohl sie sich sicherlich noch an einigen Rückzugsgefechten beteiligt.

Im Establishment herrscht Panik und Durcheinander und das flaue Gefühl, dass alles noch schlimmer wird, bevor es wieder besser wird. Wenn selbst keynesianisches Deficit-Spending und eine Lockerung der Geldpolitik kaum Wirkung zu zeitigen vermögen, wird die schwindende Relevanz von alten neoliberalen Einrichtungen wie IMF, WTO und die G20 deutlich. Den intelligenteren Intellektuellen des Establishments wird zunehmend bewusst, dass wir uns gerade erst am Anfang eines globalen Absturzes befinden. Der beste Vergleich, der mir zur Weltwirtschaft einfällt, ist der mit einem deutschen U-Boot, das im Zweiten Weltkrieg von der Wasserbombe eines britischen Zerstörers getroffen wurde und jetzt

rasch auf den Grund des Ozeans sinkt. Einmal dort unten angekommen, vermag keiner zu sagen, ob es der Besatzung gelingen wird, das U-Boot wieder zum Auftauchen zu bringen. Wird sie es schaffen, komprimierte Luft in die beschädigten Ballasttanks zu pumpen und wieder aufzutauchen? Kann das keynesianische Instrument der Reflation, der Konjunkturbelebung heute noch funktionieren? Die kritischen Theoretiker des Kapitals, unter ihnen Martin Wolf und Paul Krugman, halten keine Wetten darauf.

Zweierlei kann als sicher gelten: Neoliberale Herangehensweisen sind durch und durch diskreditiert. Und: Nicht vorher bestehende ideologische Grenzziehungen werden diejenigen diskreditieren, die dieses System retten wollen, sondern die Tatsachen.
Das Handeln der der Obama-Regierung bedeutet einen klaren Bruch mit dem Neoliberalismus. Fraglich ist, wie entschieden und endgültig der Bruch sein wird. Indes betreffen andere Fragen das Wesen des Kapitalismus selbst. Werden Verstaatlichungen, staatliche Interventionen und Kontrolle nur zur Stabilisierung des Kapitalismus eingesetzt, um die Kontrolle anschließend den unternehmerischen Eliten wieder zu übergeben? Werden wir eine zweite Runde des keynesianischen Kapitalismus erleben, in dem staatliche und unternehmerische Eliten gemeinsam mit der Arbeitnehmerschaft eine Partnerschaft ausarbeiten, die auf Industriepolitik, Wachstum und hohen Löhnen gründet – dieses Mal allerdings mit einem grünen Anstrich? Oder werden wir die Anfänge eines grundlegenden Wandels der wirtschaftlichen Eigentums- und Kontrollverhältnisse erleben, die von weiten Bevölkerungskreisen gut geheißen werden? Die innere Reformfähigkeit des globalen kapitalistischen Systems ist begrenzt. Aber zu keinem Zeitpunkt des letzten halben Jahrhunderts schienen die Grenzen flüssiger.

Gegenwärtig stehen massive Konjunkturprogramme auf der Tagesordnung. Für Neoliberale ein Gräuel. Uneinigkeit gibt es bei den Eliten des Nordens nur noch hinsichtlich der Frage, wie groß die Konjunkturprogramme sein müssen, um das U-Boot wieder flott zu machen. Diesbezüglich ist Obama zum Super-Keynesianer geworden. Die Verstaatlichung der Banken – eine weitere vom Neoliberalismus verurteilte Maßnahme – ist ebenfalls in voller Fahrt. Uneinig zeigen sich die Eliten in der Frage, in welchem Ausmaß die Regierung ihre Kontrollbefugnisse als Mehrheitsaktionärin ausüben wird und ob sie die Kontrolle über die Banken nach Ende der Krise wieder in private Hände legen wird. Die Reprivatisierung ist keine im Voraus beschlossene Sache. Darüber werden die Tatsachen vor Ort entscheiden. Denn die Frage, vor der die staatlichen Verwalter des Kapitalismus stehen, ist nicht so sehr, ob die Lösungen noch zu einer diskreditierten Doktrin passen, sondern vielmehr, was zu tun ist, um den Kapitalismus zu retten.

Jenseits von Deficit-Spending und Verstaatlichung wird es innerhalb des Establishments in zunehmendem Maße eine Debatte geben, ob man weiterhin den Weg der – wie ich es nennen möchte – »Globalen Sozialdemokratie« (GSD) beschreiten soll, um auf das dringliche kapitalistische Bedürfnis

nach sowohl Stabilität als auch Legitimität zu reagieren.

Schon vor dem vollen Ausbruch der Finanzkrise wurde die GSD von ihren Anhängern als Alternative zur neoliberalen Globalisierung und in Reaktion auf die von ihr verursachten Verwerfungen ins Spiel gebracht, etwa vom britischen Premierminister Gordon Brown, der in Europa als erster mit einer Teilverstaatlichung der Banken auf den Finanzzusammenbruch reagierte. Brown, der gemeinhin als Vater der Make Poverty History-Kampagne gilt, hatte noch als Finanzminister einen Kapitalismus vorgeschlagen, der auf einer Verbindung von staatlichen Institutionen und Markteinrichtungen beruht und auf globaler Stufenleiter das wiederholen sollte, was Franklin Roosevelt für die nationale Wirtschaft geleistet habe: »Von den Segnungen des Marktes zu profitieren und dabei seine Exzesse in Schach zu halten.« Es müsse ein System sein, das »sich sämtliche Vorteile globaler Märkte und Kapitalflüsse zunutze macht, das Risiko von Störungen minimiert, die Chancen Aller maximiert und die Schwächsten unterstützt. Es geht um die Etablierung einer internationalen Wirtschaft, die öffentliche Anstrengungen und hohe Ideale kennt«. Unter anderem die Ökonomen Jeffrey Sachs, George Soros, der frühere UN-Generalsekretär Kofi Annan, der Soziologe David Held, Nobelpreisträger Joseph Stiglitz und selbst Bill Gates schlossen sich an. Im Detail unterscheiden sich ihre Positionen. Gemeinsame Grundlage ihrer Sichtweise aber ist: eine reformierte soziale Ordnung ins Leben zu rufen und den ideologischen Konsens für den globalen Kapitalismus neu zu beleben.

Unter den grundsätzlichen Vorschlägen, die von Anhängern der GSD vorgebracht werden, finden sich:

- Aufs Ganze gesehen ist die Globalisierung für die Welt von Vorteil; die Neoliberalen haben sich bei der Durchführung ihrer Aufgabe schlicht als Stümper erwiesen und konnten die Öffentlichkeit nicht für sich gewinnen.
Es ist dringend geboten, die Globalisierung vor den Neoliberalen zu retten, weil Globalisierung ein umkehrbarer Prozess ist, der bereits in eine Phase der Umkehr eingetreten sein könnte.
- Zunehmende Ungleichheit ist keine unabdingbare Begleiterscheinung wirtschaftlichen Wachstums;
- die notwendige Förderung des Handels muss sozialen und ökologischen Vorgaben genügen;
- Unilateralismus ist zu vermeiden. Multilaterale Institutionen und Abkommen müssen erhalten, gleichzeitig aber grundlegend reformiert werden;
- globale soziale Integration, bzw. die Verminderung von Ungleichheit innerhalb eines Landes und über Landesgrenzen hinweg, muss mit der globalen Marktintegration einher gehen.
- Die Schulden der Entwicklungsländer müssen weltweit erlassen oder radikal reduziert werden, damit die sich daraus ergebenden Einsparungen zur Förderung der heimischen Konjunktur genutzt werden können, was zur globalen Reflation beiträgt;
- Armut und Schädigung der Umwelt sind derart schwerwiegend, dass im Rahmen der »Millenniums-Entwicklungsziele« ein massives Hilfsprogramm bzw. ein »Marshallplan« von Nord nach Süd einzurichten ist;

- durch großflächigen Einsatz genetisch veränderter Saaten muss insbesondere in Afrika eine »Zweite Grüne Revolution« auf den Weg gebracht werden.
- Große Investitionen müssen getätigt werden, damit die globale Wirtschaft eine umweltverträglichere Richtung einschlägt. Dabei kommt der Regierung eine führende Rolle zu (»Grüner Keynesianismus« oder »Grüner Kapitalismus«).

DIE GRENZEN DER GLOBALEN SOZIALDEMOKRATIE

Der GSD ist kein hohes Maß an kritischer Aufmerksamkeit zuteil geworden, was vielleicht damit zu erklären ist, dass viele Fortschrittliche – ähnlich wie die französischen Generäle zu Beginn des Zweiten Weltkriegs – noch immer in den letzten Kampf verwickelt sind, d.h. den Kampf gegen den Neoliberalismus. Eine kritische Auseinandersetzung mit der GSD ist dringend erforderlich, nicht nur weil sie wahrscheinlich auf den Neoliberalismus folgt. Wichtiger ist, dass die GSD – auch wenn sie einige positive Elemente enthält – ebenso wie die alte Sozialdemokratie keynesianischer Prägung eine ganze Reihe problematischer Züge aufweist.

Erstens teilt die GSD die positive Einstellung des Neoliberalismus zur Globalisierung und hebt sich hauptsächlich durch das Versprechen ab, die Globalisierung besser als die Neoliberalen umzusetzen. Globalisierung – das ist die rasche Integration von Produktion und Märkten, allerdings begleitet von effektiven Regulierungsmaßnahmen. So beschreibt es der EU-Generaldirektor für Wirtschaft und Finanzen, Jan Koopman, der sich selbst als Keynesianer sieht. Dies läuft jedoch auf die Aussage hinaus, allein durch die Hinzufügung eines regulativen Moments, kombiniert mit dem Aspekt »globaler sozialer Integration«, könne ein in sozialer und ökologischer Hinsicht von Haus aus zerstörerischer und kontraproduktiver Prozess annehmbar und akzeptabel werden. Die GSD geht davon aus, dass die Menschen tatsächlich Teil einer funktionell integrierten globalen Wirtschaft sein wollen, in der die Grenzen zwischen dem Nationalen und Internationalen verschwunden sind. Aber wären sie nicht lieber Teil einer Wirtschaft, die staatlicher Kontrolle untersteht und in der die jähen Launen der globalen Wirtschaft abgefedert werden?

Zweitens teilt die GSD das neoliberale Vertrauen in den Markt als den grundlegenden Mechanismus für Produktion, Distribution und Konsumtion. Hiervon hebt sie sich im Grunde nur ab, indem sie für staatliche Eingriffe im Falle von Marktversagen plädiert.

Drittens handelt es sich bei der GSD nicht um ein partizipatorisches Projekt, in dem Initiativen von unten nach oben durchsickern, sondern um ein technokratisches Vorhaben, mit Experten, die Reformen aushecken, um sie dann der Gesellschaft zu otroyieren.

Viertens: Während die GSD kritisch zum Neoliberalismus steht, akzeptiert sie die Rahmenbedingungen des Monopolkapitalismus. Seine Grundlage ist die konzentrierte private Kontrolle über die Produktionsmittel. Er gelangt zu Gewinnen, indem er der Arbeit auf ausbeuterische Weise Mehrwert entzieht und durch seine Tendenz zur Überproduktion

von Krise zu Krise schlingert, wobei er die Umwelt auf der Suche nach Gewinnen bis an die Grenze ihrer Belastbarkeit beansprucht. Wie schon der herkömmliche Keynesianismus auf nationaler Stufenleiter, strebt die GSD in der globalen Arena einen neuen Klassenkompromiss an, der von neuen Methoden zur Eindämmung oder Minimierung der kapitalistischen Krisenanfälligkeit flankiert werden soll. In eben der Weise, in der schon die alte Sozialdemokratie und der New Deal den nationalen Kapitalismus stabilisierten, fällt auch der Globalen Sozialdemokratie die historische Funktion zu, die Widersprüche des modernen Kapitalismus zu glätten und ihn nach Krise und Chaos, die der Neoliberalismus hinterlassen hat, erneut zu legitimieren.

Die GSD läuft wesentlich auf gesellschaftliche Steuerung hinaus. Der Linken geht es um gesellschaftliche Befreiung. Der GSD geht es um technokratisches Management, der Linken um eine partizipatorische Demokratie bis auf die Ebene von Wirtschaftsunternehmen hinunter. Der GSD geht es um eine Neuordnung des Monopolkapitalismus nach dem Vorbild des alten Keynesianismus, dieses Mal jedoch auf globaler Ebene. Der Linken geht es im Hinblick auf die Eigentumsverhältnisse um die Einrichtung eines postkapitalistischen Systems. Der GSD geht es um eine Vervollkommnung der Globalisierung. Das Anliegen der Linken ist die Ent-Globalisierung. Für die GSD liegt die Zukunft in einem Grünen Kapitalismus. Die Linke sieht in der Ent-Kapitalisierung eine Vorbedingung für eine globale, ökologisch verträgliche gesellschaftliche Organisation.

Wie Brasiliens Präsident Lula, ist auch Obama sehr gut darin, unterschiedliche politische Diskurse rhetorisch zu überbrücken. Er ist ein »unbeschriebenes Blatt«, was Wirtschaft angeht. Wie schon Franklin D. Roosevelt ist er nicht den Formeln des *ancien regime* verpflichtet. Wie Lula und FDR ist er ein Pragmatiker, dessen wichtigstes Kriterium der Erfolg beim Sozialmanagement ist. Damit ist er auf einzigartige Weise geeignet, dieses ambitionierte Reformunternehmen zu leiten. Wir stehen nicht nur vor der Aufgabe, die positiven und wohlstandsförderlichen Aspekte des GSD-Programms zu unterstützen und dabei denen zu widersprechen, die eine Restabilisierung des Kapitalismus betreiben. Noch wichtiger ist es, Wege zu finden, wie wir uns mit unserem Vorhaben von dem der GSD absetzen können, und die Menschen für unsere strategische Vision und unser Programm gewinnen können.

DIE GEFAHR VON RECHTS

Indes reduziert sich die Entscheidung, vor der wir in nächster Zeit stehen, nicht auf diejenige zwischen der Linken und der Globalen Sozialdemokratie. Es ist eine Reaktion vorstellbar, die – zumindest ihrer Rhetorik nach – in wirtschaftlicher Hinsicht anti-neoliberal wäre, populistisch in ihrer Sozialpolitik, jedoch ausgrenzend in ihrer Politik. Eine solche privilegierte Solidarität wird z.T. bereits im politischen Ansatz von Nicolas Sarkozy in Frankreich sichtbar. Er erklärte den Laissez-Faire-Kapitalismus für tot und schuf einen strategischen Investmentfond in Höhe von 20 Milliarden Euro, um technologische Innovationen zu fördern und dafür zu sorgen, dass



»Einstürzende Neubauten« 2009, Foto: www.tranquillium.com

führende Technologien in französischer Hand bleiben und Arbeitsplätzen erhalten werden. »Was bleibt von der französischen Wirtschaft, sollten wir eines Tages keine Züge, Flugzeuge, Autos und Schiffe mehr bauen?«, fragte er rhetorisch. »Erinnerungen. Ich werde Frankreich nicht einfach in ein Urlaubsparadies verwandeln.« Diese Art aggressiver Industriepolitik zielt darauf, Schlüsselsektoren der kapitalistischen Klasse Frankreichs zu stützen. Und die Vereinnahmung der traditionellen weißen Arbeiterklasse kann mit der ausgrenzenden Anti-Immigranten-Politik Hand in Hand gehen, mit der der französische Präsident in Verbindung gebracht wird.

Dabei ist Sarkozys konservativer Populismus noch relativ gemäßigt. Es gibt radikalere Formen, die bereits in den Startlöchern stehen. Beispielsweise die bei Wahlen erfolgreiche Anti-Moslem-Bewegung von Gerd Wilders in den Niederlanden. Ähnliche Bewegungen gibt es überall in der industrialisierten Welt und in den Entwicklungsländern. Meine große Sorge ist, dass sie im Zuge der aktuellen Krise ihren

Durchbruch erleben und eine entscheidende Bedeutung erlangen könnten.

Alles wird noch schlimmer kommen, bevor es wieder besser wird. Und die globale Krise ist nicht etwas, was auf technokratischem Wege zu einer weichen Notlandung gebracht werden könnte. Sollte die Globale Sozialdemokratie mit ihrem Versuch scheitern, den Kapitalismus wiederzubeleben, und die Linke sich als unfähig erweisen, mit einer Vision und einem Programm hervorzutreten, die von Gleichheit, Gerechtigkeit und partizipatorischer Demokratie geprägt sind, durch die sich die Menschen in Zeiten einer tief gehenden und lang andauernden Krise angesprochen fühlen, so werden andere Kräfte auftreten, um das Vakuum zu füllen, wie sie es bereits in den 1930er Jahren getan haben. Wenn wir heute von Luxemburg, Gramsci und Lenin noch etwas lernen können, so ist es dies, dass guter Wille, Werte und eine Vision allein nicht ausreichen. Letztlich entscheidend ist die Politik im Sinne einer mächtigen Vision, eine effektive Strategie zur Bildung von Bündnissen und eine flexible Taktik zur Bildung einer kritischen Masse, um auf parlamentarischer und außerparlamentarischer Ebene an die Macht zu gelangen. Wenn wir das Vakuum nicht füllen, werden wir verlieren – und das können wir uns nicht leisten.

EIN WECKSIGNAL FÜR PROGRESSIVE

Während die Fortschrittlichen in einen umfassenden Krieg gegen den Neoliberalismus eingebunden waren, hielt reformistisches Denken in kritische Kreise des Establishments Einzug. Für die Linken geht es nicht einfach darum, von der Kritik zu politischen Rezepten überzugehen und die Grenzen des bisherigen Denkens, das noch vom Sieg des Neoliberalismus über den Staatssozialismus geprägt ist, zu überwinden. Aufs Neue muss nach gesellschaftlichen Formen gesucht werden, die sich an Zielen der Gleichheit und einer partizipatorisch-demokratische Kontrolle der nationalen wie internationalen Wirtschaft orientieren. Dies sind Grundvoraussetzungen für die gemeinschaftliche und individuelle Befreiung und – für eine ökologische Stabilisierung.

Für diese Ziele müssen wir kämpfen. Und dazu müssen wir nicht nur die Köpfe der Menschen erreichen, sondern auch ihre Herzen. Unsere Gegner sind einerseits die technokratischen Pläne zur Restabilisierung des Kapitalismus auf Seiten der Globalen Sozialdemokratie. Andererseits haben wir es mit einem nationalistischen und fundamentalistischen Populismus zu tun. Ideen reichen nicht. Entscheidender ist, wie unsere Ideen, Werte und Visionen umgesetzt werden in Strategie und Taktik, die demokratisch siegen können. Wir müssen weg vom Ökonomismus, auf den sich die globale Linke in der Phase des Neoliberalismus reduziert sah. Kurz, die Politik muss wieder das Sagen haben.

Der Beitrag beruht auf der Abschlussrede anlässlich der internationalen Konferenz »*Linke Auswege aus der Krise – ökonomische und soziale Perspektiven*«, ausgerichtet von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Fraktion Die Linke im Bundestag, am 21. März 2008 in Berlin.

DIE KRISEN DER WESTLICHEN ZIVILISATION

ANTWORTEN AUS DEM SÜDEN

YASH TANDON

Wir befinden uns in einer neuen historischen Phase. Die Jahre der westlichen Hegemonie neigen sich schnell dem Ende zu. Jahrelang zwang der Westen den Regierungen und Bevölkerungen im Süden seinen Willen auf: mittels Institutionen wie dem Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank (WB), den regionalen Banken und der Agenturen von IWF/WB im Süden, der Welthandelsorganisation (WTO), und der Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO).

Als herausragenden Erfolg dieser westlichen Offensive akzeptierten die meisten Regierenden des Südens, wie auch die Regierungskräfte nach 1989 in Russland, den »Triumph« der westlichen Ideologien und westlichen Methoden. Nun werden jedoch westliche Ideen und Ideologien nicht nur im Süden, sondern auch in den Ländern des Nordens in Frage gestellt.

Die Frage für uns alle lautet: Was nun?

BLINDE FLECKEN DER ANTWORTEN DES WESTENS AUF SEINE DROHENDE ZIVILISATORISCHE KRISE

Die Regierungen im Westen (und nun sitzen einige der Regierenden des Südens mit ihnen am runden Tisch bei den so genannten G20-Treffen) haben das Ausmaß der Krise und den Ernst der Lage noch nicht ausreichend zur Kenntnis genommen. Die Feuerwehrmaßnahmen der US- und EU-Regierungen wie etwa die Rettungskäufe von Banken, Staatsverschuldung und andere antizyklische Maßnahmen, kratzen kaum an der Oberfläche der Krise. Die gegenwärtige Krise ist weder ein konjunkturelles Phänomen, noch eine bloß vorübergehende »Rezession«, die in einigen Jahren »bewältigt« sein wird. Die Krise ist tief in der eigentlichen Grundstruktur der kapitalistischen Produktion und Verteilung verwurzelt. Es ist eine duale, sozialökonomische und ökologische Krise der westlichen Zivilisation als solcher: Überausbeutung, zunehmende Ungleichheiten, Hunger und Energiekrise, Zerstörung der Subsistenzwirtschaft, Krieg sowie globale Flüchtlingsbewegungen, die nicht an den Toren der westlichen Zivilisation halt machen werden, Produktion so genannter *failed states* und – der entscheidende Punkt – Zerstörung unserer Umwelt und damit der Lebensgrundlagen von Milliarden Menschen. All dies ist nicht neu, sondern ein mindestens 150 Jahre währender Prozess.

Jene, die sich nun auf der Suche nach »Antworten« auf die gegenwärtige Krise an Keynes wenden (»Wir sind heute alle Keynesianer«), sollten nüchtern daran erinnert werden, dass der Keynesianismus eine Antwort auf das Empire in der Krise darstellte, und er erfüllte 50 Jahre lang seinen Zweck. Er ist jedoch am Ende seiner Mission angelangt. Jedenfalls vermag der Keynesianismus nur oberflächliche Aspekte einer Krise anzusprechen. Die Keynesianer sprechen davon, die Regulierungsfunktion des Staates wieder herzustellen, und vergessen angesichts der allzu weit verbreiteten Rede von der »Gier« der Konzernmanager, dass der kapitalistische Staat stets beteiligt war.

Alle Antworten auf die vielfachen Krisen im Westen sind kurzsichtig und egoistisch, nationalistisch orientiert. Beispielsweise der Versuch, die Migration aus dem Süden aufzuhalten, eine Maßnahme, die auch in der westlichen Bevölkerung Unterstützung findet, insbesondere bei den Arbeiterklassen. Persönlich finde ich diese Reaktion seitens der westlichen Öffentlichkeit und Arbeiter nachvollziehbar – mit Ausnahme der brutalen und rassistischen Äußerungen. Die Angelegenheit muss jedoch ins rechte Licht gerückt werden. Die gesamte Menschheitsgeschichte kann als Geschichte der Migration von Menschen aus ressourcenärmeren zu ressourcenreicheren Ländern und von kriegerischen zu relativ friedlichen Umgebungen gelesen werden. Das ist nichts Neues. Neu an der gegenwärtigen Epoche ist, dass die Migration der Menschen von Norden nach Süden, wie auch zwischen Norden und Norden möglich ist, jedoch die Migration zwischen dem Süden und dem Norden (und auch von Süden nach Süden) wesentlich durch Grenzkontrollen, Stacheldraht, Polizeipatrouillen und abgeschottete Flüchtlingslager blockiert ist.

VORSCHLÄGE FÜR ANTWORTEN DER PROGRESSIVEN KRÄFTE IM SÜDEN UND NORDEN

Wie können die fortschrittlichen Kräfte im Süden und im Norden diesen Herausforderungen begegnen? Nachfolgend werden einige Ideen aufgeführt, die weiterer Diskussion und Überlegungen bedürfen.

Seit der theoretischen Abhandlung von Marx haben wir hinsichtlich real existierender sozialistischer Experimente beträchtliches Wissen angehäuft. Die Erfahrungen in der Sowjetunion, China, Vietnam und Kuba sollten zusammengefasst werden, um aus ihren Schwächen und Stärken zu lernen.

Es ist wichtig, Erfolge der Massen in den Kämpfen im Süden wie auch im Norden in den letzten 120 Jahren anzuerkennen. Diese Erfolge können nicht klein geredet werden. Die Kämpfe um Demokratie und für eine gerechte Verteilung des Wohlstands der Nationen, die Kämpfe für Menschenrechte einschließlich der Rechte von Frauen, Kindern und *indigenas*, die Kämpfe gegen Gewalt und Krieg – all diese müssen zur Kenntnis genommen werden als unschätzbare Beiträge auf dem Weg nach vorn.

Wir müssen die außergewöhnliche und exponentielle Entwicklung der Produktivkräfte der letzten 120 Jahre durch die intellektuelle Arbeit der weltweiten wissenschaftlichen Gemeinschaft anerkennen. Die Anwendung dieses Wissens in der Produktion ist im Allgemeinen eine positive Kraft. Diese Zuwächse wurden jedoch von den Konzernen als »geistiges Eigentum« angeeignet, meist im Norden, aber auch zu einem kleinen Teil im Süden. Die Verteilung seiner Vorteile ist ungleich, innerhalb und zwischen den Ländern. Diese Ungleichheit muss beseitigt werden.

Es muss anerkannt werden, dass ein großer Teil des Südens noch immer dabei ist, die Erfolge der Befreiungskämpfe zu konsolidieren. Die Verunglimpfung dieser Bemühungen als *failed states* oder »terroristische Staaten« ist fehlgeleitet und gefährlich. Wir dürfen nicht in diese Falle tappen.

Hinsichtlich der Frage der Entwicklungszusammenarbeit lautet die vorherrschende Meinung im Norden, insbesondere unter den Linken, dass die entwickelten Länder eine Verpflichtung haben, den armen Ländern der Welt Entwicklungshilfe zukommen zu lassen. Dies ist nur aus einer bürgerlich-ethischen Sicht des Nordens zutreffend. Aus der Perspektive des Südens jedoch ist es zwingend erforderlich, dass wir Entwicklung als selbst definierten Prozess verstehen. »Hilfe« von außen ist oft ein Hindernis für wirkliche Entwicklung.

Dies bedeutet nicht, dass es keine echte »solidarische Hilfe« geben kann – um gemeinsame Anliegen von Frieden und Gerechtigkeit voranzutreiben, sofern sie nicht an »Bedingungen« geknüpft ist wie etwa *Good Governance* sowie bestimmte vom Norden definierte makroökonomische Maßnahmen. Diese Art von »Hilfe« – an Bedingungen geknüpfte Entwicklungszusammenarbeit – ist abzulehnen. Die Länder des Südens müssen auf eigenen Füßen stehen und nicht nach Krücken aus dem Norden Ausschau halten.

Dennoch könnten wir uns darauf verständigen, dass bestimmte Arten von »Unterstützung«

(nicht »Entwicklungshilfe«) nützlich sind. Zum Beispiel:

- Nothilfe gegen die Auswirkungen von Naturkatastrophen.
- Erleichterter Kauf oder Bereitstellung von Impfstoffen und Medikamenten, um weit verbreitete Krankheiten vorzubeugen und zu behandeln.
- Aufbau der Fähigkeiten von schwächeren Ländern und Institutionen des Südens in den internationalen Gremien zu verhandeln, insbesondere der WTO (Welthandelsorganisation), WIPO (Weltorganisation für geistiges Eigentum), und den Vereinten Nationen und ähnlichen Agenturen wie der FAO (Welternährungsorganisation der UNO), ILO (Internationale Arbeitsorganisation), ITU (Internationale Fernmeldeunion), UNESCO (Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation), und den EPA-Verhandlungen (Wirtschaftspartnerschaftsabkommen) zwischen der EU und den AKP-Staaten (79 Länder in Afrika, Karibik und Pazifik).
- Linderung von Strukturanpassungskosten, die armen Ländern auf dem Weg zur Handels- und Finanzliberalisierung auferlegt wurden.
- Ausgleichskosten, falls eine solche erzwungene Liberalisierung zu Einkommens- oder Beschäftigungsverlusten in den armen Ländern der Welt führt.
- Ausgleichskosten, falls kleine Inselentwicklungsländer (SIDS) z.B. von den Folgen der Klimaveränderungen bedroht sind.
- Unterstützung zur Erfüllung von Pflichten gemäß internationalen Abkommen oder Konventionen.

Die oben genannten Punkte sind nicht Teil der »Entwicklungszusammenarbeit«, sie werden am ehesten als humanitäre Hilfe bezeichnet oder solidarische Hilfe, Ausgleichsfinanzierung.

Es besteht ein Bedarf an so genannten *Global Public Goods* (Globale Öffentliche Güter, GPGs). Nachfolgendes muss berücksichtigt werden, wenn es um die Modalitäten der Zusammenarbeit auf globaler Ebene geht:

- Der Süden ist von Naturkatastrophen wie dem Tsunami stärker betroffen als der Norden, auch wenn der Anteil des Südens an der Destabilisierung der globalen Ökologie (zum Beispiel Klimaerwärmung) geringer ausfällt als derjenige des Nordens.
- Viele Länder im Süden haben keine Kapazitäten oder Ressourcen, GPGs bereitzustellen.
- Der Markt ist kein geeigneter Mechanismus, um GPGs bereitzustellen.

Die Bereitstellung von *National Public Goods* (NPGs), im Unterschied zu den GPGs, muss den Entwicklungsländern selbst überlassen werden, sie sollten weder globalisiert noch privatisiert werden.

Vieles von dem, was auf globaler Ebene zutrifft, trifft auch auf das Süd-Süd-Verhältnis zu. Beispielsweise können die reicheren Länder im Süden den ärmeren Ländern im Süden humanitäre oder solidarische Hilfe zukommen lassen, solange sie sich nicht als »Geber« aufführen und keine Bedingungen daran geknüpft sind. Einige Bereiche, in denen stärkere Anstrengungen notwendig sind, sind z.B.:

- Länder des Südens sollten dem Druck widerstehen, *National Public Goods* (NPGs) für globale

Konzerne zugänglich zu machen, einschließlich der Konzerne des Südens. NPGs sind unter anderem die Bereitstellung von Wasser für Haushalte, Energie und Strom für nationale Firmen, Bildung auf allen Ebenen, indigenes Wissen und kulturelle Ausdrucksweisen.

- Länder des Südens sollten dem Druck widerstehen, Land und Wälder für die Produktion von Exportpflanzen oder Agrartreibstoffen dem Nahrungsbedarf der Menschen zu entziehen. Dies geschieht aufgrund des Drucks, ein elitäres Konsummuster im Süden wie im Norden aufrecht zu erhalten, das nicht nachhaltig ist.
- Instrumente bereit zu stellen, um echten Technologietransfer auf nichtkommerzieller Basis und außerhalb des Regimes von geistigem Eigentum zu ermöglichen.
- Schaffung von Finanz- und Kreditinstitutionen des Südens (die Gründung der Bank des Südens ist beispielsweise ein Schritt in die richtige Richtung).
- Dem System gegenseitiger Handelspräferenzen (GSTP) weiteren Auftrieb zu verleihen, das den Ländern des Südens ermöglicht, sich gegenseitig Vorzugsbehandlungen zu gewähren, ohne diese auf die Länder des Nordens erweitern zu müssen.
- Entwicklung regionaler Märkte und Freihandelszonen außerhalb des Geltungsbereichs der nördlich dominierten Freihandelsabkommen (FTA), wie etwa dem Freihandelsabkommen amerikanischer Staaten und der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftlichen Zusammenarbeit (APEC).
- Süd-Süd-Nachrichtenagenturen und Übertragungssysteme.
- Süd-Süd-Austausch von Wissen und Fähigkeiten, um technologieintensive Produktionsanlagen aufzubauen.
- Bewegungsfreiheit für die Menschen über Grenzen hinweg, einschließlich der Erleichterung von Visa-Bestimmungen.

Was sollte mit den institutionellen Hinterlassenschaften der Bretton-Woods-Institutionen geschehen – der Weltbank, dem IWF? Die illegitime und nicht repräsentative Gruppe der so genannten G20 Staaten (die im Grunde genommen die alte G7/8 plus einige ausgewählte Länder des Südens sind) versucht, diese Institutionen zu retten, indem sie Wege des Überlebens in der gegenwärtigen Krise sucht. Die fortschrittlichen Kräfte des Nordens sollten Druck auf die Entscheidungsträger in ihren Ländern ausüben, diese Institutionen nicht zu retten – das wäre wie eine Einladung an den Fuchs, ins Hühnerhaus zurückzukehren. Der Süden und alle fortschrittlichen Kräfte des Nordens müssen versuchen, alternative Finanzstrukturen zu schaffen, zunächst auf den nationalen und regionalen Ebenen.

Es gibt ein horrendes Defizit der *Global Governance* der weltweiten Gesundheit und der Umwelt. Die unmittelbare Priorität liegt darauf, Wege und Mittel zu finden, die Ziele der UNFCCC (Konferenzen der UNO-Klimarahmenkonvention) von Kyoto und Bali umzusetzen, in Vorbereitung auf die Klimakonferenz in Kopenhagen. Dies muss auf der Grundlage der folgenden Prinzipien geschehen:

- Anerkennung des Klimas als globales öffentliches Gut;

- gemeinsame, aber unterschiedliche Verantwortung und Fähigkeiten hinsichtlich des Klimawandels;
- Einbezug der historischen Verantwortung der industrialisierten Länder für die Klimaerwärmung in alle Verhandlungen;
- Primat der Vereinten Nationen, sowie
- die Verpflichtung gegenüber den erweiterten Menschenrechten und Entwicklungszielen.

Die Gerechtigkeit verlangt, dass sich die Welt langfristig hin zu gleichen Pro-Kopf-Emissionen auf ökologisch nachhaltigem Niveau hin bewegt. Der Realismus erfordert, dass wir alle unsere Lebensstile ändern. Wenn alle Menschen den »westlichen Lebensstil« nachahmen würden, bräuchten wir viele weitere Planeten. Das Yasuni-Projekt in Ecuador, bei dem das Öl im Boden bleibt, ist eine ausgezeichnete Initiative. Die internationale Gemeinschaft sollte die Hälfte der Kosten an die Menschen in Ecuador bezahlen, damit sie das Öl nicht fördern. Es ist ein kleiner Schritt in die richtige Richtung, wenn man bedenkt, dass der maßlose Ölverbrauch eine der wichtigsten Ursachen für die Klimaerwärmung ist.

SCHLUSSFOLGERUNG

Die Menschen sind die treibenden Kräfte der Veränderung: Menschen in Dörfern und Vorstädten, in denen die Mehrheit in den Ländern des Südens leben, und das heißt die Mehrzahl der Menschheit; soziale Bewegungen und Leiter von fortschrittlichen und basisorientierten Nichtregierungsorganisationen; akademische und soziale Aktivisten, die eine gerechtere und menschlichere Gesellschaft schaffen wollen.





Viele von ihnen sind bereits engagiert, überlegen und erarbeiten alternative Wege zu menschlicher Entwicklung orientiert an Gerechtigkeit, Mitmenschlichkeit und Frieden. Ein Beispiel hierfür ist das ANSA-Projekt: ANSA steht für *Alternativen zum Neoliberalismus im Südlichen Afrika*, eine breite Bewegung, die von Gewerkschaftsgliederungen und fortschrittlichen Intellektuellen in der Region geleitet wird, eine Bewegung, die erst am Anfang steht, und unter anderem von der Rosa-Luxemburg-Stiftung auf der Grundlage von Prinzipien der Solidarität unterstützt wird.

Wir müssen uns wieder das Recht nehmen, zu denken und zu planen. Über 30 Jahre haben wir das jenen Menschen und Institutionen überlassen, die die zivilisatorische Krise verursacht haben, die uns jetzt mit verschiedenen Gesichtern und Facetten anstarrt. Wir müssen uns das Verlorene zurück erkämpfen.

Der Beitrag beruht auf einer Rede anlässlich der internationalen Konferenz *»Linke Auswege aus der Krise – ökonomische und soziale Perspektiven«*, ausgerichtet von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Fraktion Die Linke im Bundestag, am 20. März 2008 in Berlin.

Cancun nach dem Hurrikan, Foto: Harry Thomaß

GUT LEBEN

ABSCHIED VON DER »MACHO-ÖKONOMIE«

NICOLA BULLARD

Heute ist alles in »Krise«: die Finanzkrise, die Wirtschaftskrise, die Kreditkrise, die Ernährungskrise, die Klimakrise oder schlicht die alles umfassende globale Krise. In den ersten drei Monaten des Jahres 2009 hat die *Financial Times* das Wort 6465 Mal verwendet. Wie »Terror« die Bush-Ära, bestimmt das Wort »Krise« die heutige Zeit. Und genau wie »Terror« wird »Krise« derart aus dem Kontext gerissen und aus einer ausschließlich westlichen Perspektive verwendet, dass die tieferen Ursachen der Krisen und die Verbindungen zwischen ihnen verdeckt werden. Vor allem wird die bittere Tatsache verschleiert, dass die meisten Menschen auf der Erde jeden Tag im Zustand der Krise leben. Die globale Elite nimmt eine »Krise« nur zur Kenntnis, wenn die Nahrungsmittelpreise in den urbanen Zentren in die Höhe schießen oder die Finanzmärkte an der Wallstreet oder in London zusammenbrechen. Erst dann wird sie plötzlich aufmerksam. Aber während sie freudig Milliarden oder sogar Billionen von unserem Geld für ihre »Krise« verschleudert, scheint sie nicht in der Lage zu sein, den roten Faden zu sehen, der all diese Eruptionen miteinander verknüpft.

Die Krise ist real. Aber sie ist nicht einfach das Ergebnis von Überproduktion, Unterkonsumption, verfehlter Kreditvergabe oder gar fehlender Regulation – sie ist eine grundlegende Krise der gesellschaftlichen und ökologischen Reproduktion.[1] Christen, Feministinnen und Marxisten stimmen – obwohl das niemals in der Zeitung zu lesen ist – darin überein, dass der Kapitalismus die Natur zerstört und die Gesellschaft entfremdet, und dass der entfesselte, auf den freien Markt orientierte Kapitalismus der letzten 30 Jahre erschreckend

wirkungsvoll in beidem war. Der ökologische Marxist John Bellamy Foster erklärt, der Kapitalismus basiere auf der »unaufhörlichen Akkumulation von Kapital«, wobei »jede neue Akkumulationsphase die jeweils vorhergehende als ihren Ausgangspunkt nimmt. Dies resultierte in immer weiter gespaltenen und entfremdeten Menschen sowie einem global immer zerstörerischeren Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur« (2008). Auch die feministische Philosophin Teresa Brennan spricht vom zerstörerischen Charakter des Kapitalismus: »Kurzfristig wird Profit gemacht, indem die Quellen langfristigen Profits (Natur und Arbeit) schneller verbraucht werden als sie sich angemessen reproduzieren können – oder, anders gesprochen, schneller als die Zeit, die nötig wäre, um menschlichen Bedürfnissen zu entsprechen und die Umwelt zu erhalten.« (2003, 8). Der Ökonom Ulrich Duchrow und der Theologe Franz Hinkelammert legen dar, dass das einzige Ziel der Globalisierung – der bisher unersättlichsten Version des Kapitalismus – die Befreiung der »Akkumulation des Kapitals von allen sozialen und ökologischen Schranken ist. Das Ergebnis ist der totale Markt, der im Begriff ist, nicht nur das Leben auf der Erde, sondern damit auch seine eigenen Grundlagen zu zerstören« (2004, 3).
Während also der Finanzkapitalismus Natur und Gesellschaft angreift, ist das Hauptziel der G20, der exklusiven Gruppe der mächtigsten Ökonomien der Welt, diesem Kapitalismus schnell wieder aus der Krise zu helfen, das finanzielle Triebwerk durchzustarten und die Ökonomien auf Wachstumskurs zu bringen. Wachstum ist jedoch das Problem – zumindest die Art von Wirtschaftswachstum, die darauf beruht, Gesellschaft und Natur mit einer Geschwindigkeit und Intensität zu verschlingen, die ihre Erholungs- und Reproduktionsfähigkeit weit übersteigt. Gemäß der Logik der sich stetig ausweitenden Globalisierung zieht das Kapital einfach zum nächsten Ort weiter, sobald die Natur an einem Ort erschöpft ist. Falls Arbeit in einem Land zu teuer wird, verlagert sich die Produktion dorthin, wo die Löhne niedriger sind. Und falls die Bevölkerung zu alt wird, um sich um ihre Alten oder ihre Kinder zu kümmern, wird billige Arbeitskraft in Form von jungen und üblicherweise weiblichen Migrant/innen importiert. Die Vororte von Rom, Los Angeles oder Beirut sind voll von Philippinas, die ihre eigenen Kinder in Dörfern auf der anderen Seite der Erde verlassen haben, um die alternden Eltern von Mittelklasse-Arbeitern zu versorgen, die ihrerseits demselben Schicksal entgegensehen. All dies sind Folgen des Profitstrebens, das von den Bedingungen oder Grenzen von Gesellschaft und Natur völlig entkoppelt wurde. Diese Entkopplung wurde zuerst in Großbritannien während der industriellen Revolution im ausgehenden 18. Jahrhundert vollzogen. Die Trennung

von Produkt und Produzent, von Natur und Gesellschaft wurde seitdem immer abstrakter und undurchsichtiger, weil die Produktionsketten sich über den Globus ausbreiteten. Arbeit und natürliche Ressourcen wurden erfasst und in Profit verwandelt, die weit entfernt vom Ort ihres Konsums lagen. Diese Form der Produktion geht Hand in Hand mit einer besonderen Form der gesellschaftlichen Reproduktion, des Patriarchats, das im Wesentlichen die institutionalisierte Ungleichheit zwischen Mann und Frau ist, was – trotz Werbung – keine noch so freie Wahl bei Kaufentscheidungen zu verbergen vermag.
Die Lage ist also schlecht und es gibt viel zu tun. Und ich glaube, dass wir fürs Erste drei große Dinge in Angriff nehmen müssen, um das Leben für fast alle und v.a. für Frauen deutlich zu verbessern (und es dabei vielleicht für die vorwiegend männlichen extrem Reichen etwas verschlechtern): Erstens müssen wir das Gemeinwohl ausweiten, zweitens müssen wir den Planeten abkühlen, und drittens müssen wir unseren gemeinsamen Reichtum aufteilen.

AUSWEITUNG DES GEMEINWOHLS

Was ist das Gemeinwohl? Duchrow und Hinkelammert bieten einen einfachen Ausgangspunkt, der zugleich menschlich und gerecht ist: »Die Perspektive des Gemeinwohls geht wesentlich von den schwächsten, am meisten bedrohten Mitgliedern der Gemeinschaft aus. Falls sie leben können, können alle leben.« (157) Offensichtlich sind dies Kinder, Kranke, Behinderte, Arbeitslose und Alte. Wenn wir aber eine globale Vorstellung von »Gemeinschaft« im Blick haben, kommen Landlose, Indigene, städtische Arme, unterbezahlte und prekarisierte Arbeiter, Frauen in vielen Lebenslagen, Schwarze und Migranten hinzu. Die Liste ist lang und umfasst den Großteil der Menschheit. Ebenso ist die Umwelt als Gemeingut – sicherlich das grundlegende, da es die Quelle des Lebens selbst enthält – entscheidend für das Gemeinwohl, und ihr Schutz ist von überragender Bedeutung.
Aus dieser ethisch vertretbaren (und pragmatischen) Perspektive – Gewährleistung des Lebens für die Schwächsten und Erhalt der Umwelt für zukünftige Generationen – ist es zwingend notwendig, dass wir Gesellschaft und Natur vor der Profitlogik bewahren und die Gemeingüter ausweiten. Wasser, Land, Nahrung, Gesundheit, Erziehung, soziale Sicherheit und Renten, öffentliche Verkehrsmittel, Wohnungswesen, Krankenhäuser und Schulen, Saatgut, Kultur, Wissen und die Demokratie selbst müssen entkommodifiziert, d.h. aus dem Markt genommen, und allen Menschen in allen Gesellschaften zugänglich gemacht werden. Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten sollten

ebenso für alle verfügbar sein. Es sollte kostenloses WLAN, frei zugängliche Computer in tausenden von alten und neuen öffentlichen Bibliotheken und Mobiltelefone für alle geben: Wir Menschen reden gerne miteinander und der Reichtum an Austausch, Begegnungen, Lernen, Kreativität und Teilen, der durch die Informationstechnologien ermöglicht wird, ist einer der großen Fortschritte unserer Zeit – obwohl wir uns auch den ökologischen Folgen der Wegwerf-Computertechnologie stellen müssen. Die radikale Open-Source-Bewegung stellt die kapitalistischen Eigentumsrechte in Frage und sollte auf viele Bereiche ausgedehnt werden, nicht zuletzt auf die pharmazeutische Industrie als eine der größten Bastionen intellektueller Eigentumsrechte.
Die Ausweitung der Gemeingüter ist möglich – sie ist eine ethische und keine ökonomische Frage. Sie ist auch eine politische Strategie, um die Räume zu verkleinern, die durch Unternehmen, Institutionen, Marken und den Konsumismus kontrolliert werden, und gleichzeitig die Räume zum Teilen von Gemeinwohl und Gemeingütern zu vergrößern. Die Gemeingüter müssen nicht durch den Staat kontrolliert werden. Es gibt sogar viele Gemeingüter, die von Gemeinden verwaltet werden können und sollten, von denjenigen, die sie kollektiv und demokratisch organisiert produzieren und benutzen, oder gar auf individueller Basis nach dem Muster von Geschenk und Gegengeschenk. Aber v.a. könnte die Ausweitung der Gemeingüter vielleicht eine emanzipatorische Strategie sein, um neue Möglichkeiten der Teilhabe und Kontrolle für die bisher Ausgeschlossenen oder Machtlosen zu schaffen.

ABKÜHLUNG DES PLANETEN

Wir laden zuviel Kohlendioxid und andere Treibhausgase in der Atmosphäre ab. Dadurch erwärmt sich die Erde, die Klima- und Wettersysteme werden gestört, was zu Überschwemmungen, Dürren, Hitzewellen und Stürmen führt, die üblicherweise diejenigen mit den wenigsten Schutzmöglichkeiten besonders treffen. Der Großteil der Treibhausgas-Emissionen stammt aus der Verbrennung fossiler Energieträger. Gerade letztere treiben die Expansion des globalen Kapitalismus voran, indem sie die Energie zur Herstellung und zum Transport all der Dinge bereitstellen, die wir konsumieren und wegwerfen. Wir müssen aufhören, Treibhausgase in die Atmosphäre zu blasen und unseren Verbrauch fossiler Energieträger verringern. Wir müssen aber auch Ökosysteme wiederherstellen, die oftmals aufgrund von Profitstreben zerstört wurden. Es gibt viele weitere Dinge zu tun. Die industrielle Landwirtschaft trägt wesentlich zu den Treibhausgas-Emissionen bei. Die Umstellung auf ökologischen

Landbau, die Verkürzung der Entfernung zwischen Produktion und Konsum (der so genannte *food miles*) und die sichere Gewährung von Land für Kleinbauern und Kleinbäuerinnen wären wichtige Schritte zur Verringerung der Emissionen und zur Beendigung der Umweltzerstörungen, die durch großflächige industrielle Landwirtschaft und *land grabbing*[2] verursacht werden. La Via Campesina, die internationale Bewegung von Kleinbauern und Kleinbäuerinnen, propagiert als alternatives Landwirtschaftsmodell die »Ernährungssouveränität«, d.h. »das Recht von Völkern und Gemeinschaften auf gesunde und kulturell angemessene Nahrungsmittel, die mittels ökologisch verträglicher und nachhaltiger Methoden hergestellt werden, und ihr Recht auf Etablierung ihrer eigenen Ernährungs- und Landwirtschaftssysteme. Es stellt die Bestrebungen und Bedürfnisse derjenigen, die Nahrungsmittel herstellen, verteilen und konsumieren, ins Zentrum der Ernährungssysteme und -politiken – und nicht die Ansprüche von Märkten und Unternehmen« (2009).

Genau wie die industrielle Landwirtschaft sind auch Agrotreibstoffe ein ökologisches Desaster. Sie verbrauchen riesige Mengen Wasser und verdrängen die Nahrungsmittelproduktion; der großflächige Anbau von Agrotreibstoffen muss gestoppt werden. Auch Entwaldung setzt Kohlendioxid frei und Wiederaufforstung ist wichtig. Letztere darf aber nicht marktvermittelt erfolgen: Es ist nicht sinnvoll, wenn sich emissionsintensive Industrien auf dem Finanzmarkt Emissionszertifikate kaufen können, die etwa aus der bloß angenommenen Kohlenstoffspeicherung in einem brasilianischen Wald stammen. Warum sollten Finanzmärkte noch mehr Geld machen, wo sie uns doch jetzt schon viel schulden, da wir ihnen aus der gegenwärtigen Finanzmisere heraushelfen? Es wäre viel wirkungsvoller, wenn die verschmutzenden Industrien einfach weniger verschmutzen würden. Dann würde es den Menschen, die in der Nähe dieser Fabriken leben, besser gehen, und die Erholung der Wälder wäre nicht an die fortdauernde oder zunehmende Verschmutzung andernorts gekoppelt. Die Waldzerstörung geht großteils auf die Nachfrage nach Holz und Papier zurück – wobei oftmals Wälder mit hoher Biodiversität durch Monokultur-Plantagen ersetzt werden – und auf das Vordringen von industrieller Landwirtschaft und Agrotreibstoff-Anbau in die Wälder. Der Erhalt der Biodiversität und der Wälder ist sowohl Teil der Strategie zur Ausweitung von Gemeinwohl und Gemeingütern als auch hilfreich im Kampf gegen den Klimawandel.

Mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung lebt mittlerweile in Städten. David Harvey zufolge sind diese zunehmend »geteilt und konfliktanfällig«; die Klassenverhältnisse »in die räumliche Form unserer Städte eingelassen« sind, »in

denen es immer mehr befestigte Siedlungen, geschlossene Wohnanlagen und privatisierte öffentliche Räume gibt, die unter ständiger Bewachung stehen« (Harvey 2008,32). Er hätte ebenso feststellen können, dass die Geschlechterverhältnisse in die Städte eingelassen sind, nicht nur was die für Frauen zugänglichen Räume angeht, sondern auch hinsichtlich der Gewalt, die viele Städte für Frauen jeglichen Alters so unsicher macht. Die Wiederaneignung und Ent-Privatisierung von öffentlichem Raum, Verkehrsmitteln, Wohnungswesen und Kultur sind entscheidend. Zentral ist dabei die Wiederaneignung der Stadt als Gemeingut und die Wiederaneignung des von ihr geschaffenen Reichtums für das Gemeinwohl. Eine der größten Chancen unserer Zeit ist die Umgestaltung der Städte, v.a. die Umwandlung der mit energieintensiven Lebensstilen verbundenen Stadtrandsiedlungen in emissionsarme, frauenfreundliche, vielseitige und von den Menschen betriebene Stadtstrukturen.

AUFTEILUNG DES REICHTUMS

In den letzten Monaten haben Regierungen viel Geld in die Hand genommen. Dieses Geld wird verwendet, um ein Wirtschafts- und Finanzsystem wieder aufzurichten, das seinem Wesen nach unfair und zerstörerisch ist, und doch gewähren die Regierungen den Banken fast bedingungslos finanzielle Unterstützung. Gleichzeitig haben 30 Jahre neoliberaler Ideologie die meisten Menschen in den meisten Ländern glauben gemacht, dass es unmöglich ist, die Gemeingüter auszuweiten, die öffentliche Daseinsvorsorge zu finanzieren, angemessene Gesundheits- und Rentensysteme zu etablieren oder gar die Löhne anzuheben. Aber sowohl im Norden als auch im Süden werden die Reichen immer reicher und bezahlen immer weniger Steuern. Ein aktueller Bericht des Institute of Policy Studies (IPS) zeigt, dass die 400 größten US-Steuerzahler im Jahr 1955 einen dreimal höheren Anteil ihres Einkommens (51 Prozent) an Steuern bezahlten als die 400 größten im Jahr 2006 (17 Prozent). Falls die Top 400 des Jahres 2006 wie 1955 immer noch 51 Prozent ihres Einkommens an Steuern gezahlt hätten, hätte die US-Bundeskasse, so rechnet das IPS aus, zusätzlich knapp 36 Mrd. Dollar nur durch diese eingenommen (Cavanagh u.a. 2009, 5).
Obwohl dieser Trend in anderen Industrieländern nicht so dramatisch ausfällt, speist sich auch in vielen Ländern des Südens das Steueraufkommen hauptsächlich aus indirekten Quellen wie Umsatzsteuern – ein Umstand, der gut für die Reichen und schlecht für die Armen ist. Das stellt die Staatseinkünfte auf eine schmale Basis, was die Abhängigkeit von privaten Investoren, Auslandskrediten und -hilfen erhöht und die Möglichkeiten zur Ausweitung der Gemeingüter und

zur Umverteilung einschränkt. Progressive Steuerreformen sind im Süden wie im Norden dringend notwendig, genauso wie Steueroasen zu schließen und dafür zu sorgen, dass Unternehmen ihren gerechten Anteil bezahlen.
Neben einer angemessenen progressiven Besteuerung gibt es andere Einnahmequellen, um die Ausweitung der Gemeingüter und die Eindämmung des Klimawandels zu finanzieren. So sind etwa Militärausgaben in fast jedem Land zu hoch und werden zu sehr geheim gehalten. Entmilitarisierung ist eine nahe liegende Option zur Erhöhung der Haushaltsausgaben für das Gemeinwohl.
Ein weiteres frappierendes Merkmal der gegenwärtigen Phase des Kapitalismus ist, dass die Aufteilung des Profits zwischen Arbeit und Kapital noch nie so ungünstig war wie heute. Die Anhebung der Löhne ist unverzichtbarer Ausgangspunkt zur Umverteilung des Reichtums. Zudem sind höhere Löhne ein Anreiz für steigende Investitionen in Gesundheit, Bildung und sichere Arbeitsbedingungen. Gut bezahlte und gut organisierte Arbeiterinnen und Arbeiter sind weniger austauschbar als prekär beschäftigte und ausgebeutete. Selbstverständlich setzt das eine bedeutende Verschiebung im gegenwärtigen Kräfteverhältnis zwischen Arbeit und Kapital voraus. Aber falls die Arbeitenden in diesen Kampf mit einer umfassenden Perspektive der Ausweitung des Gemeinwohls für alle, statt nur für eine kleine Elite organisierter Arbeiter, eingreifen könnten, wäre das Kräfteverhältnis veränderbar.
Die Kosten für die möglicherweise dramatischen Folgen des Klimawandels und den Übergang zu emissionsarmen Ökonomien müssen aufgebracht werden. Gemäß der UN-Klimarahmenkonvention tragen die Industrieländer die historische Verantwortung für den Großteil der Treibhausgas-Emissionen, und sie sind folglich verpflichtet zu handeln, sowohl was die Finanzierung als auch was die Technologien und deren Transfer angeht. Das Konzept der »ökologischen Schuld« geht einen Schritt weiter und erfasst viele der ethischen Probleme im historischen Verhältnis zwischen Norden und Süden – und zwischen Kapitalismus, Gesellschaft und Natur. Eine der führenden Umweltorganisationen des Südens, Acción Ecológica, definiert ökologische Schuld als »Schuld, die die nördlichen Industrieländer gegenüber der Dritten Welt angehäuft haben, indem sie Ressourcen geplündert, die Umwelt geschädigt und Umweltraum für sich in Anspruch genommen haben, um darin Abfälle wie Treibhausgase abzulagern. Diejenigen, die die Biosphäre missbrauchen, ökologische Grenzen überschreiten und nicht-nachhaltige Extraktionsmuster für eine Vielzahl von natürlichen Ressourcen durchsetzen und verstärken, müssen anfangen, diese ökologische Schuld abzuzahlen« (zit.n. Bavadan 2004).

Die Schuld ist nicht unbedingt eine finanzielle Schuld, sondern zuallererst eine ethisch-moralische Schuld, die die ökologischen und sozialen Folgen von Jahrhunderten kolonialer Extraktion, Ausbeutung und kapitalistischer Industrialisierung anerkennt. Gleichwohl erweist sich das Konzept der ökologischen Schuld als wirkungsvolles Instrument, um die Nord-Süd-Beziehungen neu auszurichten und die Gesellschaften in Richtung von ökonomischer und ökologischer Gerechtigkeit zu orientieren. Es befreit den Ressourcentransfer von Nord nach Süd aus der Logik von Profit, Markt oder Hilfsleistungen und fasst ihn stattdessen als gerechten Ausgleich.

ABBREMSEN, BESCHLEUNIGEN UND AUSWEITEN

Der Ruf nach einer Transformation der verzerrten Beziehungen zwischen Kapital, Gesellschaft und Natur kommt von vielen verschiedenen Seiten. Die indigenen Völker der Anden sprechen von der endgültigen Krise, der »Zivilisationskrise«, die uns zwingt, noch einmal darüber nachzudenken, was »gut leben« bedeutet. Der bolivianische Präsident Evo Morales versteht darunter, »nicht nur an das Pro-Kopf-Einkommen zu denken, sondern auch an kulturelle Identität, Gemeinschaft und Harmonie unter uns und mit unserer Mutter Erde« (2006). John Bellamy Foster weist darauf hin, dass der Kapitalismus den Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur zerstört. Die Wiederherstellung dieser Stoffwechsel-Beziehung ist für ihn der Schlüssel zu wahrem Sozialismus. Mechanistische und produktivistische Sozialismus-Versuche seien letztlich gescheitert, da sie Grundlegendes nicht beachteten: dass die Reform von Politiken und Institutionen beim wirklichen Leben der Menschen ansetzen und im Einklang mit der Natur geschehen muss. Ich würde hinzufügen, dass Reform der Gesellschaft gleichzeitig Transformation der sozialen Verhältnisse nicht nur zwischen den Klassen, sondern auch zwischen den Geschlechtern bedeutet, wobei individuelle und kollektive Freiheiten gleichzeitig ausgeweitet werden. Dieser Prozess spielt sich per Definition lokal und von unten nach oben ab.

Teresa Brennan macht ebenfalls »das Lokale« stark wenn sie sagt, dass »je näher die Energie- und Rohstoffquellen am Wohnort liegen, um so eher bleiben die Reproduktionskosten im Rahmen: bezahlte und Hausarbeit wird dann weniger ausgebeutet und die Umwelt weniger verbraucht« (zit.n. Oliver 2007, 15). Sie glaubt auch, dass die »personengebundene Produktivität ausgeweitet werden und nicht ortsgebunden sein sollte«, während die Produktivität aufgrund von wachsendem fixen Kapital »begrenzt« und von ersterer »entkoppelt sein sollte« (ebd.). Diese Überzeugung stellt die Welt auf den Kopf und das

aus ihr Folgende ist in hohem Maße befreiend. Aus ihr ergibt sich, dass unser kreatives, intellektuelles, emotionales und soziales Selbst vergrößert werden könnte (und sollte), während das ökonomische in Grenzen gehalten wird. Das ist das Gegenteil von Kapitalismus, in dem die ökonomischen alle gesellschaftlichen Verhältnisse bestimmen und in dem unser privates Selbst, und v.a. das weibliche, entweder Objekt des Zur-Ware-Werdens ist oder zum bloßen Konsumenten degradiert wird.

Frigga Haug propagiert – unter Rückgriff auf Ideen der Arbeiter- und feministischen Bewegungen – einen modernen Ansatz zur Selbstbefreiung, den sie die »Vier-in-einem-Perspektive« (2008) nennt. Diese erinnert an die berühmte Vision der kommunistischen Gesellschaft, die Marx und Engels in der *Deutschen Ideologie* formulieren, in der »jeder nicht einen ausschließlichen Kreis der Tätigkeit hat, sondern sich in jedem beliebigen Zweige ausbilden kann«, und die Gesellschaft es jedem »möglich macht, heute dies, morgen jenes zu tun, morgens zu jagen, nachmittags zu fischen, abends Viehzucht zu treiben, nach dem Essen zu kritisieren« (1845/46, 33). Die Vier-in-einem-Perspektive geht davon aus, dass wir uns in vier Dimensionen Ausdruck verschaffen müssen, um vollends menschlich und frei zu sein: Erwerbsarbeit, Reproduktionsarbeit, kulturelle Entwicklung und Politik. Haugs Vorstellung ist, dass alle die Möglichkeit haben sollten, sich in allen vier Bereichen zu betätigen. Dies erfordert eine ausgeglichene Verteilung sowohl der Erwerbsarbeit als auch der Reproduktionsarbeit wie z.B. Kochen, Anbau von Nahrungsmitteln oder Betreuung der Familie. Drittens sollte individuelle Entwicklung für alle lebenslang möglich sein, sei es durch Bildung, Musik, Sport oder was auch immer. Viertens bedarf die Gesellschaft unseres politischen Engagements. Falls davon ausgegangen wird, dass »jeder Mensch etwa 16 Stunden am Tag in die so umfassend gedachte gesellschaftliche Gesamtarbeit einbringen kann« (Haug 2008, 21), blieben pro Bereich etwa vier Stunden täglich für jeden. Wichtig ist, dass keiner der vier Bereiche »ohne die anderen verfolgt« wird, »was eine Politik und zugleich eine Lebensgestaltung anzielt, die zu leben umfassend wäre, lebendig, sinnvoll, eingreifend, und lustvoll genießend« (ebd., 23). Dies sei, so Haug, eine »konkrete Utopie«, die als »Kompass« für unsere politischen Forderungen und Strategien dienen kann (ebd.).

Die Vorstellung, dass wir uns – jenseits der für uns vorgesehenen und durch das biologische Geschlecht bestimmten Funktion innerhalb eines Systems ökonomischer Produktion und Konsumtion – entfalten und befreien können, ist sehr verlockend. Schon jetzt ist das für wenige Privilegierte, zu denen ich mich

zähle, möglich. Aber es sollte für alle möglich sein – zumindest in der von mir gedachten Welt, in der das Gemeinwohl auf alle ausgeweitet, die Beziehung zwischen Natur und Gesellschaft, zwischen Produktion und Reproduktion und zwischen Frauen und Männern wieder ins Gleichgewicht gebracht, und der Reichtum unter allen verteilt, aber von keinem besessen wird. *Buen vivir*.

Aus dem Englischen von Oliver Walkenhorst

LITERATUR

Bavadan, Lyla, 2004: *The ecological debt*, in: Frontline, 21. Jg., Januar 2004, H. 3, vgl. www.flonnet.com/fl2103/stories/20040213006401000.htm

Bezanson, Kate, und Meg Luxton (Hg.), 2006: *Social Reproduction: Feminist Political Economy Challenges Neo-Liberalism*, Montreal-Kingston

Brennan, Teresa, 2003: *Globalization and its Terrors: Daily Life in the West*, London u.a.

Cavanagh, John, Chuck Collins, Alison Goldberg u. Sam Pizzigati, 2009: *Reversing the Great Tax Shift: Seven Steps to Finance Our Economic Recovery Fairly*, Institute for Policy Studies and Wealth for the Common Good, Washington/DC, April 2009, vgl. www.ips-dc.org/reports/#1207

Duchrow, Ulrich, und Franz J. Hinkelammert 2004: *Property for people, not for profit Alternatives to the global tyranny of capital*, London [eine frühere deutsche, nicht völlig identische Ausgabe liegt vor als: Duchrow, Ulrich, und Franz J. Hinkelammert, 2002: Leben ist mehr als Kapital. Alternativen zur globalen Diktatur des Eigentums, Oberursel]

Foster, John Bellamy, 2008: *Ecology and the transition from capitalism to socialism*, in: Monthly Review 60, November 2008, H. 6 (vgl. leicht verändert auch unter www.monthlyreview.org/081110foster.php)

Harvey, David, 2008: *The Right to the City*, in: New Left Review 53, September/Oktober 2008, 23–40

Haug, Frigga, 2008: *Die Vier-in-einem-Perspektive. Politik von Frauen für eine neue Linke*, Hamburg

La Via Campesina, 2009: *Statement at the UN General Assembly on the Global Food Crisis and the Right to Food*, 6.4.2009, www.viacampesina.org/main_en/index.php?option=com_content&task=view&id=698&Itemid=1

Marx, Karl und Friedrich Engels, 1845/46: *Die deutsche Ideologie*, in: MEW Berlin/DDR 1957 ff, Bd. 3

Morales, Evo, 2006: *Let's construct a real Community of South American Nations in order to »live well«*, Proposal from President Evo Morales to the head of states and people of South America, Oktober 2006, vgl. www.art-us.org/morales_proposal

Oliver, Kelly, 2007: Living a Tension, in: Alice A. Jardine, Shannon Lundeen und Kelly Oliver (Hg.), *Living attention: on Teresa Brennan*, Albany/NY, 13–22

---

1 Gesellschaftliche Reproduktion bezeichnet die Prozesse, die zum Erhalt und zur Reproduktion der Menschen, v.a. ihrer Arbeitskraft, täglich und über Generationen hinweg nötig sind. Sie umfasst die Bereitstellung von Nahrung, Kleidung, Wohnraum und Gesundheitsversorgung sowie die Vermittlung von Wissen, gesellschaftlichen und kulturellen Werten sowie kollektiven und individuellen Identitäten. Die Kritik der gesellschaftlichen Reproduktion ist zentrales Anliegen des sozialistischen Feminismus. Privatisierung, Einführung von Gebühren für öffentliche Dienstleistungen, stagnierende Löhne, sich verschlechternde Gesundheitsversorgung und schrumpfende Sozialetats, Prekarisierung der Arbeit usw. – all dies ist dem neoliberalen Kapitalismus inhärent – tragen zur Krise der gesellschaftlichen Reproduktion bei und führen zu einer enormen Belastung v.a. von Frauen (mehr dazu in Bezanson/Luxton 2006).

2 *Land grabbing* bezeichnet den zunehmenden Trend, dass Regierungen und Unternehmen aus Industrie- oder Schwellenländern fruchtbares Land in Entwicklungsländern kaufen oder pachten, um dort Nahrungsmittel oder Agrotreibstoffe für den eigenen Binnenmarkt zu produzieren.

DEBATTE GREEN NEW DEAL

GRÜNER KAPITALISMUS ODER SOZIAL-ÖKOLOGISCHE TRANSFORMATION?

Die Verschränkung von ökonomischen, sozialen und ökologischen Krisen ist die zentrale Herausforderung der nächsten Jahre. Nun wird mit dem Green New Deal von unterschiedlichen Seiten ein attraktives Projekt formuliert, das Wirtschafts-, Job- und ökologische Krise zu lösen und eine Periode eines grünen Kapitalismus einzuläuten verspricht.

Inwiefern ein solches Projekt wirklich tragfähig ist, zur Lösung der Krisen beiträgt und auch soziale Belange und Gerechtigkeitsfragen mit Blick auf den ›globalen Süden‹ berücksichtigt oder nicht, wurde im Rat für radikale Realpolitik – Der Zukunftskommission der RLS – diskutiert. Dort sollen linke Positionen entwickelt werden, die interventionsfähig, wechselseitig anknüpfungsfähig sind und zugleich Ansätze einer radikalen Realpolitik in Richtung auf sozialistische, sozial-ökologische Transformation skizzieren.

Wir dokumentieren einen Teil dieser Debatte.

BASIS WECHSELN. FÜR EINE LEBENSDIENLICHE MARKTWIRTSCHAFT

WOLFGANG SACHS

Warum ist Europa einst zur dominanten Macht in der Welt aufgestiegen? Ich möchte mich auf eine – wie es sich für mich gehört – ressourcenzentrierte Hypothese konzentrieren, basierend auf *The Great Divergence* von Kenneth Pomeranz (2000). Bis 1780 waren die großen Zivilisationen der Welt ungefähr auf demselben Entwicklungsniveau, insbesondere China und Europa, bzw. das Yang-Tse-Delta auf der einen und England auf der anderen Seite. Beide Zivilisationen hatten ein ähnliches Problem: Die wirtschaftliche Entwicklung war an Grenzen gelangt, damals auch schon an ökologische Grenzen, die Grenzen der Fläche. Denn in einer biomassezentrierten Ökonomie, in der vorindustriellen Solarwirtschaft, ist Land die wichtigste Ressource. Land bzw. Wald stellen Treibstoff, Wärme, Material und natürlich auch Nahrung bereit. Es kam – wie jeder Umweltschützer weiß – in Europa zur Holzkrise. Die Problematik in China war ganz ähnlich.

Weshalb hat England es geschafft, diese Beschränkungen zu überwinden und den Sprung nach vorne zu machen?

England war in der Lage, zwei Typen von Ressourcen zu mobilisieren. Erstens: biotische Ressourcen aus den Kolonien. Wenn eigenes Land knapp wird, wird versucht Land jenseits der Grenzen zu mobilisieren. Dies ist eine mögliche Charakterisierung von Kolonisierung. Im Grunde waren die Kolonien Orte, aus denen England biotische und andere Ressourcen bezogen hat. China hat keine Überseeentwicklung durchgemacht und hatte nur lockere Vernetzungen im Umkreis des chinesischen Meeres.

Zweitens, England hat es geschafft, in die Kruste der Erde einzugreifen, also Kohle in Arbeitsenergie umzuwandeln. »Unterirdischer Wald« war der mittelalterliche Ausdruck für Kohle. Die Möglichkeit, Kohle, also unterirdische Fläche, zu fördern, hat wiederum große Chancen eröffnet, Land zu substituieren – England war um 1840 über Kolonien und Kohle in der Lage, eine Fläche zu mobilisieren, die schätzungsweise so groß war wie England selbst. China wiederum verfügte über Kohle, aber v.a. im Nordosten. Es gab also ein geographisches Problem innerhalb des Riesenreiches.

Der Ausgriff in die Weite des geographischen Raums und der Griff in die Tiefe der geologischen Zeit waren zwei wesentliche Bedingungen für den Aufstieg der euro-atlantischen Zivilisation. Ohne diese würde die Gestalt der industriekapitalistischen Gesellschaften ganz anders aussehen.

DAS ENTWICKLUNGSDILEMMA

Warum diese Geschichte nacherzählen? Weil beide Bedingungen im 21. Jahrhundert nicht mehr ohne weiteres verfügbar sind. Natürlich gibt es nach- und neokoloniale Strukturen, der Zugriff auf Kolonien ist jedoch sehr viel schwieriger. Darum drehen sich auch

viele Konflikte *innerhalb* der großen Schwellenländer, es handelt sich im Grunde um Kolonisierungskonflikte im eigenen Land: in Brasilien, Indien, Indonesien – Kämpfe um die biotischen Stoffe und andere Ressourcen im eigenen Land, notwendig für die industrielle Entwicklung.

Außerdem sind die Vorräte an Kohle, Öl, Gas etc. begrenzt, und ihr Verbrauch richtet mittlerweile ein Klimachaos an. Die Zugänglichkeit, der niedrige Preis und auch die langfristige Dauerhaftigkeit dieser Ressourcen sind in Frage gestellt. Die drei Großkrisen hängen zusammen: Das Klimachaos läuft eher im Hintergrund. Deutlich ist das Erreichen des *peak oil* und der damit verbundenen Folgen, angefangen von enormen Preissteigerungen. Die Krise der biologischen Ressourcen, also die Erschöpfung der Fischbestände, der Grasnarbe, der Fruchtbarkeit der Böden, der Wälder usw. trifft v.a. den globalen Süden, auch weil viel mehr Menschen ihren Unterhalt direkt davon bestreiten müssen.

Die historische Situation kann also so beschrieben werden: Die euro-atlantische Zivilisation hat einen Start zu glänzendem Reichtum gemacht, aber die Bedingungen, die diese Entwicklung möglich machten, sind immer weniger verfügbar. Das führt offensichtlich in ein Dilemma. Jener Aufstieg der euro-atlantischen Zivilisation hat eine ungemeine symbolische Kraft entwickelt. Die Imagination der Welt ist in hohem Maße geprägt vom Lebens- und Produktionsstil dieser euro-atlantischen Zivilisation. ›Entwicklung‹ heißt häufig nichts anderes als ›so zu werden wie die Reichen‹. Dieser Sieg der euro-atlantischen Zivilisation setzt Standards, ist zur Projektionsfläche für Wünsche nach einem besseren Leben geworden. Es gibt kaum mehr ein Dorf in der Welt, in das die Bilderfetzen dieser euro-atlantischen Zivilisation nicht vordringen. Ihre Erfüllung wird immer unmöglicher. Darin steckt ein exklusives Potenzial. Das macht das Entwicklungsdilemma aus: Die Formen von Wohlstand, von Reichtum, von attraktivem Leben, die in unserer Zivilisation entwickelt worden sind, sind nicht gerechtigkeitsfähig, d.h. sie können auf der Welt nicht verallgemeinert werden. Das hat mit Verteilungsfragen nur begrenzt etwas zu tun, unsere Zivilisation ist strukturell nicht gerechtigkeitsfähig. Selbst wenn wir alle eine gerechte Verteilung wollten, würde uns das nur schneller der biologischen und ökologischen Katastrophe entgegentreiben. Die Struktur verlangt, dass nur wenige daran teilhaben.

Deshalb gibt es nur zwei Wege. Der eine Weg ist, am Wohlstandsmodell der industriellen Moderne festzuhalten. Der andere Weg zwingt uns, sofern man eintritt für eine demokratische Weltgesellschaft, das überlieferte Wohlstandsmodell in Frage zu stellen. Das ist eine der Thesen in unserem Buch *Zukunftsfähiges Deutschland* (Wuppertal Institut 2008) – bzw., wir nehmen nur auf, was viele gedacht, erprobt und entwickelt haben: dass Gerechtigkeit nicht mehr von Ökologie zu trennen ist. Jeder, der für mehr Gleichheit, Gerechtigkeit und Menschenwürde auf unserem kleinen Planeten eintritt, ist gezwungen, ökologisch zu sein. Oder: Es kann auch nicht mal mehr die Spur einer sozialistischen Idee geben, ohne ökologisch zu sein. Die Forderung für die

nächsten Jahrzehnte lautet, Wohlstandsmodelle zu erfinden, die gerechtigkeitsfähig sind, die Ressourcen schonen und naturverträglich sind.

ÖKOLOGISCHER WOHLSTAND

Was könnte das heißen, nicht als abstrakte Utopie, sondern als Prozessutopie? Ich möchte eine Metapher verwenden, um die Überlegung zu vereinfachen. Denken Sie an einen Tanker und ein Segelschiff. Der Tanker ist gewaltig, mächtig, kraftvoll, groß, zieht durch die Weltmeere, befördert enorme Lasten. Das Segelboot ist leicht, klein, wendig, aber tänzelt ein bisschen unschlüssig herum, kann nicht im Entferntesten die Lasten transportieren, die der Tanker aufnimmt. Betrachten Sie den Tanker als Symbol für die Industriezivilisation und das Segelboot als ein Symbol für eine ökologische Ökonomie. Letztere bedingt, beim Auslaufen möglichst wenig Gewicht zu laden. Das Gewicht im Segelboot muss gut optimiert sein, zwischen denen, die drin sitzen, den für die Fahrt nötigen Dingen wie Wasser, Nahrung etc., und der Last – diese muss begrenzt bleiben, sonst droht Manövrierunfähigkeit. Daraus ergibt sich die erste Dimension für einen Wandel zum ökologischen Wohlstand: Dematerialisierung. Wie kann eine Ökonomie gestaltet werden, die mit einem drastisch geringeren Durchsatz an Naturressourcen, also Energiestoffen, Wasser und Fläche auskommt? Das ist nicht nur eine Frage unmittelbaren Managements, erfordert vielmehr eine neue Richtung des technischen Fortschritts. Denn letzterer bestand in den letzten 150 Jahren darin, immer mehr mit immer weniger Leuten zu produzieren. Die Logik verschiebt sich: Wie kann man eigentlich mit immer weniger Energie und Stoffen und Wasser produzieren? Damit ist im Grunde die gesamte Hardware der Gesellschaft, von den Gebäuden über Maschinen bis zu digitaler Software (die immer mehr Strom verbraucht), in Frage zu stellen.

In unserem Buch werden in diesem Zusammenhang drei Dinge angesprochen, die ich hier nicht ausführen kann: leichte Produkte, Produktionsverfahren, die ressourcenleicht sind und als delokalisierte Netze miteinander verknüpft sind. Es ist nicht vertretbar, dass z.B. auf der Strecke zwischen Kohlenflöz und Glühbirne ungefähr 60–70 Prozent der Energie verloren geht. Es ist keine Frage, dass es möglich wäre, durch andere Energie-, Produktions- und Versorgungsstrukturen diesen Verlust der Primärenergie auf vielleicht 20 Prozent zu beschränken. Im Grunde lässt sich diese Logik durch viele Produktionsketten hindurch verfolgen. Darüber hinaus ist ein Übergang von Produkten zu Dienstleistungen nötig.

Eine zweite Dimension für einen Übergang zum ökologischen Wohlstand ist *Naturverträglichkeit*. Faszinierend an einem Segelschiff ist, dass Schnelligkeit und Kraft aus einem Naturstrom gewonnen wird, ohne diesen zu zerstören. Es nutzt den Wind, ohne ihm Kraft zu nehmen. Mehr noch: Segelboote sind schneller, wenn sie gegen den Wind fahren – dank Jahrhunderten von Erfahrung mit dem Design von Booten, Takelage, Segeln. Darin steckt der Kern der Idee regenerativer Energien: Es ist die Kunst, Naturflüsse mit menschlicher Intelligenz zu nutzen, ohne diese Naturflüsse zu zerstören. Diese Logik

steht dem Tanker gegenüber, der bekanntlich den Bestand plündert, der in der Erdkruste sitzt und nichts zurückgibt, ganz anders als das Segelboot. Wenn wir in diesem Zusammenhang von Dematerialisierung sprechen, sollten wir nicht nur Stoffe betrachten, sondern auch Strukturen, weil ein guter Teil unserer zentralistischen, kapitalintensiven und grenzüberschreitenden Produktionsweise auf der Verwaltung und Nutzung fossiler Energieströme beruht. Hier eröffnen sich mit regenerativen Energien neue Chancen auch für andere Produktionsstrukturen, zumindest im Energiebereich und angelagerten Sektoren. Denn vor allem Gas und Öl kommen nur an wenigen Orten der Erdkruste vor, die Konsumenten oder Nutzer aber sind verstreut über die ganze Welt. Dies erfordert, tausende Kilometer an Entfernungen zu überbrücken, von den angezapften Lagerstätten über die Verarbeitung bis zur Distribution an Konsumenten. Dies ist ein Grund für Zentralisierungstendenzen der Industrie, getrieben von den technologischen Erfordernissen der Energieversorger.

Anders mit regenerativen Energien: diese sind praktisch, weil die Sonne, weil Wasser, Biomasse im Allgemeinen überall vorkommt, so dass im Idealfall die Distanz zwischen Ort der Produktion und Ort des Konsums auf null schrumpfen kann. Der Konsument kann gleichzeitig Produzent sein und umgekehrt.

ÖKOSOZIALE PERSPEKTIVEN
ERKLÄRUNGEN UND DEBATTEN
IM UMFELD DES WELTSOZIALFORUMS
IN BELEM/BRASILIEN 2009

»Die Welt leidet am Fieber,
dem Klimawandel, und die Krankheit ist das kapitalistische Entwicklungsmodell.«
Evo Morales, Präsident Boliviens, 2007

Die ökosozialistische Erklärung von Belem, maßgeblich entwickelt von Michael Löwy, Gabriela Barbosa, Danielle Follet, Ian Angus, Joel Kovel u.a., formuliert eine scharfe Kritik an kapitalistischer Inwertsetzung von Natur und Mensch, imperialer Aneignung und Ausbeutung sowie Wachtumszwang: »Unbegrenztes ökonomisches Wachstum ist inkompatibel mit endlichen und fragilen Ökosystemen, doch das kapitalistische Wirtschaftssystem toleriert die Grenzen des Wachstums nicht.« Nichtsdestoweniger setzen die für die ökologische und ökonomische Krise Verantwortlichen auch die Bedingungen der Krisenbearbeitung ohne Marktmechanismen und Akkumulation in Frage zu stellen. Ohne wesentliche Veränderung der Logik führe dies – trotz leichter Verbesserungen im Einzelnen – zu weiterer Zerstörung und Unterdrückung von Mensch und Umwelt. Daher plädieren die vielen hundert Unterzeichner – auch gegen einen linken Produktivismus – für eine ökosozialistische Perspektive, »die die Ziele des Sozialismus innerhalb eines ökologischen und demokratischen Rahmens neu definiert«. Sie zielt auf eine gesellschaftliche Transformation, die qualitative Entwicklung statt quantitatives

Auf Grund dieser Eigenart regenerativer Stoffe, die überall verfügbar sind, verändert sich mit den *Prosumers* (Produzenten und Konsumenten fallen zusammen) die Struktur der Energieversorgung. Also ist die Perspektive der Naturverträglichkeit eine Perspektive von ungezählt vielen Miniproduzenten an Energie, die durch ein Netz miteinander verbunden sind, nach dem Modell des *distributed computing* – nun *distributed energy generation*. Diese Strukturfrage der *Dezentralisierung*[1] als dritter Dimension ökologischen Wohlstands ist hochpolitisch, weil sie sich nicht von allein, quasi ›technologisch‹ einstellt.

Die vierte Dimension ökologischen Wohlstands: Das Segelboot kann unsere Faszination wecken, aber letztendlich wird man zugestehen müssen, dass das Segelboot nicht so viel leisten kann wie der Tanker. Es kann nicht so viele Lasten transportieren, nicht so lange Distanzen überwinden, es ist nicht so zuverlässig wie der Tanker, abhängig von unsteten Winden. Die Folge: Es wird auch die ökologische Zivilisation nicht dieselben Leistungen zur Verfügung stellen können wie die Industriezivilisation. Zentral ist also *Selbstbegrenzung*.

Naturverträglichkeit und Dezentralisierung produzieren selbst wieder neue Probleme, bzw. sind nicht durchhaltbar, wenn sie nicht gleichzeitig mit der Komponente Selbstbegrenzung verbunden sind, bezogen

---

Wachstum befördert. Dies bedeutet auch Schrumpfung bestimmter Sektoren und die Stärkung anderer. Dazu bedarf es einer radikalen Demokratisierung, auch der Wirtschaft, sowie der Entscheidungen über Investitionen und technologische Entwicklungen. Zentral ist dabei die Konzentration auf alle »kreativen« und »reproduktiven Aktivitäten, wie Kindererziehung, Pflege, Bildung, Künste«, also auch der Geschlechterverhältnisse – und nicht zuletzt »Ernährungssouveränität« mit Blick auf Nord-Süd-Verhältnisse. Denn am stärksten unter Inwertsetzung und Krise leiden die Ärmsten und die Indigenen, deren Lebensraum bedroht ist. An ihr Wissen und an die sozialen Kämpfe um ökologische und soziale Gerechtigkeit gelte es anzuknüpfen.

(Erklärung: www.ecosocialistnetwork.org)

Im Rahmen von Debatten auf oder im Umfeld des Weltsozialforums fand diese Erklärung viel Unterstützung wie auch solidarische Kritik, etwa für eine stärkere Verknüpfung der ökologischen und entwicklungspolitischen Interessen mit den Interessen von Industriearbeitern im globalen Norden, die durch die Krise stark unter Druck stehen.
Eingefordert wird u.a., die internationalen Klimapolitiken differenzierter zu betrachten und nicht pauschal als marktwirtschaftlich abzulehnen, sondern sich aktiv einzubringen, um eine Verschärfung von Maßnahmen zur Reduktion von Treibhausgasen zu erreichen.

(Weitere Diskussionsbeiträge: http://climateandcapitalism.com/?p=655)

nicht zuletzt auf Zeit und Geschwindigkeit. Die Industriezivilisation hat hochgeschwinde Fahrzeuge und Vernetzungen produziert, die viel Energie verbrauchen.

Die Frage, die sich stellt: Bietet nicht Entschleunigung wiederum neue Qualitäten auf gleichzeitig viel sparsamerem Ressourcen- und Energieniveau? Das klassische Beispiel – Suffizienz als technisches Designprinzip – wäre eine Automobilflotte, in der kein Auto schneller als 150 Stundenkilometer fahren kann. Die Leistungsbegrenzung, das mittlere Leistungsniveau wird zum Konstruktionsprinzip. Dies ermöglicht auch Fahrzeuge mit anderem Gewicht, mit anderen Materialien. Aerodynamik spielt keine Rolle mehr, weil sie nur jenseits von 100 Stundenkilometern interessant ist. Das heißt, wir sprechen von einer neuen Generation von Technologien, die Suffizienz als Prinzip verfolgen und naturverträglich sein können, weil sie keine Benzinfahrzeuge mehr sein werden.

Auch Regionalisierung oder Dezentralisierung bedeutet ein Stück Selbstbegrenzung in der geographischen Verflechtung, nicht zuletzt bei Ernährung, Tourismus, Dienstleistungen usw. In diesen Bereichen zeichnen sich bereits neue Qualitäten ab, die wieder kultiviert werden. Schließlich haben Selbstbegrenzung und Lebenskunst etwas miteinander zu tun, weil uns bekanntlich die Großproduktion von Gütern der wertvollsten Ressource beraubt, nämlich der Zeit, über die wir alle als Personen verfügen. Wahrscheinlich gibt es einen *trade-off* zwischen Reichtum an Gütern und einem Reichtum an Zeit. Darum ist es nahe liegend, dass eine

Deutlich schärfer mit den gegenwärtigen Politiken ins Gericht geht die Erklärung des National Forum of Forest Peoples and Forest Workers aus Indien, das in den letzten Jahren zahlreiche Wald-Rechte-Komitees gebildet hat. »Wir, die Menschen des Waldes der Welt« lehnen eine Integration in eure Welt ab und »wählen fröhlich, unzivilisiert zu bleiben«. Denn letztlich handle es sich nicht um eine Wirtschafts- oder Klimakrise, sondern um eine »Zivilisationskrise«. Zornig wird die Zerstörung ihrer Lebensweise und der »Zyklen von Mutter Natur« angeprangert und zum globalen Widerstand aller Marginalisierten aufgerufen, insbesondere gegen die Inwertsetzung der Wälder und Naturressourcen. In eine ähnliche Richtung, jedoch perspektivisch nach vorn gerichtet, als Angebot für: ein gemeinsames Projekt, geht die (spanisch-sprachige) Erklärung der indigenen Völker. Vor dem Hintergrund der Mobilisierung der vergangenen Jahre, nicht zuletzt in Bolivien und Ecuador, stellt sie die Lebensweise ins Zentrum, zielt auf Selbstbestimmung und Autonomie, gemeinschaftliche Rechte, Klimagerechtigkeit und »gutes Leben« *(buen vivir)*.

(Weitere Beiträge: http://updatecollective.wordpress.com/2009/06/22/dehradun-declaration-of-forest-peoples-on-environment-justice/, http://movimientos.org/fsm2009/show_text.php3?key=13675).

Reduktion der Produktion von Gütern durchaus mit neuen Qualitäten, in diesem Fall Wohlstand an Zeit, einhergehen kann.

LEBENSDIENLICHE MARKTWIRTSCHAFT

Die Metaphorik von Peter Barnes (2008) aufgreifend: Der Kapitalismus braucht ein neues Betriebssystem. Kapitalismus 1.0 war der Manchesterkapitalismus, Kapitalismus 2.0 waren all die Versuche, die sozialzerstörerischen Tendenzen des Kapitalismus einzudämmen, mit den großen Innovationen der Sozialversicherungen. Diese stellen einen institutionellen Rahmen, um die sozial zersetzenden Tendenzen des Kapitalismus zu begrenzen. Dies führte zu Wohlfahrtsökonomien, Sozialpolitik, manche sagen »sozialer Marktwirtschaft«. Selbstverständlich wurde Kapitalismus 2.0 nie vollendet und nie auf die Dauer gesichert. Dennoch ist es an der Zeit, vom einem Kapitalismus 3.0 zu sprechen, einem System, das es schafft, die naturzerstörerischen Tendenzen zu begrenzen.

WAS KÖNNTEN PRINZIPIEN EINES KAPITALISMUS 3.0 SEIN?

1. *Qualitätsstandards*: Es kann nicht den Kräften des Marktes überlassen werden, was und wie produziert wird. D.h., es braucht Formen der sozialen Steuerung, die auf ökologische Qualitätsstandards hin arbeiten – auf soziale auch, der Einfachheit halber beschränke ich mich hier auf ökologische. In Japan gibt es z.B. den so genannten *top-runner-approach*: Die Regierung eruiert, was zu einem bestimmten Zeitpunkt die beste Waschmaschine ist. Diese erhebt sie zum Standard. Den müssen in fünf Jahren alle erreichen. Und dann wird wiederum die fortgeschrittenste Technologie identifiziert und die wiederum zum neuen Standard. Dies ist nur ein Beispiel, das auch auf ökologische Standards angewandt werden könnte. Andere Qualitätsstandards sind FairTrade oder Biolabel und anderes mehr. Es ist wahrscheinlich, dass mit der Zeit gesellschaftlich akzeptierte Produktionsverfahren und Produkte herauskommen.

2. *Grenzen setzen*. Es ist eine öffentliche Aufgabe, Grenzen in Bezug auf unser Verhältnis zur Natur zu formulieren und durchzusetzen. Bisher war es öffentliche bzw. staatliche Aufgabe, den Konflikt unter den Menschen zu regulieren. Diese besteht fort, aber es kommt eine neue Aufgabe hinzu, die Regulation des Konflikts zwischen dem Wirtschaftssystem, der menschlichen Lebensweise und der Natur. Also gehört es zu den vornehmsten Aufgaben der Politik, im weitesten Sinne des Wortes, Grenzen zu formulieren, durchzusetzen und so zu gestalten, dass sie nicht ungleich wirken. Das verschärft allerdings jeden Verteilungskonflikt.

Der Versuch, Grenzen zu setzen, wird bereits unternommen, z.B. mit dem europäischen Emmissionshandel – bisher ein eher missglückter Ansatz. Der Grundgedanke dahinter ist aber im Sinne einer lebensdienlichen Marktwirtschaft. Denn der Grundgedanke ist nicht *trading* (Handel). Das ist die Leistung der Amerikaner, dass sie etwas als *emmissions trading* verkaufen, so dass alle Wirtschaftsfreunde begeistert mittun. Ein wichtiger Teil der Wirtschaft verspricht sich immer noch viel vom Emissionshandel. Um-

gekehrt: Unseren Freunden von der Linken und den Globalisierungskritikern stehen die Haare zu Berge, weil es um marktwirtschaftlichen Handel mit Emissionen geht. Doch der entscheidende Angelpunkt des Ganzen ist *caping*, die Begrenzung von Emissionen, nicht *trading*. Es gibt kein *trading* ohne *caping*, aber es kann sehr wohl *caping* ohne *trading* geben. Aus diesem Grund haben wir argumentiert, dass der so genannte Emissionshandel eine interessante institutionelle Innovation sein kann, wenn er eine Reihe von Bedingungen erfüllt: Die Emissionsgrenzen dürfen nicht in einem Kuhhandel zwischen Politik und Wirtschaft festgelegt werden, sondern von einer unabhängigen Institution. Eine weitere Bedingung wäre, dass die Lizenzen zum Ausstoß von Emissionen am Beginn der Kette erworben werden müssen, schon bei der Ressourcengewinnung und Energieerzeugung.

3. Natürlich müssen Lizenzen etwas kosten. Wir erleben eine *great commons robbery*, einen großen Raub an Gemeineigentum, wenn Emissionsrechte unentgeltlich ausgegeben werden und Unternehmen damit Milliarden von Euro an Gewinnen machen.

4. Wer erhält eigentlich die Einnahmen aus dem Verkauf der Rechte, der Bepreisung der Natur, nicht nur beim Emissionshandel? Längerfristig fallen da große Summen an. Es wird geschätzt, der europäische Emissionshandel könne in den nächsten Jahren 50 bis 70 Milliarden Euro im Jahr erwirtschaften. Diese Einnahmen gehören zwei Gruppen von Menschen: Einerseits den europäischen Bürgern, denn die Luft ist ein Gemeinschaftsgut. Andererseits gehört die Atmosphäre nicht nur Europa – insofern sollten die Einnahmen auch dazu eingesetzt werden, um naturverträgliche Bedingungen auf der ganzen Welt zu schaffen.

WACHSTUM ODER WOHLSTAND?

Wer das Wachstumskapitel in unserem Buch aufmerksam liest, wird feststellen, dass sich dort mehr Fragen als Gewissheiten finden. Vielleicht ist es uns kunstvoll gelungen, dies zu verschleiern. Doch wir glauben, auch wenn es nicht so ausdrücklich gesagt wird, dass es keinen Umbau auf eine langfristig naturverträgliche Ökonomie geben kann, ohne die Wachstumsfrage zu stellen. Es kann keine ökologische Ökonomie geben ohne ›Wachstumsbefriedung‹. Warum? Um es vorsichtig zu sagen: Was gegenwärtig in der öffentlichen Debatte *common sense* ist, ist unplausibel. In der EU, bei der deutschen Regierung und auch bei Teilen der Umweltforscher und Umweltfreunde, ist *common sense*, dass es möglich wäre, 80-90 Prozent weniger fossile Energien im Jahre 2050 zu nutzen, und *gleichzeitig* die Wirtschaftsleistung zu verdoppeln. Dies ist aller Wahrscheinlichkeit nicht möglich. Aus diesem Grund erfordert die Vorsorge eine politische Debatte: Wie kann eine Ökonomie gebaut werden, die einigermaßen ein auskömmliches, gutes Leben ermöglicht, ohne dass sie wachsen muss. Auf diese Frage haben wir keine Antwort. Es ist nicht plausibel, zu glauben, dass man den ökologischen Fußabdruck drastisch verkleinern könnte, ohne auch den ökonomischen Fußabdruck zu verkleinern.

Oben/Unten: »Danube Project«, 2007
Fotos: Rolf Pilarsky


TEL-064-1165550
LOVE


ПЕКАРА
McDonald's
РОШТИЉ

WIDER DEN WACHSTUMSWAHN. FÜR KLIMAGERECHTIGKEIT

**TADZIO MÜLLER
UND STEPHAN KAUFMANN**

»Der Kapitalismus ist ein hochgradig lernfähiges, evolutionäres System, das bisher noch jede Krise und jede Opposition in einen Innovationsschub verwandelt hat.«
(Ralf Fücks)[2]

Der neoliberale Kapitalismus steckt in der Krise. Genauer gesagt, in den Krisen, und Krisen sind bekanntlich Zeiten, in denen die Dinge sich ändern und die Karten neu gemischt werden. Dementsprechend fand kurz vor der Europawahl auch eine kleine Revolution statt, als die *Financial Times Deutschland* – Stimme des aufgeklärten, internationalisierten Kapitals – eine Wahlempfehlung nicht für die FDP, schon gar nicht für die mittlerweile allzu sozialdemokratisierte Union aussprach, sondern für die Grünen. Sie sprechen von der Partei als »marktfreundliche[m] Innovationsmotor«, vom »grünen New Deal«, der vorsieht, »über ehrgeizige Klimaschutzvorgaben ein Konjunkturprogramm für ökologische Zukunftstechnologien« aufzulegen. Schlussfolgerung: »Wer mit seiner Stimme also sinnvolle Veränderungen vorantreiben will, kann sein Kreuzchen diesmal bei den Grünen machen.« (FTD 2009)

Da stellt sich die Frage, was den »Green New Deal« (GND) für die Redaktion der FTD so attraktiv macht. Unsere These dazu ist folgende: Interessant am GND ist für die Kapitalseite nicht, ob er nun wirklich die Vielzahl von derzeit akuten ökologischen Krisen[3] lösen kann – wir gehen davon aus, dass er dies nicht kann, vgl. unten –, sondern ob er diese Krisen als neuen Wachstumsmotor internalisieren kann, um damit die anderen Krisen des Kapitalismus zu lösen. Es geht also nicht um einfaches *greenwashing*, grün-gefärbtes Marketing ohne wirkliche Substanz. Es geht vielmehr darum, am Ende des neoliberalen Wachstumsregimes eine neue Akkumulationsperiode loszutreten, einen »grünen Kapitalismus«. Und im grünen Kapitalismus wird die »Biokrise« eben weder gelöst noch ignoriert, sondern steht im Zentrum der Wachstumsstrategie. Der grüne Kapitalismus, dessen progressivste Ausformulierung der Vorschlag für einen GND ist, stellt also eine Art ökologischer Inversion von Kennedys berühmten Satz dar: Frage nicht, was du für die Umwelt tun kannst, sondern was die Umwelt für dich tun kann.

KRISE, KRISEN

Und zu tun gibt es einiges… Da wäre die schon seit Ende der 1990er Jahre schwelende politische Krise, eine Krise der Legitimation sowohl globaler, als auch nationalstaatlicher Institutionen, von der Welthandelsorganisation WTO, dem IWF und der Weltbank, über nationale Parlamente, Parteien und Klassenkompromisse. Zwar konnte dieser Legitimitätsverlust kurzzeitig durch den War on Terror aufgefangen werden, dieser stellte aber im besten Fall eine Strategie der Dominanz dar, die nach wenigen Jahren die Systemstabilität eher weiter unterminierte, als sie sicherzustellen. Zweitens

ist da die Weltwirtschaftskrise, Resultat nicht ›nur‹ des Kollaps des Finanzwesens, sondern tieferer Ursachen wie, z.B. der Abwesenheit eines nachhaltigen Wachstumsmotors, in deren Folge immer mehr Profite mit immer kurzlebigeren *bubbles* gemacht werden mussten. Und – eingedenk, dass wir hier Krisentendenzen im Auge haben, die von herrschender Seite aus relevant sind – schließlich die Energiekrise: Die Vorkommen fossiler Energieträger, auf denen aktuell das Weltwirtschaftssystem basiert, neigen sich über kurz oder lang dem Ende zu, was mittelfristig steigende Energiepreise und Konflikte um ›Energiesicherheit‹ mit sich bringen wird. Ob der Neoliberalismus also ›am Ende‹ ist, darüber lässt sich streiten. Klar ist: Kapitale und Regierungen brauchen, in den Worten von Lord Sterns, »einen guten Wachstumsmotor [...] um aus dieser [Krise] herauszukommen – es geht nicht einfach nur darum, die Nachfrage anzuheben« (FTD 2.12.2008). Woher einen solchen Motor nehmen?

BIOKRISE, ANTAGONISMUS UND DER GRÜNE KAPITALISMUS

Es gibt eine weitere Krise nicht nur mit dem Potenzial, den Kapitalismus zu zerstören – sondern auch, ihm neues Leben einzuhauchen: Die Biokrise, die sich aus der Vielzahl sozial-ökologischer Krisen wie Klimakrise, Verlust von Biodiversität, Versteppung usw. zusammensetzt. Diese Krise birgt das Potenzial, nicht nur die Wirtschafts-, sondern gleich alle drei oben genannten Krisen auf einen Schlag zu lösen. Man bedenke drei Beispiele: erstens (Stichwort Legitimationskrise) den G8-Gipfel in Heiligendamm. Dort lief die globalisierungskritische Bewegung trotz taktisch brillanter Aktionen strategisch ins Leere. Während wir versuchten, die G8 mittels unserer ›traditionellen‹ anti-neoliberalen Kritik zu de-legitimieren, schaffte diese es – allen voran Angela Merkel –, sich dadurch zu *re*-legitimieren, dass der Eindruck vermittelt wurde, hier würde das ›Menschheitsproblem‹ Klimawandel angegangen, gar gelöst. Zweitens (Stichwort Wirtschaftskrise) sind die vielen ›grünen‹ Konjunkturprogramme zu nennen, d.h. die mehr oder minder grünen Aspekte der verschiedenen schon verabschiedeten Programme: vom bundesdeutschen Paket, das relativ armselige 10 Prozent in grüne Sektoren investiert (inklusive der unökologischen ›Abwrackprämie‹), bis hin zum südkoreanischen mit 80 Prozent (FTD 2.3.2009). Ganz zu schweigen von den ein bis drei Billionen US-Dollar, die bis 2020 eventuell in den Kohlenstoffmarkt investiert werden können – entsteht hier der neue *subprime*-Markt (*Guardian* 25.3.2009)? Drittens (Stichwort Energiekrise) geht es bei der Förderung erneuerbarer Energien oft weniger ums Klima als um die Frage der Energiesicherheit – mehr Windenergie zuhause heißt weniger Abhängigkeit vom Öl anderer Länder. Ein weltweiter Klimaschutz birgt enorme Exportchancen für jene Staaten, die zu den Weltmarktführern bei der Ökotechnologie zählen. Dies ist laut Bundesumweltbericht 2009 insbesondere Deutschland.

Was genau passiert hier? Krisen sind im Kapitalismus nicht notwendigerweise negativ: Der Kern des fordistisch-keynesianischen New Deals, der zur temporären Lösung der Krise der 1920er und 30er Jahre beitrug, lag darin, dass der Antagonismus zwischen Arbeit und

Kapital weder gelöst noch ignoriert, sondern *herrschaftsförmig internalisiert* wurde. Es war dieser Antagonismus, der – domestiziert und entschärft in den korporatistischen Abkommen zur Lohn- und Produktivitätssteigerung, sowie den Kämpfen der fordistischen Ära, die sich bald nur noch um die Höhe des Lohns drehten – dann eine neue Periode kapitalistischer Entwicklung und Akkumulation anstieß: das ›goldene Zeitalter‹ des Kapitals. Das Geheimnis der Langlebigkeit des Kapitals liegt auch in seiner Fähigkeit, Grenzen und die Krisen, die sie produzieren, als Triebfeder seiner weiteren Ausdehnung zu benutzen.

Was vor 80 Jahren der Klassenantagonismus war, ist nun die Biokrise, selbst Resultat eines ebenso unauflöslichen Antagonismus zwischen dem kapitalistischen Zwang zur grenzenlosen Akkumulation und unserem kollektiven Überleben in einer begrenzten Biosphäre – zwischen unendlichem Wachstum und unserer Existenz auf einem endlichen Planeten. Die Biokrise könnte es Kapitalfraktionen und Regierungen erlauben, die oben beschriebenen Legitimations-, Akkumulations-, und Energiekrisen zumindest zeitweise herrschaftsförmig zu bearbeiten. Der Antagonismus soll und kann nicht gelöst, vielmehr zur Triebfeder eines neuen ›grünen Kapitalismus‹ werden und gleichzeitig zur Ausdehnung staatlicher Regulation und Herrschaft in unsere Alltagsleben dienen. In der politischen Energie, die von der Biokrise produziert wird – zum Beispiel in der weit verbreiteten Wahrnehmung des Klimawandels als ein ›Menschheitsproblem‹ – liegt das Potenzial, durch die so genannte ›ökologische Modernisierung‹ wirtschaftlicher und politischer Strukturen bedeutende neue Akkumulationsräume und politische Legitimationsreserven zu erschließen.

DER GREEN NEW DEAL UND LINKE GEGENSTRATEGIEN

Während es also gut denkbar ist, dass der GND tatsächlich die Wirtschafts- und anderen Krisen zumindest zeitweise lösen kann, so wird deutlich, dass er die Biokrise nicht lösen wird – denn er ist ein attraktives Projekt der kapitalistischen Modernisierung und perpetuiert ihre Dynamik: »Akkumuliert, akkumuliert!« (MEW 23, 621). Kapital braucht oder *ist* Akkumulation, und 200 Jahre real existierende Kapitalakkumulation ist immer im Umweltraum expansiv gewesen.

Viele versprechen, dass die Geschichte vom umweltverträglichen (›nachhaltigen‹) kapitalistischen Wachstum, die uns seit über 20 Jahren erzählt wird, diesmal wahr wird – wirklich! Es mag so sein, dass der Klimaschutz für die Weltgemeinschaft billiger ist als der fortgesetzte Klimawandel. Damit ist aber nicht geklärt, wer für die Kosten aufkommt. Auf den globalen Klimakonferenzen ringen die Staaten daher um die Ausgestaltung des künftigen Klimaregimes, das ihre Stellung in der globalen Konkurrenz der Kapitalstandorte entscheidend modifiziert. Wer gewinnt und wer verliert – diese Fragen lassen die Klimaverhandlungen immer wieder scheitern oder mit kleinlichen Minimal-Kompromissen enden, voraussichtlich auch in Kopenhagen im Dezember 2009.

20 Jahre ökologischer Modernisierung des Kapitalismus haben erstaunliche Fortschritte, aber keine relevanten ökologisch positiven

Effekte ermöglicht. Erneut auf die Ergebnisse eines Klimagipfels zu setzen, also immer wieder das Gleiche zu tun, und dabei trotzdem andere Ergebnisse zu erwarten – so definierte Albert Einstein einmal den Wahnsinn. In diesem Sinne ist die real existierende Klimapolitik ›wahnsinnig‹: Weder Emissionshandel, noch die Einspeisung von mehr erneuerbaren Energien in den Energiemix haben nennenswerte Emissionsreduktionen produziert. Emissionshandel hat sich als weniger effektiv und langsamer erwiesen als die z.B. in Deutschland durchgesetzten direkten Ver- und Gebotsmaßnahmen. Kontraproduktiv ist auch der ›Kohlenstoff-Ablasshandel‹ im Rahmen des *Clean Development Mechanism* des Kyoto-Protokolls, der es Industrieländern erlaubt, Emissionsreduktionen im globalen Süden zu tätigen, anstatt ihre eigenen Emissionen zu verringern.

Im März stellte eine Konferenz in Kopenhagen fest, dass die Erderwärmung deutlich schneller vonstatten geht, als dies in den pessimistischsten Szenarien des Weltklimarates vorhergesagt wurde (*Guardian* 12/2009) – es werden nicht nur immer mehr Treibhausgase ausgestoßen, sondern die Geschwindigkeit des Anstiegs steigt sogar.[4] Es gab nur zwei Prozesse, die in den letzten 20 Jahren tatsächlich zu klimaschutzrelevanten Reduktionen geführt haben: der Zusammenbruch der wachstumsfixierten Wirtschaften des staatssozialistischen Ostblocks und die gegenwärtige Wirtschaftskrise.[5] Diese beiden Prozesse haben eines gemeinsam: drastische Einbrüche des Wirtschaftswachstums.

Der attraktiv klingende Vorschlag für einen GND ignoriert die ökologisch zentrale Dimension des Wachstums. Längst hat die ökonomische Perspektive die ökologische abgelöst. Doch trotz dieser offensichtlichen Schwäche – die selben Grünen, die jetzt den GND als das bessere kapitalistische Wachstumsprogramm verkaufen, haben bis vor kurzem noch vor den ›Grenzen des Wachstums‹ gewarnt – präsentiert dieses Programm sich nach links als pragmatische, angesichts der allseits beschworenen Dringlichkeit der ökologischen Krisen einzig mögliche Route, die eine sozial-ökologische Linke beschreiten kann. Dies ist nur so lange wahr, wie die Linke dem kapitalistischen Wachstumsprinzip verhaftet bleibt. Denkt man darüber hinaus, eröffnen sich neue politische Möglichkeiten, auch Notwendigkeiten. Zum Beispiel: Klimagerechtigkeit statt Wachstumswahn!

Dies ist keine leere Forderung, kein abstrakt-radikaler Allgemeinplatz. Nach dem Niedergang der großen globalisierungskritischen Gipfelproteste ist in den letzten Jahren eine globale Bewegung für Klimagerechtigkeit entstanden: Die Klimakrise ist ein soziales Problem. Sie ist Resultat sozialer, kapitalistischer und anderer Ausbeutungsverhältnisse (Nord/Süd, Gender etc.). Deshalb muss jeder Versuch, sie zu lösen, an diesen Verhältnissen und nicht einseitig an der (technischen) Frage der Ressourceneffizienz ansetzen. Die Bewegungen, die zum und vor allem gegen den so genannten Klimagipfel im Dezember dieses Jahres in Kopenhagen mobilisieren, stehen daher unter dem Motto: »Change the system, not the climate!« Es müssen Schritte unternommen werden, die tatsächliche klimapolitische Relevanz haben und drastische Emissionsreduktionen produzie-

ren. Diese Schritte müssen die soziale Frage im Blick haben, somit sowohl das Gerechtigkeitsgefälle im Klimawandel bearbeiten, als auch die sozialen Ursachen des Klimawandels – die kapitalistische Produktionsweise – bekämpfen. Gleichzeitig müssen diese geforderten, und soweit als möglich schon praktizierten Schritte angesichts der krisenbedingten Offenheit des politischen Feldes eine Art klimapolitisches Übergangsprogramm darstellen, das zumindest potenziell hegemoniefähig ist, uns aber auf jeden Fall vom Pfad des immer weiteren Wachstums abbringt. Einige der Vorschläge der Bewegung um Kopenhagen sind: Energiekonzerne enteignen, Energiesysteme dezentralisieren; fossile Ressourcen im Boden lassen; Lokalisierung der Nahrungsmittelproduktion, Ernährungssouveränität; Reform unserer Städte und Transportsysteme, Ausbau des öffentlichen Sektors; Anerkennung und Zahlung ökologischer Schuld des Nordens an den Süden. Sicherlich: was hier verlangt und relativ kleinteilig bereits praktiziert wird, ist nicht leicht umzusetzen. All diese Schritte würden unser Leben, vor allem im globalen Norden, massiv verändern und unsere Konsummöglichkeiten drastisch einschränken. Aber genau das ist notwendig: Wir können uns *business as usual* nicht mehr leisten.

Wir können einfach so weitermachen und hoffen, dass ein Green New Deal alles für uns richtet, quasi hinter unserem Rücken und ohne, dass sich unsere Leben wirklich ändern. Aber das wäre – der reine Wahnsinn. Stattdessen gäbe es eine neue Welt jenseits von Konsumismus und Lohnarbeit zu gewinnen (Kaufmann/Müller 2009).

DEN GREEN NEW DEAL NICHT ABLEHNEN, SONDERN INSTANDBESETZEN! FÜR EINE SOZIAL-ÖKOLOGISCHE TRANSFORMATION

FRIEDER OTTO WOLF

In der Geschichte der Arbeiterbewegung ist einiges schief gegangen. Und einiges davon beruhte auf unter den Agierenden verbreiteten Irrtümern. Auch wer glaubt, emanzipatorische Bewegungen im 21. Jahrhundert könnten sich von der Arbeiterbewegung verabschieden, wird diese Irrtümer nicht vergessen können. Denn jede radikale, emanzipatorische Praxis, die sich nicht erinnert, läuft Gefahr, diese Irrtümer zu wiederholen. Ein strategisch zentraler Irrtum – der in enger Verbindung stand mit den politisch destruktiven Formen, die die Spaltung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen hat – war die verbreitete Auffassung, es wäre eine Alternative, für konkrete Verbesserungen, für Reformprozesse oder aber für die Revolution, für einen großen Sprung in das ganz andere einzutreten. Von Lenins und Luxemburgs Plädoyers für eine radikale bzw. revolutionäre Realpolitik über die trotzkistischen Gedanken über Übergangsforderungen bis hin zu eurokommunistischen Postulaten eines »Bruchs als Prozess« (Rossana Rossanda) und dem daraus entwickelten Konzept »systemüberwindender Reformen« ist diesem

verbreiteten Irrtum entgegen gearbeitet worden. Und doch drängt sich diese falsche Alternative in den politischen Debatten immer wieder auf.

Die gegenwärtige Debatte um einen Green New Deal leidet offensichtlich erneut unter diesem Irrtum. Anstatt die konkreten Vorschläge für ein Notprogramm zur Krisenbewältigung zu kritisieren, das – wie der historische New Deal in den USA – Massenelend und Massenerwerbslosigkeit durch eine Kombination von Wirtschaftsbelebungsmaßnahmen und Sozialpolitik bekämpfen und dabei zugleich die dringlichsten Erfordernisse einer Überwindung der ökologischen Krise praktisch angehen, also im sachlichen Sinne grün wirken soll, wird primär darüber diskutiert, ob das damit z.T. verknüpfte »Versprechen« einer »grünen Marktwirtschaft« – international wird etwas offener von einem *green capitalism* gesprochen – überhaupt einlösbar ist. Das verfehlt das eigentlich zu erörternde Thema – das wird hoffentlich nicht nur mir deutlich, der sich daran erinnert, dass die gegenwärtige Debatte keineswegs die erste ist, die über das Thema geführt wird (vgl. den Artikel »Grüner New Deal« von Willi Brüggen im *Historisch-Kritischen Wörterbuch des Marxismus*). Denn die damalige Debatte – deren Ergebnisse vor 1989 von Politikern wie Oskar Lafontaine und Ludger Volmer vertreten worden sind – war noch davon geprägt, derartige ideologische Vorabfestlegungen zu vermeiden und in den dringlichen Sofortmaßnahmen zur Bewältigung der ökonomischen, sozialen und ökologischen Krise des Fordismus, wie sie als ein erster Schritt propagiert wurden, durchaus auch die Möglichkeiten zu einer weiter und tiefer gehenden gesellschaftsstrukturellen Umgestaltung mitzudenken. Die ÖkosozialistInnen, die an der damaligen Debatte mitwirkten, hatten die Konzepte der radikalen Realpolitik keineswegs vergessen.

Es ist nicht unwichtig, festzuhalten, dass die gegenwärtige Auseinandersetzung um den Green New Deal von Anfang an eine internationale Debatte gewesen ist, innerhalb derer die deutsche Auseinandersetzung um den entsprechend benannten Vorschlag der Grünen nur eine Episode darstellt. Es macht daher auch konzeptionell wenig Sinn, sich allein auf den konkreten parteipolitischen Vorschlag der deutschen Grünen zu beziehen – bereits die Europäischen Grünen haben eine sehr viel interessantere Konzeption vorgelegt (die auch gesellschaftspolitisch interessanteste Konzeption hat m.W. eine britische Intellektuellengruppe vorgelegt, die Green New Deal Group).

Zum einen ist zu betonen, dass die Debatte um einen Green New Deal international selber im Kontext einer Debatte um einen so genannten »*New New Deal*« (Paul Krugman) steht, der die heraufziehende große Wirtschaftskrise eindämmen und bekämpfen soll. Zum anderen muss auch in Deutschland begriffen werden, dass die Forderung nach einer grünen Akzentuierung eines derartigen New Deal keine parteipolitische Festlegung bedeutet: Die ökologische, sprich grüne Sache ist kein Monopol der grünen Parteien.

Hier liegt eine raffinierte politische Abseitsfalle: Wer jeden New Deal ablehnt, weil er lieber eine Revolution haben möchte, verabschiedet sich zumindest aus der Tagespolitik – ich denke, überhaupt aus den Auseinandersetzungen, in denen sich politische



Subjekte und gesellschaftspolitische Bündnisse erst herausbilden können. Wer speziell eine grüne Ausrichtung eines New Deals ablehnt, der wird zum Komplizen derjenigen unter den herrschenden Eliten, die die Ernsthaftigkeit und Dringlichkeit der sich zuspitzenden ökologischen Krise leugnen. Die Tatsache dieser Abseitsfalle kann trefflich denunziert werden. Eine Denunziation trägt aber nun einmal nichts zum weiteren Spielverlauf bei.

Daher gibt es m.E. keine andere Möglichkeit, als sowohl an der Debatte über einen New New Deal, als auch über dessen notwendig grüne Ausrichtung kritisch-konstruktiv teilzunehmen. Nur so kann der Spielverlauf überhaupt noch beeinflusst werden. Vielleicht kann auf diese Weise die Möglichkeit gewonnen werden, in der nächsten Runde unter günstigeren Voraussetzungen mitspielen zu können. Was gibt es dagegen für Argumente, sich überhaupt nicht an der Debatte über einen New New Deal zu beteiligen? Ich sehe hier zwei Gruppen: erstens theoretische Argumente gegen die politische Verstärkung von ›reformistischen Illusionen‹ und zweitens historische Argumente gegen den wRooseveltschen New Deal als ein mögliches Modell für eine gegenwärtige Politik.

Zunächst einmal gibt es gewiss eine Ebene, auf der diese Argumente schlicht wahr sind. Leider sind sie auf dieser Ebene aber auch ganz trivial und für praktische Orientierungen untauglich: Es wäre eine reformistische Illusion, zu glauben, die in unseren Gesellschaften herrschende kapitalistische Produktionsweise

»Shanghait«, Shanghai 2009, Foto: www.tranquillium.com

könnte sich durch geeignete politisch-institutionelle Reformen ihrer inneren Widersprüche entledigen. Und es wäre ein offensichtlicher Unfug, zu glauben, die Politik Franklin Delanoe Roosevelts aus den USA der 1930er Jahre ließe sich über 70 Jahre später global, europäisch oder in Deutschland wiederholen.

Darum geht es in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen gar nicht: Die Vertreter eines New New Deal versprechen nicht, einen widerspruchs- und krisenfreien Kapitalismus zu schaffen (und unterscheiden sich insofern im Bewusstseinsstand ganz erheblich von den Theoretikern der New Economy der End-1990er), sondern nur eine relative Restabilisierung von Wirtschafts- und Sozialentwicklung aufgrund von Umverteilung und Betonung der Binnenwirtschaft. Sie wollen auch nicht einfach die *blueprints* der Rooseveltschen Technokratie erneut anwenden, sondern verweisen auf den komplexen historischen Prozess, geprägt von Regierungshandeln und sozialen Kämpfen, der die längerfristigen Auswirkungen des historischen New Deals in den USA hervorgebracht hat und plädieren dafür, dass heute vergleichbare Ergebnisse zu erzielen wären.

Vielen Linken fällt es immer noch schwer, den historischen Stellenwert des Rooseveltschen New Deal in der Nacht des 20. Jahrhunderts zur Kenntnis zu nehmen – der zunächst innerhalb der USA, wie etwa Mario Tronti herausgearbeitet hat, einen immer tiefer greifenden Umgestaltungsprozess mit gesellschaftspolitisch offenem Ausgang eingeleitet hatte, um sich dann – unter Schließung der radikaleren gesellschaftspolitischen Optionen im Inneren – gegen die historisch existierenden Alternativen des deutschen Faschismus und des sowjetischen Stalinismus als weltweit hegemoniale Kraft durchzusetzen und die Entwicklung des Fordismus entscheidend zu prägen. Jedenfalls enthält dieser historische Prozess die Lektion, dass wir es in den modernen Gesellschaften, in welchen kapitalistische Produktionsweise herrscht, nicht mit einer schlichten linearen Entwicklung des Systems, sondern mit dramatischen historischen Entscheidungen zu tun haben, die sich auf real entstehende Entwicklungsalternativen (»Bifurkationen«) beziehen. Die Bifurkation der letzten großen Krise kehrt gewiss nicht wieder. Darauf aber, dass in der gegenwärtig heraufziehenden Krise erneut mit derartigen Entwicklungsalternativen zu rechnen ist und der New Deal sich in der letzten großen Krise als das historische Erfolgsprojekt durchsetzte, beruht die heute verbreitete Faszination durch New-Deal-Konzepte.

Eine mögliche Politik eines New New Deal kann keine Wiederholung der alten sein. An dieser Stelle konkret die Debatte darüber zu führen, worin dessen Neuheit bestehen muss, heißt unvermeidlich auch, die Diskussion über das *grüne* Moment eines möglichen New Deals aufzunehmen – darüber hinaus aber auch das Moment der Geschlechter- und Nord-Süd-Verhältnisse. Denn es kann erstens durchaus triftig gegen die meisten Konzepte eines New New Deal eingewandt werden, dass sie es versäumen, schon in ihren allerersten Schritten die Dringlichkeiten der ökologischen Krise zu berücksichtigen (und insbesondere auf eine unhaltbar gewordene Wachstumsideologie abfahren). Und es muss zweitens die

historische Erfahrung reflektiert werden, dass die unbestreitbaren historischen Erfolge des Rooseveltschen New Deals in einem unbestreitbaren Zusammenhang stehen mit einer repressiven Erneuerung der patriarchalischen Kleinfamilie als Gehäuse des Massenkonsums, sowie mit der neokolonialen Intensivierung der Ausbeutung des globalen Südens vor allem durch In-Wert-Setzung seiner Naturressourcen.

Die Sofortmaßnahmen, wie sie in den unterschiedlichen Konzeptionen für einen Green New Deal gebündelt werden, müssen selbstverständlich bei der gegenwärtig herrschenden historischen Lage ansetzen. Das kann ihnen nur zum Vorwurf machen, wer einen übergangslosen Sprung aus dieser Lage heraus für möglich hält – wer also den Anspruch aufgegeben hat, eine hier und heute wirksame Politik zu machen.

In diesem Sinne ist etwa die Auseinandersetzung um den Rückgriff auf die so genannten ›marktförmigen Instrumente‹ einer ökologischen Umgestaltung zu führen. Wer ihnen einfach nur ihre Marktförmigkeit vorwirft, hat nicht verstanden, worum es geht. Etwa die *emission trading systems* (ETS) sind nicht allein deswegen zu kritisieren, weil in ihnen überhaupt ein Handel stattfindet, sondern weil dieser Handel unter Voraussetzungen stattfindet (keine Mindestpreise, keine eingebaute planmäßige Mengenreduktion), die ihre ökologische Wirksamkeit (im Sinne einer planmäßigen und raschen Reduktion der Emissionsmengen) mehr als zweifelhaft macht und aufgrund derer keine gleichzeitige Verbesserung der Macht- und Kräfteverhältnisse zugunsten der Diskriminierten und Abhängigen erwartet werden kann – obwohl es durchaus Gegenvorschläge gibt, derartige marktförmige Instrumente wirksamer und zugleich demokratisierungsförderlicher auszugestalten. Eine derartige Herangehensweise nimmt der Kritik etwa an der ETS-Politik der EU nichts von ihrer Schärfe – sie macht sie aber auch für diejenigen nachvollziehbar, die nicht schon von vornherein die Prämisse teilen, dass Warenförmigkeit schlecht und daher zu überwinden ist.

Eine Politik der radikalen, emanzipatorischen Linken muss sich heute von der falschen Vorstellung befreien, dass sie zwischen der Entfaltung ihrer radikalen Visionen und einem Eingreifen in die Tagespolitik zu wählen hätte. An die Stelle dieses schlechten Entweder-Oder muss sie ein entschlossenes Sowohl-als-auch setzen – indem sie sowohl ihre radikalen Zukunftsvisionen – klassenlose, herrschaftsfreie Gesellschaft, ökologische Versöhnung der Menschheit mit der Biosphäre, befreite Geschlechterverhältnisse, solidarisches Zusammenleben der Völker in einer friedlichen Menschheit – als solche mutig entfaltet, als auch konkret und genau darüber mitdiskutiert, wie heute sinnvolle erste Schritte zur Überwindung der gegenwärtigen Krisenkonstellation gegangen werden können.

In der gegenwärtigen Debattenkonstellation kann es daher für eine emanzipatorische Linke nicht darum gehen, sich dem Gedanken eines New New Deal als solchem entgegenzustellen (wohl aber den damit immer wieder verbundenen Illusionen). Vorschläge für einen Green New Deal sind daher nicht als solche zu verwerfen und zu bekämpfen, sondern konkret

im Einzelnen daraufhin zu prüfen, ob die in ihnen vorgeschlagenen Sofortmaßnahmen das leisten können, was sie versprechen (oder vielleicht auch gänzlich ungeeignet sind) – und ob es nicht noch bessere Vorschläge gibt, wie sie sich in anderen Konzeptionen eines Green New Deal finden lassen oder auch aus bereits laufenden Debatten in den wirklichen sozialen Kämpfen entwickeln lassen. Besondere Aufmerksamkeit wird dabei darauf zu richten sein, dass die Auswirkungen einer Durchsetzung derartiger Maßnahmen auf die Macht- und Kräfteverhältnisse zwischen den Geschlechtskategorien, zwischen dem globalen Norden und dem globalen Süden sowie zwischen den gesellschaftlichen Klassen ernsthaft reflektiert und praktisch berücksichtigt werden.

Das heißt nicht, dass der Green New Deal, so wie er international breit diskutiert wird, als solcher bereits mit ökosozialistischen Übergangsforderungen zu verwechseln oder als eine Art von uneingestandenem Übergangsprogramm zu begreifen wäre. Aber wer es ernst meint mit der Forderung nach einem ökologischen, feministischen und anti-imperialen Transformationsprozess, der aus der gegenwärtigen Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise herausführt, muss hier ansetzen.

Mao dze Dong hat einmal eine alte chinesische Bauernregel in die Strategiedebatte der historischen kommunistischen Bewegung eingebracht: »Eine Reise von 1 000 Meilen beginnt mit dem ersten Schritt.« Das bleibt auch nach dem Ende dieser historischen Bewegung nach beiden Seiten hilfreich: Zum einen wird derjenige, der gar nicht weiß, wohin er reisen will, gar keine ersten Schritte machen können, sondern nur orientierungslos vor sich hin tapern. Zum andern aber werden alle, die zu wissen behaupten, wohin die lange Reise gehen soll, aber nicht angeben können (oder wollen), was der erste Schritt auf dieser Reise ist, sich die Frage gefallen lassen müssen, ob sie dies denn wirklich wissen und ob es ihnen mit diesem Wissen ernst ist – oder ob sie sich bloß angenehmen Träumen hingeben und aus lauter Angst vor den sicherlich schwer zu vermeidenden Irrtümern jede wirkliche politische Praxis vermeiden. Welcher erste Schritt getan werden soll (und kann), darum muss allerdings gestritten werden.

---

1 Red.: Die Dimension der Dezentralisierung würde gegen die u.a. von Ralf Fücks (beim Rat für radikale Realpolitik – Der Zukunftskommission der RLS am 14.5.2009, Berlin) favorisierte Erzeugung von Solarenergie in der nordafrikanischen Wüste sprechen, wie sie ein internationales Firmenkonsortium mit Investitionen in Höhe von mehreren hundert Milliarden Euro plant.

2 Bei der Neugründung des Rates für radikale Realpolitik – Der Zukunftskommission der RLS am 14.5.2009, Berlin; vgl. auch Fücks/Steenbock (2007, 63).

3 Neben der Klimakrise wären da noch der Verlust von Biodiversität, Versteppung, Wassermangel, Zerstörung ökologischer Ökosysteme (v.a. in den Meeren) u.a.m.

4 www.bio-medicine.org/biology-news/Increase-in-carbon-dioxide-emissions-accelerating-3706-1/ – jedenfalls war dies bis zum Beginn der Weltwirtschaftskrise der Fall.

5 http://euobserver.com/9/27913; http://withoutyourwalls.wordpress.com/2009/06/24/its-the-economy-stupid/

LITERATUR

Barnes, Peter, 2008: *Kapitalismus 3.0. Ein Leitfaden zur Wiederaneignung der Gemeinschaftsgüter*, Hamburg

Fücks, Ralf, und Kristina Steenbock, 2007: Die Große Transformation. Kann die ökologische Wende des Kapitalismus gelingen?, in: *böll Thema,* H. 1, 63, www.böll.de

Kaufmann, Stephan, und Tadzio Müller, 2009: Grüner Kapitalismus, Reihe einundzwanzig der RLS, Berlin [im Erscheinen]

Pomeranz, Kenneth, 2000: *The Great Divergence. China, Europe and The Making of Modern World Economy*, Princeton

Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, 2008: *Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt*, Frankfurt/M

UNBEKLEIDET MIT AUTO

RABEA EIPPERLE

Rabea Eipperles Arbeit zeigt elf Männer vor ihren Autos. Sie posieren nicht übermäßig, sie sehen nicht überdurchschnittlich gut oder schlecht aus. Nur wenige der präsentierten Körper scheinen durch Sport und andere disziplinierenden Praktiken geformt. Die Männer lehnen sich z.T. ein wenig zärtlich an die Autos, manche lapidar. Und die Autos sind wie die meisten, die in unseren Straßen fahren: Einige alt, einige sportlich, einige fahren sicher schnell, in einige passt viel rein, eins ist sehr klein.

Nur einer der Männer trägt eine verspiegelte Sonnenbrille. Das Auto ist das einzige Accessoire. Und die Häuser im Hintergrund: Reihenhäuschen, kleine Vorstadthäuser. Normal und Durchschnitt. Nur dass die Männer eben alle unbekleidet sind. Unbekleidet mit Auto.

Die Künstlerin macht sie nicht lächerlich. Das Objektiv ist ihnen freundlich zugewandt. Sie scheinen sich nicht unwohl zu fühlen. Die Frau hinter dem Objektiv ist keine Bedrohung und kaum ein Anlass, den Bauch einzuziehen. Unwillkürlich denkt man an die Bilder, auf denen sexy Frauen auf schnellen Autos posieren und sich verrenken, die Autos erst interessant machen. Die Männer müssen sich wohl nicht so ins Zeug legen. Sie werden dem Auto nicht beigeordnet, nicht unterstellt, das Auto gehört ihnen schon, sie können darüber verfügen – und sie gehören zum Auto. Es scheint ihre Kraft, ihren Körper zu erweitern, jeder stützt sich auf die eine oder andere Weise darauf. So ist ihre Welt.

Früher saßen Adel und Feldherr stolz auf ihren Pferden, ein Zeichen der Macht über die Unberittenen und das Volk. In der Demokratie hat Jedermann ein Vielfaches an Pferdestärken zur Verfügung, wir sind das Volk. Solange die Männer ein Auto haben, sind sie auch unbekleidet nicht nackt.

Christina Kaindl



Fotos: Rabea Eipperle. Unbekleidet mit Auto.
11 Fotografien, 50 x 40 cm. 2004, www.rabeaeipperle.de

Rabea Eipperle wurde 1973 in Mutlangen geboren, studierte an der Hochschule für bildende Künste in Hamburg und machte dort 2001 ihr Diplom bei Prof. B. J. Blume.

In den letzten Jahren hat sie eine Reihe Ausstellungen, Foto- und Videoprojekte realisiert, etwa im Jahr 2003 die Reihe *Mit uns ein Gefühl*, auf der die Künstlerin mit verschiedenen Bodybuildern in romantischen Paarposen zu sehen ist. Bis zum 4.10.2009 zeigt sie Arbeiten in der Ausstellung *Gemeinsam in die Zukunft* im Frankfurter Kunstverein, Frankfurt am Main.


ESW CH 17




20
HH CA 44


ESW AK 75








OH AS 39





SIND WIR AUTO?

MICHAEL BRIE

In der schlimmsten Wirtschaftskrise seit 1929 wird die Abwrackprämie vielleicht als größte Massenbewegung in die Geschichte der Bundesrepublik eingehen. Zwei Millionen Käufer von neuen Autos können jetzt ihre Altwagen wegwerfen und auf einen neuen umsteigen. Alle Demonstrationen gegen die Abwälzung der Krisenfolgen auf die »kleinen Leute« zusammen genommen haben bisher keinen vergleichbaren Massencharakter.

Freude.
Auf diesem Wort wurde ein Unternehmen erbaut, verpflichtet nur Einem, dem Fahrer.

»Auto-Nation« seien wir, so der alte und neue Bundespräsident in der Mitgliederzeitung des ADAC. Der ADAC ist mit 16 Millionen zahlenden Mitgliedern die größte Massenorganisation der Bundesrepublik. Alle im Bundestag vertretenen Parteien zusammen haben weniger als zwei Millionen Mitglieder. Wie kein anderer Gegenstand, so Horst Köhler, stehe das Auto (er erinnert an Käfer und Trabbi) für Wirtschaft, Soziales, Politik und eben auch für die nationale Identität der Deutschen. Ist das, was gut oder schlecht ist für das Auto, auch gut oder schlecht für die Menschen in der Bundesrepublik? Sollte künftig eine Strophe des Deutschlandliedes heißen:
»Deutsche Autos, deutsche Straßen,/deutsche Tunnels, Motorsang/Sollen in der Welt behalten/ihren alten schönen Klang,/Uns zu edler Tat begeistern/Unser ganzes Leben lang«? *Sind wir Auto?*

Wir bauen nicht einfach nur Autos.
Wir erzeugen Emotionen.

Über Jahrtausende war Mobilität ausschließlich den berittenen Oberschichten vorbehalten. »Hoch zu Ross« war Adelsprivileg. Hatten die Eisenbahnen, S-, U-, Straßenbahnen und Busse im ausgehenden 19. Jahrhundert begonnen, Mobilität zu *demokratisieren*, wurde sie durch das Auto *individualisiert*.

Wir sind der Garant für Begeisterung, Faszination und Gänsehaut.

Das Auto wurde zur Massenware und keine andere Ware symbolisierte den wachsenden Wohlstand wie das Auto. Das Auto hat so sehr das 20., das »Amerikanische Jahrhundert«, geprägt, dass US-Präsident Barack Obama es – konfrontiert mit der gleichzeitigen Krise der drei großen Automobilhersteller in den USA – glatt für eine amerikanische Erfindung hielt. *Are we cars?*
Die einst kaum überwindbaren Schranken einer Klassengesellschaft schienen im Laufe des 20. Jahrhunderts in Westeuropa und den USA zu den Abstufungen zu mutieren zwischen Oberklasse, Mittelklasse und der Welt der Kleinwagen, oft als zweites Auto der Familie für die Hausfrau oder Mitverdienerin. Der Klassenkompromiss ermöglichte das Haus im Grünen einerseits und das Auto andererseits. Sich zwischen Arbeitsort, Wohnort und Urlaubsort souverän zu bewegen, wurde zum erfüllbaren »Traum«. Zugeparkte, von Abgasen vergiftete und durch Autobahnen zerrissene Städte und Landschaften, der alltägliche Stau, die Urlaubskolonnen waren die Kehrseite.

Innovation ist unser Rückgrat, aber Freude ist unser Herz.

Das Auto ist das Symbol für erfolgreiche Innovationen im 20. Jahrhundert schlechthin. Dabei waren es eigentlich Waschmaschine und der elektrische bzw. Gasherd, die wirklich das Leben erleichtert haben. Sie sparten im Haushalt täglich viel (weibliche) Arbeitskraft. Die Ausbreitung des Autos lässt sich keinesfalls mit dem Drang nach individueller Mobilität allein erklären. Denn diese hätte auch durch Eisenbahn, Straßenbahn, U-Bahn und Busse hergestellt werden können, öffentlich, statt privat. Ein großer Teil heutiger Mobilitätsbedürfnisse resultiert zudem genau aus jener Zersiedlung des Landes, den gigantischen Vorortsiedlungen, die erst im Gefolge der privaten Autonutzung entstanden sind. Weshalb also diese Präferenz des privaten gegenüber dem öffentlichen Mittel individueller Mobilität?

Wir sind die Freude am Fahren.

Die Faszination des Autos liegt darin, den menschlichen Körper des Fahrers mit zusätzlicher Macht auszustatten: Das leichte Drücken eines Pedals beschleunigt eine Masse, die zehnmal größer ist als das eigene Körpergewicht auf ein Tempo, das zehnmal höher ist als das Lauftempo eines Joggers, und trägt über eine Strecke, die ohne Ermüdung das Zwanzigfache dessen darstellt, was ein Fußgänger an einem Tag zurücklegen kann. Diese Potenzierung der eigenen Körperkraft und ihre Verwandlung in die Fähigkeit, den Raum zu »besiegen«, die Mühen von Bergen und Ebenen in das bloße Rauschen des Fahrtwindes auf einer glatten Straße zu verwandeln, ist durch kein anderes Mittel moderner Technik derart jedem Einzelnen zugänglich. Das Auto umhüllt den Körper des Fahrers und gibt ihm ein fahrendes Heim – privat behaust durchquert er den Raum. Häuslichkeit wird ortlos.

Während andere lernen Leidenschaft zu buchstabieren, haben wir sie längst geweckt.

Es ist das Auto, das es Menschen erlaubt, mit geringer zusätzlicher Bildung und Erfahrung die Macht der modernen Technik als eigene Macht zu genießen und den Kick des kalkulierten Risikos zu erleben, das schnell zur tödlichen Gefahr werden kann. Seit 1950 sind in Deutschland mehr als 750 000 Menschen bei Verkehrsunfällen getötet worden. Weltweit waren es 2008 über 1,2 Millionen Tote und rund 50 Millionen Verletzte. Die Privatisierung der modernen Mobilität war zugleich der Einstieg in das tödlichste aller Verkehrsmittel.

Das Auto ist ein Geschenk, das die Mehrheit der Bevölkerung sich für die lebenslange Lohnarbeit macht. Zeitweiliger Triebverzicht, alltäglicher Dienst an jenen Fließbändern, an denen die Autos hergestellt werden, an den Schreibtischen, in denen ihre Produktion verwaltet wird. Einfügung als berechenbare Teile in Großorganisationen der Moderne sind das Gut, das die Einzelnen täglich bereit stellen müssen. Im Austausch erhalten sie das Auto. Die Verwandlung des eigenen Körpers in eine Maschine, acht Stunden am Tag, fünf Tage in der Woche, hat die maschinelle Überhöhung männlicher Körperlichkeit in der Freizeit zur Kehrseite und als Ausgleich. Kein öffentliches Transportmittel, nur das private Eigentum kann derartige persönliche Kosten aufwiegen. Lohnarbeit wird als Abhängigkeit, das Auto als Freiheit erlebt. Und die Massenproduktion von Autos durch Lohnarbeit sichert die massenhafte Gleichheit in dieser Freiheit.

Die private Form der Mobilität ist die lustvolle Kehrseite der Entfremdung in der Arbeit. Der Verleih der Arbeitskraft und Lebenszeit zu Bedingungen, die Mann und Frau zumeist nicht selbst bestimmen können, zu Zielen, an denen sie nur selten mitwirken dürfen, ausgeliefert Weisungen, denen sie nur wenig entgegensetzen können, muss sich privat lohnen oder wäre unerträglich. Die Privatheit des Individuellen (auch der Mobilität) außerhalb der Arbeit spiegelt und verstärkt die Fremdheit in der gesellschaftlichen Arbeit.

Wir machen Freude intelligenter. Wir treiben sie an, analysieren sie und gestalten sie dann immer wieder neu.

Der Film *Rebel without a Cause (... denn sie wissen nicht, was sie tun)* von 1955 und James Deans Unfalltod mit seinem Porsche 550 Spyder am 30. September des gleichen Jahres setzten den Aufstand gegen diesen Preis der Freiheit als tödlichen Wettbewerb filmisch und dann real in Szene. Ein ganzes Zeitalter mit seiner Massendemokratie, dem Wohlfahrtsstaat, den technisierten Haushalten, den motorisierten Panzerarmeen, mit Aspirin und Antibabypille erhielt den einen Namen – Fordismus, benannt nach dem Unternehmer, der die ersten in Serie hergestellten und damit auch für die Arbeiter erschwinglichen Auto produzieren ließ, den berühmten Ford T, der *Tin Lizzy* von 1908.

Wir finden neue Formen der Freude, für die es keine Worte gibt.

Noch effizienter, noch dynamischer.

Aber wird auch das 21. Jahrhundert ein Zeitalter des Autos sein? Bleibt der Zusammenhang von Kapitalismus, Erwerbsarbeit und Privatkonsum intakt? Sind die Verheißungen des Fordismus noch einlösbar? Die Verallgemeinerung der modernen Lebensweise insbesondere in den sich schnell ausdehnenden Mittelschichten Asiens wird bei ungebrochenen Trends dazu führen, dass sich die Zahl von Autos von über 600 Mio. bis 2030 noch einmal verdoppeln wird – auf rund 1,2 Mrd. Globalisierung der Rohstoff- und Energie verbrauchenden Produktions- und Lebensweise einerseits und Zuspitzung der ihr eigenen Widersprüche in einer endlichen und für die Menschen tödlich verwundbaren Welt andererseits fallen zusammen. Die fordistische Welt wird im Augenblick ihres sicheren Untergangs global. Das triumphierende Wachstum privaten Wohlstands scheint die einzig mögliche Form, in der ein reiches Leben möglich ist – und es zerstört dessen Grundlagen. Privater Luxus ist nicht mehr verallgemeinerbar und zieht Verelendung nach sich. Die Klima-Migrantinnen und -migranten werden nicht den BMW wählen können, um die Zentren der Autowelt zu erreichen.

Wir geben der Welt die Schlüssel zur Freude und diese geht damit auf große Fahrt.

In der Krise ist eine Weichenstellung entstanden, deren Konturen mehr und mehr sichtbar werden. Die »Umweltprämie« verkörpert wie keine andere politische Entscheidung eine Richtungsentscheidung des offensiven, aggressiven Strukturkonservatismus, des Weiter-So nur besser, ökologischer, sauberer, sicherer. Deshalb wurde diese Prämie, ins Spiel gebracht von IG Metall und SPD, zum erfolgreichsten Exportschlager deutscher Politik im Krisenjahr 2009. Unter anderem Österreich, Frankreich, Portugal, Rumänien, Spanien, Italien und Zypern zogen mit und selbst die USA führten sie ein.

Wir sind Auto sagen unisono Regierungen, Unternehmensführungen, Belegschaften und die Auto fahrende Bevölkerung. Das wirtschaftliche Wachstum und damit auch die Finanzierung des Sozialstaats würden ohne exportstarke Autoindustrie und kauflustige Kunden wegbrechen. *Wir sind Auto* bedeutet, mit Steuergeldern eine Nachfrage nach genau jenen Gütern neu zu erzeugen, deren Wegwerfen belohnt wird. *Wir sind Auto* schließt ein, dass es jenseits der Autoindustrie und ihren Zulieferern (in Deutschland sei dies rund jeder siebente Arbeitsplatz) keine hinreichende Zahl gut bezahlter qualifizierter Arbeitsplätze gibt, für die gekämpft werden könnte. *Wir sind Auto* heißt für die Beschäftigten in der Autoindustrie, gegen den Abstieg in Arbeitslosigkeit und Hartz-IV zu kämpfen. Dies ist auch ein Kampf um menschliche Würde, die so angreifbar ist. Die Umweltprämie soll rund 200 000 Arbeitsplätze erhalten haben. *Wir sind Auto* drückt aus, dass die stärkste Industriegewerkschaft der

Welt, die IG Metall, in den Großbetrieben der Autoindustrie ihre Machtbastionen hat. *Wir sind Auto* resultiert aus dem Umstand, dass das Auto immer noch das lustschenkende Glied jener Kette ist, die Kapitalismus, Lohnarbeitergesellschaft und konsumorientierte Lebensweise aneinanderschmiedet zu einem alternativlos scheinenden Zyklus von Wachstum des Ressourcenverbrauchs, Unterordnung unter die Zwänge des Arbeitsmarktes und genussvollem Haben der Symbole von Freiheit und Gleichheit.

Es ist ein hegemonialer Block von neoliberaler Politik, Traumfabriken, Großkonzernen, Gewerkschaften und abhängig Beschäftigten sowie der breiten Masse der Bevölkerung entstanden, für die das *Wir sind Auto* alternativlos zu sein scheint – materiell wie geistig, rational wie emotional, wirtschaftlich wie politisch. Die »Umweltprämie« hat genau jene, die in diesem historischen Block in der unteren Mitte eingeordnet sind, in Bewegung gesetzt, hat sie aktiviert in einer Weise, die ihre Subalternität zementiert, hat ihnen Gewinne versprochen, die in jeder Hinsicht teuer bezahlt werden – durch Verschuldung der öffentlichen Haushalte, Verfestigung überholter Industriestrukturen, Fortsetzung von Umwelt und Klima zerstörender Produktions- und Lebensweise, der knechtenden Unterordnung unter die Teilung der Arbeit, Ausbeutung der Dritten Welt.

Dieser Konservatismus des *Wir sind Auto* ist nicht blind für die Umweltfragen, sondern will sie durch eine ökologische Modernisierung innerhalb der gegebenen Strukturen bearbeiten. Er ist auch nicht ignorant für die ärmeren Länder, sondern behauptet die Möglichkeit der Ausdehnung der Autogesellschaft auf die ganze Menschheit. Er gibt sich sozial, weil er die Bevölkerung beteiligen will – als Lohnabhängige wie als Konsumenten, als mobile Kraft in der Welt der Erzeugung wie des Verbrauchs der Waren. Die Ideologie des *Wir sind Auto* ist die Ideologie der heilen Welt des utopischen Kapitalismus – jeder ist Unternehmer der eigenen Arbeitskraft und Daseinsvorsorge in einer Welt der hunderttausend und einen Ware. Doch die Welt kann nicht zur Ware gemacht werden, ohne dass sie dabei zerstört wird – genauso wenig wie der Mensch dabei menschlich bleibt. Die Rohstoffe für die Autos des 21. Jahrhunderts werden nicht nur gekauft, sondern auch durch Panzer und motorisierte Infanterie erobert werden müssen. Die bewaffneten Streitkräfte der USA verbrauchen insgesamt zehn Mal mehr Treibstoff als Bangladesh mit seinen über 150 Millionen Einwohnern (Klare, 2007).

Es gibt aber die Möglichkeit einer anderen Weichenstellung: In den Poren der Autogesellschaft sind längst Elemente neuer Produktions- und Lebensweisen entstanden. Weder ist die klassische Arbeitsteilung von männlichem

Und während andere versuchen,
alles zu versprechen, versprechen
wir nur eins.
Das persönlichste, schönste und
menschlichste aller Gefühle.
Freude

Für den geringsten Verbrauch
UND das größte Vergnügen.
Für minimale Emissionen UND
maximalen Fahrspaß.
Für Sparsamkeit UND Sportlichkeit.
Denn wer schneller von null auf
hundert sein will, kann trotzdem
weniger auf hundert verbrauchen.

Freude ist unendlich schön.



Arbeiter aus dem HKM Stahlwerk in Duisburg. 2008 wurde ein Hochofen unerwartet heruntergefahren. Im Februar 2009 ist die Zukunft des Werkes ungewiss. Foto: Ingo Woelke, Berlin, www.ingo-woelke.com

Familien»ernährer« und Hausfrau/Mutter noch vorherrschend, und auch Fließband und Großbüros von Großkonzernen sind nicht mehr uneingeschränkt dominant. Individualisierung, Flexibilisierung, Subjektivierung der Arbeit, Teamwork und Netwerkorganisationen, flache Hierarchien und Enterprise 2.0 sind nicht nur ideologische Schlagworte, sondern beschreiben neue Realitäten. In den eigenen vier Wänden verdrängt das Internet mit Chatrooms und Rollenspielen das bloß passive fremdbestimmte Fernsehen. Dort sind die Einzelnen viel freier unterwegs als auf den Straßen der Städte. Der Reichtum menschlichen Geistes, des Spiels, der direkten Kommunikation über den Erdball hinweg mag pervertierte Formen angenommen haben, aber er kann auch emanzipatorisch erschlossen werden.

Freude ist jung. Freude weckt das Kind in uns. Sie wartet hinter jeder Ecke, jeder Kurve.

Wir sind nicht verdammt, Auto zu bleiben. Aber wie immer ist es kurzfristig einfacher und preiswerter, auf den bisherigen breiten Autobahnen zu bleiben als neue Pfade einzuschlagen. Die Wiederherstellung eines bisherigen

Einverständnisses ist viel leichter zu erreichen als ein neuer Konsens beim Aufbruch in eine bisher unbekannte Welt. In die Strukturen heutiger privater Fortbewegung und des Güterverkehrs auf der Straße sind global Dutzende Billionen Euro investiert. Und die Fantasien von Freiheit sind immer noch autobesetzt. Die Anschubkosten einer neuen Entwicklung sind zunächst viel höher als die, einfach so weiter zu machen, auch wenn sie langfristig deutlich geringer wären. Dies sind Gründe, warum so selten in der Geschichte neue Entwicklungswege eingeschlagen werden.

Dabei liegen die Alternativen auf der Hand (Brie, 2009). Es sind dies aber nicht das Elektroauto oder Biosprit, die nur die gleichen Bedürfnisse innerhalb der gleichen Strukturen mit etwas verbesserten Mitteln zu befriedigen sucht. Es ist vor allem der öffentliche Personen- und Güterverkehr. Im Vergleich zum Auto und LKW liegen die gesamtgesellschaftlichen Kosten für diesen Verkehr bei der Hälfte, die CO_2-Emissionen betragen nur zehn bis 20 Prozent, die Zahl der Verkehrstoten je zurückgelegten Kilometer würde auf ein Sechstel oder Achtel sinken. Kommunale Angebote von Taxen und elektronisch betriebenen Leihautos könnten das Problem lösen, wie man zur nächsten Haltestelle kommt, wenn sie weiter als einige hundert Meter weg ist. Ein entgeltfreier Öffentlicher Personennahverkehr würde die Städte von den Autos befreien und ganz neue Orte der Begegnung, der geschäftigen Ruhe, der Arbeit und Erholung schaffen. Es würde eine Zivilisation entstehen, die global verallgemeinert werden kann – sozial wie ökologisch. Verkehrsberuhigung im Kiez, der Bau neuer Straßenbahnen, das Kaufen vor der Haustür sind kleine, aber unverzichtbare Schritte auf diesem Weg.

Man kann viel über die Hindernisse beim Übergang zu einer post-automobilen Gesellschaft sagen – Macht- und Eigentumsverhältnisse, gigantische Aufwendungen des technologischen Umbaus, die Notwendigkeit der Mobilisierung von riesigen Mitteln und ihre Umverteilung von privat zu öffentlich und von Nord nach Süd. Auch der Zeitfaktor spielt eine entscheidende Rolle: Dieser Umbau müsste innerhalb von zwei Jahrzehnten stattfinden und die übergroße Mehrheit aller Gesellschaften erfassen. Lester Brown, Chef des World-Watch-Instituts, schreibt, dies müsste in der Geschwindigkeit der Umstellung einer Friedens- in eine Kriegswirtschaft geschehen (2009, 22). Der Vergleich macht deutlich, dass eine solche Transformation möglich wäre – wenn sie gewollt und als Chance begriffen würde. Er erklärt auch, wieso es nicht durch Ausnahme- und Kriegszustand geht: Wer möchte, wer könnte, wer sollte den Kriegszustand ausrufen. Wieder per Befehl in eine bessere Welt?

Freude wird nie alt.
Kein Wunder: Denn sie beginnt jeden Tag aufs Neue.

Freude hat keinen Sinn für ODER.
Dies ODER das. Entweder ODER.
Freude will alles, und zwar
immer UND überall.
Freude ist das Erfinden von UND.

Eine der wichtigsten Voraussetzungen für einen solchen Wandel liegt in der Veränderung der Arbeit: Erst eine weitere deutliche Verkürzung der Arbeitszeit und die Verwandlung der freien Zeit in Zeit der Entwicklung der eigenen körperlichen und seelischen Kräfte jenseits bloßer Erholung der Arbeitskraft kann eine Bedürfnisstruktur freisetzen, die sich der Faszination des Autos zu entziehen vermag. Denn auch und gerade die Muße, die freie Entfaltung der eigenen Physis und Kultur ist anstrengend und aufwendig. Dafür müssen Bedingungen geschaffen werden. Es bedarf befördernder öffentlicher Einrichtungen und ihres privat unerreichbaren Luxus' (Mike Davis), es braucht Hilfe und Gemeinschaftlichkeit. Dies schließt ein, dass der öffentliche Raum seinen Charakter der Fremdheit verliert und zu einem Raum respektvoller Begegnung und solidarischer Gemeinsamkeit wird, gegen den kein Schutz notwendig ist. Es bedürfte einer wahrhaft lebendigen partizipativen Demokratie. Erst dann würde die Beteiligung an den öffentlichen Angelegenheiten so wichtig wie die Erwerbsarbeit.

Die Kluft zwischen der heutigen Gesellschaft des *Wir sind Auto* und einer Gesellschaft, die ihren Frieden mit der Natur macht, kann nur geschlossen werden, wenn die Gegensätze einer privatistisch ausbeutenden Produktions- und Lebensweise solidarisch vermittelt und dabei Schritt für Schritt neue und freiere Lebensmöglichkeiten erschlossen werden. Dies bedarf einer Transformationsperspektive, die an den realen Widersprüchen der Autogesellschaft ansetzt und ihre Überwindung bewirkt.

Die Menschen werden nur bleiben, wenn sie nicht Auto bleiben und den Planeten nicht als Autobahn vernutzen. Dies aber ist nur erreichbar, wenn wir, Naturwesen, die wir sind, endlich lernen, schonend und behutsam mit der Welt umzugehen und uns den Reichtum des Öffentlichen erschließen. Dann vielleicht würden solidarische Menschen das Maß der Dinge bestimmen und die Erde würde zur Heimat.

Die Marginalien wurden einer aktuellen Autowerbung entnommen.

LITERATUR

Brown, Lester, 2008: *Plan B 3.0 Mobilizing to Save Civilization*, New York
Brie, Michael: Entgeltfreier Öffentlicher Personennahverkehr statt »Abwrackprämie«! Standpunkte der RLS 8/2009, www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/standpunkte_0908.pdf
Klare, Michael T., 2007: The Pentagon v. Peak Oil. How Wars of the Future May Be Fought Just to Run the Machines That Fight Them, www.tomdispatch.com/post/174810/



KRISE, ALLTAG UND GESCHLECHT

IRIS NOWAK

Dank der medialen Katastrophendiskurse hat im Alltagsverstand der meisten Menschen die Frage an Bedeutung gewonnen, in welcher Weise die eigene Form der Existenzsicherung mit dem Zusammenfallen globaler Kreditsysteme verknüpft ist. An welchem Punkt der ökonomischen Entwicklung wird mein Auftrag- oder Arbeitgeber kein Geld mehr haben, Löhne oder Honorare zu zahlen? Wo gilt dies auch für bisher als sicher verstandene Arbeitsplätze? Wie verändern sich die ohnehin repressiven Praxen der zuständigen Arbeitsagentur, wenn Haushalte der Kommunen vollständig zusammenbrechen? Da selbst Fachleute das Ausmaß vor uns liegender ökonomischer Zusammenbrüche und daraus folgender Kettenreaktionen nicht für einschätzbar halten, sind dies keine rein diskursiven Inszenierungen, sondern Ausdruck einer tatsächlich ungewissen Zukunft.

Das hegemonial gewordene Krisengefühl sorgt also nicht zuletzt für einen breiteren

Bedarf nach Wissen über die eigene sozioökonomische Verortung in Gesellschaft. An sich wäre eine verallgemeinerte Aneignung von solchem Wissen (und seine damit verbundene Weiterentwicklung) ein genuin linkes Anliegen. Eine solidarische Welt, in der jeder über seine Lebensbedingungen selbst verfügt, und auch die Kämpfe dafür setzen voraus, dass sich jeder Einzelne entsprechende Kompetenzen eigenständig und kollektiv mit anderen aneignet und entwickelt.

Allerdings scheint es, als wäre linke Theorieproduktion einem solchen Bedarf (noch) nicht gewachsen, denn gerade die Vermittlung zwischen neoliberaler Regulierung, Alltagserfahrungen und ihrer subjektiven Verarbeitung kommt in den aktuellen Krisendiskussionen oft zu kurz. Zwar wird häufig auf das Ausmaß hingewiesen, in dem herrschende Kräfte in den letzten Jahrzehnten (trotz steigender Profite) Lohn-, Arbeits- und Lebensstandards absenkten, Arbeit verdichteten u.ä. Allerdings wird damit noch wenig über die Form der Durchsetzung neoliberaler Herrschaft gesagt.

Neoliberalismus konnte sich als hegemoniales Projekt auch deshalb in Gesellschaft verankern, weil es mit marktorientierten Regulierungsweisen gelang, individuelle und kollektive Emanzipationsbestrebungen zu einer entscheidenden Triebkraft kapitalistischen Wirtschaftens zu machen. Man kann dies an Forderungen sozialer Bewegungen der 1970er Jahre verfolgen, in denen Forderungen und Versuche, eine größere persönliche Autonomie zu entwickeln, in grundlegende Gesellschaftskritik eingebettet waren. Wenn etwa in der Frauenbewegung neue Lebensweisen fern von Familie ausprobiert wurden, selbstbestimmte Sexualpraxen eingefordert und gelebt wurden und bessere, gut bezahlte und Lohnarbeit gefordert wurde, so waren diese Diskussionen oft (wenn auch z.T. nur lose) eingebunden in eine Suche nach gesamtgesellschaftlich solidarischen Strukturen. Den heute auch für Frauen bestehenden Zwang, sich erfolgreich zu vermarkten, das Familienleben hieran flexibel auszurichten und auf staatliche Unterstützung zu verzichten, hatten die damaligen Akteurinnen sicher nicht vor Augen.

Ihre Forderungen wurden in neoliberale Regulierungsweisen aufgenommen und dabei zugleich überformt. Mit alternativen Gesellschaftsprojekten hat dies nicht mehr viel gemein. Wohl aber bietet die Anforderung, die eigene Lebensweise marktkompatibel zu gestalten, eine ganze Reihe von (meist individuellen) Gestaltungsmöglichkeiten.

Auf dieser Grundlage haben sich unter neoliberalen Bedingungen Arbeits- und Lebensweisen herausgebildet, in denen es normal geworden ist, dass das individuelle Leben als einer Art Dauerkrise gemeistert werden muss. Wenn etwas als normal wahrgenommen wird, gilt es als unveränderbar; darüber wird Herrschaft ausgeübt. Die neue Normalität ist einerseits erzwungen, erhielt andererseits Anerkennung, weil in ihr eine Vielzahl von Entwicklungsmöglichkeiten aufscheint.

Vor diesen Überlegungen frage ich, auf welches Phänomen sich der Begriff der Krise derzeit genau bezieht. Auch wenn wir etliche Anzeichen für ein Ende (oder einen Umbau) neoliberaler staatlicher Regulierung ausmachen können, so ist die Frage offen, ob es parallel zu

dieser Krise im Großen eigentlich auch eine Krise dieses (Alltags-) Bewusstseins gibt. Bauen Regulierungsweisen, die derzeit entwickelt werden, um die Krisen einzudämmen, nicht eher auf eine Alltagskultur, in der die prekäre Existenzweisen als Herausforderung gelebt werden und – wo dies nicht gelingt – Zukunftsängste und Depressionen vor allem als psychisches Problem individuell bearbeitet werden? Bleibt es dabei, dass die eigene Situation vor allem als bloße Bewältigung von individuellen Mikrokrisen durchlebt wird (auch wenn diese Mikrokrisen massenhaft zunehmen)? Nach linken Perspektiven in der Krise zu fragen heißt, danach zu suchen, wie sich z.B. das Wissen über die erstaunlich starke Finanzkraft des Staats in konkrete Widerstandspraxen übersetzt, wenn es um die eigenen Löhne, Arbeits- und Lebensbedingungen geht.

Fragen nach den Brüchen und Kontinuitäten neoliberaler Hegemonie im Alltag nehmen relativ wenig Platz in aktuellen Krisenanalysen ein – das korrespondiert mit einer Marginalisierung von feministischen Perspektiven. Christa Wichterich erinnert (2009) an die Asienkrise. Das damalige Krisenmanagement bezog sich vor allem auf die Rettung von Banken und Konzernen, verhinderte aber nicht den »›Download‹ der Risiken in die Küchen«: Materielle Armut wächst durch Währungsverfall, Entlassungen und Lohnsenkungen und wird im Allgemeinen ausgeglichen durch noch mehr unbezahlte Arbeit im Alltag, die von Frauen in Privathaushalten und lokalen Netzwerken geleistet wird. In welcher Form dies auch in den hiesigen Bewältigungsformen der aktuellen Krise zutreffen wird, lässt sich sich noch nicht sagen. Einerseits ist die vorherrschende Arbeitsteilung in Deutschland traditionell genug, um die Mehrbelastung von Frauen, die in den kommenden Jahren durch Arbeitslosigkeit und Armut wachsen wird, als wesentliches Moment der Krisenbewältigung zu untersuchen. Im aktuellen Krisenmanagement finden sich auch etliche Tendenzen, die weniger werdende (gut) bezahlte Arbeit weiterhin eher den Männern zukommen zu lassen: So verweist das »nationale Interesse« an der Zukunft von Opel und die schnelle Entscheidung über die Insolvenz von Arcandor darauf, dass der traditionell männliche Bereich der industriellen Produktion höhere Bedeutung erfährt als der Einzelhandel, in dem traditionell vor allem Frauen als Teilzeitkräfte oder Mini-Jobberinnen beschäftigt sind. Auch für den alternativen Zukunftsentwurf eines Green New Deal gilt, dass hier vor allem Arbeitsplätze für Männer entstehen werden, da Frauen in technischen Berufen – allem Gerede von Geschlechtergleichheit zum Trotz – nach wie vor stark unterrepräsentiert sind.

Andererseits müssten wir bei einer Untersuchung der unbezahlten Arbeit in Krisenzeiten berücksichtigen, dass diese Arbeitsteilung sowohl durch Verweigerung der Frauen als auch durch den Wandel kapitalistischer Regulierung ihre Form verändert hat und im Zuge der Krise möglicherweise weiter verändert. Wenn die Krise bedeutet, dass auch in bisher als relativ sicher geltenden Kernbereichen starke soziale Einbrüche, Massenentlassungen u.ä. zu erwarten sind, so bedeutet dies eine weitere Erschütterung der männlichen Position als Familienernährer. Mitte Juni stieg

EU-weit die Arbeitslosenquote der Männer das erste Mal (wenn auch nur leicht) über die der Frauen. Aus solchen Angaben über Arbeitsmärkte lässt sich wenig über die Zukunft der geschlechtsspezifischen Teilung unbezahlter Arbeit ableiten. Es lässt sich lediglich erahnen, dass sie ein Feld bleibt, in dem die individuelle Verarbeitung ökonomischer Umbrüche kräftig an vergeschlechtlichten Identitäten und Autonomievorstellungen rütteln wird.

Feministische Autorinnen zeigen, dass es bei dieser Frage nach der Bedeutung privatförmiger Reproduktionsarbeit in Krisenzeiten um mehr und anderes geht als die spezifische Ausbeutung von Frauen. Es gehe vielmehr darum, dass es ein »Qualitätsmerkmal von Kapital« ist, dass mit Maßlosigkeit auf menschliche Ressourcen zurückgegriffen werde (Biesecker 2009). Die »vollzogene Abspaltung der Marktökonomie von der sozialen und natürlichen Reproduktion« (Wichterich 2009) sei ein in der Krise zum Ausdruck kommendes Grundproblem kapitalistischen Wirtschaftens. Die Wertschöpfung könne nur auf Grundlage eines Polsters von sozialer Regeneration, von Sorgearbeit und sozialen Sicherungsnetzen einerseits und regenerativen Kräften der Natur andererseits funktionieren. Für diese Grundlagen könne nicht innerhalb der kapitalistischen Logik gesorgt werden.

In diesem Sinne wird in diesen feministischen Beiträgen die »Krise des ›Reproduktiven‹« (Biesecker) als Parallele zur ökologischen Krise diskutiert. In beiden Fällen gehe es um ein »Wirtschaften und Leben auf Kosten der Zukunft«, bei der ökonomische, ökologische und soziale Grenzen nicht wahrgenommen würden und für Regenerationsfähigkeit keinerlei gesellschaftliche Verantwortung übernommen werde. Stattdessen werde auf als natürlich verstandene Ressourcen wie weibliche Kompetenzen und Neigungen zur Fürsorge gesetzt. Strukturelle Gleichgültigkeit gegenüber der Reproduktion dieser Ressourcen macht es möglich, dass neue Märkte erschlossen werden, z.B. durch Hedge-Fonds im Bereich von Alten- und Pflegeheimen. Die Folge ist eine »McDonaldisierung« der Arbeitsbedingungen in öffentlichen Einrichtungen (Madörin 2008).

Als Reaktion auf die Krise braucht es daher – folgt man den feministischen Analysen – einen grundlegenden strukturellen Wandel, der mit einer Umbewertung von Produktions- und Reproduktionsarbeit, solidarischen Wirtschaftsregeln (Wichterich) und einer Einbeziehung von *care*-ökonomischen Fragestellungen in die wirtschaftspolitische Debatte (Madörin) einhergeht; dies wird oft als Forderungen an den Staat formuliert (z.B. Winker 2009).

Für feministische Zusammenhänge sind solche Forderungen ein alter Hut. Dass sie über entsprechende Zirkel hinaus in den gegenwärtigen Diskussionen auch der Linken kaum Gehör finden, zeigt sich in den aktuellen Diskussionen: Während die ökologische Krise neue Aufmerksamkeit von Regierungen, Kapitalbesitzern und (in Folge davon?) auch der Linken erfährt, hat die Krise des Reproduktiven marginale Bedeutung für Auseinandersetzungen über aktuelles Krisenmanagement. (Strukturell bedingt meist weibliche) Erfahrungen aus privaten Küchen und öffentlichen Einrichtungen zu einem der

Ausgangspunkte linker Krisendiskussionen zu machen, würde der Privatisierung individueller Reproduktionsarbeit aller Menschen entgegenarbeiten und zugleich die Frage nach sinnvollen politischen Formen (Wer spricht wann in wessen Namen?) stellen.

Ein Problem allerdings weisen auch die von mir zitierten feministischen Analysen auf. Sie zeichnen ein Bild von neoliberalen Bedingungen, in dem diese vor allem als Verschlechterung von Arbeits- und Lebensbedingungen gesehen werden. Darüber geht die Widersprüchlichkeit verloren, die auch im Bereich des Reproduktiven die Verbreitung von Marktlogiken kennzeichnet, die aber sowohl für individuelle Erfahrungen als auch für den Verlauf sozialer Auseinandersetzungen um reproduktive Arbeit bedeutsam sind. Exemplarisch erläutert sei dies an der Frage öffentlicher Kinderbetreuung.

Die aktuellen Auseinandersetzungen im Kita-Bereich sagen insofern etwas über die Krise aus, als Erzieher/innen zweifellos zu jenen Gruppen gehören, die aus Geldern finanziert werden, die aufgrund der Krise knapper sein werden als zuvor. Gleichzeitig erlangen care-ökonomische Fragestellungen auch für kapitalistische Regulierung zunehmende Bedeutung: Nicht nur feministische und einige linke Kräfte kritisieren seit Jahren die unzureichende quantitative und qualitative Ausstattung mit Kinderbetreuung in Deutschland. Ursula von der Leyen hat in den letzten Jahren um deren Ausbau gerungen, weil sie hoch qualifizierte Frauen als Arbeitskräfte für die deutsche Wirtschaft sehen will. Aus pädagogischer Sicht wachsen die Zweifel daran, ob schlecht ausgebildete und bezahlte Kita-Angestellte unter widrigen Bedingungen den Nachwuchs des Wirtschaftsstandorts Deutschland zu ausreichend lern- und arbeitsfähigem Humankapital heranziehen können.

Nicht zuletzt diese zunächst diskursive Aufwertung ihrer Arbeit sorgt gegenwärtig bei Erzieherinnen für eine höhere Konfliktbereitschaft. Hinzu kommt, dass auch sie die Freiheiten des Marktes teilweise nutzen: Wo die marktförmige Regulierung von Kitas besonders weit fortgeschritten ist (z.B. Hamburg), gibt es mittlerweile Abwanderung in andere Bundesländer und damit Arbeitskräftemangel.

Weitere Kürzungen im sozialen Bereich sind also auch aus der Sicht der Stabilisierung kapitalistischer Verhältnisse keine eindeutige Angelegenheit. Andersherum ist nicht jede Form des Ausbaus des Sozialen gleichzusetzen mit einem emanzipatorischen Projekt, wenngleich kein solches Projekt ohne diesen Ausbau möglich wäre. Linke feministische Politik muss sich in diesen Widersprüchen bewegen können. Gerade für die Frage, wer welchen gesellschaftlichen Projekten zustimmt oder aber um Alternativen ringt, sind sie von hoher Bedeutung.

LITERATUR

Biesecker, Adelheid,2009: *Geld zum Spekulieren? Nein – Geld zum Leben!* Herausgegeben von Genanet. Leitstelle Gender, Umwelt, Nachhaltigkeit. www.genanet.de/positionen

Madörin, Mascha, 2008: Vom Dienen und Verdienen, in: *WOZ – Die Wochenzeitung*, 27.11. www.woz.ch/artikel/print_17203.html

Wichterich, Christa, 2009: Die Abwärtsspirale, in: *taz*, 19.2., www.taz.de/1/debatte/kommentar/artikel/1/die-abwaertsspirale/

Winker, Gabriele, 2009: *Staatliches Krisenmanagement im Fokus feministischer Kritik*. Feministisches Institut Hamburg. www.feministisches-institut.de

GLOBALE MIGRATION

DIE KRISE UND IHRE MÖGLICHEN FOLGEN

FRANCK DÜVELL

BEOBACHTUNGEN

Wie stark sind die weltweit rund 250 Millionen Migranten von den Auswirkungen der Krise betroffen? Führt die Krise zu mehr oder weniger Migration? Einige Anhaltspunkte kurz skizziert:

- »Die US-Wirtschaftskrise hat das Leben unzähliger illegaler Immigranten zerstört, die nun ihre Länder verlassen wollen oder bereits verlassen haben, [...] wegen des wirtschaftlichen Abschwungs und der verschärften Strafverfolgung sind weniger Zuwanderer gekommen, [...] Communities in Lateinamerika und der Karibik berichten über sinkende Überweisungen aus dem Ausland« (Alfonso Chardy, *Miami Herald* 30.11.2008). Allein im ersten Quartal 2008 wuchs in den USA »die Arbeitslosigkeit unter den Hispanics im Bausektor [...] mit 6,5 Prozent deutlich stärker als unter Nicht-Hispanics (4,7 Prozent)« (Juan Tornoe, 2.12.2008 bei CNN, AC 360).
- In Russland werden hunderttausende Arbeitsmigranten aus Zentralasien, dem Kau-

kasus, der Ukraine und Moldavien entlassen (*Spiegel* 5.1.2009).

- In Australien »beschließt die Regierung, die Zuwanderung zu stoppen, sollte sich die wirtschaftliche Situation weiter verschlechtern und die Arbeitslosigkeit steigen« (*Radio National Breakfast* 27.10.2008).
- Italien reduziert die Quoten für Arbeitsmigranten in der Produktion, jedoch nicht für Pflegekräfte; derweil haben Japan, Spanien und die Tschechische Republik Rückkehrprogramme eingeführt. In Spanien nehmen arbeitslose Spanier Erntejobs an und verdrängen damit tausende, meist afrikanische Erntehelfer. Diese werden mittellos, übernachten in Bahnhöfen und müssen vom Roten Kreuz versorgt werden (*Arte TV* 20.12.2008).
- In Großbritannien erwartet man in diesem Jahr eine Rückwanderung hunderttausender Polen, während andere durch die kaum besseren Aussichten in Polen von einer Rückkehr abgehalten werden (*Financial Times* 20.12.2008). Arbeitslos gewordene Migranten können sich die Rückreise teils nicht leisten und werden obdachlos, wie in Irland.
- Weltweit geht der Summe der Geldüberweisungen von Migranten nach Hause zurück (300 Milliarden in 2006, doppelt soviel wie Entwicklungshilfe), dies verschlimmert die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Probleme in den Auswanderungsländern (Stenbäck 2009).
- Die Zahl der Flüchtlinge ist 2008/9 erstmals wieder angestiegen, während die Zahl derer, die zurückkehren konnten, stark gesunken ist (UNHCR 2009). In Großbritannien, Russland, Italien und anderswo nimmt die ausländerfeindliche Rhetorik zu (*Migration Watch*, Daily Mail 19.11.2008; siehe *Spiegel* 1/2009). Weltweit ging im Dezember 2008 der internationale Flugreisendenverkehr um 4,6 Prozent im Vergleich zum Dezember 2007 zurück (IATA 2008). Ebenso kehrten sich im internationalen Tourismus in einigen Gebieten die hohen Wachstumsraten von 2007 (Europa +5 Prozent, Asien +10 Prozent) 2008 ins Negative (Europa und Asien beide –3 Prozent) (WTO 2009).
- Soziale Unruhen werden aus Russland, Litauen, Rumänien, Griechenland, Island und Großbritannien gemeldet (*Spiegel* 8.2.2009). Die richten sich überwiegend gegen die jeweiligen Regierungen, doch teilweise geraten auch ausländische Arbeiter ins Visier (Wächter, 11/2/2009).

KERNPUNKTE

In Folge der Krise – oder der Krisen – werden weltweit überseeische Projekte eingefroren oder abgebrochen, Investitionen auf Eis gelegt und Anlagen von unsicheren Märkten zurückgezogen. Insbesondere der Bausektor bekommt den Abschwung zu spüren: In einigen Ländern wie Spanien, Russland oder der Ukraine ist es zu einem plötzlichen und kompletten Stillstand gekommen. Als Konsequenz fließen die Gelder zurück in die wirtschaftlich führenden Nationen. Die Nachfrage nach Bodenschätzen, industriell gefertigten Produkten, Konsumgütern und Dienstleistungen aller Arten nimmt ab.

Als Reaktion auf die Rezession und das negative BIP, das viele Staaten (einschließlich USA, Russland, Großbritannien, Deutschland, Frankreich, Ukraine, Süd Afrika usw.) aufweisen, wird die Produktion zurückgefahren, der Verkauf schrumpft, Personal wird freigesetzt,

ganze Abteilungen und Fabriken werden verkleinert oder geschlossen.
Einige Branchen sind besonders hart von der Krise betroffen, etwa die Dienstleistungsindustrien, Baubranche, Bergbau, Lebensmittelverarbeitung, die Stahlindustrie, aber auch der internationale Finanz- und Managementsektor. Die Binnennachfrage nach Taxen, Restaurants, Frisören und Büroreinigung sinkt, nicht zuletzt weil deren beste Kunden – die jungen städtischen Angestellten – zuerst entlassen wurden und nun auf diese Dienstleistungen verzichten. Ebenso können sich die teils hoch verschuldeten Arbeiter- und Mittelklassen solche Dienstleistungen nicht mehr leisten.

Diese Branchen stützen sich besonders auf Arbeit von Migranten. Wenn die Nachfrage nach Dienstleistungen, Bau- oder Bankwesen fällt, sinkt auch die Nachfrage nach hoch- und gering qualifiziertem Personal. In der Folge verlieren einheimische und ausländische Arbeiter und Angestellte – Reinigungskräfte, Bauarbeiter, Bergleute und Textilarbeiter – ihre Jobs. Weil fast alle industrialisierten Länder gleichermaßen in der Krise stecken und überall Arbeitsplätze abgebaut werden, gibt es für die migrationswilligen Arbeiter und Angestellten auch in anderen Ländern kaum noch Arbeit. Weil es auch in den traditionellen Zielländern USA, Kanada, oder Australien keine Arbeit mehr gibt, nimmt beispielsweise die Auswanderung britischer Bürger ab. Andere, die in die südeuropäischen Staaten, vor allem Spanien, ausgewandert sind und dort ihre Arbeit oder ihr Geschäft verloren haben, kehren nun zurück. Das gilt auch für Pensionäre; sie leiden unter dem Kursverfall des Pfundes, können sich ein Leben an der Sonne nicht mehr leisten und kehren zurück bzw. wandern gar nicht erst aus. Unter den mehr als 800 000 britischen Auswanderern in Spanien wird ein Massenexodus erwartet (*BBC 24 News* 19.1.2009). Für andere mobile Europäer wie Niederländer oder Deutsche gilt dies ebenso. Deshalb werden insgesamt weniger Europäer ins Ausland ziehen, vielmehr werden europäische Arbeits- und Rentnermigranten teilweise zurückkehren, etwa weil sie im Herkunftsland Anspruch auf soziale Leistungen haben.

In Großbritannien trifft die Krise als erste vor allem Leiharbeiter und viele von ihnen sind Migranten, etwa aus Polen. Auch in Deutschland trifft die Krise unverhältnismäßig häufig ›Ausländer‹; so war die Arbeitslosenrate unter ihnen bereits 2007 zweimal so hoch (18 Prozent) wie im Bundesdurchschnitt (9 Prozent), die Diskrepanz nimmt unter dem Einfluss der Krisen weiter zu (IZA 2009). Zusammen genommen haben sich die Bedingungen für Migranten sowohl in den industrialisierten als auch den sich industrialisierenden Ländern verschlechtert. Während insbesondere die temporären Migranten angesichts der düstereren Aussichten zurückgehen, bleiben jene, die sich dauerhaft niederlassen wollten und warten die weitere Entwicklung ab. Auch die Binnenmigration ist von der Krise betroffen. So kehren Arbeiter aus Kiew (Ukraine) oder Shanghai (China) in großer Anzahl in ihre Heimatorte zurück, weil sie dort bessere Möglichkeiten sehen, Phasen der Erwerbslosigkeit durchzustehen. Einige Schwellenländer, wie die Ukraine und die Türkei, werden von der Krise besonders



»What floats your boat«, 2007
Foto: Rolf Pilarsky

hart getroffen. Es gibt in diesen Ländern kaum sozialstaatliche Absicherungen, und weil die Überweisungen von arbeitslosen Migranten an die zurückgebliebenen Familien zurückgehen, sinken deren Einkommen und damit die Binnennachfrage. Die Armut nimmt zu, und ganze Regionen geraten tiefer in Schwierigkeiten. Auch die Konkurrenz um knappe Ressourcen wird zunehmen und zu politischen Spannungen beitragen.

In Russland verlieren bis zu einer Million ukrainische Gastarbeiter ihre Arbeit und werden nach Hause geschickt. Zudem fällt auch die Alternative Abwanderung in die EU weg, weil es auch dort keine Jobs mehr gibt und die Visavergabe weiter erschwert worden ist. Gleichzeitig gibt es aber in der Ukraine keine Arbeit mehr. In diesem Fall sitzen die Menschen fest. Sie verfallen entweder in Resignation oder erheben ihre Stimme, gehen also auf die Straße und protestieren gegen diese Bedingungen. Dies kann bis zu sozialen Unruhen unter den Unzufriedenen, Armen und Hungrigen gehen, so jedenfalls die Theorie (Hirschman 1970). Genau dies scheint in Island, Litauen, Rumänien und Russland der Fall zu sein. Besonders in der westlichen Ukraine, traditionell eine Region mit hoher Abwanderung, kann ein Anstieg von Streiks und Protesten beobachtet werden (vgl. Berichte auf *www.radioswoboda.org*).
Zuwanderungs- und ausländerfeindliche Organisationen in Ungarn, den Niederlanden, Großbritannien und anderswo nutzen die

Krise, um ihren Forderungen nach mehr Einwanderungsbeschränkungen neues Gehör zu verschaffen. Einige Gewerkschaften fordern protektionistische Maßnahmen, in Großbritannien beispielsweise mit der Parole »Arbeitsplätze für britische Arbeiter«, die sich gegen die Vergabe von Arbeitsverträgen an ausländische Arbeiter richtet.

SZENARIEN

Für den Verlauf der Migration unter Krisenbedingungen lassen sich einige Szenarien entwerfen:

1 Migranten kehren in großer Anzahl in ihre Herkunftsstaaten zurück, die globalen Migrationsbewegungen einschließlich transnationaler Migration nehmen ab und kommen – zugespitzt – zum Erliegen.

2 Arbeitsmigranten, die in ihrem gegenwärtigen Aufenthaltsland erwerbslos werden, sowie Arbeiter, die Jobs in ihrem Heimatland verlieren, versuchen in andere Länder abzuwandern. Dies könnte angeheizt werden durch eine steigende Nachfrage an Niedriglohnarbeit und billigen Dienstleistungen. Globale Migrationsbewegungen von Menschen, die auf der Suche nach einem Auskommen sind, nehmen zumindest in einigen Ländern zu.

3 Arbeitsmigranten und deren von den Geldüberweisungen abhängige Familien in den Herkunftsregionen werden besonders hart von der Krise getroffen. Die Wirtschaftskrise wird keine Migrationskrise erzeugen, sondern eine Krise der Migranten und ihrer Familien.

4 Die globale Migration durchläuft einen Transformationsprozess, einige Staaten verhängen Ausreisestopps, andere beginnen mit dem Entsenden oder Aufnehmen von Migranten, und es entstehen neue Entsende- und Zielländer. Während das Gesamtvolumen globaler Migration fortbesteht, entsteht eine neue Migrationsordnung.

5 Etliche Staaten wenden sich stärker protektionistischen Politiken zu und schränken sowohl den internationalen Handel als auch die Migration ein. Ausländerfeindliche Kräfte nutzen die gegenwärtige Krise für ihre Ziele aus. Das fällt bei einheimischen Arbeitern auf fruchtbaren Boden, die unter der Krise leiden, und Ausländern die Schuld dafür geben. Fremdenfeindlichkeit und Rassismus nehmen zu.

6 Da Auswanderung nicht länger eine Möglichkeit darstellt, die eigenen Lebensverhältnisse zu verbessern, drücken die Menschen ihre Unzufriedenheit in Form von Protesten aus und es folgt eine Periode sozialer Unruhe.

Aus dem Englischen von Harry Adler.

LITERATUR

Hirschman, Albert, 1970: *Exit Voice and Loyalty*, Boston: Harvard University Press

IATA, 2008: Press release, www.iata.org

IZA, 2009: *Arbeitslosenquoten: Gesamt und Ausländer, 1972–2008*, www.iza.org

Papademetriou, Demetrios, und Aaron Terrazas, 2009: *Immigrants and the current economic crisis. Research evidence, policy evidence and implications*, Washington: Migration Policy Institute, www.migrationpolicy.org

Stenbäck, Pär, 2009: Protecting the World's Poor from the Ravages of Recession, in: *Europe's World*, www.europesworld.org

UNHCR, 2009: *UN refugee chief cites pressing needs as those uprooted tops 42 million*, in: News Stories, 16 Juni 2009, New York

World Tourism Organization (WTO), 2009: *International tourism challenged by deteriorating world economy*, Press release, www.unwto.org

ABSCHIED

VON HELMUT STEINER

7. FEBRUAR 1936 – 14. FEBRUAR 2009

HUBERT LAITKO

»Woran arbeitest du gerade?« – Niemand wird mich wieder so fragen, wie es Helmut Steiner zu tun pflegte. Es war die Standardfrage, mit der er seine Gespräche begann. Mit diesem Eröffnungszug war er immer in Vorhand. Er wollte wirklich hören, was sein Gegenüber beschäftigte. Entweder stieg er gleich darauf ein, oder er merkte sich die Auskunft und kam bei passender Gelegenheit darauf zurück – und eine solche Gelegenheit fand sich fast immer. Helmut war ein großartiger Netzwerker, hatte ein enzyklopädisches und sehr zuverlässiges Gedächtnis und kannte unzählige Leute, mit und zwischen denen er die Fäden spann. Seine kollegiale Neugier war zugleich leise Mahnung. Immer sollte man an etwas arbeiten, die kostbare Lebenszeit durfte nicht ungenutzt verstreichen, erst recht, wenn man nicht mehr von einem gültigen Arbeitsvertrag und einem fordernden Vorgesetzten auf Trab gehalten wurde, sondern nur noch vom fehlbaren eigenen Gewissen.

Einen äußeren Anstoß, aktiv zu werden, brauchte er nicht. Die Freizeit, die ihm unverhofft zuwuchs, als das vereinigte Deutschland meinte, in seiner wissenschaftlichen Arbeitswelt auf ihn verzichten zu können, verstand er nicht als Lizenz zum Müßiggang, sondern als Muße, die er zu intensiver selbstbestimmter Arbeit nutzte. In seiner Publikationsliste gibt es keinen »Wendeknick«. Jahr um Jahr hat er sie um eine beträchtliche Zahl von Titeln erweitert. Anfang 2006 hatte er, als Eigenbeitrag zu seinem Siebzigsten, eine Bibliographie aller seiner bis zum Ende des Vorjahres erschienenen Arbeiten zusammengestellt: 42 selbstverfasste, herausgegebene oder mitedierte Bücher, 216 wissenschaftliche Aufsätze in Zeitschriften und Sammelbänden, 240 populäre Artikel, Rezensionen und Berichte, 22 unveröffentlichte Manuskripte. Einiges ist seither noch hinzugekommen. Bis ganz zuletzt hat er mit seiner unerbittlich fortschreitenden Erkrankung um schmerzfreie Stunden am Schreibtisch gerungen, die er mit klarem Kopf seiner Arbeit widmen konnte. Gemessen am Vorhandenen, ist sein Lebenswerk imponierend, gemessen an seinen Plänen, ist es Fragment geblieben.

Es gehört zur herben Last des Alters, dass reiche, mit Leben bis zum Rand gefüllte Jahrzehnte im Rückblick zu einem infinitesimalen Nichts schrumpfen. Gestern, vor gerade erst einem halben Jahrhundert, steht ein schlanker junger Helmut Steiner etwas linkisch im Senatssaal der Humboldt-Universität. Die Braut an seiner Seite strahlt ihn an, Magnifizenz Kurt Schröder – die Unterschrift dieses Rektors wird drei Jahre später unter der Urkunde für Steiners *summa-cum-laude*-Promotion stehen – überreicht dem Paar ein Bukett, im Hintergrund lächelt väterlich der Parteisekretär Hans Singer. Sie alle, gemeinsam mit einem zweiten frischvermählten Paar, posieren auf dem Titelblatt eines vergilbten Exemplars der Zeitung »Humboldt-Universität« vom Sommer 1959, es ist die erste sozialistische Hochzeit in den Räumen der Alma Mater. Nur ein Augenblick der Ewigkeit vergeht, dann gibt es keine sozialistischen Hochzeiten mehr und nicht einmal mehr eine DDR, und die gerade noch ausgelassen feiernd auf eine grenzenlose Zukunft anstießen, versammeln sich nun, alt geworden, im Spätwinter 2009 auf dem Friedhof an der Ackerstraße in Berlin und trinken zu Helmut Steiners Gedenken unter den hohen Bäumen ein Glas roten Wein an seinem Grab. Helmut hat es sich so gewünscht, und bekräftigend liegt schon ein unbestimmter Hauch von Frühling in der Luft. Verse aus Pablo Nerudas *Canto General* geleiten ihn aus dem Leben:

Nicht verloren ging das Leben,
hirtenhafte Brüder.
Aber einer wilden Rose gleich
fiel ein roter Tropfen ins Dickicht,
und eine Erdenlampe erlosch.

Soziologie, da mit allen erdenklichen Feldern sozialen Handelns zumindest im Prinzip verbunden, ist ohne die Kunst der Vernetzung nicht zu haben, Interdisziplinarität ist ihr in die Wiege gelegt. Doppelt vielseitig müssen Soziologen sein, wenn ihr Metier noch um wissenschaftliche und soziale Anerkennung ringt,

schwach institutionalisiert ist und sich nur unter dem schützenden Schirm – oder in der Umklammerung, je nachdem – anderer, bereits etablierter Gebiete entwickeln kann. In dieser fragilen Position befindet sich die Soziologie in der DDR für längere Zeit. Hinzu kommt, dass die Führung der SED nur mäßig daran interessiert ist, über die sozialen Strukturen und Wandlungen in der von ihr beherrschten Gesellschaft seriöse, mit wissenschaftlichen Methoden gewonnene Erkenntnis zu erhalten. Sie vertraut eher ihren eigenen, außerwissenschaftlichen Informationskanälen. Entsprechend dürftig ist es um die Förderung der Soziologie bestellt. Aber das politische Interesse an soziologischer Kompetenz ist auch nicht gleich Null; so lässt sich – mühsam, trickreich, unter Hinnahme temporärer Rückschläge – dennoch akademisches Terrain erobern.

Zu Euphorie gibt die Lage keinen Anlass, doch für Steiners persönliche Entwicklung ist sie günstig. Die Zeit, in der die ostdeutsche Soziologie ihre wissenschaftliche Emanzipation einzufordern beginnt, fällt mit seinen formativen Jahren zusammen, in denen er seinen Weg sucht und findet. An der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität, an der er Politische Ökonomie studiert, wirkt der Kreis um den Kuczynski-Schüler Kurt Braunreuther, die wohl wichtigste Keimzelle der Soziologie in der DDR. An diese »Forschungsgemeinschaft Soziologie und Gesellschaft« findet er Anschluss, Braunreuther wird sein wichtigster Lehrer, an den er sich sein Leben lang dankbar erinnert. Gegenüber der noch weithin verbreiteten Meinung, die soziologische Thematik sei Bestandteil des Historischen Materialismus und gehöre in die Zuständigkeit der Philosophie, in der empirische Untersuchungen gar keinen oder allenfalls einen sehr eingeschränkten Platz haben, empfinden sich die Mitglieder des Braunreuther-Kreises als Innovatoren. Steiner nimmt diesen Pioniergeist in sich auf und fördert ihn nach Kräften.

Das mit seinem Lehrer verabredete Dissertationsthema verrät seine Brisanz erst auf den zweiten Blick. Methodisch liegt es durchaus im Rahmen der klassischen marxistischen Sozialstrukturanalyse, doch in Steiners Hand verwandelt sich dieses Instrument, das längst die Patina eines schwerfälligen Dogmas angesetzt hat, wieder zurück in das heuristische Florett, das es bei Marx gewesen ist. Für Steiner ist es keine ewige Wahrheit mehr, dass der Anteil der Arbeiterklasse an der Gesamtpopulation moderner Gesellschaften unablässig (»gesetzmäßig«) zunehmen muss. Er befragt die soziale Wirklichkeit und registriert eine expansive Ausdehnung des Stratums der Angestellten, zunächst – anhand westdeutschen statistischen Materials – für die Bundesrepublik, später auch für die DDR. Das Feld der Sozialstrukturforschung lässt ihn nicht wieder los – er zeigt, dass Diagnosen gesellschaftlicher Strukturen und ihrer Transformationen, die einem sozialökonomischen Paradigma folgen, weitaus komplexere Ergebnisse zeitigen als die Verwendung eindimensionaler Sonden wie der Schichtung von Populationen nach durchschnittlichen Einkommensniveaus. Noch in seinen späten Jahren initiiert und leitet er in der Leibniz-Sozietät eine Arbeitsgruppe Klassen- und Gesellschaftsanalyse.

Aus der Dissertation wird das 1967 veröffentlichte Buch *Soziale Strukturveränderungen im modernen Kapitalismus*. Auch in der Bundesrepublik wird diese Arbeit bekannt, sie erfährt mehrere nichtlizenzierte Nachdrucke. Das um 1968 im Westen sprunghaft gestiegene Interesse an marxistischen Forschungen fördert seine Rezeption. Namhafte Soziologen wie Jürgen Kocka oder Reinhard Kreckel verwenden es für ihre Untersuchungen.

Worin eigentlich besteht Steiners Identität als Soziologe, die das Zentrum seiner mannigfachen Aktivitäten bildet? Das ist nicht leicht zu sagen. Jedem, der ihm begegnet, fällt zuerst seine Vielseitigkeit, seine exorbitante Belesenheit auf. Vielseitig muss er sein, weil sich sein Fach in der DDR in einer unsicheren Position befindet und er sich in der Pflicht sieht, für das Ganze des Gebietes Verantwortung zu übernehmen; Spezialistentum wäre dafür kontraproduktiv. Diese Vielseitigkeit hat jedoch eine klare Struktur, die sie zusammenhält und seiner Persönlichkeit ein prägnantes, stark reflexives wissenschaftliches Profil verleiht.

Die eine Dimension dieser Struktur ist die rekursive Verknüpfung zwischen der Erforschung der sozialen Realität und der Evolution des Begriffs- und Methodenrepertoires der Soziologie. Steiner ist nicht nur Sozialstrukturforscher, sondern zugleich und damit verbunden Historiker der Soziologie. Die Entwicklung des sozialwissenschaftlichen Denkens in der DDR ist ihm ein jederzeit wichtiger Gegenstand. Dabei ist er mit den Jahren zunehmend bemüht, sie in die Gesamtgeschichte der Soziologie in Deutschland einzubetten und von hier aus auch westdeutsche Entwicklungen zu bewerten. Auch über die russische Soziologie in der sowjetischen wie in der postsowjetischen Periode urteilt er mit Kennerschaft.

Die zweite Dimension ist die Verbindung zwischen der Untersuchung von Massenprozessen und unpersönlichen Strukturen auf der einen und der individualisierten Analyse personalen Handelns auf der anderen Seite. In Steiners Werk finden wir beides: auf statistische Daten gegründete Untersuchungen sozialer Massenphänomene ebenso wie einfühlsame, auf reichhaltiges Material gegründete Persönlichkeitsanalysen. Dabei beanspruchen sozialistische Intellektuelle, die Schwierigkeiten mit der Macht hatten und nichtsdestoweniger dem sozialistischen Projekt verbunden blieben, seine besondere Aufmerksamkeit: Fritz Behrens, Gunther Kohlmey, Jürgen Kuczynski, Wolfgang Steinitz und andere.

Strukturforschungen und Persönlichkeitsanalysen sind aber für ihn nicht einfach alternative Betätigungsweisen, denen er sich abwechselnd zuwendet, sondern Forschungsrichtungen, die einander bedingen und befruchten. Erst im Wirken konkreter Persönlichkeiten offenbaren sich die Potenziale und die Blockaden, die bestimmte gesellschaftliche Verhältnisse verkörpern, und umgekehrt ist keine Gesellschaft hinreichend charakterisiert, wenn ihre Beschreibung anonym bleibt und nicht auch auf Persönlichkeiten Bezug nimmt, deren Handeln ihre Strukturen modifiziert und gestaltet. Es mag wohl sein, dass Helmut Steiner in dieser Eigenart seines intellektuellen Profils unter den deutschen Soziologen eine unikale Erscheinung ist.

»Warum haben Sie nicht nach 1990 einen Lehrstuhl in Halle, Leipzig oder Rostock oder Jena bekommen?« Diese Frage stellt Wolfgang Zapf dem siebzigjährigen Steiner. Als ehemaliger FDJ-Funktionär, wie es Steiner anno 1959 war, kann man im vereinigten Deutschland alles werden, auch Minister oder Bundeskanzlerin, warum dann nicht Lehrstuhlinhaber? Zapf fragt nur rhetorisch, er kennt die Antwort, hat er doch während seiner Präsidentschaft schon dem damals 54jährigen Steiner die Chance geboten, für zwei Monate als Gast am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) zu arbeiten, und hat diese Offerte später noch mehrfach wiederholt. Die Evaluation der Akademieinstitute durch Arbeitsgruppen des Wissenschaftsrates, die 1990/91 deren ersatzloser Auflösung vorangeht, verläuft für Steiner günstig. Die Beurteilung seiner Arbeiten fällt so gut aus, dass eine Weiterbeschäftigung empfohlen wird. In seinem Förderantrag nennt Steiner in der dafür vorgesehenen Rubrik korrekt seine politischen Funktionen, neben der des FDJ-Sekretärs auch jene eines Sekretärs der Kreisleitung der SED an der Akademie für eine Wahlperiode. Im Mai 1992 erhält er seinen Förderbescheid; Zapf lädt ihn ein, für die Dauer dieser Förderung am WZB zu arbeiten.

Lange kann er sich der Genugtuung, im Wissenschaftsgefüge der Bundesrepublik Deutschland zumindest provisorisch angekommen zu sein, indes nicht erfreuen. Schon im Oktober erfährt er die von der inzwischen eingerichteten »Integritätskommission« ausgesprochene Empfehlung, »wegen mangelnder persönlicher Eignung für eine künftige Hochschuleingliederung auf Grund zu enger Verstrickung in das politische Unrechtssystem der früheren DDR Ihre Förderung nicht fortzusetzen«, und erhält zugleich seine fristlose Kündigung. Die Formulierung ist die Standardfloskel, die Mühe einer individuellen Begründung gibt man sich nicht. Ein substanzieller, sein Verhalten betreffender Vorwurf kann ihm nicht gemacht werden, das von Steiner in seinem Förderantrag selbst angegebene Faktum der zeitweiligen Ausübung politischer Funktionen genügt. Steiners Klage beim Arbeitsgericht Berlin wird abgewiesen. Es gelingt ihm nicht wieder, eine reguläre Anstellung als Wissenschaftler zu erhalten. Mit Vollendung des sechzigsten Lebensjahres wird er in den Rentnerstatus überführt. Ihm bleibt das Ehrenamt.

So erzählt, ist in dieser Geschichte wenig Trost. Glücklicherweise aber ist dies weniger als die Hälfte der Wahrheit. Steiner erfährt nicht allein Ausgrenzung, sondern zugleich Zuspruch und Solidarität. Das WZB ermöglicht ihm befristete Gastaufenthalte. Oskar Negt verschafft ihm Lehraufträge als Gastdozent am Institut für Soziologie und Sozialpsychologie der Universität Hannover: »Offen gestanden, mir war es eher peinlich, Dich darum zu bitten, Lehrveranstaltungen abzuhalten, ohne dafür anständig bezahlt zu werden. Hätte ich nicht das Gefühl gehabt, dass es für Dich doch wichtig war, in Hannover trotz minimaler Ausstattung Lehrveranstaltungen zu machen, hätte ich mich nicht getraut, die Lehraufträge fortwährend zu verlängern.« Negt hat recht: Das Gefühl, gebraucht zu werden, ist allemal wichtiger als ein nobles

Honorar. Viele geben Steiner dieses Gefühl. In seiner Familie hat er einen unerschütterlichen Rückhalt. Seine Frau Roswitha März ist wissenschaftlich nicht weniger engagiert als er, kennt den Moloch Wissenschaft aus eigener Erfahrung und weiß, dass der ständig danach trachtet, den ganzen Menschen zu verschlingen. Als Professorin für angewandte Mathematik an der Humboldt-Universität bearbeitet sie freilich ein ganz anderes Gebiet, so dass gegenseitiges Verständnis für die Strapazen eines Wissenschaftlerdaseins mit fachlicher Nichteinmischung einhergeht – eine ideale Symbiose. Die Leibniz-Sozietät wählt ihn zu ihrem Mitglied. Gemeinsam mit russischen, polnischen, tschechischen und bulgarischen Soziologen steigt er in die vergleichende Analyse der Transformationsprozesse in den osteuropäischen Gesellschaften nach dem Ende des »Realsozialismus« ein. Er begründet die Buchreihe *Social Studies on Eastern Europe* und gibt drei Bände dieser Serie heraus. Seine guten Beziehungen zu russischen Kollegen ermöglichen ihm eine erfolgreiche Spurensuche zum Leben von Alexandra Kollontai, deren Tagebücher er ediert.

Im Umfeld der Rosa-Luxemburg-Stiftung greift er seine Forschungen über John Desmond Bernal wieder auf. Sie sind ein Erbteil der Periode von 1970 bis 1974, in der er als Soziologe an der Etablierung einer weiteren interdisziplinären Forschungsrichtung – der Wissenschaftsforschung oder Wissenschaftswissenschaft – teilnimmt.

Vielen Fachleuten gilt die 1939 erschienene Monographie *The Social Function of Science* von John Desmond Bernal als die eigentliche Geburtsurkunde dieses Gebietes. 1986 sorgt Steiner für eine deutsche Ausgabe des Klassikers, die Hansgünter Meyer seine »sicher glanzvollste Edition« nennt. 1989 bringt er einen faszinierenden Sammelband zum 50. Geburtstag des Werkes heraus, mit Originalbeiträgen in vier Sprachen und einem illustren Autorenensemble, das wie ein Kompendium der Weltwissenschaft anmutet und eine ganze Reihe von Nobelpreisträgern einschließt, von Bernals Schülerin Dorothy Hodgkin bis zu Nikolai Bassov, Joshua Lederberg, Linus Pauling und Abdus Salam. Traurige Ironie der Geschichte – 1989 nimmt die Öffentlichkeit die unspektakuläre Stimme der Wissenschaftsforschung ebenso wenig wahr, wie sie es 1939 getan hat. Sie ist anderweitig beschäftigt. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung aber dankt den Bemühungen Steiners ihren alljährlichen John-Desmond-Bernal-Tag.

Georg Thurn, damals Forschungskoordinator des WZB, ediert zu Steiners Siebzigstem einen Band mit Gratulationen und Dokumenten – eine Quelle von hohem zeitgeschichtlichen Wert, in der das ausgedehnte Ost-West-Netzwerk sichtbar wird, das sich der Jubilar im Laufe seines Lebens aufgebaut hat. Das Bild wird komplettiert durch einen Band wissenschaftlicher Arbeiten, den Genov und Kreckel gemeinsam herausgeben und dessen Autorenkreis an vielen Orten zwischen Yale und Moskau zu Hause ist. Das Konzert ist polyphon, doch nicht disharmonisch. Die theoretischen und politischen Differenzen der Gratulanten verschwinden nicht hinter einer intellektuellen Wohlfühlkulisse – und erst vor diesem Hintergrund zeigt sich, dass es in der Wissenschaft einen übergreifenden

Respekt vor Kompetenz und Solidität gibt, der die Differenzen nicht ausblendet, sondern von ihnen lebt.

Ganz am Ende der DDR gründet Steiner auch noch eine Zeitschrift, wie es sie in der gesamten Lebenszeit des ostdeutschen Staates nicht gegeben hat und nicht geben konnte. Das erste Heft erscheint im September 1990 unter dem Titel *UTOPIE konkret;* nachdem das Hamburger Magazin konkret, das Verwechselungen befürchtet, Einspruch erhoben hat, trägt das Journal fortan den Titel *UTOPIE kreativ. Diskussion sozialistischer Alternativen.* Zuerst und vor allem gibt die Zeitschrift den Linken aus der DDR, die vor einem Trümmerhaufen stehen und nach Orientierung suchen, ein Diskussionsforum – zudem eines, das sich nicht provinziell abschließt, sondern sich von Anfang an gesamtdeutsch und europäisch weitet. Ins Weite geht es vor allem geistig, nicht nur geographisch. Pluralität und Toleranz statt bornierter Rechthaberei sind Arbeitsprinzipen der Zeitschrift. Als ehrenamtlicher Chefredakteur gewinnt Steiner Sozialdemokraten und Grüne, Vertreter unterschiedlicher Strömungen der Bürgerbewegung, Christen, linksorientierte Denker jenseits des Parteienspektrums und Mitglieder der sich formierenden PDS zur Mitarbeit. Die Zeitschrift gibt Totgeschwiegenen und Diskriminierten posthum eine Stimme, die Untaten des Stalinismus auch und gerade gegen Sozialisten werden mit historischer Prägnanz benannt. Besonders stolz ist Steiner, dass ihm Persönlichkeiten, die in der DDR Pressionen erlitten haben, das Vertrauen ihrer Mitwirkung als Autoren schenken.

Keineswegs überall begegnet die Zeitschrift wohlwollender Aufnahme und freimütiger Unterstützung. Sie bleibt auch von den gegenseitigen Animositäten nicht verschont, zu denen Linke nur zu oft neigen. Bis zum Doppelheft 39/40 im Januar/Februar 1994 reicht seine Geduld, dann gibt er das Amt des Chefredakteurs ab. In seinem letzten Editorial lässt er die Hintergründe durchblicken: »Schwierigkeiten unterschiedlicher Art habe ich erwartet. Art und Ausmaß haben jedoch alle Erwartungen übertroffen. Nahezu alle Spielarten institutioneller und finanzieller, Treuhand-bestimmter und selbst verschuldeter Nackenschläge und Fußangeln haben wir in dieser Zeit erfahren. Nicht alles davon war zu Beginn der Vorbereitungsarbeiten im Frühjahr 1990 absehbar, wohl aber schon, dass eine Mitarbeit an dieser Zeitschrift eine berufliche Karriere im vereinigten Deutschland nicht befördert.« Diese Zeilen schreibt er zu einem Zeitpunkt, als sein Ausschluss aus dem normalen wissenschaftlichen Beschäftigungsgefüge bereits definitiv ist. Den weiteren Weg der Zeitschrift verfolgt er mit kritischer Sympathie, auch wenn er in ihr kaum noch als Autor in Erscheinung tritt. Zwei Monate vor seinem Tod erfährt er, dass seine Gründung mit dem Heft 218 im Dezember 2008 ohne direkte Nachfolge das Erscheinen einstellt. Die Nachricht verdüstert seine letzten Lebenswochen.

UTOPIE kreativ ist nun ein abgeschlossener Vorgang, aber zugleich eine Schatzkammer kluger Gedanken, eine bleibende Mitgift für die deutsche und europäische Linke. In Steiners Kalkül war die Zeitschrift ein Instrument neben vielen anderen, die

alle einem größeren Zweck dienen sollten: der Neubelebung des Geistes und der Praxis kritischer Sozialwissenschaft in Deutschland, nicht als einer gerade noch geduldeten Enklave an den Rändern des offiziellen Wissenschaftssystems, sondern als einer von diesen Rändern ausgehenden Bewegung, die dem sozialwissenschaftlichen Denken eine neue gesellschaftskritische und gesellschaftsverändernde Vitalität verleiht. Nirgends hat er dieses Anliegen kompakter zum Ausdruck gebracht als in seinem 1998 geschriebenen *Plädoyer für eine kritische Sozialwissenschaft*, das über seinen Tod hinaus unvermindert aktuell ist:

Nutzen wir die gegebenen Chancen! Tatsächliche und vermeintliche Opportunismen und Anpassungen der Etablierten einerseits sowie tatsächliche und vermeintliche Verbitterungen und fortwährende Dogmatismen der Ausgegrenzten andererseits sowie unterschiedliche wissenschaftliche und praktische Ost-West-Sozialisationen dürfen sich dabei nicht weiter wechselseitig behindern oder gar blockieren. Formieren wir uns gemeinsam als kritische SozialwissenschaftlerInnen, um unseren spezifischen Beitrag für eine kritische Öffentlichkeit in dieser Gesellschaft zu leisten.

VERFASSER/INNEN

GIOVANNI ARRIGHI (1937–2009) war Prof. für Soziologie an der Johns Hopkins University. V: The Long Twentieth Century: Money, Power, and the Origins of Our Times (1994); Chaos and Governance in the Modern World System (1999) Adam Smith in Beijing: Die Genealogie des 21.Jahrhunderts (dt. 2008).

FLORIAN BECKER Student der Sozialwissenschaften an der HU, ehem. Stipendiat der RLS, aktiv in der politischen Bildungsarbeit und im Bündnis *Wir zahlen nicht für eure Krise*.

WALDEN BELLO Prof. für Soziologie an der Universität der Philippinen. Träger des Alternativen Nobelpreises, Abgeordneter im philippinischen Parlament.
V: De-Globalisierung. Widerstand gegen die neue Weltordnung (2005); The Food Wars (2009).

MICHAEL BRIE Philosoph, Leiter des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.
V: Radikale Realpolitik. Plädoyer für eine andere Politik (Hg, 2009).

NICOLA BULLARD Mitarb. bei Focus on the Global South, Bankok. V: Global Finance: New Thinking on Regulating Speculative Capital Markets (mit Walden Bello, 2000).

LUCIANA CASTELLINA Schriftstellerin, Journalistin und Politikerin, war Abgeordnete für CPI und PRC im italienischen Parlament. V: Cinquant'anni d'Europa – una lettura antiretorica (2007).

ANA ESTHER CECEÑA Prof. für Wirtschaftswissenschaften an der Universidad Nacional Autonoma de Mexico. V: Reflexionen einer Rebellion. Chiapas und ein anderes Politikverständnis (Hg., mit Uli Brand, 1999).

GEORGE WILLIAM (BILL) DOMHOFF Prof. für Psychologie und Soziologie an der University of California, Santa Cruz.
V: The Leftmost City: Power and Progressive Politics in Santa Cruz (2009, mit Richard Gendron); Who Rules America? Challenges to Corporate and Class Dominance (2009)

FRANCK DÜVELL Dr. Phil., Wissenschaftler am Centre on Migration, Policy and Society (COMPAS) der Universität Oxford. A: Internationale Migration und Migrationspolitik, Ethik. V: Europäische und internationale Migration (2006), Die Globalisierung des Migrationsregimes (2003).

GEORG FÜLBERTH em. Prof. für Politikwissenschaften, Marburg, Journalist und langjähriger Parlamenta-rier.
V: »Doch wenn sich die Dinge ändern.« Die Linke (2008); G Strich – Kleine Geschichte des Kapitalismus (2009).

SUSAN GEORGE Fellow am Transnational Institute Amsterdam. V: Der Lugano-Report oder Ist der Kapitalismus noch zu retten? (2001), Change it! Anleitung zum politischen Ungehorsam (2006).

GREGOR GYSI Rechtsanwalt und derzeit Fraktionsvorsitzender der Partei Die Linke im Bundestag.

DAVID HARVEY Distinguished Professor am Graduate Center der City Universität/New York. Schwerpunkte seiner Arbeit: Geographie, Politischen Ökonomie, Stadtforschung und Gesellschaftstheorie. V: A Brief History of Neoliberalism (2005); The New Imperialism (2003); Spaces of Capital: Towards a Critical Geography (2001); Spaces of Hope (2000).

CHRISTINA KAINDL Dipl.-Psych., hauptamtliche Redakteurin von *luxemburg*. Doktorandin am FB Politikwissenschaften der Freien Univ. Berlin. V: Subjekte im Neoliberalismus (Hg., Verf., 2007); Kritische Wissenschaften im Neoliberalismus (Hg., Verf., 2005). Aktiv im Bündnis *Wir zahlen nicht für eure Krise*.

STEPHAN KAUFMANN Wirtschaftsredakteur der Berliner Zeitung. V: Investoren als Invasoren. Staatsfonds und die neue Konkurrenz um die Macht auf dem Weltmarkt (2008); Grüner Kapitalismus (mit Tadzio Müller, i.E.).

DAVID M. KOTZ Prof. für Wirtschaft an der Universität Massachusetts, Amherst, Vizepräsident der World Association for Political Economy. V: Contemporary Capitalism and its Crises: Social Structure of Accumulation Theory for the Twenty-First Century (Mithg., 2009).

HANS-JÜRGEN KRYSMANSKI em. Prof. für Soziologie an der Univ. Münster. V: Hirten & Wölfe. Wie Geld- undMacht-eliten sich die Welt aneignen oder: Einladung zum Power Structure Research (2004; 2009); Wem gehört die EU? (2006).

HUBERT LAITKO Prof. für Wissenschaftsgeschichte. V: Strategen, Organisatoren, Kritiker, Dissidenten: Verhaltensmuster prominenter Naturwissenschaftler der DDR in den 50er und 60er Jahren des 20. Jahrhunderts (2009).

CHANTAL MOUFFE Prof. für Politische Theorie am Centre of the Study of Democracy an der Universität Westminster. V: Politik und Ideologie im Marxismus. Kapitalismus – Faschismus – Populismus (mit Ernesto Laclau, 1981); Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion (2007).

TADZIO MÜLLER Politologe, aktiv in der Bewegung für Klimagerechtigkeit. V: Grüner Kapitalismus (RLS-Studie mit Stephan Kaufmann, i.E.).

IRIS NOWAK Sozialökonomin, wiss. Mitarb. in der Arbeitsgruppe »Arbeit-Gender-Technik« der TU Hamburg-Harburg. A: Prekarisierung und Organisierung, Sorgeverhältnissen im Neoliberalismus und feministische Hegemonietheorie. V: Selbstbestimmung braucht öffentliche Güter: Linke feministische Perspektiven (2005).

KEES VAN DER PIJL Prof. für Internationale Beziehungen an der Universität Sussex. V: Nomads, Empires, States (2007); Transnational Classes and International Relations (1998).

WOLFGANG SACHS Soziologe und Mitarb. am Wuppertal Institut, Projektleiter von Globalisierung und Nachhaltigkeit. V: Fair Future: begrenzte Ressourcen und globale Gerechtigkeit; ein Report (mit T. Santarius, 2005). Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt (Leiter der Studie, 2008).

STEFAN SCHMALZ Dr.phil., Mitarb. im Bereich Internationale und intergesellschaftliche Beziehungen an der Univ. Kassel. V: Brasilien in der Weltwirtschaft. Die Regierung Lula und die neue Süd-Süd-Kooperation (2008).

CHRISTOPH SPEHR Dr.phil., Soziologe. Landessprecher der Partei Die Linke in Bremen. V: Gleicher als andere. Eine Grundlegung der freien Kooperation (2003); Was ist Sozialismus? (Mit Michael Brie, 2008).

MARLENE STREERUWITZ Schriftstellerin und Regisseurin. V: »Kreuzungen« (Roman, 2008); Ich, Johanna Ey. Ein Roman in 37 Bildtafeln (2008/9).

YASH TANDON Prof. für Politische Ökonomie. V: Ending Aid Dependence (mit Benjamin W. Mkapa, 2008); NEPAD und Direktinvestitionen aus dem Ausland. Symmetrien und Widersprüche (Reihe Manuskripte der RLS, 2003).

HILARY WAINWRIGHT Forschungsdirektorin am International Labour Studies Centre an der Universität Manchester und am Centre for Global Governance an der London School of Economics; Hg. von Red Pepper. V: Labour, A Tale of Two Parties (1986), Reclaim the State (2003).

FRIEDER OTTO WOLF Prof., PD, für Philosophie. Koordinator des Thematischen Netzwerkes »Sustainability Strategy« an der Freien Universität Berlin. V: Radikale Philosophie: Aufklärung und Befreiung in der neuen Zeit (2009).